Frühjahr 2014
Nr. 64, 20. Jahrgang
Ladenpreis: 3,80 €

Zeitung für Umweltschutz von unten

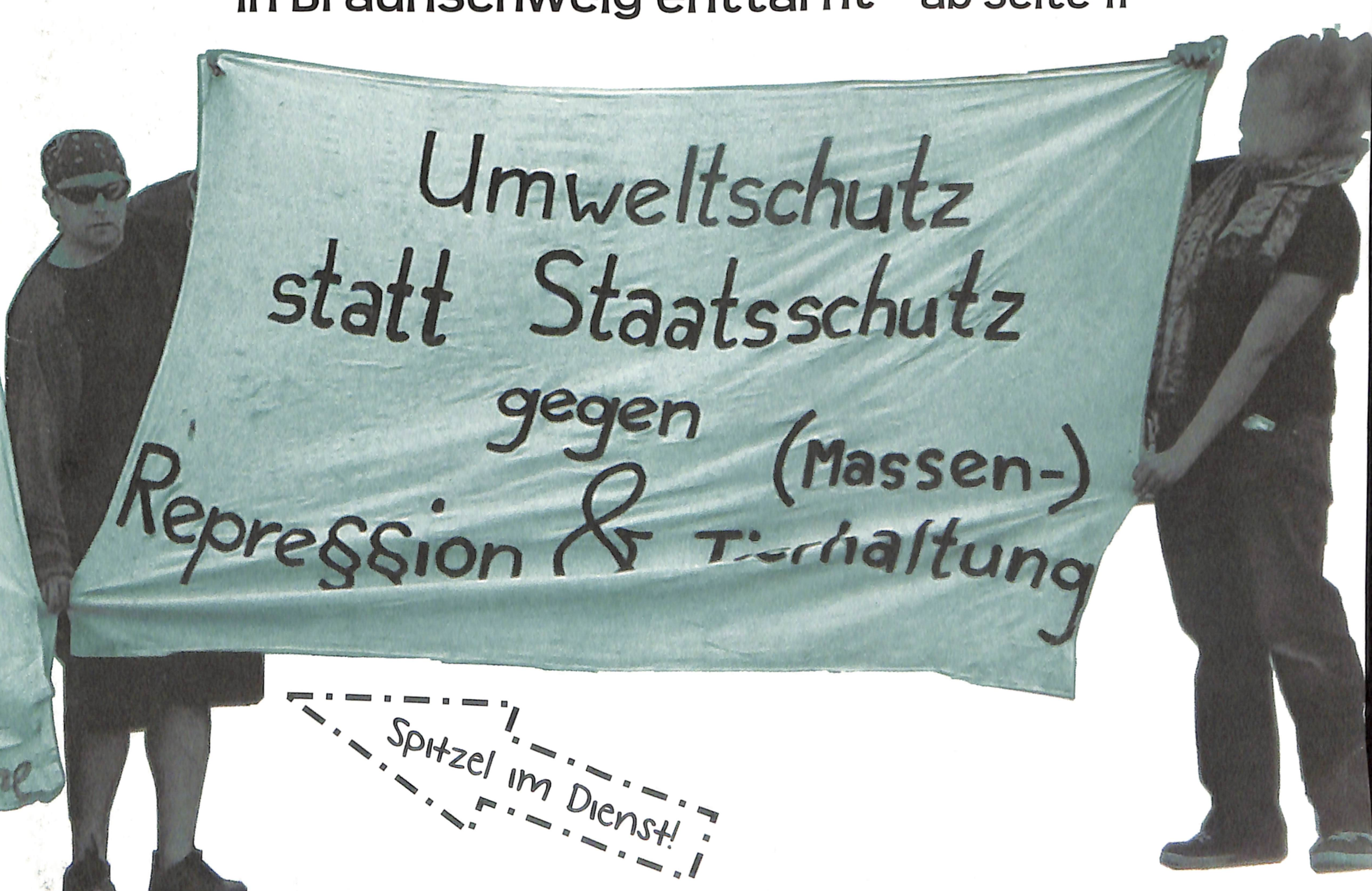
grünes blatt

Festung Europa: Zu den Ursachen und dem Umgang mit Flucht und Migration – Ab Seite 4

Aktueller Fall politischer Zwangspsychiatrisierung in Gießen – Seite 30

Die neuen Berufsrevolutionäre - unerwartete Erben Lenins? – Seite 66

Schwerpunkt:
Verdeckter Ermittler von Tierbefreiungsaktist_Innen in Braunschweig enttarnt – ab Seite 11







Inhalt

Sabberlottle - schon wider ein grünes blättle!

dr Und schon wieder im Zeitplan. Sogar der Redaktionsschluss wird inzwischen von den allermeisten Schreiber_innen eingehalten. Wird echt öde hier. Wir sind derweil ein bisschen von Kaffe auf Mate - ohne Club, so ganz echte, wie in Südamerika - umgestiegen. Apropos Südamerika: Die Lateinamerika Nachrichten wollen irgendwie kein Austauschabo mit uns haben, jetzt musste ich die doch tatsächlich so ganz echt, mit bezahlen und so, abonieren. Was mensch nicht alles tut für eine gute, linke Zeitung. Unser Abo-schnibbel ist auf Seite 71... Nun denn, nächster Redaktionsschluss ist am 16. Mai, layoutet wird dann vom 21. bis 27. Mai in Döbeln, Sachsen. Was dann blöderweise mit Carl Haefners Geburtstag kollidiert, wie ich feststelle. Anyway, der hat auch die nächsten 200 Jahre noch Geburtstag, das grüne blatt wird's möglicherweise nicht mehr ganz so lange geben. Fleißige Layouter_innen wie immer herzlich willkommen, meldet's euch am besten da: mail@gruenes-blatt.de.

Impressum

grünes blatt –
Zeitung für Umweltschutz von unten
http://gruenes-blatt.de

Redaktion
grünes blatt – Redaktion
Am Bärental 6
D-04720 Döbeln
Fon: +49 3431/58 94 170
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de

Spendenkonto:
GLS Bank
IBAN: DE75430609671101740600
BIC: GENODEM1GLS

Verlag
SeitenHieb Verlag
Duburger Str. 47 | D-24939 Flensburg
www.SeitenHieb.info
Info@SeitenHieb.info
+49 461 14683333

Autor*innen dieser Ausgabe
Falk Beyer (fb) (V.i.S.d.P.), Frederike Schmitz, Jörg Bergstedt (jb), Karl-Caspar Linde (kcl), Kardan, Rowena, Oliver Rast, GKN, André Moussa, Thomas Meyer-Falk, LPT-Schließen, Dominik (dr) u.a.

Satz und Layout
Dominik, Rowena, Falk Beyer, Karl-Casper Linde, Jörg Bergstedt, Kardan, Katharina u.a.

Fotos
Pay Numrich, Chris Grodotzki, Falk Beyer, Fotos auf Titel- und Rückseite: visual.rebellion

Auflage: 1500 Hefte
Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt. Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige Mitarbeiter*innen. Die Arbeit der Redaktion wird über ein offenes Wiki im Internet koordiniert:

http://gruenes-blatt.de/redaktion/

Zum Schutz vor Spambots und automatischer Indizierung des Redaktionswikis ist dieses passwortgeschützt:

redaktion // grbl-passwort

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es „die" Kollektivmeinung nicht gibt.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter http://gruenes-blatt.de gelesen werden.

Räumung für die A100

jmd. Am Montag, den 03.02. 2014 ist die seit über einem Jahr bestehende Baumbesetzung auf der geplanten Trasse der A100 geräumt worden. Dem Eigentümer des Grundstücks wurde vom Senat der Besitz entzogen. Etwa 50 Leute waren vorher zu einer Kundgebung auf das Gelände gekommen. Ein Großaufgebot der Polizei war bis in die Abendstunden im Einsatz.


Robin-Wood-Kletter_in beim Baumhaus


Klettern gegen Räumung - Aktivist_in in den Bäumen

Die Räumung begann gegen 12 Uhr. Als Letztes krachte gegen 18 Uhr die Protestpappel samt Baumhaus zu Boden. Dazwischen lag ein für den bisherigen Protest und Widerstand gegen die A100 beispielloser Polizeieinsatz. Beamte mehrerer Hundertschaften, Hunde, Flutlicht, eine technische sowie ein kletternde Spezialeinheit wurden aufgeboten, um die geplante Trasse von allen Zeichen des Protests zu säubern. Holzfäller und Baufirmen agierten als ein Bestandteil dieses Großeinsatzes, so wurde zum Beispiel die Hebebühne zur Räumung der Bäume von den Holzfällern gestellt und bedient. Die Polizei holte drei KletterInnen von den Bäumen. Eine Person hatte sich dort festgekettet, was die Ordnungsmacht längere Zeit in Atem hielt. Ein weiterer Aktivist wurde auf dem Dach der zum Grundstück gehörenden Lagerhalle abgegriffen. Mehrere Leute am Boden ließen sich abführen oder wegtragen. Es wurden mehrere Anzeigen wegen Hausfriedensbruch geschrieben. Der Senat lässt Zähne zeigen und macht deutlich, dass ein Projekt wie die A100 nur mit massiven Zwang gegen die Bevölkerung durchsetzbar ist.

Die Räumung ist keine Niederlage

Anders als in manchen Medien suggeriert, ist die Räumung und Fällung der besetzten Bäume keine Niederlage des Protests. Die Protestpappel sollte ein Symbol für die Zerstörung sein, die die falsche Verkehrspolitik insgesamt anrichtet. Betrachtet man die umfangreiche mediale Berichterstattung, wird klar, dass dieser Plan aufgegangen ist. Der Berliner Senat wurde gezwungen zu zeigen, wie weit er für die Profite von Baufirmen und Autokonzernen geht.



Baumhaus in der Pappel

Es geht um mehr als Bäume

Dabei geht es um sehr viel mehr, als das Dutzend Bäume, die an dem Tag unter Polizeischutz gefällt wurden. Nicht nur hunderte Straßenbäume sondern auch ebenso viele Kleingartenparzellen mussten dem 17. Bauabschnitt bereits weichen. Aktuell hat die Entmietung der zum Abriss vorgesehenen Wohnhäuser in der Beermannstraße 20 und 22 begonnen. Hier soll günstiger Wohnraum aktiv vernichtet werden. Die den MieterInnen vom Senat angebotene Entschädigung ist völlig unzureichend. Würde der 16. Teilabschnitt in Betrieb gehen, hieße das mehr Lärm, mehr Abgase, mehr Klimaschäden, mehr Verkehrstote und eine weitere Schwächung des öffentlichen Nahverkehrs. Davon unbeeindruckt plant der Senat bereits den 17. Bauabschnitt quer durch den Friedrichshain bis zur Storkower Straße.

Der Protest wird nicht aufhören

Es ist klar, dass der Protest gegen die A100 gerade jetzt weitergehen wird. Sein Atem ist lang, die Möglichkeiten vielfältig und der Beton noch nicht gegossen.

Mehr Information und Bilder zur Räumung finden sich auf dem Blog des Bündnisses:

http://www.a100stoppen.de/kundgebung-baumbesetzung-gegen-raeumung-a100-berlin-neukoelln/

RASSISMUS, MIGRATION UND LINKE BEWEGUNGEN IN GRIECHENLAND

1. Die EU-Außengrenze

Hanna Krügener Unsere letzte Station in Griechenland ist für viele Migrant_innen, denen legale Wege verwehrt sind, die erste Station in der EU: Chios, eine griechische Insel 7 km vor der türkischen Küste. Die Grenze im Norden beim Grenzfluss Evros ist nur noch schwer zu überqueren, da ein großer Zaun gebaut wurde. Wir trafen uns auf Chios mit den Aktivist_innen der kleinen Initiative Latra, - größtenteils Lehrer_innen, die Soliarbeit machen - und einigen linksorientierten Studis. In Athen trafen wir noch einige Geflüchtete, die über Chios gekommen sind.

Die Überfahrt an sich ist bei ruhigem Wetter nicht das eigentliche Problem. Das Problem ist die Grenzpolizei. Es kursieren verschiedene Versionen, was passiert wenn die Küstenpolizei ein Boot entdeckt. Für die Suche werden übrigens Hubschrauber verwendet, deren Scheinwerfer wir auch nachts auf dem Meer rumsuchen gesehen haben. Grundsätzlich ist es das Ziel der griechischen Küstenwache, die Boote zum Umkehren zu zwingen. Sind sie dann in türkischen Gewässern, sollen die Boote oft zum Kentern gebracht werden, damit sie es nicht erneut vesuchen und sodass die türkische Küstenwache sie retten muss. Um dem zu entgehen bringen immer


Chios (Foto: Wikimedia Commons)

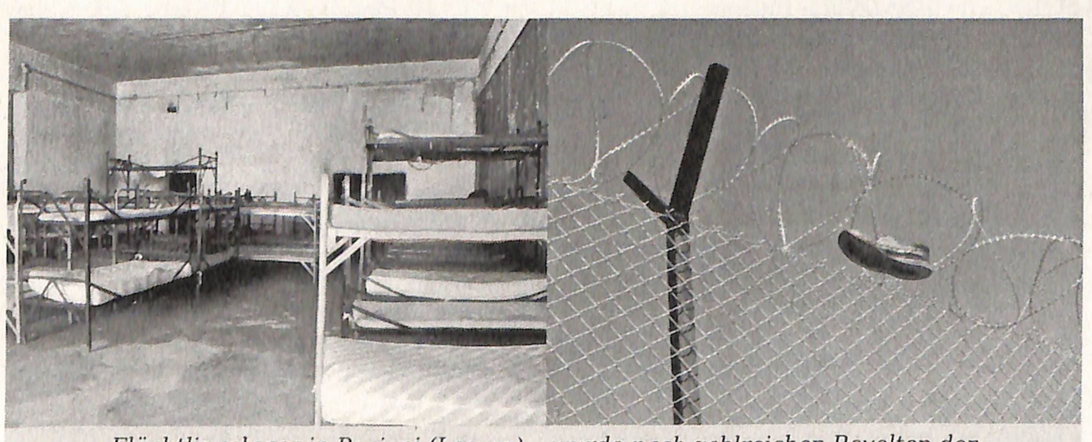
mal Geflüchtete selbst ihr Boot zum Kentern sobald sie die griechische Küstenwache sehen, damit diese sie retten muss.

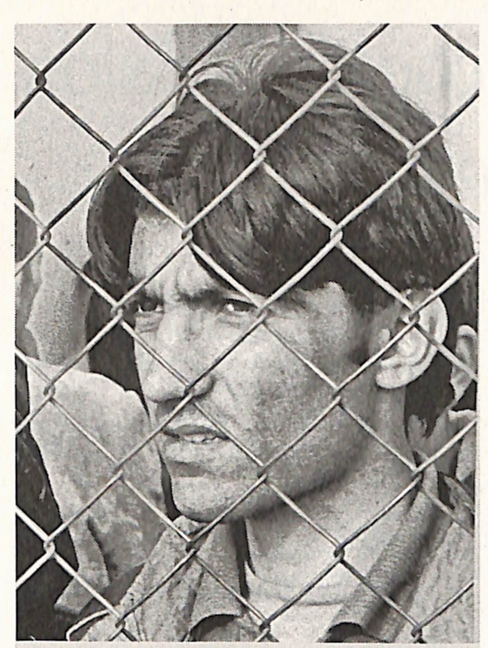
Haben es dann doch welche geschafft, können sie versuchen irgendwie zum griechischen Festland zu kommen, das allerdings mehrere hundert Kilometer entfernt ist. Sie können versuchen illegalisiert auf der Insel zu leben, obwohl es sehr wahrscheinlich ist, dass sie irgendwann aufgegriffen werden. Oder sie melden sich bei der Polizei, um Asyl zu beantragen.
Dann kommen sie zunächst in einen kleinen Container bei der Hafenpolizei, die noch nicht mal Mittel aufbringt, diese zu versorgen. Der Container ist für maximal 5 Personen gedacht - manchmal sind jedoch bis zu 25 Menschen darin untergebracht. Nach ein paar Tagen bekommen sie entweder ein Visum für 30 Tage, in denen sie das Land zu verlassen haben oder sie kommen in den Abschiebeknast.

Und was machen die Latra-Menschen? Sie versuchen, die Menschen zu treffen bevor sie in Gewahrsam genommen werden, sie zu informieren, mit dem Nötigsten auszustatten und einfach persönlich für sie da zu sein. Gleichzeitig versucht Latra auch, politische Arbeit zu machen, z. B. Demonstrationen, und die normale Bevölkerung zu erreichen, u. a. durch ein jährliches Festival gegen Rassismus.

2. Geflüchtet in Griechenland – Inhaftierung, Behörden- und Polizeischikane und Faschismus

Farshid ist vor 8 Jahren aus dem Iran geflüchtet. Er ist Journalist. 6 Jahre war in der Türkei bis der UNHCR seinen Asylantrag ablehnte und er ausreisen musste. Er kam über den Evrosfluss und sofort in den Abschiebeknast. Zusammen mit einem türkischen Aktivisten, den ich aus Berlin kenne, ging er dort in Hungerstreik. Fünf Mal wurde er verlegt, er kennt die verschiedenen Knäste also ganz gut. Der bei Athen ist der Schlimmste. 50 - 70 Menschen in einem Raum, kein Ausgang und Familien werden getrennt. Nach 8 Monaten kam er raus mit einem Visum für 6 Tage. Endlich konnte er Asyl beantragen - dachte er zumindest. Doch in Athen wurden immer nur 40 Asylanträge pro Woche aufgenommen. Folglich ist vor der Behörde eine ewig lange Schlange. Menschen übernachten davor und die ersten Plätze werden oft verkauft. So kam er rein und bekam den Asylbewerberstatus.
Lange war es leicht, eine Arbeitserlaubnis zu bekommen. Jetzt nicht mehr. Auch undokumentierte Beschäftigungen sind seltener. Unterstützung vom Staat gibt es keine. Zum Glück kann seine Familie aus dem Iran ihn unterstützen. Nur krank werden darf er nicht - die paar freiwilligen Ärzte sind


Flüchtlingslager in Pagiani (Lesvos) - wurde nach zahlreichen Revolten der Inhaftierten 2009 geschlossen (Foto: w2eu.net)



Im Flüchtlingslager in Fylakio (Foto: Wikimedia Commons)

immer maßlos überlastet.
Schon zwei Mal wurde Farshid von Mitgliedern der faschistischen Partei Goldene Morgenröte zusammengeschlagen. Die Polizei ist da keine Hilfe. Eher im Gegenteil. Viele sind selbst Mitglieder dieser Partei und grundlose Kontrollen und Schikanen gehören zum Alltag. Einmal hat Farshid mit einigen anderen Geflüchteten ein Protestcamp vor dem Parlament gestartet. Schon in der ersten Nacht kamen Faschist_innen. Bleiben will er folglich nicht! Schon mehrere Male versuchte er mit anderem Pass auszureisen – erfolglos. Aber jetzt hat er, unglaublich aber wahr, eine amerikanische Green Card (Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis) gewonnen. Diese werden jährlich verlost.
Zwei seiner Freunde, die leider nicht so gut Englisch sprachen, haben wir auch getroffen. Beide sind über Chios eingereist. Beide aus dem Iran. Beide illegalisiert. Einer hat versucht, Asyl zu beantragen, und ist sogar drangekommen, da es jetzt etwas leichter ist. Seine Daten wurden aufgenommen und ihm wurde gesagt, dass er zum Interview eingeladen werden wird. Irgendeine schriftliche Bestätigung, die ihn vor Polizeikontrollen schützen kann, hat er nicht bekommen. Der Sachbearbeiter meinte, er solle doch einfach seine Wohnung nicht verlassen.
Der Andere will gar nicht erst versuchen, hier Asyl zu beantragen. Hier will er eh nicht bleiben. Aber wie weg? Sie können ihre Wohnung kaum verlassen. Die Gefahr von der Polizei aufgegriffen zu werden ist zu groß. Schon einmal wurden sie am Strand kontrolliert und sind erstmal 10 Monate im Knast gelandet. Insgesamt sind sie erst ein Jahr in Griechenland. Eigentlich ist es nach EU-Recht verboten, Asylbewerber_innen zu inhaftieren. Aber in Griechenland – und auch anderswo – wurden erst vor 1 - 2 Jahren viele neue große Knäste gebaut, natürlich mit europäischer Unterstützung. Panos, ein Arzt in Patras, erzählte uns, dass es dort bis 2012 viele Migrant_innen gab, die versuchten nach Italien zu gelangen. Patras ist einer der Hauptfährhafen nach Italien. Sie lebten in schlimmsten Bedingungen ohne irgendwelche staatliche Unterstützung in leerstehenden Gebäuden in der Nähe des Hafens. Panos war in einer freien Klinik aktiv. Im Sommer 2012 wurden dann massive Polizeirazzien durchgeführt und alle in einen neuen Knast in Korinthos gebracht. Seitdem gibt es nur noch sehr wenige in Patras.

3. Ausländischer Farmarbeiter in Griechenland

In Korinthos auf dem Bauernhof, auf dem wir 3 Wochen arbeiteten, blieben wir von dem Thema auch nicht verschont. Es ist in Griechenland sehr verbreitet, Arbeiter_innen vornehmlich aus Pakistan oder Albanien zu beschäftigen und auszubeuten. Auch bei uns auf der Farm. Dem Arbeiter Jamil, mit dem wir viel Zeit verbrachten, schuldeten sie noch über 1000 €. Seit der Krise hat sich die Situation für die meisten noch verschlechtert.

Vorher haben sie zumindest meist legal gearbeitet und bekamen jährlich ihr Arbeitsvisum verlängert.
Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Also lebt auch Jamil jetzt illegalisiert. Eigentlich würde er gerne zurück, aber vorher will er noch sein Geld haben. Ob er das je bekommen wird?

4. Antimuslimischer Rassismus

– Auch in Griechenland sehr verbreitet. Noch gefüttert durch historische Konflikte mit der Türkei. Zum Beispiel ist es so gut wie unmöglich eine Moschee zu bauen, wie uns u.a. ein Stadtführer in Athen erzählte.

5. Protest

Farshid und seine Freunde halten die Antiraszene für sehr klein. Sie sind kaum mit ihnen in Verbindung. Migrantische Selbstorganisation und Protest halten sie aus eigener Erfahrung für schwierig wegen der Gefahr von der Goldenen Morgenröte, der Polizei und der zu schwachen Unterstützung.
Wir trafen einige Menschen aus verschiedenen Gruppierungen. Die Leute bei denen wir wohnten waren sozialistisch und antifaschistisch organisiert, einer gab außerdem kostenlosen Griechischunterricht. Von kleinen Initiativen, die Beratungen und Sprachunterricht anbieten und im Kleinen politisch aktiv sind, haben wir auch einige getroffen. Außerdem wurde aus anarchistischen Kreisen eine größere Demo organisiert. Alle sagen, dass es momentan eher wenig Protest gibt.

Lampedusa – über die öffentliche Diskussion zur europäischen Flüchtlingspolitik

Teil I: Die Form der Öffentlichkeit und ihr formeller Inhalt

Das bisherige Flüchtlingsabwehrregime ist überfordert

GKN Am 3. Oktober 2013 ertrinken mit einem Mal fast 400 Menschen bei dem Versuch, nach Europa zu kommen. Die Presse, die europäischen Regierungen und der Papst sprechen von einer Tragödie, mancher sogar von einer Schande. Genauso wie die großen Hungerkatastrophen in Afrika alle paar Jahre mal die deutsche Öffentlichkeit kurzzeitig beschäftigen, ist dieses Massensterben eine Debatte (bzw. eine Runde an Statements) wert. Jedes Jahr sterben tausende Menschen bei dem Versuch übers Mittelmeer nach Europa zu kommen. Dass es ausgerechnet jetzt zu einer breiten Diskussion kommt, liegt daran, dass die bislang vorgesehenen Institutionen vor Ort mit der Bewältigung der vielen Toten und der traumatisierten Überlebenden überfordert sind. Dass die Politik sich auch drei Wochen danach noch mit dem Thema beschäftigt hat, lag wiederum daran, dass die italienische Regierung die Aufmerksamkeit nutzte, um einige Reformen der bisherigen Arbeitsteilung in der europäischen Flüchtlingspolitik zu fordern.

Die Stunde der „Schicksale"

Die Zeit unmitelbar nach dem Tod der Flüchtlinge ist die große Stunde der „Schicksale". Alle Beteiligten bekommen ein Gesicht, hier geht es um Menschen. Der Stern druckt Fotos ab, die die ertrunkenen Flüchtlinge bei sich hatten, Überlebende dürfen ihre Hoffnungen, Ängste und Traumata detailliert berichten, Fischer und Taucher berichten, wie es ihnen dabei geht, wenn sie von Fischen angefressene Leichen aus dem Mittelmeer holen. Und natürlich fängt jeder Artikel über die Regierenden damit an, wie „entsetzt", „tief betroffen" usw. sie selbst sind.

Erstens weiß die Journaille um das Bedürfnis ihrer Leser: Ein wenig Schauder, der aber auch wohlig sein kann, weil man dadurch im Vergleich weiß, dass es einem trotz der Sorgen um steigende Mietpreise, Lohnsenkung, Arbeitsstress und sonstigen Existenzängsten immer noch besser geht als den Ertrunkenen und ihren Familien. Auch wenn diese Sorgen dadurch freilich nicht verschwinden.

Zweitens ist damit die Folie für alles Weitere gelegt: Was auch immer man aus diesem „Drama" folgen lässt: Es geht im Wesentlichen um individuelle Schicksale, die einem nicht gleichgültig sein sollen. Damit leistet die Öffentlichkeit zugleich Folgendes: Alles Ringen in der Politik, um neue Maßnahmen, dient angeblich auch diesen individuellen Schicksalen. Wenn dann Schleuser noch besser bekämpft werden sollen, soll es so aussehen, als ginge es der Politik dabei um diese individuellen Schicksale.[1]

Teil II: Ursachen, die unterstellten oder hervorgehobenen Probleme und ihre Lösung

In der ersten Presseschau am Tag danach wird die europäische Flüchtlingspolitik hart ins Gericht genommen: Diese Toten hätten nicht sein müssen und es gebe sie nur, weil die Politik ihrer Verantwortung nicht nach gekommen sei. Fluchtursachen, Fluchtwege, Fluchtmittel, Ankunfts- und Aufenthaltsbedigungen, alles wird mit der Betonung herangezogen, da habe die Politik doch was mit zu tun.[2] Welche Schlussfolgerungen daraus gezogen werden, darum soll es im Folgenden gehen.

II.1. Fluchtgründe – die Situation in den Herkunftsländern

Bürgerkriege

Mit den ertrunkenen Flüchtlingen, die vorwiegend aus Eritrea und aus Somalia stammen, kommt das Thema Bürgerkriege auf den Tisch. Diese werden nach dem Motto „So ist das dort" behandelt. Die EU-Länder hätten mit den Bürgerkriegen eigentlich nichts zu tun, bzw. nur insofern, als dass sie nicht genug getan hätten, um die Bürgerkriege zu beenden.

Als ob den EU-Ländern das Vermeiden von Bürgerkriegen ein Zweck an sich wäre. Als ob sie ihren Bezug auf Bürgerkriege nicht nach ihren nationalen Interessenlagen entscheiden würden. Das ist nicht der Fall. Mal stacheln EU-Staaten Bürgerkriege an, weil ihnen die Regierung nicht passt, mal unterstützen sie Regierungen im Bürgerkrieg, weil sie ihnen passen und manchmal warten sie abwägend ab, was sich so Interessantes für eine zukünftige Einmischung ergibt.

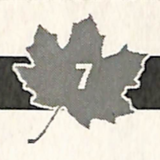
Die „Vermeidung von Bürgerkriegen" ist dabei ein guter Titel, um die nationalen Interessen dort mit allen Mitteln der Politik durchzusetzen; mit wirtschaftlicher Erpressung, der Unterstützung von Oppositionsgruppen oder deren Bekämpfung, manchmal auch mit Krieg.

Diktaturen

Es gibt Regierungen auf der Welt, die unliebsame Untertanen misshandeln

1 Dies verpasst Jan Ole Arps, wenn er im AK vom 15.10.2013 schreibt: „Ekelhaft ist drittens, dass selbst im Tod die Opfer der europäischen Flüchtlingspolitik noch einen identitätsstiftenden Nutzen für Europa haben. Als Flüchtlinge, TeilnehmerInnen einer großen Elendsbewegung, bleiben sie das gesichtslose, leidgeprüfte, dunkle Gegenbild zum aufgeklärten, entwickelten, demokratischen Europa und bestätigen uns letztlich, wie viel zivilisierter, individueller und vielschichtiger wir EuropäerInnen mit unseren Europäerproblemen sind. Das funktioniert auch deshalb gut, weil es uns die Auseinandersetzung mit der einzelnen Person erspart. So bleibt zum Beispiel Yonas (der jetzt tot ist) ein »Flüchtling«, das schafft Abstand zwischen ihm und uns. Dabei hätte er ebenso gut ein Freund oder Vereinskollege oder nerviger Nachbar sein können. Zumindest auf den Erinnerungsfotos der Toten, die einige Medien veröffentlichten, kann man das zum Glück noch erkennen: ein junger Mann, eine junge Frau, ein Gruppenbild, einer sieht nett aus, ein anderer ziemlich bescheuert - in etwa so wie die Leute auf dem Jahrgangsfotos der eigenen Schule, die super Leute neben den größten Deppen."

2 Wie sich über Fluchtursachen und Fluchtwege Gedanken gemacht wird, hat von Anfang an eine unangenehme dauerhafte Begleitunterstellung: „Wir können nicht alle aufnehmen" - dazu am Ende des Textes mehr.



(Welche eigentlich nicht?). Welche Regierung ihre Untertanen misshandelt, liegt dabei in der Interpretationshoheit der europäischen Regierungen. Eine der EU wohlgesonnene Regierung mag noch so viele Leute wegen ihrer politischen Absichten in den Knast stecken, sie gilt dann nicht als Diktatur.
Hier ist der ganze Sinn der Asylpolitik angesprochen: Staaten geben denjenigen Menschen Asyl, dessen Herkunftsländern sie einen Unrechtsstatus ans Bein binden wollen, um gegen sie bestimmte nationale Interessen durchzusetzen. Diesen Unrechtsstatus unterstreichen die europäischen Staaten, um so ihre Politik gegen diese Länder als Handeln im Sinne der Menschlichkeit, also eines dem nationalen Interesse übergeordneten weltweiten Wertesystems darzustellen.

Armut

Dass Leute vor Ort unter den erbärmlichsten wirtschaftlichen Bedingungen zurechtkommen müssen, ist für die hiesigen Regierungen einerseits kein Grund, ihnen Zuflucht zu bieten. Anerkannt ist dieser Fluchtgrund andererseits in einer sehr eigentümlichen Art und Weise. Er wird glatt als einer der Hauptgründe ausgemacht, warum sich Leute auf den Weg nach Europa machen.
Warum sind die Leute arm? Es gibt dort zum Beispiel Bürgerkriege, die jede vorhandene erbärmliche Lebensgrundlage oder kleine Entwicklung gleich wieder kaputt machen. Gehe zwei Schritte im Text zurück.
Den Regierungen vor Ort wird Korruption vorgeworfen. Anstatt eine Entwicklung für alle zu befördern, würden sie nur in ihre eigene Tasche wirtschaften. Da kann eine europäische Nation natürlich nur den Kopf schütteln und mehr Transparenz fordern, good governance, sprich gutes Regieren, dafür sollen die Regimes' vor Ort sorgen. Diese Forderung ist dann wieder ein guter Titel, das zu machen, was dem eigenen nationalen Interesse entspricht.

Warum Regierungen in Ländern, deren heimische Ökonomie kaum Erträge einbringt, um den Staatsapparat zu unterhalten, die Tendenz haben, alle möglichen Geldmittel bei sich zu konzentrieren und sich dafür auch locker über selbstgemachte Gesetze hinwegsetzen; warum solche Regierungen Klientelpolitik machen, als einziger Weg, um sich wenigstens eine kleine loyale Gefolgschaft zu beschaffen, darüber haben wir anhand des Beispiels Mali geschrieben.[3] Dort ist auch ausgeführt, worum es sich bei dem Anspruch „good governance" handelt: Es soll so regiert werden, dass die Machtwechsel nicht zusätzlich die Staatsgewalt schwächen. An Staaten, aus deren Gesellschaft mit Notwendigkeit immer wieder der Drang entsteht gegen die aktuellen Machthaber selber an die Macht zu gelangen und dabei nicht selten der Staatsapparat die einzige halbwegs funktionierende Erwerbsquelle in der Gesellschaft ist, wird der Anspruch gestellt: Machtwechsel o.k., aber friedlich!
Es wird aber auch von Seiten europäischer Politiker zur Sprache gebracht, dass äußere wirtschaftliche Interessen für schlechte wirtschaftliche Zustände vor Ort sorgen. Freilich wird auch das durch eine nationale Brille gefiltert: China betreibt „Land Grabbing"; kauft also vor Ort Land auf, sorgt für die entsprechende Infrastruktur, um dann dort erfolgreich Landwirtschaft zu machen – für die eigenen Zwecke. Böse. Es könnte einem daran auffallen, dass es nicht schwer wäre mit dem gegebenen Stand der Technik in Afrika eine ertragreiche Landwirtschaft zu betreiben – wenn man das für die Leute vor Ort machen wollte. Dieser Aufwand scheint aber zu hoch zu sein für das nationale Interesse an der Vermehrung des Geldreichtums, da scheinen Frontex und Eurosur vergleichsweise bessere Nebenkosten zu sein.
Europa überflutet die dortigen Märkte mit subventionierten Lebensmitteln und untergräbt entsprechend die dortige Landwirtschaft, die ebenfalls aufs Geldverdienen angewiesen ist. Aus der deutschen Brille wird dann gerne auf Spanien verwiesen, deren Fischereiwirtschaft sich Fangrechte entlang Nord-West-Afrika organisiert hat und damit den Fischern in der Region die Fische wegschnappt.
Weniger ist die Sprache davon, dass eine verarbeitende Industrie aufgrund der Produktivkraftüberlegenheit der westlichen Firmen in vielen Teilen Afrikas von vorneherein keine Chance hat. Dass der Westen da auch nichts anbrennen lässt, wenn die Staaten verschuldet und vom IWF abhängig sind und von demselben aufgedrückt bekommen, hier keine kostspieligen nationalen Projekte voranzutreiben und gleichzeitig den freien Handel nicht zu beschränken. So wie die eigenen Subventionen von Lebensmitteln immer weiter gekürzt werden sollen, da der IWF sonst keine weiteren Kredite mehr vergibt. Der Export von Rohstoffen aber, produziert oder abgebaut von westlichen Firmen, die eh keine Arbeitskraft vor Ort, dafür aber Landflächen brauchen und verbrauchen (siehe Shell im Niger-Delta), wird als einzig senkrechter nationaler Entwicklungsweg vorgeschrieben.
Mit Blick auf das ganze Elend fordern dann einige europäische PolitikerInnen und JournalistInnen die Entwicklungshilfe auszubauen, die noch nicht umfassend und ausreichend genug sei. Dafür brauche es vor Ort die richtige Regierung (siehe zwei und drei Abschnitte vorher) und so werden immer mehr Gelder der originären Entwicklungshilfe für polizeiliche und militätrische Zwecke umfunktioniert. Aber auch abgesehen davon, sorgen Schulen vielleicht für mehr Leute, die Lesen und Schreiben können, die dann aber ökonomisch gar nicht gebraucht werden, weil eine nennenswerte Industrie vor Ort aufgrund der überlegenden Konkurrenz des Westen eh nicht entsteht. Zugleich sorgt der Westen dafür, dass der einzige vorgesehene Weg für eine Existenz das Geldverdienen bleibt.

II.2. Fluchtwege

Die Fluchtwege, vor allem durch die Sahara, sind hart und gefährlich, wobei überwiegend unterschlagen wird, dass es natürlich viel einfachere Wege gäbe – Flugzeuge und moderne Schiffe, wie jeder Tourist sie benutzt. Der Konsens unter den europäischen Regierungen besteht dann darin, dass die Leute, wenn sie denn schon fliehen müssen, in der Region bleiben sollen. Dafür unterhält sich die Staatengemeinschaft ein Flüchtlingshilfswerk der UNO. IKEA darf da gerade neue 1000-Euro-Kleinhäusercontainer statt Zelte testen, damit die Leute in der Region in den Massenflüchtlingscamps bleiben (Ist dem Spiegel ein Artikel wert in der Ausgabe vom 21.10.2013 nach dem Motto – guck mal, das was du als Steckbaukasten zu Hause hast, darin leben jetzt vielleicht zukünftig Flüchtlinge in Afrika).

Sahara-Anrainer einbinden

Die Flüchtlinge vor den europäischen Grenzen müssen an diversen Grenzposten vorbei, dafür sorgt vor allem die EU. Irgendwie immer wieder erwähnt, aber keiner weiteren Verwunderung wert, wird berichtet, dass Italien mit Gaddafi ein Abkommen hatte, in dem Libyen sich verpflichtete, die Flüchtlinge im eigenen Land abzufangen. Solche Abkommen versucht die EU seit langem allen Sahara-Anrainern mit wirtschaftlicher Erpressung nahe

3 Siehe https://gegen-kapital-und-nation.org/mali---und-noch-ein-anti-terror-krieg

zu bringen. Darin erklärt die EU ihr „nachbarschaftliches" Interesse an dem Ausbau der Grenzsicherung in den nördlichen afrikanischen Staaten. Gaddafi wollte damit ein Stück weit mehr in die westliche Normalität gelangen – der Versuch hat ihm nichts genützt. Wenn das Abkommen erwähnt wird, dann glatt mit der Empörung, dass Gaddafi das Abkommen nicht mehr einhielt, als die EU Krieg gegen ihn gemacht hat. Er wollte die EU erpressen!
Auf jeden Fall gelten die gewünschten Abkommen als ein Mittel, „Tragödien" wie Lampedusa zukünftig zu vermeiden. Die Leute würden das Mittelmeer gar nicht erreichen und was in den Flüchtlings-Camps in Afrika los ist, wird schon kein Schwein interessieren, bzw. kann die EU ja nichts dafür, denn das liege ganz in der nationalen Verantwortung der afrikanischen Staaten.[4]

Zu wenig legale Wege

Um überhaupt an die europäische Grenze zu kommen, müssen die meisten Flüchtlinge über das Mittelmeer. Und da sie von keinen vernünftigen Schiffen mitgenommen werden dürfen, müssen sie es illegal mit den abenteuerlichsten Geräten versuchen.
In diesem Zusammenhang kommt das Grenzregime von Europa deutlicher zur Sprache. Es gibt ein paar kritische Stimmen, die meinen, man müsse mehr legale Arten und Weisen etablieren, auf denen die Leute sicher nach Europa kommen können – das Gerät sei ja vorhanden, wovon nicht nur die modernen Frontex-Schiffe zeugen.
In der Mehrheit kontern die Regierenden schlicht mit dem Argument: „Wir können nicht alle aufnehmen und wenn man mehr legale Wege eröffnet, dann macht man den Leuten nur falsche Hoffnungen auch bleiben zu dürfen."
Dieser Vorwurf wird dann in der Öffentlichkeit nicht gekontert mit: „Das ist Heuchelei, ihr wollt einfach was anderes", sondern es wird gesagt: '„Aber ihr seht doch, dass man Flüchtlinge praktisch nicht verhindern kann. Das bisherige System ist unpraktikabel."
Damit wird den Regierenden in ihrem politischen Willen, Flüchtlinge nicht haben zu wollen, Recht gegeben.
Vorerst ist mit dem Machtspruch der Regierenden alles entschieden. Es kann aber sogar sein, dass die Debatte in der politischen Elite weitergeht und dann doch irgendwann ein erweitertes Green- und Bluecard-System herauskommt. Das würde dann für passgenaue Arbeitskräfte für die Nation und für den unerbittlichen Willen sorgen, die Unpassenden draußen zu halten.[5]

Schleuser

Dass verzweifelte Leute selbst mit Schlauchbooten versuchen, über das Mittelmeer zu kommen, ist das Eine. Das sorgt aber nicht für 300 - 400 Tote auf einmal. Dafür braucht es schon größere Schiffe und die sind ohne Geld in der heutigen Welt nicht zu haben. Also kommt in der Debatte auch das große Thema Schlepper und Schleuser auf den Tisch. Wo Leute in besonderer Not sind, lässt sich richtig Geld verdienen, das weiß jeder anständige Unternehmer. Und wo das Geschäft illegal ist, lassen sich bei und wegen eines Risikos noch ordentliche Extragewinne machen. Kein Wunder, dass sich in Afrika genügend Leute finden, mit den Flüchtlingen ein Geschäft aufzumachen. Und weil es ums Geschäft geht, ist es auch kein Wunder, dass die Sicherheit des Menschenlebens ein untergeordneter Gesichtspunkt ist, wenn z.B. die Boote mit so vielen Leuten wie möglich vollgestopft werden.
Mit diesen Geschäftsleuten will die EU wiederum nichts zu tun haben – das sind Kriminelle, die irgendwo herkommen – schließlich hat man's verboten.
Nun ist klar, dass das Geschäft auf dem Verbot der EU beruht. Dass die Flüchtlinge so erpressbar sind, ist nicht die Tat der Schleuser, sondern der Staaten, die ihre Grenzen schließen und bewachen. Dass die EU-Staaten samt NATO alle Welt aufs Geldverdienen verpflichtet, statt auf Bedürfnisbefriedigung, könnte einem als Grund einfallen, warum es solche Geschäftemacher gibt. Auch, dass die EU mit den eher dürftigen legalen Geschäftsbedingungen am Südmittelmeer einiges am Hut hat, könnte den Unschuldsgedanken in Zweifel ziehen. Auf den Kriminellen lässt sich herzlich herumtrampeln und ihre Gleichgültigkeit gegen Mensch und Leben herausstellen. Wieder ist ein Auftrag im Namen der Ertrunkenen kreiert: Europa muss den Schleppern das Handwerk legen. Gut, dass die EU mit Eurosur schon geplant hatte, modernste Satellitentechnik einzusetzen, um das Mittelmeer lückenlos zu scannen. Das Überwachungssystem wurde dann auch eine Woche nach „Lampedusa" ins Werk gesetzt.
Wenn die verantwortlichen Politiker das Bild von Schleppern zeichnen, denen das Menschenleben egal ist, dann können sie auf tatsächliche Beispiele zurückgreifen. Diese Beispiele werden verallgemeinert, damit sich die EU dann in die Menschenretterpose schmeißen kann und sich so einen tollen moralischen Titel schafft, um das zu machen, was sie will: Hilfe für ungewünschte Flüchtlinge insgesamt zu unterbinden. Das trifft dann eben auch die Verwandten, Freunde oder sonstige Menschen, die schlicht die Flucht schon geschafft haben und versuchen, den Leuten dort, wo sie selber herkommen, Tipps zu geben, wie man es überhaupt nach Europa schaffen kann. Auch diese Netzwerke werden dann mit dem Titel Schlepper versehen und jeder soll sie sich als gewissenlose Mörder vorstellen.

Verbot von Seenotrettung

Im Zuge der 300 - Toten kommen ein paar Besonderheiten ans Tageslicht. Es gibt glatt eine Strafe für Fischer oder andere Schiffsbetreiber im Mittelmeer, wenn sie illegale Flüchtlinge in Seenot an Bord nehmen. So die italienische Gesetzgebung. Die italienische Regierung hat den Aufschrei um Lampedusa als Gelegenheit entdeckt, ein wenig mehr Geld von der EU zu fordern und fördert deswegen den humanitären Aufschrei, der durch Europa geht, nach Kräften. Und zwar so, dass sie Deutschland der Gleichgültigkeit bezichtigt, weil es die ganzen angeblichen humanitären Aufgaben an Italien abwälzt. Die deutsche Seite kontert: Ha, von wegen Humanität, wenn man solche inhumanen Gesetze macht. Die deutsche Regierung selbst, da geht sie mit der deutschen Presse d'accord, könne natürlich nichts für solcherlei nationale Gesetze wie in Italien. Man habe sich auf europäischer Ebene geeinigt, dass diejenigen Länder für die Flüchtlinge zuständig sind, wo sie ankommen (Drittstaatenregelung, mit

---

[4] Es gibt mittlerweile „Mobilitätspartnerschaften" mit den Subsaharastaaten mit dem Ziel, Maßnahmen zur legalen und illegalen Einwanderung zu verknüpfen und so mehr Druck auf die Staaten auszuüben. Zudem haben eine ganze Reihe nordafrikanischer Staaten auf Druck der EU (wirtschaftlich-entwicklungspolitisch) Maßnahmen selbst umgesetzt: Z.B. Gesetz gegen illegale Migration in Marokko (2003). Darüber hinaus gibt es zwei Programme: TACIS (2000 - 2006 für osteuropäische und zentralasiatische Staaten) und MEDA-programme (für Subsaharastaaten von 2002 bis 2004). Darin wurden wirtschaftliche Maßnahmen mit Maßnahmen zur Grenzsicherung verbunden. Jetzt läuft das alles unter dem Titel: „Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument" (2007 - 2013). Hier wird Entwicklungspolitik mit Grenzpolitik verknüpft durch finanzielle und technische Unterstützung bei dem Ausbau der Grenzsicherung.

[5] Das Prinzip gibt es übrigens schon: In der „Mobilitätspartnerschaft" mit den Subsaharastaaten geht es genau darum, Kriterien für legale Einwanderung stärker nach den Bedürfnissen der europäischen Arbeitsmärkte auszurichten. Befristet natürlich.

der sich Deutschland bei Beibehaltung des Asylzweckes, die Kosten und den Aufwand des Asyls einsparen will). Wie dann die jeweiligen nationalen Regierungen mit den geteilten Pflichten umgehen, da kann Deutschland natürlich nicht mitreden, weil es eben nationale Sachen sind. Deutschland bemüht sich hier derselben Argumentation wie anerkannte und ehrenwerte Großunternehmen, die nichts für das Gebaren ihrer Subunternehmen können.
Ansonsten lautet das Angebot der Stunde: Frontex, also diejenige Institution, die materiell die Festung Europa an den Rändern mit ihrem Militärgerät herstellt und gerade den Grund für die waghalsigen Versuche über das Mittelmeer abgeben, soll sich zukünftig verstärkt für die Seenotrettung einsetzen.

II.3. Das Ankommen und Dableiben:

Wer das Mittelmeer überlebt, erreicht Italien, Spanien, Griechenland oder Malta. Im Zuge der Berichterstattung über die „Tragödie" werden die Lebensbedingungen in den Auffanglagern geschildert. Wieder wird an individuellen Lebensberichten nicht gespart und im Grunde wird auch nichts beschönigt. Lauter traumatisierte Menschen sind auf engsten Raum zusammengepfercht und haben nicht einmal ein Dach über den Kopf.

Wie die Lage in den Lagern funktionalisiert wird

Die italienische Regierung beschönigt hier nichts, weil sie auf Grund dieser Sachlage mehr Gelder und einen anderen Aufteilungsschlüssel für die angekommenen Flüchtlinge auf die Mitgliedsstaaten von der europäischen Union verlangt. Das wird von Deutschland & Co. im Grunde abgelehnt. Italien bekomme genug und solle seinen Pflichten nachkommen. Dabei bezieht sich die deutsche Regierung auf Berichte, dass Italien den Aufwand für die Lager und die Flüchtlinge gar nicht betreiben will. Italien macht seinen eigenen Beitrag dafür, dass die Geflüchteten elende Bedingungen vor Ort haben und lässt sie gerne weiterflüchten – damit sie gen Norden ziehen. Das ärgert Deutschland.
Deutschland macht wiederum den Aufenthalt innerhalb seiner Staatsgrenzen so unangenehm wie möglich (Residenzpflicht, ebenfalls überfüllte Lager und sonstige Schikanen), damit ja kein Hoffnungssignal an weitere potentielle Flüchtlinge im Süden gemacht wird. Über die Aufenthaltsbedingungen der Flüchtlinge wird auf diese Weise die Kostenkonkurrenz für den gemeinsamen Asylzweck zwischen den europäischen Staaten ausgetragen.

Wie die Lage der Illegalen funktionalisiert wird

Viele Flüchtlinge wissen, dass auf dem legalen Wege in Europa nichts zu holen ist und versuchen sich als Illegale durchzuschlagen. In Gesellschaften, in denen die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist die Armut der lohnarbeitenden Klasse die dauerhafte Grundlage ihrer Botmäßigkeit für das legale kapitalistische Geschäft. Illegale bieten da eine zusätzliche Notlage, die sich fürs Geschäft ausnutzen lässt. So waren und sind Illegale zum Beispiel in Spanien und Italien lange Zeit ein wichtiger Teil der dortigen Ökonomie. Das zeigt sich auch an der Meldung, die in den Medien kursierte, dass Illegale als Saisonkräfte auf spanischen Großplantagen arbeiten und das Pflanzenschutzgift aus Flugzeugen direkt auf die arbeitenden Kräfte abgeworfen wird. (Auch eine Art und Weise die Poren des Arbeitstages zu schließen, wenn es das Kapital nicht aushält, Menschen eine Pause machen zu lassen).[6]
Auch die miserablen Lebensbedingungen der Illegalen in Deutschland werden in der Presse nicht verschwiegen, wenn es auch nicht richtig erklärt wird. Im Spiegel vom 21.10.2013 wird ein Illegaler, der sich am Stadtrand von Hamburg auf einer Brache in einem Container ohne fließend Wasser durchschlägt, interviewt. Er sagt, er würde am liebsten zurück nach Afrika, weil dort die Situation doch besser war als jetzt in Deutschland (er kann aber nicht zurück, weil im Herkunftsland durch seine Familie Geld gesammelt wurde, damit er Deutschland erreicht und es wird dort erwartet, dass Geld zurückfließt).
Die elende „Lage" der Flüchtlinge in Deutschland, die Deutschland selbst aktiv und bewusst mit herstellt, wird so zum Argument gemacht, sich verstärkt darum zu kümmern, dass sie Europa bzw. Deutschland gar nicht erst erreichen. Das sei dann ein Dienst an den Flüchtlingen und an Europa.

Teil III: Ein Fazit und warum die Politik wen nicht aufnehmen will

Das Resultat der Fluchtursachenanalyse:

Dafür haben die Toten bei Lampedusa gedient: Eine Debatte, in der sich die Öffentlichkeit darüber verständigt, dass die EU: erstens mit der elendigen Situation der Flüchtlinge eigentlich nichts zu tun hat, zweitens aber doch schon eine Menge tut, aber noch nicht genug, drittens dieses Tun nur im Sinne der Flüchtlinge ist, sowie im Sinne der EU. Alles Leid wird in einen Auftrag der Politik verwandelt.
Dagegen muss festgehalten werden: Alles Leid wird in einen Auftrag der Politik verwandelt, die der Grund für dieses Leid ist. Die EU-Staaten wollen nationales kapitalistisches Wachstum und nehmen dafür die Welt in Beschlag und schaffen das politische wie wirtschaftliche Elend, dessen sich Menschen durch Flucht entziehen wollen. Für die EU-Staaten sind diese Flüchtlinge eine für ihre Zwecke überflüssige Bevölkerung, die in den Herkunftsländern und erst recht in Europa stört.

„Wir können ja nicht alle aufnehmen"

In der Debatte gibt es noch ein nicht behandeltes Argument: „Wir können ja

[6] An dieser Stelle geht es darum, wie die Lage der Illegalen für die Debatte um den weiteren Ausbau der Festung Europa produktiv gemacht wird. Natürlich stellt die Behandlung der Illegalen durch das Kapital in Europa selber eine Funktionalisierung dar, auf die manche Regionalpolitiker gar nicht mehr verzichten wollen. Die Treppe der politischen Güterabwägung geht dann so: Erstens stehen alle Ausländer unter dem generellen Verdacht, der Nation gar nicht unbedingt loyal gegenüber zu sein. Zweitens haben die Staaten gelernt, dass es sich dennoch lohnt, die einen oder anderen Ausländer hereinzulassen, damit sie sich als Arbeitskräfte für die Nation nützlich machen können. Heutzutage vor allem in der Fachkräftemangeldebatte en vogue. Dafür erlässt der Staat gezielte Aufenthaltsrechte und wirbt auch gezielt an. Drittens: Die Flüchtlinge dagegen hat der Staat nicht bestellt und selbst wenn dort brauchbare Fachkräfte mit dabei sind, will er sie so nicht. Die kann er schließlich gezielt anwerben. (Die Verfechter einer noch menschlicheren Asylpolitik meinen, dass hier doch mehr zu holen sei, wenn sie die Forderung nach mehr legalen Einreisemöglichkeiten mit dem Hinweis auf potentielle Fachkräfte unterstreichen). Viertens: Noch die modernsten militärischen Flüchtlingsabwehrmaßnahmen zeigen aber: Absolut verhindern kann man die Einreise von Illegalen nicht. Fünftens: Zunächst gar nicht politisch gewollt, machen sich findige Unternehmer daran, die besondere Notlage der Illegalen für ihr Geschäft zu funktionalisieren. Sechstens: Politiker vor Ort bemerken oder bekommen es von der unternehmerischen Elite mitgeteilt, dass jetzt vor Ort ein Stückchen Ökonomie entstanden ist, das erstens einen deutlichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum bringt und zweitens ohne Illegale gar nicht oder nicht so gut ginge. Das wird von der Politik anerkannt und ein Auge zugedrückt bei der Verfolgung der Illegalen. Siebstens: Zugleich widerspricht es dem Stil der bürgerlichen Politik rechtsfreie Räume zuzulassen und so kommt es manchmal dazu, dass ein Teil der Illegalen legalisiert werden. Das ist ärgerlich für die Unternehmen, aber der Nachschub kommt dann ja.

nicht alle aufnehmen." Dieses Argument liegt fast allen oben bestimmten Debatten über Fluchtwege, Ankommen und Dableiben zu Grunde. Das „Argument" ist in mehreren Hinsichten verlogen. Erstens: Wer ist denn dieses „Wir"? Regierungen beschließen, wer rein darf und wer nicht. Zweitens: Der Satz unterstellt, dass es (auch unabhängig von Flüchtlingen) in dieser Gesellschaft eine kooperative Absprache gäbe, wie man Menschen eine Lebensgrundlage sichern könnte. Die Lohnarbeitenden haben sich aber im Gegenteil nach der Konjunktur und dem Bedarf des Kapitals zu strecken. Nie ist es andersherum, dass die Bedürfnisse der Menschen zum Ausgangspunkt gemacht werden und dann gefragt wird: Wie sollten wir die Wirtschaft dafür einrichten?

Die fehlende Kritik der kapitalistischen Ökonomie ist einer der Gründe, warum linksliberale Bürger selber immer wieder das Argument „Man kann ja nicht alle aufnehmen" implizit oder explizit mittragen. Sie mögen keinen Unterschied in der Frage machen, ob ihr Nachbar ein Deutscher oder ein Mensch ist, der sonst irgendwo her kommt. Sie mögen vollste Empathie mit den Geflüchteten haben. Dem „Argument" - ja, geht das denn, wenn in den kommenden Jahren 5 Millionen Leute kommen - haben sie nichts entgegenzusetzen, weil auch sie sich dann in den Realismus des „können die Sozialsysteme, die auf den Beiträgen der Beschäftigten beruhen, das tragen?" hineindenken.

Drittens ist mit der „Integration" in erster Linie gar nicht das Arbeiten und Wirtschaften gemeint, sondern die politische Forderung, dass die Leute hierzulande Deutschland gegenüber loyal zu sein haben. Hier hat die Politik prinzipiell einen deutlichen Vorbehalt gegenüber Ausländern. Wirtschaftspolitisch wird dieser Vorbehalt bedingt relativiert, wenn z.B. Fachkräfte aus dem Ausland angeworben und ihnen ein Aufenthalt in Deutschland gewährt wird. Flüchtlinge dagegen sind Ausländer, die kein Politiker bestellt hat. Selbst wenn unter ihnen Fachkräfte sind: Sie sind illegal gekommen und das ist erst mal ein deutliches Minus in Sachen Loyalität. Fachkräfte holen sich Staatenlenker anders. Dass es nicht alleine um die Masse Menschen in Deutschland geht, sondern um solche, von der sich die Politik eine besondere Loyalität verspricht, zeigt sich daran, dass parallel zum „Boot ist voll"-Bild, das dauernde Gejammer darüber besteht, dass „urdeutsche" Frauen zu wenig Kinder in die Welt setzen.

Nicht nur die deutsche Politik hält (im Ergebnis gar nicht zu Unrecht) die Staatsbürgerschaft aufgrund von Blutslinie für ein unschlagbares Loyalitätsprogramm, in dem Leute herauskommen, die das Wohl und Wehe Deutschlands für ihr persönlichstes Anliegen halten. Und diese Identifikation mit der Nation ist dem deutschen Staat wichtiger als kleinliche Berechnungen, wie man wirtschaftlich so über die Runden kommt. Auf die Blutslinie als politisches Loyalitätsprogramm verzichtet kein Staat der Welt, einige – mittlerweile auch Deutschland – kennen daneben noch andere Kriterien der Staatsbürgerschaft. Flüchtlinge dagegen, die nur wegen der Armut fliehen, sind in diesem brutalen und bedürfnisfeindlichen Gedankensystem unbrauchbar: Sie gehen ja nur weg, weil sie es persönlich besser haben wollen, anstatt alles persönliche Elend in Kauf zu nehmen und ihre Nation tatkräftig zu unterstützen, wie es die Trümmerfrauen einst in Deutschland gemacht haben.

Kurzum: Die Wahrheit von „Wir können ja nicht alle aufnehmen" heißt: Die um die Nation besorgte Politik will nicht alle und auch nicht viele aufnehmen. Für das Programm „nationaler kapitalistischer Reichtum" sterben Menschen rund um und in Europa. Und dieses Sterben wird für dieselbe Politik in der Debatte um Lampedusa fruchtbar gemacht.

Teil IV: Die Arbeitsteilung der deutschen Regierung

Die Regierung: Weiter so, nur engagierter

Die deutsche Regierung beherrscht das Spiel der Selbstbezichtigung sehr gut: Wir haben bisher zu wenig getan, deshalb sollten wir mehr tun: Eine Staatsministerin verspricht, dass die Bundesregierung sich mehr dafür einsetzen wird, dass Frontex auch zur Seenotrettung beitragen soll – was natürlich schon längst ein Unterauftrag sei. Der scheidende Minister für Entwicklungshilfe, verspricht, für noch mehr Entwicklung zu sorgen. Der Innenminister verspricht, noch konsequenter die Schleuser zu bekämpfen. Der Antrag von Italien, dass Deutschland mehr Geld geben soll oder mehr Flüchtlinge aufnehmen solle, wird zurückgewiesen.

Der Bundespräsident: Rettet die Werte!

Der Bundespräsident Gauck gab gleich am Tag nach der „Tragödie" den Blickwinkel vor, um den es in der Debatte zu gehen hat: Die Werte von Europa stehen auf dem Spiel.[7] Kurz gesagt: Alle moralischen Titel, in die sich die nationalen Interessen der EU-Staaten kleiden, sind durch die vielen Toten auf einmal angekratzt. Betroffenheit ist fällig, um zu zeigen, die Werte sind da. Selbstkritik ist fällig, um zu zeigen, wie sehr diese Werte der Grund der Politik seien (und nicht, was die Wahrheit ist: Die Werte beschönigen die machtpolitischen Interessen).[8] Damit das keiner missversteht, erklärt Gauck gleich dazu, wie fehlbar der Mensch an sich sei und der Kampf um die Werte ein ewiger Kampf bleiben wird - also ein naives Messen, dass, wo gesagt wird, kein Mensch dürfe sterben, auch kein Mensch zu sterben habe, fehl am Platze ist. Und alle politischen Repräsentanten haben sich erneut Mühe gegeben, die Projekte mit dem Namen der Menschlichkeit zu dekorieren.[9]

Die Betroffenen am 03.10.2013 waren nicht die 300 - 400 ertrunkenen Flüchtlinge. Der Betroffene war der Wertehimmel, mit dem sich das brutale Programm des nationalen Kapitalismus in Europa schmückt. Diesen Wertehimmel galt es zu flicken.[10]

---

[7] „Wegzuschauen und sie hineinsegeln zu lassen in einen vorhersehbaren Tod, das missachtet unsere europäischen Werte." Gauck am 04.10.2013.

[8] „Wenn wir also nun an das Wunder der deutschen und der europäischen Einigung erinnern, lassen Sie uns immer mit bedenken, dass unser Kontinent trotz aller Fortschritte alles andere als perfekt ist – genauso wenig wie unser Staat und unsere Demokratie. Es bedarf, wir wissen es alle, unseres täglichen Engagements, um dem elementarsten Recht Geltung zu verschaffen: dem Recht auf Leben." ebd.

[9] „Den perfekten Staat oder die perfekte Gesellschaft können wir nicht erwarten, denn der perfekte Mensch ist ja noch nicht geboren, der eine solche Gesellschaft hervorbringen könnte. Wir alle sind Mängelwesen, und das fällt uns öfter auf, als wir es uns wünschen. Wir verkalkulieren uns und wir machen Fehler. Wir machen übrigens nicht nur Fehler, sondern wir laden auch Schuld auf uns. Das gehört zu unserem menschlichen Maß." ebd.

[10] Aus diesem Zweck, den Wertehimmel zu pflegen, erklärt sich auch folgender Zynismus: Während die Überlebenden von Seiten Italiens ein Verfahren wegen illegaler Einreise an den Hals bekommen haben, wurden die Toten posthum zu italienischen Staatsbürger erklärt. Und weil das viele innerhalb von Italien und vor allem außerhalb Italiens nicht als einen gelungenen Beitrag zur Pflege des Wertehimmels betrachtet haben, wurde das Projekt in den Medien kritisiert.

Ein Spitzel in der Wietze/n - Kampagne

Am 26.01.2014 wurde in mehreren Medien berichtet, dass sich eine V-Person in Zusammenhänge der Tierbefreiungsbewegung – die seit nun mehr 3 ½ Jahren erheblichen Widerstand gegen die Schlachtfabriken in Wietze und Wietzen leisteten – geschlichen hat. Noch am selben Tag erschien auf Indymedia und auf der Homepage der Kampagne ein ausführlicher Artikel, der eine Chronik aller bekannten politischen Tätigkeiten der V-Person, sein Auftreten und seine Auffälligkeiten, seine Enttarnung und eine politische Bewertung des Ganzen in aller Ausführlichkeit beinhaltete. Dieser Beitrag basiert im Wesentlichen auf diesen Text, er wurde allerdings teilweise zusammengefasst und stark gekürzt. Der vollständige Text ist auf antiindustryfarm.blogsport.de zu finden.



Ralf Gross als vermeintlich solidarischer Unterstützer von Repression

Ralf Gross' Tätigkeiten in der Szene

Aufgetaucht ist Gross erstmals am 22.03.2012 in Bremen zu einem Vortrag über „Europas größte Hühnerschlachtfabrik in Wietze bei Celle". Er fertigte heimlich einen Mitschnitt des Vortrags an, den er von seinem E-Mail-Konto an Fritz.fuchs24@yahoo.de schickte.

Seitdem tauchte Gross bei diversen Strafprozessen von Aktivist_innen die z.B. wegen Aktionen gegen Atomkraft, Tierhaltung und Gentechnik angeklagt wurden, auf. Oft rief er im Vorhinein Aktivist_innen aus Braunschweig an, um mit ihnen gemeinsam zu den Prozessen zu fahren. Auf diesen Fahrten bekam er oft noch die letzten Absprachen der Prozessvorbereitungen mit. Auch außerhalb der Prozesse war er sehr an den Strategien der Angeklagten, die sich in den meisten Fällen selbst und offensiv verteidigten, interessiert. Vom 14 - 16.12.2013 nahm Gross an einem Strafprozesstraining in Braunschweig teil. Das Training sollte u.a. zur Vorbereitung auf mögliche Strafprozesse wegen der *„Critical Mast"* - Aktionsfahrradtour dienen und wurde von drei Aktiven der Wietze/n-Kampagne gegeben. Seit dem Training war er mit seiner Mail-Adresse *„alf-das-huhn@web.de"* auf der Antirepnetz-Mailingliste dabei. Die Liste dient verschiedenen Aktivist_innen zum Austausch über Handlungsstrategien gegen Repression. Gross leitete etwa ein Dutzend E-Mails an die immer gleiche Yahoo-Adresse (*„Fritz Fuchs 24"*) weiter. Einen Teil dieser Mails versah er mit Anmerkungen und Fragen zu konkreten Personen. Etwa mutmaßte er am 20.3.2013, ob es sich bei zwei Menschen mit sehr ähnlichen Vornamen um ein und dieselbe Person handele; am selben Tag wies er auch auf die *„vielleicht interessanten"* Kontaktdaten in einer weitergeleiteten Mail von der Antirepnetz-Liste hin. Am 10.5.2013 leitete er die Info weiter, wer bei einem bestimmten Verfahren die Laienverteidigung übernehme und merkte an: *„für mich wäre jetzt gut zu wissen, wer denn die Angeklagten sind"*.

Auch für Camps und Aktionen stellte er sein Auto regelmäßig zur Verfügung. So fuhr er beispielsweise Material zu der *„Critical Mast"*- Aktionsfahrradtour im Mai 2012 und zu dem Aktionscamp gegen Tierfabriken im Juli 2013.

Bei zwei geplanten Blockaden der Schlachtfabriken in Wietze und Wietzen – eine im Juli und eine im Oktober 2013 – war er in der Planung und in der Bereitstellung der Logistik involviert. Beide scheiterten, da die Aktivist_innen vor Ort von mehreren Hundertschaften der Polizei überrascht wurden.

(Doch) auch für Aktionen und Kampagnen außerhalb der Wietze/n-Kampagne interessierte er sich, so war er beim Sommerfest der IGIT (Initiative gegen Industrielle Tierhaltung im Wendland), wo er scheinbar zufällig zwei Aktive der Wietze/n - Kampagne traf.

Vom 28.09.-03.10.2012 fuhr er gemeinsam mit ein paar Aktiven der Kampagne zu den Aktionstagen gegen Kohleabbau im Hambacher Forst.

Am 13.04.2013 fuhr Gross mit Aktiven der Wietze/n und der Kampagne gegen Versuchstiertranspore von Air France/KLM zu deren Infostände beim „Vegan Spring" in Hannover.

Wie er selbst unmittelbar danach erzählte, nahm Gross am 31.05.2013 an einer Infoveranstaltung im Antifa-Café Braunschweig teil. Thema war der bevorstehende Naziaufmarsch in Wolfsburg; ihn hatte nach eigenem Bekunden vor allem die Organisation der Antifa-Aktionen interessiert.

Ralf Gross bei einer Demo in Wietze



Vom 30.09. - 02.10.2013 fand in Hamburg eine Dauermahnwache gegen das Tierversuchszentrum LPT statt. Gross fuhr zusammen mit Aktiven der Wietze/n-Kampagne hin.

Am 25.11.2013 nahm Gross an einer Mahnwache der BI (Bürger_inneninitiative) in Wietze teil. Dies ist sein letztes, bekanntes Auftauchen in politischen Zusammenhängen.



Bei der Arbeit?

Gross' Auftreten und Auffälligkeiten

Gross behauptete von Hartz IV, Frührente und von zusätzlicher Unterstützung durch seinen großen Bruder zu leben. Dadurch hatte er Zeit an vielen, oft auch überregionalen Aktionen, teilzunehmen. Dabei nahm er sehr häufig Leute in seinem Auto mit. Er verbreitete, dass er chronisch krank sei (was wahrscheinlich auch stimmt) und daher sowieso zu Arztterminen in den jeweiligen Orten müsse. Durch die Krankheit hatte er aber auch immer eine Begründung, sich bei Sachen rauszuziehen und Verabredungen wieder abzusagen. Aus dem selben vermeintlichen Grund übernahm er keine herausgehobenen Rollen bei Aktionen.

Am 23.11.2012, am Morgen nach dem nächtlichen Brandanschlag auf drei Rothkötter-Mastanlagen in Meppen, rief Gross einen Aktiven der Wietze/n-Kampagne an und fragte u.a. ob er gut geschlafen habe (was zu dem Zeitpunkt schon komisch auffiel).

Gross inszenierte immer wieder seine eigene Entschlossenheit und vermeintliche Radikalität, wobei er sich bei inhaltlichen Debatten stets heraushielt. Von dem Schlachthof in Wietze habe er erfahren, als das Jobcenter ihn dorthin vermitteln wollte, was er aber aus ethischen Gründen verweigert habe. Er erzählte von seinem angeblichen Engagement in einer Bürgerinitiative gegen eine Schweinemastanlage in Weddingen (Harz). Die BI frustriere ihn schon seit längeren, da es den Aktiven vor allem um Gestank und Lärmbelästigung ginge. Gross betonte dagegen, dass ihm das Leid der Tiere sehr nahe ginge. Er und seine Frau hätten vor einiger Zeit zwei Pferde in einer Nacht- und Nebel-Aktion befreit. Gross versuchte außerdem, andere zu illegalisierten/militanten Aktionen anzustiften.



Bei einem Infostand der "*Stop vivisection*" Kampagne in Hannover

Zu Beginn seiner Infiltrationsversuche fiel Gross durch seinen Sprachgebrauch auf. Regelmäßig verwendete er sexistische Ausdrücke, z.B. in Bezug auf seine Partnerin, was in der Wietze/n-Kampagne mit ihrem emanzipatorischen Anspruch vielen übel aufstieß. Mit der Zeit passte er seine Ausdrucksweise jedoch mehr und mehr an.

Was Persönliches und Emotionales anging, war Gross eher zurückhaltend. Zu den meisten Aktiven pflegte er einen eher funktionalen, weniger freundschaftlichen Kontakt (es gab allerdings durchaus Ausnahmen). Er war allerdings immer interessiert daran, wo Leute gerade wohnen oder hinreisen wollen.

Gross erzählte nicht viel aus seiner Biografie, das was er erzählte war aber oft leicht widersprüchlich. Zum Beispiel erwähnte er des öfteren die Geschichte von einem Betrugsfall in den er angeblich involviert war. Wie genau dieser angebliche Betrug der Deutschen Bank – oder auch der Deutschen Post – ablief und was seine Rolle dabei gewesen war, blieb stets sehr unklar. Zwar wurde auch nie näher danach gefragt, aber für einige seiner Versionen der Geschichte erschien seine angebliche bloße Bewährungsstrafe schon reichlich unwahrscheinlich.

Freunde oder Bekannte von Gross waren niemanden bekannt. Bei einem überraschenden Besuch bei ihm zu Hause (zu diesem Zeitpunkt war der Verdacht gegen ihn bereits sehr stark) wirkte sein Haus zwar bewohnt, auffällig war jedoch seine sichtliche Nervosität und der Fakt, dass die besuchende Person schon nach nicht einmal 5 Minuten wieder aus der Wohnung hinaus befördert wurde und mit Gross die nächsten 15 Minuten in einem Cafe verbrachte, obwohl Gross es vor wenigen Minuten noch so eilig hatte.

Im Vorfeld der gescheiterten Blockadeaktion am 28.10.2013 reagierte er auffällig nervös auf die Frage, ob sich jemand seinen Laptop ausleihen könne. Er zog sich daraufhin alleine in ein Zimmer zurück. Als eine Person dort hereinplatzte, konnte sie sehen, dass er Textdokumente geöffnet hatte. Als er den Laptop später übergab, fand sich dort kein einziges Textdokument mehr. Es ließen sich auch keine zuvor geöffneten Dokumente wieder herstellen.

Gross schrieb bei Vorbereitungstreffen viel und auch Namen mit. Er wollte immer genau verstehen, wer was macht und die Leute kennenlernen. In der Tendenz (!) scheiterten Aktionen, bei denen er mittel- bis langfristig in die Vorbereitung einbezogen worden war. Aktionen ohne ihn funktionierten besser. Während Aktionen verschwand Gross immer wieder kurzzeitig ohne das klar war warum.

Mehr Korrekturleser_innen fürs grüne blatt!

Das grüne blatt sucht Menschen die Lust haben, Artikel auf Rechtschreib-, Grammatik- und Layoutfehler korrekturzulesen. Wenn du Interesse hast, melde dich unter mail@gruenes-blatt.de

Enttarnung

Besonders das im letzten Absatz Geschilderte führte dazu, dass eine kleine Gruppe misstrauisch wurde. Von ihr ging die Initiative aus, sich in einem größeren Kreis zusammenzusezen. In dieser Runde wurde eine Bedrohungsanalyse für den eigenen Zusammenhang erstellt. Fast alle hierfür in der Broschüre „Schöner Leben ohne Spitzel“ vorgeschlagenen Fragen bei Spitzelverdächtigungen konnten mit Ja beantwortet werden. Außerdem wurden die genannten Auffälligkeiten in Gross‘ Verhalten zusammengetragen.

Zwischenzeitlich kam es bei einem Unterstützer in Wietze zu einem Anquatschversuch durch die Polizei. Hierbei entstand der Eindruck, dass bereits ein Spitzel in den betroffenen Zusammenhängen unterwegs sein könnte.

Nachdem sich der Verdacht erhärtet hatte, wurden weitere Nachforschungen angestellt. Die Gruppe erhielt Zugang zu Gross‘ E-Mail-Konto und seinem Facebookprofil. In seinem Mail-Account befanden sich die beschriebenen Weiterleitungen von Mails der Antirepnetz-Liste. In seinem Facebookprofil befand sich ein Chatprotokoll mit Stefan K. Darin sagte Gross den gemeinsamen Besuch eines Fußballspiels mit folgendem Grund ab: „Habe viel Lust, muss aber Steine werfen in Hamburg. LPT [ein Tierversuchszentrum, gegen das derzeit eine Kampagne läuft] oder irgendein anderer Grund, Pelze, Schweine oder brutaler Umgang mit Gemüsezwiebeln.“. In ähnlich respektloser und wenig kreativer Weise geht das Gespräch weiter.

Ungefähr zu dieser Zeit wurde Gross ein fiktiver Blockadetermin mitgeteilt. Es gelang, einen Mitschnitt von einem Handytelefonat in Gross‘ Auto anzufertigen, der dokumentierte, wie er diesen Termin an eine unbekannte Person weitergab. Gross war mit Sicherheit klar, dass über derartige Aktionen nicht am Telefon gesprochen wird – grundsätzlich niemals und schon gar nicht nach dem Auffliegen zweier Blockadeversuche in jüngster Zeit.



Ein toter Briefkasten?

Nachdem diese Beweise zusammengetragen worden waren, wurde Gross im Dezember in einem Gespräch mit dem Spitzelvorwurf konfrontiert. Er stritt alles ab und versuchte Empörung wegen den gegen ihn gerichteten Recherchemethoden vorzutäuschen, wirkte aber auf viele der Anwesenden eher auffällig ruhig und keineswegs überrascht. Gleichzeitig äußerte er aber immer wieder Verständnis für das Bestehen des Verdachts, den er in dem mehrstündigen Gespräch auszuräumen versuchte. Dabei verwickelte er sich aber in weitere Widersprüche.

Er räumte die Weitergabe sensibler Informationen, einschließlich des mitgeschnittenen Telefonats in seinem Auto, ein. Diese habe er an ein Mitglied einer Gruppe in einer anderen Region weitergegeben. Er habe sie zu mehr Aktionen motivieren bzw. allgemein informieren wollen. Gross war tatsächlich einer Person in dieser Gruppe bekannt, allerdings gab er im Gespräch einen falschen Namen an. Er nannte im Lauf des Gesprächs unterschiedliche Zeitpunkte, seit denen er die Person kennen würde. Zu dem konkreten Telefonat im Auto sagte er mal, er habe die Person direkt erreicht und ein anderes mal, er habe ihr auf die Mailbox gesprochen.

Auch die Weiterleitung von Mails an „Fritz Fuchs“ räumte Gross ein: Das sei ein alter Kumpel aus seiner Punkbzw. Jugendzeit, den er vor drei oder vier Jahren im Zug wiedergetroffen habe. (Später sprach er von zwei Jahren.) Er wolle „Fritz“ für „die Sache“ begeistern, habe ihm deshalb die E-Mails zukommen lassen und manchmal auch in Bad Harzburg oder Goslar getroffen. Noch später brachte er hierfür seine Frau ins Spiel, da sie mit seinem Engagement nicht einverstanden sei und deswegen die Mails wohl weitergeleitet haben muss. Er schrieb die Wohnadresse von „Fritz“ auf, behauptete aber später, es sei die von seinem Bruder. Er sei einmal bei Fritz Zuhause gewesen aber wisse nicht mehr, wo der wohne.

Eine Person „Fritz Fuchs“ existiert wahrscheinlich nicht. Gross hat in seiner Erzählung lange Pause gemacht und gezögert, bevor er nach und nach die Geschichte weiter gesponnen hat. Außerdem schrieb er Fritz im Plural („ihr“) an oder auch in anderen Mails mit „Jürgen“ und „Holger“.

Die Gesprächsgruppe hatte mit einem solchen Szenario (Bereitschaft zu einem 3,5 stündigen Gespräch in großer Runde, dabei aber beharrliches Abstreiten) nicht gerechnet. Die Beteiligung zu vieler Leute an der Gesprächsführung wurde von manchen als kontraproduktiv erlebt.



Ralf Gross' Kolleg_innen durchsuchen ihr Auto

Quelle: visual-rebellion.com

Direkt im Anschluss stiegen Leute mit Gross in sein Auto, um mit ihm zu seinem Bruder zu fahren. Die Fahrt ging zur Virchowstraße 24 in Goslar, einem mehrstöckigen Plattenbau. Dort gab es einen Briefkasten mit dem Namen *„W. Gross“*, aber kein dazugehöriges Klingelschild. Gross behauptete nun, sein Bruder habe dort noch letzte Woche (wenige Stunden zuvor hatte er von *„gestern“* gesprochen) zusammen mit seiner Frau gewohnt und zwar seit 2 oder 3 Jahren; von einem Umzug wisse er nichts. Nachbar_innen verneinten, dass ein Herr Gross in dem Haus lebte. Der Briefkasten war ihnen zum Teil auch schon komisch aufgefallen.

Die Fahrt ging weiter zu Ralf Gross‘ Haus, um sich E-Mails auf seinem Laptop anzuschauen. Leider waren just an diesem Tag angeblich Telefon und Internet defekt. Trotzdem stellte Gross seinen Laptop zur Verfügung. Es wurden per E-Mail-Client weitere Mails an fritz.fuchs24@yahoo.de Adresse gefunden, diesmal gesendet von ralfgross6@alice.de. Er stritt ab, die Mails geschrieben zu haben.

Als am folgenden Tag Leute vor Ralf Gross‘ Haus auftauchten, wurden sie von der Polizei kontrolliert und weggeschickt. Die hierfür gegebene Begründung (verdächtig aufgrund ihres auswärtigen Autokennzeichens) war extrem schwach und durchsichtig.

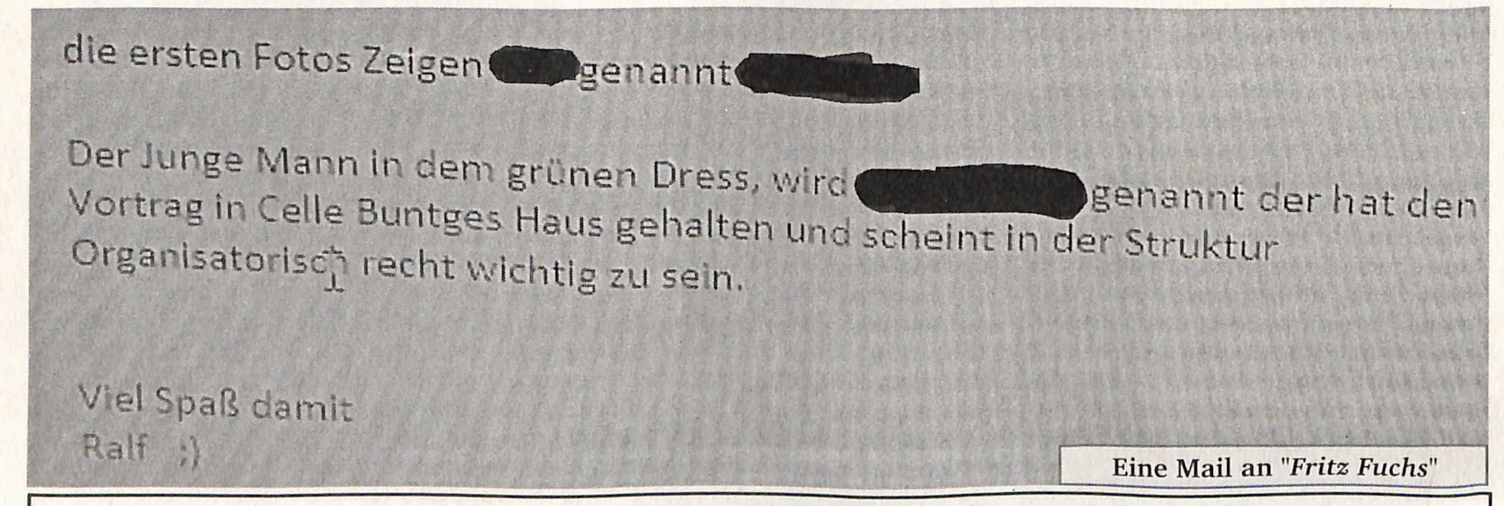
Derzeit besteht kein Kontakt mehr zu Ralf Gross. Er scheint noch im selben Haus zu wohnen wie eh und je, laut Nachbar_innen auch schon seit 15 Jahren.

Der Fall Gross – ein noch nicht abgeschlossenes Fazit

Das in radikalen Bewegungen Spitzel auftauchen war den Aktivist_innen der Witze/n-Kampagne auch bereits vor der Aufdeckung von Ralf Gross bewusst, dennoch war die Enttarnung keinesfalls routiniert und wurde von einigen trotz der auch teilweise motivierenden Erfolge als enorm druckvoll und emotional belastend wahrgenommen.

Bei einer taktischen und politischen Aufarbeitung von Spitzeleinsätzen – wie auch anderen Formen von Repression - sollte die Bedeutung der psychischen Folgen nie unterschätzt werden.

Überprüft gegebenenfalls in aller Ruhe den Selbstschutz eures Zusammenhangs. Seid dabei aber aufmerksam, dass das Ganze nicht in Paranoia, Misstrauen und ausschließendem Rumgemacker ausartet. Seid sorgsam mit Verdachtsmomenten und hinterfragt sie kritisch, wenn sie sich doch häufen geht ihnen nach, Bedenkt dabei aber immer was es für Menschen bedeuten kann zu unrecht als Spitzel verdächtigt zu werden und wenn Freund_innen und Genoss_innen ungefragt in ihr Privatleben eindringen. Wenn ihr Verdachtsmomente und Beweise gesammelt habt, legt sie mit der Bitte einer kritischen Überprüfung Personen, die zwar politisch auf eurer Seite stehen, aber in den Gruppenprozessen nicht involviert sind, vor.


die ersten Fotos Zeigen [geschwärzt] genannt [geschwärzt]

Der Junge Mann in dem grünen Dress, wird [geschwärzt] genannt der hat den Vortrag in Celle Buntges Haus gehalten und scheint in der Struktur Organisatorisch recht wichtig zu sein.

Viel Spaß damit
Ralf ;)

Eine Mail an *"Fritz Fuchs"*

Begriffsdefinitionen nach Wikipedia

Verdeckte Ermittler *(abgekürzt: VE;)* sind inländische Beamte von Strafverfolgungsbehörden, meist Polizei oder Zoll, die nach außen als Zivilpersonen auftreten und unter einer auf Dauer angelegten, falschen Identität ermitteln.

V-Person *(auch V-Mann, abgekürzt VP genannt, auch V-Leute)*, bezeichnet eine Verbindungs- oder Vertrauensperson, die als ständiger Informant eines Nachrichtendienstes, des Zolls oder der Polizei arbeitet. Dabei agiert sie unerkannt etwa in politisch extremen oder kriminellen Organisationen oder kriminalitätsverdächtigen Milieus, etwa der Drogenszene oder dem Rotlichtmilieu.

Informant ist jemand, der in einem Einzelfall - entgeltlich oder unentgeltlich - Polizei, Zoll oder Geheimdienste gegen Zusicherung der Vertraulichkeit mit Insiderinformationen über Straftaten, politischen Extremismus oder andere für die entsprechende Behörde interessante Informationen versorgt.

Als Agent Provocateur *(frz. ‚provozierender Agent‘, Lockspitzel)* bezeichnet man eine Person, die üblicherweise im Auftrag des Staates einen oder mehrere Dritte zu einer gesetzeswidrigen Handlung provozieren soll. Im weiteren Sinne wird damit auch ein Handeln bezeichnet, das durch die gezielte Vortäuschung oder auch Provokation einer ruchbaren Handlung die Stärkung der eigenen Position und die Legitimation für einen Eingriff anstrebt.

V-Mann enttarnt: Stellungnahme der Kampagne LPT-Schließen

In Braunschweig wurde unlängst ein V-Mann des LKA Niedersachsen enttarnt. Ralf Gross knüpfte im Frühjahr 2012 Kontakte zu AktivistInnen der Proteste gegen die Schlachtfabriken und den Aufbau von Mastanlagen in Norddeutschland. In den nächsten anderthalb Jahren nahm er an einer Vielzahl von Protestaktionen und Planungstreffen teil und leitete Informationen an staatliche Stellen weiter.

Gross interessierte sich darüber hinaus für weitere Kampagnen der Tierrechtsbewegung und offenbar auch für umweltpolitische Initiativen und Anti-Nazi-Proteste. Im Oktober vergangenen Jahres beteiligte er sich auch an einer mehrtägigen Protestaktion der Kampagne LPT-Schließen gegen die Ausbeutung von Tieren durch das Hamburger Tierversuchsunternehmen LPT. Die Kampagne LPT-Schließen solidarisiert sich mit den betroffenen AktivistInnen.

Die Polizei – Freund und Helfer der Fleischindustrie

Zudem nehmen wir vor diesem Hintergrund Stellung zu den andauernden Versuchen durch Polizei und andere staatliche Behörden legitime Proteste einzuschränken und zu kriminalisieren:

Die Debatten und politischen Auseinandersetzungen um die Produktionsbedingungen von Nahrungsmitteln und die Ausbeutung von Tieren durch die Tierversuchsindustrie haben sich in den vergangenen Jahren intensiviert. Tierrechtler Innen versuchen in den politischen Auseinandersetzungen den Schreien der Tiere Gehör zu verschaffen und verleihen ihren Überzeugungen auch durch zielgerichtete Kampagnen Ausdruck. So werden Akteure der Tierausbeutungsindustrie benannt, öffentlich gemacht und mit ihrer Verantwortung für das Leiden und Sterben von unzähligen Individuen konfrontiert. Dabei wird teilweise auch in die Abläufe der massenhaften Verletzung und Vernichtung von Tieren eingegriffen und versucht diese zu stören oder zu verzögern. Tiere werden als fühlende Individuen betrachtet, denen das Recht auf Leben und Unversehrtheit zusteht und ihr Warenstatus wird in Frage gestellt. Die von den TierrechtlerInnen vertretene Perspektive, die auf die Überwindung der Tierausbeutung und der Verwertungslogik zielt, stößt offensichtlich an die Grenzen dessen, was staatliche Behörden an zulässigen Meinungsäußerungen und politischen Handlungsmöglichkeiten zu tolerieren bereit sind.

Insbesondere dann, wenn es durch gezielte Kampagnenarbeit gelingt, Einfluss auf politische Entscheidungen, gesellschaftliche Debatten und wirtschaftliche Prozesse zu nehmen, reagieren Polizei, Justiz und Geheimdienste auf Proteste vor allem mit ordnungspolitischen Maßnahmen und Überwachung: Demonstrationen werden mit unzumutbaren Auflagen gegängelt, Organisationen bespitzelt und immer wieder Ermittlungsverfahren gegen AktivistInnen eingeleitet. Die staatlichen Behörden machen sich damit zum willfährigen Gehilfen der Fleischkonzerne und Tierversuchsunternehmen. Diesen ist ein Anliegen weiterhin ihre Profite auf Kosten der Tiere zu machen und es kommt ihnen somit nur recht, wenn jegliche Erinnerung an tierliche Bedürfnisse und Interessen delegitimiert oder gar verhindert wird.

Wir haben die Repression satt!

Auch die Kampagne LPT-Schließen blickt mittlerweile auf eine ganze Reihe von Einschränkungen ihrer Arbeit zurück: Das Skandieren von Sprüchen auf Demos wurde regelmäßig per polizeilicher Auflage auf ein Minimum reduziert, Demonstrationen nicht an den gewünschten Orten zugelassen, UnterstützerInnen erhielten "Verwarngelder" für das Verkleben von Aufklebern, im Umfeld der LPT-Labore wurden Personen und Autos von der Polizei angehalten und kontrolliert und Aktionen wurden durch Zivilpolizisten und (wie jetzt deutlich wurde) auch durch V-Männer der Polizei observiert.

Wir möchten daher an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit sagen: Wir haben die Repression gegen unsere politische Arbeit mehr als satt. Unzumutbar sind nicht die Forderungen von TierrechtlerInnen, die Gewalt gegen Tiere zu beenden. Unzumutbar ist stattdessen der Verfügungsanspruch über Tiere, der immer Gefangenhaltung, Ausbeutung und Tötung unzähliger Tiere bedeutet. Repression zielt darauf, politische Arbeit zu kriminalisieren und Aktivismus in seinen Handlungsmöglichkeiten einzuschränken.

Demgegenüber rufen wir unsere AktivistInnen und UnterstützerInnen sowie alle AktivistInnen emanzipatorischer Bewegungen dazu auf, sich weder einschüchtern noch spalten zu lassen und weiter entschlossen gegen die Gewalt an Tieren, die Ausbeutung von Menschen und die Zerstörung der Natur zu kämpfen.

Kampagne LPT-Schließen (Hamburg), Januar 2014

Stellungnahme zur aktuellen Berichterstattung über den LKA-Spitzeleinsatz des Ralf Gross

Wir haben intensiv überlegt wie wir den Spitzeleinsatz veröffentlichen und haben uns dazu entschieden dieses gemeinsam mit Journalis_Innen des NDR zu tun. Das hatte die positiven Effekte, dass das Thema zumindest in Niedersachsen knapp eine Woche tendenziell kritisch im Fernsehen, Radio und diversen Zeitungen präsent war und dass der Niedersächsische Innenminister und Beamte des LKA Stellung nahmen und den Fall zumindest indirekt einräumten. Aus unserer Sicht als negativ zu bewerten ist, dass damit eine fremdbestimmte Schwerpunktsetzung des ganzen und eine Endradikalisierung unserer Politik einherging. Als Antwort darauf haben einige Aktivist_innen folgende Stellungnahme verfasst.

Skandal verfehlt

Mit großem Interesse haben wir die Medienberichterstattung über die Enttarnung der V-Person Ralf Gross, die sich in Zusammenhänge der Tierbefreiungsbewegung einschleichen konnte, verfolgt. Die breite - in der Tendenz kritische - Öffentlichkeit zu dem Thema hat uns gefreut und wir hoffen durch die Veröffentlichung tiefgreifendere Debatten angeregt zu haben.

Dennoch sind wir der Meinung, dass in den meisten Berichterstattungen der eigentliche Skandal bisher leider verfehlt wurde. Nach Darstellung des NDR, ist der Einsatz von V-Personen sonst „ein ganz legitimes Mittel der Informationsgewinnung" um „schwere Straftaten" aufzudecken.[1]

Nur Gross Aufforderungen zu Straftaten sollen einen Aufschrei erzeugen. Das ist es, was viele der aktuellen Berichte lenkt, denn hier wurde das Gesetz überschritten und erst an diesem Punkt wird der Einsatz von Spitzeln nach bürgerlichem Verständnis verwerflich. In dieser Logik wird die Bewertung des Sachverhaltes den gesetzlichen Normen überlassen, die an die Stelle eigenen kritischen Denkens treten sollen.

Was es aber bedeutet, wenn ein Polizeispitzel in die Privatsphären einzelner Menschen eindringt und ob das legitim sein kann, wird nicht hinterfragt. So eine verdeckte Nähe der Polizei ist ein widerlicher Eingriff in das alltägliche Leben von Menschen. Würden Sie wollen, dass die Polizeibehörden sich auch nur in einen Moment Ihres Lebens, in vertraute Momente, in die politische Arbeit oder in Freundeskreise einschleichen und das entstehende Vertrauen für ihre Interessen ausnutzen?

Gegen jede Bespitzelung

Die Konsequenz aus dem Einsatz von Ralf Gross soll, laut Politik und Medien, lediglich eine Reformierung der Einsatzbestimmungen von V-Leuten der Polizei sein.

Wir wollen aber keine Reformen, die es weiterhin ermöglichen ungefragt in unser Privatleben einzudringen, wir wollen, dass die Beschäftigten der Polizei sich aus unseren Leben heraushalten und das ohne Kompromisse. Der Polizeiapparat ist ein Teil der herrschenden Ordnung, er schützt nicht ein freiheitliches Leben, sondern das kapitalistische und gewaltvolle System in dem wir leben.

Wer sagt, dass V-Personen ein legitimes Mittel zur Aufklärung vermeintlicher Straftaten wären, sollte sich zudem bewusst machen, welche emotionalen Belastungen und Unsicherheiten bei bespitzelten Menschen in Folge eines solchen Einsatzes aufkommen können.

Zusätzlich „können Spitzel aus Dusseligkeit etwas falsch verstehen, Leute verwechseln und dadurch Falschmeldungen produzieren. Sie können auch bewusst und selbstherrlich Berichte frisieren, die niemand richtig stellen kann, weil er oder sie nie von ihnen erfährt. Spitzel können Personen, die sie nicht leiden können, denunzieren und sich für persönliche Abweisungen rächen."[2]

Umsichtigkeit ist wichtig – nicht der bürgerliche Gewaltbegriff

Auf einen Radiobeitrag von NDR Info wollen wir ebenfalls eingehen. Dort wurde folgende Aussage getätigt: „Die Braunschweiger Gruppe bekennt sich zwar zu Blockadeaktionen, nicht aber zu Brandstiftung,

denn Lebewesen will man nicht gefährden."
Wir distanzieren uns inhaltlich nicht von den Brandstiftungen und wollen klar stellen, dass nach unserem Erkenntnisstand weder Huhn noch Mensch bei solchen Aktionen zu Schaden gekommen sind. Es ist davon auszugehen, dass dieses ein Resultat der verantwortungsvollen Durchführung oben genannter Aktionen ist.
So steht in den Richtlinien der Animal Liberation Front (ALF), in deren Namen sich zu zwei der Anschläge bekannt wurde: „Alle notwendigen Vorkehrungen müssen getroffen werden um durch Aktionen nicht Menschen oder Tiere in Gefahr zu bringen."[3]

Effektiv - auch ohne Spion
Darüber hinaus möchten wir Stellung zu der Aussage des NDR und anderer Medien nehmen, dass der Spitzel Ralf Gross es „uns" erst ermöglicht habe, bestimmte Aktionen effizient durchzuführen.[4] Diese Formulierung ist vielleicht etwas irreführend. Wie wir gegenüber dem NDR schon mitteilten, war Gross natürlich eine Hilfe, er war nützlich, sein Auto war nützlich, er war hilfsbereit, aber auch ohne ihn wären bestimmte Aktionen natürlich effektiv gewesen. Er war wie jeder andere Mensch ein Teil der Aktion, er war nicht herausragender, unverzichtbarer Bestandteil, ohne den alle Aktionen nur ineffiziente Nebelschwaden in der Widerstandslandschaft gewesen wären.
Für eine kritische Auseinandersetzung mit dem LKA-Spitzel Ralf Gross ist es notwendig, die politischen Hintergründe des gesellschaftlichen Konfliktes um Tierfabriken zu beleuchten. Zum Schluss möchten wir an dieser Stelle noch einmal unsere grundsätzliche Kritik an dem System der Mast- und Schlachtfabriken betonen, die wir als Resultat und notwendigen Teil kapitalistischer Produktionsweisen und eines herrschaftlichen Mensch-Tier-Verhältnisses sehen. Abgeschafft werden kann dieses Übel nur durch eine grundlegende gesellschaftliche Umwälzung. Und genau das sollen Leute wie Ralf Gross und seine Auftraggeber_innen verhindern.

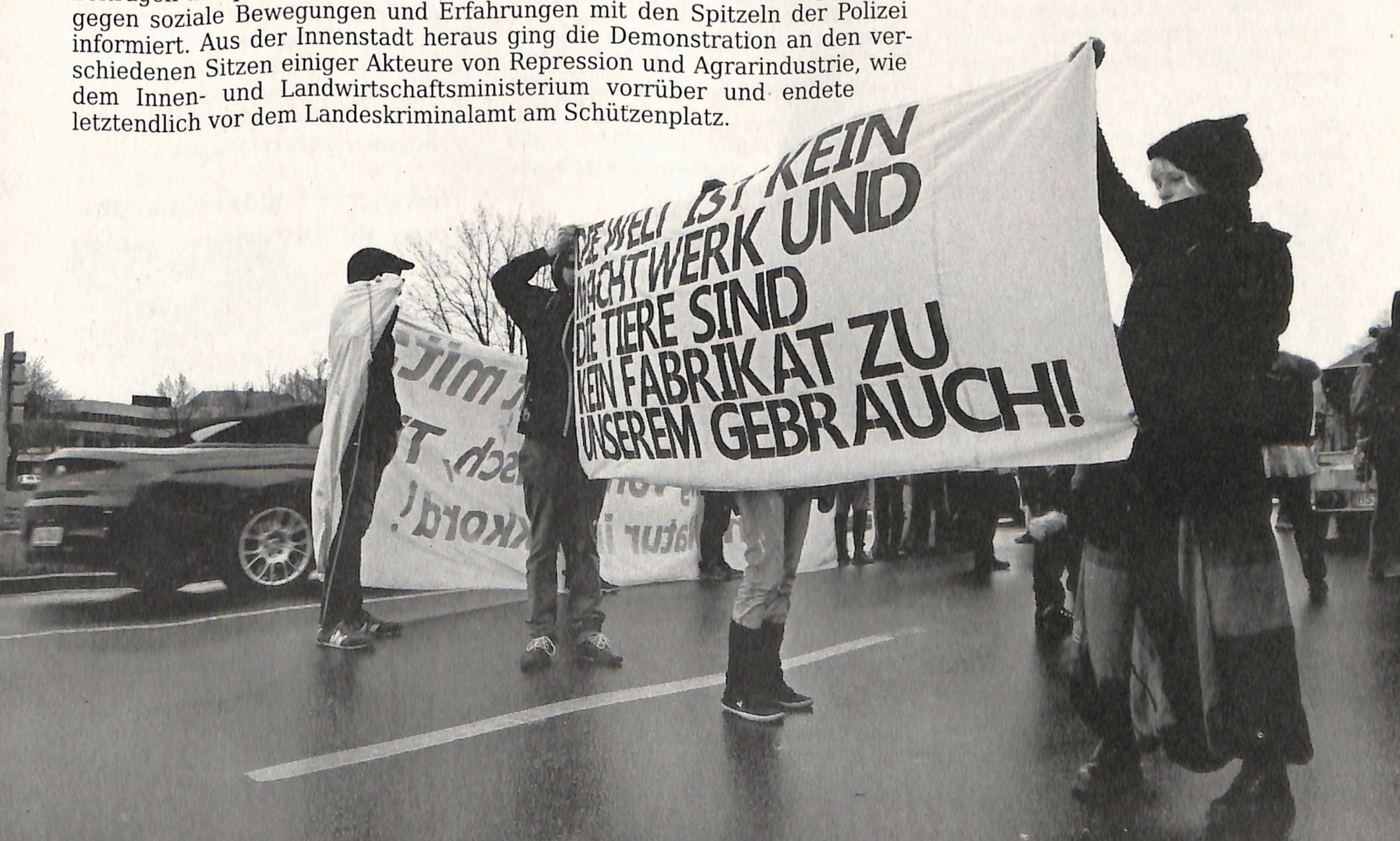
Für die Befreiung von Mensch und Tier.

Einige Aktive der Wietze/n-Kampagne, Braunschweig, den 03. Februar 2014

1 NDR-Bericht vom 26.01.2014
2 Broschüre: „Schöner leben ohne Spitzel" herausgegeben von der ALB S 7
3 tierrechtsbewegung.info
4 NDR-Bericht vom 27.01.2014

Demonstration gegen Überwachung und Tierfabriken

Am 08.02.2014 sammelten sich in der Hannoveraner Innenstadt ca. 150 Menschen zu einer Demonstration unter dem Motto „Gegen Überwachung und Tierfabriken". So wurde nochmals auf die Aufdeckung des Polizeispitzels Ralf Gross aufmerksam gemacht und die Möglichkeit gegeben, Solidarität mit den betroffenen Aktivist_innen zu zeigen.
Nachdem sich die Demo in Bewegung setzte, wurde mit mehreren Redebeiträgen beispielgebend über Tierfabriken in Niedersachsen, Repression gegen soziale Bewegungen und Erfahrungen mit den Spitzeln der Polizei informiert. Aus der Innenstadt heraus ging die Demonstration an den verschiedenen Sitzen einiger Akteure von Repression und Agrarindustrie, wie dem Innen- und Landwirtschaftsministerium vorrüber und endete letztendlich vor dem Landeskriminalamt am Schützenplatz.



Solidarische Grüße aus Wien

von den von Repression Betroffenen der Basisgruppe Tierrechte und ihren Unterstützer_innen

Liebe Freund_innen, liebe Mitstreiter_innen!

Was Tierrechts-Aktivist_innen in Niedersachsen gerade erleben, erinnert nicht nur uns an die Geschehnisse der letzten Jahre in Österreich: Repression in fast jeder möglichen Ausformung gegen diejenigen, die Gewalt und Tiermord skandalisieren wollen:

In Österreich wurde von April 2007 bis März 2010 intensiv von einer Sonderkommision (SOKO Pelztier bzw. SOKO Bekleidung) gegen die Tierrechts- und Tierschutzbewegung ermittelt.

Die Sonderkommission umfasste mindestens 32 Beamt_innen, zusätzliche Observationsteams, mindestens eine verdeckte Ermittlerin mit dem Phantasienamen Danielle Durand, sowie mindestens eine, Vertrauensperson.

Neben Tatortermittlungen und umfassender Telefonüberwachungen gab es Peilsender auf Autos, Videokameras vor Privatwohnungen, Geschäften und Vereinslokalen, Schrift und Sprachgutachten, Auslandsermittlungen, Kontoöffnungen, Observationen und Mikrophone in Privatwohnungen.

Wenn die Maßnahmen auch nichts Belastendes zutage brachten, bedeuteten diese jedoch erhebliche Eingriffe ins Privatleben hunderter Personen.

Sowohl der Einsatz der verdeckten Ermittlerin als auch der Vertrauensperson sollten von der SOKO und der Staatsanwaltschaft rechtswidriger Weise geheim gehalten werden.

In den Aktenbergen dauerte es einige Zeit, bis wir Beweise für die Identität der verdeckten Ermittlerin und der Vertrauensperson Esther Hofbauer gefunden hatten: Die verdeckte Ermittlerin, Danielle Durand, sammelte Trinkflaschen von Aktivist_innen um dadurch zu DNA-Spuren zu kommen. Daneben nahm sie an allen Aktivitäten des Verein gegen Tierfabriken (VGT) teil: Tiertransportverfolgungen, Jagdstörungen, Kundgebungen etc.

Sie schnüffelte nicht nur in Tierrechtsaktivitäten, sondern war auch auf Privatparties, erschlich sich das Vertrauen und die Freund_inschaft von Aktivist_innen und kundschaftete diese aus.

Am 21. Mai 2008 stürmten Spezialeinheiten der Polizei 23 Wohnungen bzw. Vereinslokale in ganz Österreich. 10 Personen, darunter wir, wurden für 3 1/2 Monate in U-Haft gesteckt. Uns wurde neben Sachbeschädigungen und Tierbefreiungen vor allem die Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation nach § 278a vorgeworfen. Diese konstruierte Organisation, vergleichbar dem deutschen §129, hätte für alle legalen und illegalen Aktionen mit Tierrechtsbezug seit den 1980er Jahren in Österreich verantwortlich gemacht worden sollen.

Gegen 13 Personen wurde ein skandalöser Prozess eröffnet, der erst über ein Jahr später, im Mai 2011, nach rund 90 Prozesstagen beendet wurde. Die Aufdeckung der verdeckten Ermittlerin und andere Argumente der Verteidigung konnten erreichen, dass alle Angeklagten in allen Anklagepunkten freigesprochen wurden. Die verdeckte Ermittlerin, die von der Polizei und der Staatsanwaltschaft mühsam zu vertuschen versucht wurde, musste uns schließlich alle entlasten.



Dennoch ging die Staatsanwaltschaft in Revision und focht die Freisprüche in Teilen an. Als Resultat dessen werden nun fünf von uns in den kommenden Monaten erneut vor Gericht stehen müssen. Zentraler Ausgangspunkt ist unsere legale Kampagnenarbeit und Kundgebungen. Dies alles wird vom Staat als versuchte schwere Nötigung interpretiert. Ein weiterer Anklagepunkt ist absurderweise Tierquälerei. Das Öffnen der Türen einer Mastanlage, das es den gefangen gehaltenen Schweinen ermöglichte auf eine Wiese zu laufen soll nach der Interpretation des Staatsanwaltes Tierquälerei sein.

Damit soll die repressive Justizmaschinerie weiterhin am Laufen gehalten werden, politischer Aktivismus soll weiterhin kriminalisiert werden.

In Zeiten wie diesen haben wir, hier in Wien, gelernt, dass es kaum eine Frechheit gibt, der sich der repressive Staat nicht erlaubt. Seien es Einbrüche in unsere Wohnungen oder bezahlte Spitzel. Was der Staat aber nie geschafft hat zu brechen, ist die Solidarität unserer Freund_innen und Mitstreiter_innen, die sich für eine Welt ohne Gewalt, ohne Knäste und ohne Schlachtungen einsetzen.

Und dieser Solidarität könnt auch ihr euch sicher sein!

Lasst euch nicht einschüchtern! Passt auf einander auf, verschlüsselt eure Computer und eure E-Mails, macht Anquatschversuche öffentlich!

Keine Chance den Überwacher_innen mit ihren scheiss Verdeckten Ermittler_innen und Spitzeln!

Für eine Welt ohne Käfige und ohne Knäste!

Für die Befreiung von Mensch und Tier!

Eure Freund_innen aus Wien

Gemeint sind wir Alle!

kcl Der folgende Text wurde Ursprünglich als Redebeitrag für die Demo "gegen Überwachung und Tierfabriken" am 8. Februar in Hannover geschrieben.

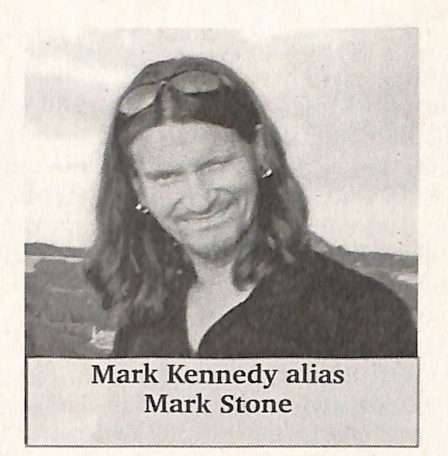
Wie bereits dargelegt richteten sich die Spitzeleinsätze des LKA - V-Menschens Ralf Gross nicht nur gegen Zusammenhänge der Tierbefreiungsbewegung sondern gegen eine Vielzahl von Strömungen die sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen und Tieren und gegen die Zerstörung der Umwelt mit vielfältigen Methoden zur Wehr setzen. So ist die Bespitzelung als Versuch zu werten diese Bewegungen zu zerschlagen. Mit dieser Demonstration wollen wir die uns wiederfahrende Repression in einen Kontext mit der weltweit stattfindenen Repression gegen antikapitalistische und Herrschaftskritische Bewegungen stellen. So lässt sich die Enttarnung von Ralf Gross als V-Person in eine Vielzahl von aufgedeckten Spitzeln die international und im deutschsprachigen Raum agieren konnten einreihen.

Kirsti Weiss – bespitzelte 2 Jahre teile der radikalen Linken in Hannover

Von Herbst 1998 bis Januar 2002 befand sich unter dem Namen Kirsti Weiss eine Informantin des Verfassungsschutzes in den Strukturen der linken Szene in Hannover. Mitte August 2002 hat sie sich gegenüber einer befreundeten Person selbst enttarnt.

Kirsti Weiss arbeitete im Asta der Uni Hannover, engagierte sich u.a. in feministischen Gruppen, im Anti-Castor- und im Anti-Expo Widerstand.

Über 7 Jahre konnte Mark Kennedy alias Mark Stone radikale Umwelt- und antikapitalistische Bewegungen ausspähen



Mark Kennedy alias Mark Stone

Über 7 Jahre hinweg schnüffelte Mark Stone alias Mark Kennedy in 20 Ländern der EU in radikalen Umwelt- und antikapitalistischen Zusammenhängen herum. Er beteiligte sich u.a. an den Protesten gegen den EU Gipfel in Irland, war verantwortlich für eines der Transportsysteme mit 8 Minibussen beim G8 Gipfel in Schottland, beteiligte sich beim Klimacamp in Island bei einer Blockade gegen das Kraftwerk Alcoa und gab Workshops über direkte Aktionen. Er fuhr Aktivist_innen zu einer Greenpeace-Blockade eines Zuges zum Kohlekraftwerk Drax Yorkshire, er war während der Räumung des autonomen Zentrums „Ungdomshuset" in Koppenhagen vor Ort. Im Vorfeld des G8 Gipfels 2007 in Heiligendamm steckte er mit in der Orga des Protestes und beteiligte sich an den Gegenprotesten zum G20 Gipfel in London.



- Für die Freie Gesellschaft Gegen Spitzel und Überwachung - Demonstration in Heidelberg

Laut BKA Chef Jörg Zierke gab es während des G8 Gipfels in Heiligendamm einen Vertrag zwischen Sicherheitsbehörden aus Großbritanien und Mecklenburg-Vorpommern. Die Polizei konnte sich den Spitzel quasi während des Gipfels ausleihen, ähnlich soll es in Baden-Württemberg während der Vorbereitungen zum Nato Gipfel in Kehl/Straßbourg zugegangen sein.



Dort trieb er sich im autonomen Zentrum KTS in Freiburg herum.

In Großbritanien arbeitete der 41-Jährige zwischen 2003 und 2009 für die gegen „Extremismus“ gegründete NCDE (National order intelligence unit) bei Scotland Yard. Die Einheit wurde Ende der 90er Jahre gegründet, um etwa die anarchistische , die globalisierungskritische und die Tierbefreiungsbewegung auszuforschen. Laut der englischen Zeitung Daily Mail habe Kennedy auch Informationen an den Konzern e.on verkauft und arbeitete zusätzlich für die private Sicherheitsfirma „global open“. Während sich Kennedy mit Hilfe von viel Geld – welches er großzügig in Aktionen und Repressionskosten investierte - und mit hoher Motivation und Aktionsbegeisterung in die Szene einschlich, schrieb auch er täglich Berichte und SMS.

Als 2009 eine konspirativ geplante Blockade des e.on Kohlekraftwerks in



Großbritanien aufflog und die Polizei kurz vor der geplanten Aktion bei einer Razzia in einer Schule vor Ort – von der aus die Aktion geplant war – 144 Aktivist_innen festnahm, wurden Einzelne erstmals stutzig über Kennedys Status. Kurze Zeit später entdeckten Aktivist_innen bei ihm einen Pass auf dem statt Mark Stone, Mark Kennedy stand. Schnell wurde er mit der Einleitung „Wir wissen das du ein Cop bist“ zur Rede gestellt, woraufhin er alles gestand, den Aktivist_innen noch den Namen einer weiteren Verdeckten Ermittler lieferte und sich angeblich in die USA absetzte, von wo aus er kurze Zeit später die gesamte Story über seine Zeit als Mark Stone innerhalb der linksradikalen Szene an die Daily Mail verkaufte.

Doch stellt die Einschleusung von Spitzeln nicht den einzigen Angriff auf unser Leben und unsere Kämpfe da. Weltweit werden Menschen die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse hinterfragen und für eine befreite Gesellschaft eintreten mit Repression konfrontiert. Sie werden überwacht, es werden Gefahrengebiete eingerichtet, es treten Gesezesverschärfungen in Kraft, linke Zentren werden geräumt, Menschen verschwinden, werden eingesperrt und ermordet.

Wenn wir es ernst meinen mit dem Kampf für eine befreite Gesellschaft müssen wir lernen uns den Gegenangriffen von Seiten der Repressionsorgane zur Wehr zusetzen. Auf die Frage wie dieser Widerstand aussehen kann, lässt sich pauschal keine Antwort finden.

Wir sollten uns immer wieder mit dieser Frage konfrontieren ohne dabei unser Leben und unsere Kämpfe zu vergessen. Die Antwort wird je nach Situation und Ausdruck der Repression neu zu suchen sein.

Dazu aus einem Ausspruch der Revolutionärin Rosa Luxemburg:

„Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit, dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt muß umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage, und ein zu wichtigen Tun eilender Mensch, der aus roher Unachtsamkeit einen Wurm zertritt, begeht ein Verbrechen.“

Eins lässt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit sagen, wenn wir die vielen Kämpfe für eine befreite Gesellschaft weiterhin isoliert voneinander betrachten und uns der Repression nicht gemeinsam in den Weg stellen, wird es ihnen leicht fallen diese Kämpfe einzeln zu zerschlagen.

Denn gemeint sind wir Alle!

Für eine radikal befreite Gesellschaft!

Der Polizeispitzel Simon Bromma führt wieder ein ganz normales Leben

Erklärung des AK Spitzelklage zum öffentlichen Leben Simon Brommas und zur eingelegten Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht Leipzig

Arbeitskreis Spitzelklage Am 8. Februar diesen Jahres haben die Kläger*innen im Verfahren zur Aufklärung des Heidelberger Spitzelskandals eine Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eingereicht, nachdem die Klage dagegen, dass Akten und Beweismittel vorenthalten werden, dort seit einem Jahr auf Eis liegt. Währenddessen wurde bekannt, dass der ehemalige Spitzel, Simon Bromma, mittlerweile öffentlich als Scout für Fahrradbergtouren auftritt.

Im Dezember 2010 ist in Heidelberg der verdeckt ermittelnde Polizeibeamte Simon Bromma enttarnt worden. Er hatte – über einen Zeitraum von fast 13 Monaten – versucht, die komplette Polit-Szene des Rhein-Neckar-Kreises und deren vermeintliches *„linksalternatives"* Umfeld unter Anwendung geheimdienstlicher Methoden *„aufzuhellen"* (Einsatzanordnung). Außerdem sollte er mittel- oder langfristig den konkreten Einsatz-Zielpersonen aus der Antifaschistischen Initiative Heidelberg (AIHD) politisch links motivierte Straftaten nachweisen, die diese logisch-konsequent in der Zukunft selbst begehen oder von anderen ausführen lassen würden. Neben diesen formal und methodisch vom äußerst restriktiven baden-württembergischen Polizeigesetz (PolG BW) gedeckten Aufgaben sollten Brommas auf mehrere Jahre angelegte Infiltrationsbemühungen laut Einsatzanordnungs-Akte dazu führen, gegen sich in Heidelberg bildende *„terroristische Vereinigungen"* rechtzeitig einschreiten zu können.

Die vornehmlich betroffene Heidelberger Polit-Szene hatte es demnach großteils mit proaktiver Polizeitätigkeit zu tun; es gab weder konkrete politisch links motivierte Straftaten (in der Vergangenheit), die nachträglich hätten aufgeklärt werden müssen, noch war abzusehen, dass sich die Heidelberger Antifa, um deren *„Führungspersonen"* es ging, zu einer *„terroristischen Vereinigung"* entwickeln würde, die *„Straftaten mit erheblicher Bedeutung"* (§ 20 PolG BW) begeht (in der Zukunft). In Heidelberg bewegten wir uns also die meiste Zeit im spekulativen, abstrakten Bereich – mit der willkommenen Nebenerscheinung, komplette Politszenen im In- und Ausland *„auszuleuchten"* (Bromma hatte beispielsweise auch einen Auslandseinsatz in Belgien). Hier war nur davon auszugehen, dass es aus der Antifa heraus, unter maßgeblicher Beteiligung der *„Zielpersonen"* und deren *„Kontaktpersonen"*, zu Attacken auf die politischen Gegner*innen kommen könnte – in der Zukunft.

Um strukturierter, verbindlicher und effektiver Öffentlichkeitsarbeit leisten zu können, hat sich dann aus dem Kreis der mit dieser weitreichenden Repressionsmaßnahme ausgeleuchteten linken Strukturen einige Monate nach der Enttarnung des Verdeckten Ermittlers der Arbeitskreis Spitzelklage (AKS) gebildet. Aus seinen Reihen heraus haben sich dann wiederum einige Zeit später sieben Betroffene dazu entschlossen, am 05.08.2011 eine sog. Fortstsetzungsfeststellungsklage beim Verwaltungsgericht Karlsruhe einzureichen. Mit ihr soll es nicht nur gelingen, alle Facetten dieser Maßnahme einer verselbstständigten Exekutivgewalt umfassend aufzuklären, sondern auch, sie nachträglich für unrechtmäßig erklären zu lassen. Der durch die verwaltungsrechtliche Einsatz-Delegitimierung entstehende Abschreckungscharakter soll im besten Falle dazu führen, dass die verantwortlich zeichnenden Staatsschutzabteilungen der Kriminalpolizei zukünftig prinzipiell darauf verzichten, menschliche Quellen in missliebige politische Zusammenhänge einschleusen zu lassen, um deren Aktivist*innen reihenweise ans Messer der Ermittlungsbehörden und Staatsanwaltschaften liefern zu können.



Bromma auf BergBiken.de

Um diesem wünschenswerten Abschreckungs-Effekt im Vorfeld eines einleitbaren Hauptverfahrens den Wind aus den Segeln nehmen zu können, hat die einsatzanordnende Heidelberger Polizeidienststelle unter ihrem Leitenden Kriminaldirektor Bernd Fuchs bei ihrer obersten Dienstaufsichtsbehörde – dem Innenministerium unter Reinhold Gall (SPD) – eine Sperrerklärung nach § 99 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) beantragt, der unverzüglich stattgegeben wurde. In diesem Falle heißt dies konkret für die Kläger*innen – aber letzten Endes auch für die an vollständiger Aufklärung interessierte kritische Öffentlichkeit – dass dem Anwalt von dem aus insgesamt drei Teilen bestehenden Aktensatz ausschließlich die großteils geschwärzte und damit unbrauchbar gemachte Fuchssche Einsatzanordnungs-Akte vorgelegt wird, während die Einsatzberichts-Akte Brommas und die Korrespondenz-Akte der am Einsatz beteiligten Behörden vollkommen unter Verschluss bleiben.

Um diese Sperrerklärung, die ja in ihrer Konsequenz bedeutet, dass das für gerichtsfeste Urteile erforderliche Maß an verdichtbarer Aktenfülle niemals erreicht werden soll, wiederum für unrechtmäßig erklären zu lassen, mussten die Kläger*innen – parallel zum auf die lange Bank geschobenen Hauptverfahren – ins sogenannte In-camera-Verfahren (lat. in camera für in der Kammer, also „geheim") gehen, mit dem sie zurzeit vor dem Bundesverwaltungsgericht Leipzig anhängig sind. Solch ein selbst unter bürgerlichen Verfassungsrechtsapologet*innen umstrittenes In-camera-

Verfahren stellt nach derzeit gültigem bundesdeutschen Recht ein besonderes Zwischenverfahren im Verwaltungsprozess dar, in dem die Geheimhaltungsbedürftigkeit „erheblicher Informationen" (§ 99 VwGO) überprüft wird. Dabei lässt sich das jeweils angerufene Verwaltungsgericht diese „erheblichen Informationen" – in der Causa Brenner die kompletten, ungeschwärzten Akten – vorlegen, die weder der Öffentlichkeit noch den Beteiligten der Streitsache bekannt gegeben oder zugänglich gemacht werden. Die entscheidungserheblichen Informationen sind dann nur für die Augen der jeweiligen Verwaltungsgerichte bestimmt und verbleiben also in der Kammer. Im Ergebnis des In-camera-Verfahrens wird festgestellt, ob die Behörde – in der Causa Brenner die oberste Dienstaufsichtsbehörde aller Polizeidienststellen, das (vom Landespolizeipräsidenten vertretene) Innenministerium – die Unterlagen zu Recht geheim halten darf. Der erstinstanzlich damit beauftragte Verwaltungsgerichtshof Mannheim hat im Januar 2013 im Großen und Ganzen die Rechtmäßigkeit der Sperrung der Akten bestätigt, weil er analog zur Einschätzung des baden-württembergischen Landespolizeipräsidenten Wolf-Dieter Hammann von deren Geheimhaltungsbedürftigkeit überzeugt ist.

Jener mittlerweile abgelöste Landespolizeipräsident hat den Kläger*innen eine neunzehnseitige Sperrerklärungsbegründung zukommen lassen, in der er ausführlich darlegt, weshalb sich eine Freigabe aller Akten nachteilig *„für das Wohl des Bundes oder des Landes Baden-Württemberg"* (Sperrerklärungsbegründung) auswirken würde. Darin heißt es unter anderem, dass *„die notwendige Geheimhaltung verdeckt erworbener Informationen, der Schutz von Informationsquellen und ihrer Arbeitsweise ... zur Verweigerung der Aktenvorlage* [berechtigen], *sofern den Sicherheitsbehörden durch eine Offenlegung die Erfüllung ihrer Aufgaben einschließlich der Zusammenarbeit mit anderen Behörden erschwert wird oder Leben, Gesundheit oder Freiheit von Personen gefährden würden"*.

Mit den *„Informationsquellen"* meint Hammann selbstverständlich die menschlichen Quellen (und der Polizeibeamte Bromma ist solch eine menschliche Quelle), die nach dem bewussten Durchlaufen einer intensiven, milieuanpassenden LKA-Schulung in die aufzuhellenden Szene-Zusammenhänge eingeschleust werden und dabei auf ein hohes Maß an Logistik, Infrastruktur und Kommunikationstechnologie zurückgreifen müssen. Und deren Leben oder deren Gesundheit könnten durch eine Offenlegung der Akten gefährdet werden.

Außerdem seien Hammann zufolge nach der Enttarnung Brommas *„der VE* [Verdeckte Ermittler -> Bromma] *und seine Familienangehörigen in den einschlägigen Internetforen persönlich diffamiert und körperlich bedroht* [worden], *sodass polizeiliche Schutzmaßnahmen durchgeführt werden mussten. Im familiären Umfeld* [Brommas] *traten außerdem ernstzunehmende gesundheitliche Beeinträchtigungen auf"*. Es sei also "*naheliegend, dass die Veröffentlichung der VE-Berichte* [Brommas] *eine erneute Emotionalisierung der Szene hervorrufen würde und diese ihren persönlichen Rachefeldzug gegen den VE und sein soziales Umfeld wieder aufleben ließe"*. (Sperrerklärungsbegründung)

STASI 2.1

ER WEISS WAS DU LETZTEN SOMMER GETAN HAST

Nun scheint es seit geraumer Zeit keinen Grund mehr zu geben für die Durchführung *„polizeilicher Schutzmaßnahmen"*; auch das im *„familiären Umfeld"* Brommas zu konstatierende Auftreten *„ernstzunehmender gesundheitlicher Beeinträchtigungen"* scheint sich – nach intensiver psychologischer Betreuung – in Luft aufgelöst zu haben, denn: Der Polizeibeamte Simon Bromma führt wieder ein ganz normales, auch öffentlich wahrnehmbares und problemlos mit ihm teilbares Leben!

Nicht nur, dass er an der baden-württembergischen Polizeihochschule in Villingen-Schwenningen an seiner Karriere für den Höheren Polizeidienst arbeitet, nein, er präsentiert sich mittlerweile mit vollem Realnamen auch ganz offen beispielsweise auf der BergBiken MountainBike-Reiseseite (**www.bergbiken.de/** – inzwischen taucht Bromma aber nicht mehr auf der Seite auf) als ins BergBiken-Team involvierter Guide (mit aktuellem Porträtfoto), für den *„Biken Spannung, Spiel und Schokolade* [isst]. *Ob auf Alpentouren, im Schwarzwald oder am Bodensee:* [Simon Bromma] *geht es nicht um neue Streckenrekorde, sondern im Vordergrund stehen verspielte Techniken für technisch spannende Abfahrten"* (Zitat von der Homepage).

Außerdem kann mensch auf **www.hbtg.de/termine/kampfrichterlehrgang-gau-d-lizenz-mannlich** erfahren, dass Simon Bromma am 8. März 2014 Referent beim in Bodman-Ludwigshafen stattfindenden Kampfrichterlehrgang für den Erwerb der so genannten Gau-D-Lizenz sein wird; dabei geht es um das geschulte Werten männlichen Geräteturnens. Träger dieses Kampfrichterlehrgangs ist der Hegau-Bodensee-Turngau (HBTG), der eigenen Angaben zufolge 1871 (!) gegründet wurde. Er zählt 91 Mitgliedsvereine mit etwa 36.000 Turnerinnen und Turnern aus dem Landkreis Konstanz und Teilen des Landkreises Sigmaringen und des Bodenseekreises. Auf **www.suedkurier.de/region/bodenseekreis-oberschwaben/meersburg/Ehrenamtliche-Helfer-dringend-gesucht;art372486,4138891** erfährt die interessierte Öffentlichkeit, dass Bromma Jugendwart in eben diesem HBTG sei (hier ist er auf einem neueren Pressefoto neben der stellvertretenden Jugendleiterin und einem Mitglied des Gesamtvorstands zu sehen). Am Ende des Artikels ist sogar Brommas private Telefonnummer zu finden, um Interessierten eine Kontaktmöglichkeit zu geben. Da bereits bekannt war, dass Simon Bromma als Turngauverantwortlicher für den HBTG ein Jahr vor Beginn seiner VE-Legendenbildung (er hat sich bereits im

Sommer 2009 damit gebrüstet, bald in Heidelberg studieren zu werden, obwohl er keine Hochschulreife besitzt) am 40. Internationalen Jugendzeltlager der Badischen Turner*innenjugend in Breisach am Rhein teilgenommen hat (von 28.07. bis 07.08.2008), kann davon ausgegangen werden, dass er bruchlos, also über die Zeit als VE hinweg aktiv war für den HBTG.

Mit diesen Informationen im Hinterkopf dürfte offensichtlich sein, dass Simon Bromma als real existierender, bis heute in seinem Beruf aufgehender Polizeibeamter, der zeitweise zum gut bezahlten und innerhalb des Polizeiapparats gut beleumundeten Verdeckten Ermittler geworden war, nach dem vorzeitigen Abbruch seines spannenden Einsatzes im *„terrorismusaffinen, militanten, linksradikalen Milieu"* weder eine professionelle psychologische Betreuung brauchte (weil bei ihm *„ernstzunehmende gesundheitliche Beeinträchtigungen"* [Sperrerklärungsbegründung] auftraten) noch polizeilichen Personenschutz genießen musste (weil er und seine Familienangehörigen *„in einschlägigen Internetforen persönlich diffamiert und körperlich bedroht wurden"*). In solch einem Falle hätte er von seinen Vorgesetzten beim LKA Stuttgart schließlich eine neue Identität bekommen müssen, um unerkannt zu bleiben und ein vor physischen Attacken sicheres Leben führen zu können.

Aber mit genau dieser nun als konstruiert anzusehenden Gefährdungssituation oder Gefahrenlage für die versiegte Informationsquelle Bromma hatte der damalige Landespolizeipräsident Hammann die Geheimhaltungsbedürftigkeit der VE-Akten begründet (siehe oben); und er ging sogar noch weiter und sprach in seiner Sperrerklärungsbegründung schlussendlich davon, dass bei einer Offenlegung *„die Gefährdung für in der Folge enttarnte VE mindestens mit den Gefahren für den in Baden-Württemberg enttarnten VE gleichzusetzen"* wäre. Wenn nun aber deutlich geworden ist, dass sich Bromma zu keinem Zeitpunkt in einer von radikalen linken Kräften heraufbeschworenen Gefahrenlage befunden hat, dann kracht das Hauptargument der landespolizeipräsidialen Aktensperrer*innen wie ein Kartenhaus in sich zusammen.

Simon Bromma, der seine eigene maßgebliche Rolle bei der versuchten Kriminalisierung politisch missliebiger Zusammenhänge weder reflektiert noch die richtigen Konsequenzen daraus gezogen hat (das sofortige Quittieren seines Dienstes und die Zurverfügungstellung aller Informationen, die er über die verselbstständigte Exekutivgewalt sammeln konnte), ist nach wie vor überzeugter Polizeibeamter mit Ambitionen auf den Höheren Dienst; er hat weiterhin das beim Einsatz erworbene und in Personalakten angelegte Wissen über einen großen Personenkreis vermeintlich linker Aktivist*innen abgespeichert; er kann nach wie vor – auch beim sozialen Agieren in zufällig zusammenkommenden Menschengruppen – zu einer lebenden Überwachungskamera werden, die strafrechtlich Relevantes an die nächstgelegene Polizeidienststelle weitergibt.

Und vielleicht ist sein VE-Einsatz ja doch noch nicht für beendet erklärt oder zwischenzeitlich anders konfiguriert worden. Ein (ehemaliger) Verdeckter Ermittler, der so offen agiert wie Bromma, kann mit einem unerschütterlichen Selbstbewusstsein zu einem Akteur jeden sozialen Gefüges werden, ohne dass die davon betroffene Struktur jemals auf die Idee käme, am gemeinsamen Tisch sitze ein Polizist mit hohem ermittlungsbehördlichen Spürsinn, unglaublich gut ausgebildetem Personen- und Namensgedächtnis und einem tief sitzenden, extremismustheoretisch grundierten Misstrauen allen Menschen gegenüber, die in irgendeiner Form politisch aktiv sind – und das kann auch ein BergBiken-MTB-Guide sein.

Deshalb raten wir weiterhin allen Menschen davon ab, soziale Kontakte zu Simon zu pflegen; viel wichtiger ist, ihn direkt mit seiner polizeilichen Rolle als Verdeckter Ermittler zu konfrontieren. Es darf sich für Simons Karriere als Polizeibeamter, als MTB-Guide oder als Turnrichter nicht auch noch gelohnt haben, vielen Menschen die Fähigkeit zum Aufbau tiefen gegenseitigen Vertrauens genommen und dabei Grenzen überschritten zu haben, von denen die Betroffenen noch nicht einmal wussten, dass diese Grenzüberschreitungen soeben stattfinden (wenn er beispielsweise allein in ihren Privaträumen saß und sich dabei ihre Schreibtischschubladen, ihre Handys oder ihre PCs genauer angeschaut hat). All diese Verhaltensweisen hat er ja eben nicht abgelegt, im Gegenteil: Jetzt nutzt er sie, um polizeiausbildungstechnisch noch weiter zu kommen.

Der AKS hat nun die Möglichkeit, Simon Bromma, der eine Person des öffentlichen Lebens und dessen Anschrift nun als ladungsfest einstufbar ist, bei einer Fortsetzungsklage-Hauptverhandlung als Zeuge vorladen zu lassen, der in diesem Rahmen beispielsweise seine VE-Berichte mündlich zusammenfasst. Außerdem fordern wir erneut und mit deutlichem Nachdruck die Freigabe aller Akten. Es ist weiterhin nicht hinnehmbar, dass das Bundesverwaltungsgericht Leipzig schon seit einem Jahr nicht die geringste Reaktion zum Stand der Prüfung des In-Camera-Verfahrens zeigte. Mit der Beschwerde, die am 08.02.2014 durch den Anwalt der Kläger*innen, Martin Heiming, eingereicht wurde, fordern wir die Gerichte und Behörden auf, endlich diese Verschleppungspolitik einzustellen.

Weder das Innenministerium noch die einsatzanordnende Polizeidienststelle können die Geheimhaltungsbedürftigkeit dieser Akten nunmehr schlüssig begründen; das nach wie vor ungebrochene öffentliche Interesse an der Aufklärung einer widerrechtlichen polizeilichen Maßnahme überwiegt nun eindeutig die Persönlichkeitsrechte des damals eingesetzten Verdeckten Ermittlers. Auch das Bundesverwaltungsgericht Leipzig kann das bei ihr anhängige In-camera-Verfahren nicht länger hinauszögern, um Zeit zu schinden. Es gibt keinen Grund mehr, der Öffentlichkeit die Möglichkeit zu nehmen, Einblick in widerrechtliche polizeiliche Maßnahmen zu nehmen, gegen die sich Betroffene rechtmäßig zur Wehr setzen, auch wenn ihnen – wie der Braunschweiger V-Mann-Fall neuerdings wieder gezeigt hat – vielleicht klar ist, dass die staatlichen Repressionsorgane im Kampf gegen linke Strukturen auch weiterhin auf den Einsatz landeskriminalamtlich geführter menschlicher Quellen setzen werden wollen. Wir müssen versuchen, dafür zu sorgen, dass sie dies nicht mehr tun. Die Fortsetzungsfeststellungsklage ist ein Weg dorthin.

http://spitzelklage.blogsport.de
Audio:
http://rdl.de/person/simon-bromma
Der Fall Bromma:
linksunten.indymedia.org/node/31404

Update zum Fall Mark Kennedy

Gerichtlicher Kampf gegen Intimität zwischen Spitzeln und Bespitzelten als Mittel zur Vertrauensgewinnung

Rowena Sieben Jahre lang war Mark Kennedy als Mark Stone in England, aber auch Frankreich, Deutschland und Dänemark eingesetzt. Während dieser Zeit hatte er mit mindestens zwei Aktivistinnen intimen Kontakt, wobei er mit einer von ihnen[1] über fünf Jahre eine Beziehung führte.[2]

Dass in emanzipatorischen Bewegungen eingesetzte Verdeckte Ermittler Beziehungen eingehen, ist keine Seltenheit und scheint in Großbritannien sogar eher die Regel zu sein: Bei acht von den neun in 2011 und 2012 eingesetzten und bekannten Verdeckten Ermittlern war dies der Fall.[3] Es ist wohl tatsächlich ein effektives Mittel, um sich das Vertrauen von Einzelpersonen und Gruppen zu erschleichen und dabei für die bespitzelten Aktivist_innen potenziell besonders traumatisierend.

Klage

Im Oktober 2011 starteten acht Frauen ein Klageverfahren gegen fünf Polizisten der „Metropolitan Police", die als Aktivisten getarnt zwischen 1987 und 2010 intime Langzeit-Beziehungen eingingen: *„Wir sind der Meinung, dass unser Fall den institutionalisierten Sexismus in der Polizei verdeutlicht. Es ist unglaublich, dass für eine Hausdurchsuchung ein richterlicher Beschluss nötig ist, aber wenn sie einen Beamten schicken wollen, der in den Wohnungen von Aktivistinnen lebt und mit ihnen schläft, dann ist das ohne weitere Prüfung möglich. ... Wir klagen, weil wir wollen, dass die sexuelle und emotionale Gewalt gegen AktivistInnen und andere durch verdeckte Ermittler aufhört."*[4]

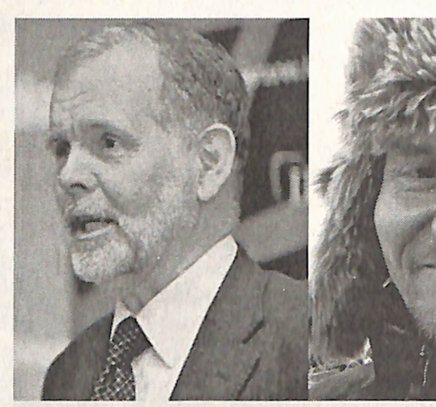
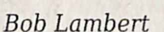
Dieser Fall betrifft den Einsatz von fünf der Cops, die sozial- und umweltpolitische Kampagnen infiltriert haben - Mark Kennedy ist einer von ihnen. Die Frauen meinen, dass die Tätigkeiten der Spitzel ihre Rechte bricht, die von der Europäischen Menschenrechtskonvention geschützt sind (Artikel 3 und 8). Die Frauen bringen auch Vorwürfe nach allgemeinem Recht vor: Betrug, tätlicher Übergriff, Treuepflichtverletzungen im öffentlichen Amt und Pflichtvergessenheit.
Das Klageverfahren wurde vorläufig auf die Punkte der Europäischen Menschenrechtskonvention beschränkt und wird im Geheimen geführt. Das heißt, dass die Frauen weder ein automatisches Recht auf eine mündliche Anhörung und ein Kreuzverhör der Zeug_innen haben, noch werden sie die Beweismittel der Polizei gegen sie selbst oder - falls sie das Verfahren verlieren - die Urteilsbegründung lesen dürfen.

Bob Lambert[5] hat in den 80er Jahren als Verdeckter Ermittler mit einer Aktivistin ein Kind gezeugt[6]. (Dieser Fall wird separat verfolgt.) Später hat er eine weitere Beziehung angefangen mit einer bis dato nicht politisch aktiven Frau, um den Aktivist_innen persönliches Umfeld und somit die Plausibilität seiner Person suggerieren zu können.[7]

Ausreden

„Die Öko-Aktivismus-Szene ist ausgesprochen promisk. Ich musste Beziehungen haben um meinen Auftrag erfüllen zu können. ... Ich wusste, dass ich zu weit ging, indem ich Sex hatte mit den Personen, die ich infiltrierte, aber es fühlte sich an, als hätte ich wenig Wahlmöglichkeiten.
Ein_e Aktivist_in sagte: 'Wenn ein Mann nicht auf sexuelle Angebote reagiert, ist er wahrscheinlich ein Cop oder Informant,'" so Kennedy.[8]

Er selbst klagt auch - von der Metropolitan Police will er 50.000-100.000 Pfund Schadensersatz für persönliche Verletzungen und daraus folgende Verluste und Schäden wegen Fahrlässigkeit seiner Vorgesetzten.[9] Sie hätten ihn davor beschützen sollen, sich zu verlieben.



Bob Lambert Mark Kennedy

Seit Beginn der Debatten um Verdeckte Ermittler 2011 haben hochrangige Polizisten betont, dass Verdeckte Ermittler nie angewiesen oder befugt sein sollten, sexuelle Beziehungen einzugehen. Das Gesetz sagt, Polizeibeamt_innen dürften „persönliche oder andere" Beziehungen führen, während sie verdeckt ermitteln.[2] [10] Vor Gericht behauptete die Metropolitan Police, das bedeute, dass es den Beamten erlaubt gewesen sei, „intime und sexuelle" Beziehungen zu führen.
2012 äußerte der englische Innenminister Nick Herbergt, dass ein Verbot sexueller Aktivitäten einen einfachen Test für verdächtige Neulinge bieten würde und daher abzulehnen sei.[11]

1)policespiesoutoflives.org.uk/our-stories/lisas-story/ **2)**www.indymedia.org.uk/en/2013/06/ 510728.html **3)**http://www.theguardian.com/uk/2013/jan/17/spies-sexual-relations-activists-routine **4)**policespiesoutoflives.org.uk/ **5)**www.channel4.com/news/undercover-police-bob-lambert-exclusive **6)**www.theguardian.com/uk/2012/jan/20/undercover-police-children-activists **7)**www.dailymail.co.uk/news/article-2080733/I-sex-eco-warriors-cover-Undercover-officers-lovers-sue-degrading-deceit.html **8)**www.theguardian.com/environment/2012/nov/25/spy-mark-kennedy-sues-police **9)**policespiesoutoflives.org.uk/our-stories/jennys-story/ **10)**www.theguardian.com/uk-news/2013/oct/15/undercover-police-legal-battle-appeal **11)**www.bbc.co.uk/news/uk-england-london-20518106

Ticker: Agrogentechnik und ihre Seilschaften

Neues vom Acker (machen)!

jb Kampagne „Monsanto auf Deutsch"
c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 06401/903283
saasen@projektwerkstatt.de, www.biotech-seilschaften.de.vu

Koalitionsvertrag doch recht schwach

S. 123/124 zu „Grüne Gentechnik": „Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik an. Wir treten für eine EU-Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit genveränderten Pflanzen gefüttert wurden, ein. An der Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln halten wir fest - ebenso wie an der Saatgutreinheit."

Zensur holt Uni Rostock ein ... spät und unerwartet

Das ist irgendwie dumm gelaufen, jedenfalls für die Uni Rostock. Hatte die doch in den vergangengen Jahren unerwünschte ReferentInnen mehrfach aus ihren Gebäuden rauszensiert (mit dem absurden Argument, sie hätten einseitige Informationen zu bieten - als wäre das bei den Gentechnikdozent_innen um Inge Broer anders ...), aber nur ein bisschen Kritik kassiert. Die Sache war schon fast wieder vergessen. Dann wollte sich die Uni mit einer spektakulären PR-Geste profilieren und bot Edward Snowden die Ehrendoktorwürde an. Das brachte die Debatte ingang: Einen Whistleblower, der weit weg ist, ehren - und die, die interne Univorgänge aufdecken, ausgrenzen? Auf einer Veranstaltung brachte es ein Gast auf den Punkt: „Ist die Uni würdig, Snowden ehren zu können?" So wurde die Uni von einer als verdrängt erhofften Debatte doch noch eingeholt. Jetzt steht die Frage im Raum, ob die verbotenen Vorträge wiederholt werden.

Intensive Einblicke in das Fördergeschehen der Agrogentechnik

Viereinhalb Jahre weigerte sich das Forschungszentrum Jülich, die Förderakten zur Agrogentechnik offenzulegen. Der Streit wurde wurde vor Gericht ausgetragen - und der Kläger setzte sich durch. Im November haben dann drei Leute vier Tage lang die Akten gewälzt. Sie durften nichts kopieren oder abfotografieren. Die Kameras an den Handy wurden abgeklebt und die ganze Zeit standen Sicherheitskräfte neben ihnen. Die drei mussten alles Wichtige abschreiben. Hier einige Geschmacksproben aus den Notizen:

Über die Geldvergabe entscheidet ein sogenannter Wissenschaftlicher Beirates „Sicherheitsforschung und Monitoring". Darin saßen (etwas unterschiedlich je nach Jahren) z.B. 2005: Dr. D. Bartsch, RWTH Aachen, Dr. J. Bendiek, RKI Berlin, Prof. Dr. W. Köhler, Uni Gießen, Dr. D. Prüfer, FhG Schmallenberg, Frau Dr. A. Matzk, Planta Einbeck, Prof. Dr. H. Rennenberg, Uni Freiburg, Frau Dr. B. Schieferstein, UBA Berlin, Dr. J. Schiemann, BBA Braunschweig (bis 17 Uhr). Frau Dr. B. Tappeser, Öko-Institut Freiburg, Prof. Dr. W. Wackernagel, Uni Oldenburg, Für das BMBF: Dr. U. Schlüter, Frau Dr. A. Detmer. Für den Projektträger: Frau Dr. K. Grofen, Dr. P.-F. Langenbruch, Dr. G. Wilhelm, Frau Dr. C. Buchholz. Bei deren Treffen wird z.B. protokolliert: „Herr Dr. Schlüter weist auf die Objektivität des Gremiums sowie auf die Vertraulichkeit der Sitzung und der Antragsunterlagen hin."

Bei einem Versuchsfeld der RWTH Aachen zusammen mit anderen fand sich dieser Eintrag von Stefan Rauschen: „Monsanto ist ein Partner in unserem Verbund. Wir haben Repräsentanten von Monsanto bereits früh eingebunden, als es um den Entwurf des Verbundes und die ersten vorbereitenden Planungen hierzu ging. Schließlich mussten wir bereits früh abklären, Monsanto mit uns zusammenarbeiten und uns die benötigten Materialen zur Verfügung stellen könnte. Ansonsten hätten wir niemals einen Antrag zur Förderung stellen können. Wir haben in den Vorläuferprojekten mit MON810 und MON88017 sehr erfolgreich mit Monsanto zusammengearbeitet. Daher hat sich Monsanto auch dieses mal wieder entschlossen, mit uns zusammen zu arbeiten. Es besteht eine Vertrauensbasis, die es uns ermöglicht, Zugang zu den Materialien von Monsanto zu bekommen und damit zu forschen. Dies ist nicht vielen Wissenschaftlern außerhalb der Firma möglich."

Oder: „Trennung von Bt und anderen Sorten bei Ernte nicht nötig, da alles sowieso gemeinsam in Biogasanlage verwendet wird."

In vielen Akten wird über Proteste gejammert. Für Feldbewachung und -sicherung bewilligten Forschungszentrum und Ministerium ab ca. 2007 mehrfach zusätzliche Gelder. Aus einem Jammerbrief von Versuchsleiter, Prof. Karl-Heinz Kogel an BMBF vom 29.4.2009 wegen schleppender Genehmigung von Geld für das Gerstenfeld der Uni Gießen: „In der durch das Verbot von MON 810 politisch aufgeheizten Situation wäre es zusätzlich eine äußerst problematische Entwicklung, wenn durch eine weitere Verzögerung des Freisetzungsbescheides quasi durch die Hintertür nun auch Forschung in Deutschlang gezielt behindert würde. ... würde das Signal „Forschungsverbot" einen enormen Schaden für die gesamte deutsche Wissenschaft" (Seitenende, Folgeseite nicht in Akte).

Meist geht es um Personalkostenzuschüsse - und die Empfänger_innen stehen schon vorher fest. Hinterher wechseln sie oft in Behörden.

Spannend ist bei einem Versuch mehrerer Unis, dass eine Uni herausfand, dass gv-Pflanzen schädlich seien. Die anderen machen die dortigen Wissenschaftler dann gegenüber Ministerium, Geldgeber usw. schlecht. Die würden wissenschaftliche Standards nicht einhalten usw.

Wer das Paket der ganzen Dateien haben will, darf sich unter saasen@projektwerkstatt.de melden.



Tierrechte & Umwelt

Gert Andrieu/Helmuth Wölfel
Aufbrechen ... Die Jagd als Spiegel der Gesellschaft
(2013, Leopold Stocker in Graz, 160 S., 19,90 €)
Ein angenehmes Buch - auch für alle, die die dargestellten Meinungen nicht teilen. Denn das Buch ist ein gelungener Versuch, die unterschiedlichen Blickwinkel auf das Jagen zusammenzustellen. Mit vielen Zitaten kommen Kritiker_innen und Befürworter_innen zu Wort. Neben ökologischen und tierbezogenen Argumenten wird die Jagd auch in einen sozialen Kontext gestellt - historisch und aktuell. Etwas abenteuerlich muten dabei Vergleiche mit der „Jagd" nach Konsumartikeln oder Sporterfolgen an. Hier tappen die Autoren in eine selbstgestellte Falle, eine einmal aufgestellte Theorie zu bestätigen statt kritisch zu hinterfragen. Aber ansonsten bietet das Buch eine Fülle von Beiträgen für die notwendige Debatte, ob das Füttern und Töten von Tieren in der Landschaft nötig oder sinnvoll ist.

Your Mommy kills Animals
(2008, mindjazz pictures GbR, DVD mit 108 min)
Fast zwei Stunden Bildcollage bietet diese Dokumentation des Widerstandes gegen Tierlabore und andere Formen von Tierquälerei in den USA. Im Mittelpunkt steht die SHAC-Kampagne gegen die Labore der Firma Huntington. Nebenbei gibt es werbende Einblicke Richtung Animal Liberation Front (ALF) und Seitenhiebe gegen die kommerzialisierte Konkurrenz von PeTA. Prägend aber ist der schnelle Wechsel von Filmen brennender Gebäude, vermummter AktivistInnen, Hammerschläge gegen Türen und Bildschirme, Interviewsequenzen von allen Seiten und kurzen Bildern aus Tierhaltungen oder Justizgebäuden. Wer den chaotischen Schnitt schneller Bilder nicht gewöhnt ist, wird Mühe haben, den Film durchzuhalten. Die Story ist dabei eher dürftig. Nach ca. 10 Minuten wiederholen sich Motive und Inhalte weitgehend. Am Ende steht die Verurteilung der „guten" AktivistInnen für ihren Widerstand und der „schlechten" für ihre Tierquälerei.

Karsten Brensing
Persönlichkeitsrechte für Tiere
(2013, Herder in Freiburg, 240 S., 17,99 €)
Das Buch ist wertvoll, auch wenn der Titel übertreibt. Denn es geht mitnichten um „Tiere", sondern der Autor ist ein ausgewiesener Experte für Delfine. Über deren Leben, Experimente mit ihnen, Kommunikation und Rituale zwischen Delfinen sowie etliche beeindruckende Erzählungen mehr präsentiert er im Buch und folgert daraus: Delfine brauchen Persönlichkeitsrechte, denn sie sind deutlich mehr als nur instinktive Reaktionsmuster vererbter Natur. So liefert er einen wertvollen Beitrag zur Debatte um Tierrechte und prangert die Menschheit an, die solche Tiere achtlos behandelt, quält und tötet.

Stephanie Bock u.a.
Urbanes Landmanagement in Stadt und Region
(Band 2/2013, Deutsches Institut für Urbanistik in Berlin, 120 S., 18 €)
Transition Town, Urban Gardining, Stadt-Land-Beziehungen - die Liste von Begriffen für aktivistische Ansätze der Modeströmung unter dem Banner von Landlust & Co. ist lang. Entsprechende Zeitschriften mit Gartenfotos für naturferne Stadtbewohner_innen erreichen inzwischen Millionenauflagen. Der difu-Band untersucht die Entwicklungen und Handlungsmöglichkeiten solcher Formen, die auch in Kommunalpolitik und -planung verankerbar sind. Das Spektrum reicht von Parkanlagen mit Nutzpflanzen bis zum Erhalt landwirtschaftlicher Flächen im oder direkt am Ortsbereich. Einen großen Teil nimmt die Darstellung aktueller Forschungsprojekte zum Thema ein.



Dirk Maxeiner/Michael Miersch
Biokost&Biokult
(2008, Piper in München, 237 S., 7,95 €)
Es hat schon ein paar Jahre auf dem Buckel, das Buch. Aber auch heute ist der Buchmarkt überschwemmt von skurrilen Personen, die ihre eigenen biografischen Brüche in quellenlosen Hasstiraden gegen die, zu denen sie einstmals gehörten, ablassen. So auch hier: Miersch und Maxeiner sind aufgestiegen auf der Welle der alten Umweltbewegung, haben deren Errungenschaften zu Geld gemacht (z.B. Kommerzialisierung der Zeitschrift „natur", deren Chefredakteur Maxeiner war) und hetzen heute gegen die, die ihnen den Weg geebnet haben. Dabei geht es nicht um Fakten oder Belege. Quellen fehlen in solch schnell hingerotzten Büchern meist. So ist nicht einmal eine Streitdebatte möglich. Nirgends ist erkennbar, wo die beiden ihre Angriffe herhaben, z.B. dass Bionahrungsmittel schlechter oder Pestizide ungefährlich sein sollen.

Und wieder Jammern ...

Diesmal als Demo vor Greenpeace. Da sind am 27.1.2014 die größten Sprücheklopfer zusammengekommen und haben den Umweltschutzkonzern beschuldigt, für Millionen Hungertote verantwortlich zu sein - weil er die Gentechnik bekämpfen würde. Angekündigt waren Leute wie Klaus Ammann, der seine Zunft ähnlich verfolgt wie die Juden im Dritten Reich sieht, oder Klaus Jabobsen aus Hannover, der seine GegnerInnen schon mal als „Bodensatz der Gesellschaft" bezeichnet. Solche Leute müssen es ja wissen ...

Peinliche Kritik, die Erste: Lob für BASF

Es lebe die Scheuklappe. Der Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V. (=Menschen für Tierrechte) schrieb am 2.12.2013: „Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz verleiht heute zum 32. Mal den mit 15.000 € dotierten Tierschutz-Forschungspreis für Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch. Er geht in diesem Jahr an Dr. Robert Landsiedel, Leiter der Arbeitsgruppe „Kurzzeit-Toxikologie" der Abteilung „Experimentelle Toxikologie und Ökologie" bei BASF. Der Bundesverband Menschen für Tierrechte begrüßt die Auszeichnung, denn durch die Anwendung dieser Tests bleiben Tieren qualvolle Tierversuche erspart. Zudem beweist der Preis die Leistungsfähigkeit tierversuchsfreier Verfahren." Vielleicht könnte in Sklavenhalterbetrieben ja auch mal einen Preis für humane Menschenhaltung bekommen, wenn die Peitsche aus nachwachsenden Rohstoffen besteht oder erst beim zweiten Ungehorsam eingesetzt wird ...

Peinliche Kritik, Nr. Zwei: Pro Lebensmittelexporte

Unter der Überschrift „Anti-Gentechnik vom Feinsten!" wies ein Text am 30.12.2013 auf eine „Hochkarätige Veranstaltung". Darin ging es um die „großen Gefahren des Freihandelsabkommen". Ein Absatz zeigte, wie wenig Herrschaftskritik in der Gentechnik mitunter drin ist. Ein bekannter österreichischer Gentechnikkritiker benannte ausgerechnet die größere Chance für Lebensmittelexporte (!) als Argument gegen die Gentechnik. Offenbar widersprach niemand. Hier der Originaltext: „Grundsätzlich betonte HELLDORFF, dass die Agro-Gentechnik weltweit versagt: der Hunger in der Welt wurde verstärkt, da mit Gentechnik weniger geerntet wird und die Ernte außerdem vom Nährwert meist wenig bekömmlich ist. Er erinnerte auch an die bedrohlichen gesundheitlichen Auswirkungen sowohl des Star Link Genmais als auch des genveränderten Tryptophan, deren Opferzahl in den USA in die zehntausende gehen. ...

Folgerichtig vertritt HELLDORFF die Ansicht, dass ein gentechfreies Europa - und natürlich Österreich - einen wesentlichen Wettbewerbsvorteil bezüglich Lebensmittelexporten aber auch Fremdenverkehr für sich verbuchen. Diesen Vorteil dem Druck skrupelloser Geschäftemacherei zu opfern wäre ebenso dumm wie unverantwortlich."
• www.oekonews.at/ index.php?mdoc_id=1086215

Im „Kritischen Agrarbericht": Direkte Aktionen

Das wurde auch Zeit. Neun Jahre nach Beginn der Feldbefreiungen u.a. von „Gendreck weg" und dann vielen anderen findet sich im Kritischen Agrarbericht eine Darstellung, dass auch direkte Aktionen zum Vertreiben der Agrogentechnik beigetragen haben. Aber: Besser spät als nie, diese Erkenntnis. Für mehr Kooperation in den unterschiedlichen Proteströmungen wäre ein „Früher" aber schlauer gewesen.

Einseitige Forschung auch in anderen Ländern

Ein Prozent der britischen Forschung im Bereich Agroökologie, 15 Prozent im Bereich Gentech-Pflanzen ... Gentech-Pflanzen werden im Vereinigten Königreich bei der Förderung nachhaltiger Agrarforschung vorgezogen, obwohl es dort gar keinen Markt für Gentechnik gibt. Im Gegensatz dazu hat die französische Behörde für Entwicklung neue Prinzipien für nachhaltige Entwicklung und Schutzmaßnahmen eingeführt, welche das Nichtfördern von Gentech-Pflanzen und eine Priorisierung kleiner familiengeführter Landwirtschaft beinhalten. • http://gmwatch.org/index.php/news/archive/2013/15141

GVOs in vielen Ländern außer Kontrolle

Gentech-Mais, -Reis, -Baumwolle, -Raps, -Straußgras und -Pappeln verbreiten sich unkontrolliert, zeigt ein Bericht von Testbiotech.

Es passiert in Regionen und Ländern wie den USA und Kanada, Japan, China, Australien und €pa. In vielen Fällen sind die Pflanzen weit über die Feldergrenzen hinaus in die Umwelt entkommen. In manchen Regionen haben sich die Transgene bereits in Populationen wilder Verwandter eingeschlichen. •www.gmwatch.org/index.php/news/archive/ 2013/15161

Gentechnik macht alles schlimmer

Aus „Mehr Gift, weniger Ertrag", in: SZ, 23.1.2014 zu einer Studie der University of Canterbury in Neuseeland: „Das Team von Professor Jack Heinemann verglich Ernteerträge, Pestizideinsatz und Sortenvielfalt von gentechnisch verändertem Mais, Raps und Soja mit konventionellen Sorten. Sie kamen dabei zu dem Ergebnis, dass die Kombination von herkömmlichem Saatgut und guter Feldpflege, wie sie in Westeuropa praktiziert wird, die Ernteerträge schneller wachsen lässt, als die in den USA praktizierten Gentechnik-Anbaumethoden.

Auffällig sei dabei, dass bei Gentechnik-Saatgut am Anfang durchaus ein guter Zuwachs zu verzeichnen sei, der aber schon nach wenigen Jahren seinen Höhepunkt erreicht. Danach sinken die Erträge sogar zum Teil wieder, so die Beobachtung. Was jedoch weiterhin hoch bleibt, ist der Einsatz an Pestiziden, und das erhöht die Kosten."

•www.sueddeutsche.de/wirtschaft/gentechnik-in-der-landwirtschaft-mehr-gift-weniger-ertrag-1.1869788

Hunger, Mangel und Gentechnik

Aus einem Interview mit dem Agrarwissenschaftler, Journalisten und Autor Wilfried Bommert, in: Geo, 24.1.2014

„Wir haben auf der Welt rund 700 Millionen Kleinbauern. Viele von ihnen sind verarmt und hungern. Und darin liegt das Problem. Ihnen fehlt das Geld für Saatgut, Geräte und Dünger. Es geht also darum, diese Landwirte wieder produktiv zu machen. Dann hätten wir den größten Teil des Welthungers schon behoben. Das hat nun auch die FAO verstanden. ...

Die intensive Landwirtschaft macht durch die Art und Weise der Bewirtschaftung weltweit immer mehr fruchtbares Land unfruchtbar. Darüber hinaus verschlingt sie ungeheure Mengen Wasser. Der größte Teil unserer Wasserreserven befindet sich im Grundwasser, und davon ist die Hälfte bereits aufgebraucht. Dann der enorme Energieverbrauch: Wir brauchen in der intensiven Landwirtschaft ungefähr 280 Liter Diesel oder Dieseläquivalent jährlich, um einen Hektar zu bewirtschaften. Der größte Teil davon wird durch die Produktion von Stickstoffdünger verschlungen. Doch das Fördermaximum beim Erdöl ist längst erreicht. Dasselbe gilt für die wichtigsten Düngerrohstoffe, Phosphat und Kali. Das System der intensiven Landwirtschaft gerät also von allen Seiten unter Druck. Es wird auf Dauer nur noch eines produzieren: höhere Preise. Und höhere Preise kann die Welternährung nicht vertragen. Die Alternative liegt in einer Produktion, die diese Kollateralschäden nicht verursacht, also einer ökologischen Produktionsweise."

Heute wird weltweit mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Produktion weggeworfen oder vergammelt in auf dem Weg vom Acker zum Teller. Das heißt, wir haben noch ungeheure ungenutzte Reserven. Und es gibt heute rund 1,5 Milliarden Menschen, die überernährt sind. Allein das zeigt, dass wir uns eine Landwirtschaft leisten können, die deutlich weniger produziert als die jetzige. Die ökologische Landwirtschaft produziert zwar weniger in der Fläche, aber sie verbraucht dafür weniger Ressourcen. Und darauf wird es auf lange Sicht ankommen. ...

Die grüne Gentechnik ist zuerst einmal ein Teil des Problems. Sie produziert Hochleistungspflanzen, die viel Wasser und eine intensive Form der Bewirtschaftung benötigen, die Dünger, spezialisiertes Wissen und viel Geld erfordern. Das können sich ohnehin nur Landwirte in reichen Ländern leisten. In den Ländern, in denen heute gehungert wird, ist diese Methode von Vornherein zum Scheitern verurteilt. Einfach, weil die Voraussetzungen nicht da sind.

•www.geo.de/GEO/natur/oekologie/landwirtschaft-20-das-industrielle-system-wird-zusammenbrechen-76937.html

Alle guckten hin: „Wir haben es satt!" ... Nur wenig interessiert en direkte Aktionen am Konfliktort!

Die alljährliche Demo „Wir haben es satt" war wieder groß und brachte neben der üblichen zentralistische Organisierung mit Protestsimulationsspielchen auch ein paar Basisgruppen auf die Bühne, die konkreten Widerstand an den Konfliktorten organisieren. Neu - und auf der Großdemo völlig ignoriert - war etwas ganz anderes: Es kam zu direkten Aktionen um und auf der Grünen Woche. Das macht Hoffnung auf mehr eigene Aktionen und weniger Mitläufer_innentum. Campact & Co. sind nicht die Zukunft des Widerstandes, sondern deren (finanziell aufwändige, aber lukrative) Einhegung.

Drei neue Vortragsthemen

Nach dem Erfolg der Kampagne „Monsanto auf Deutsch" und der dazugehörenden Ton-Bilder-Schau gleichen Namens zieht der Referent jetzt mit drei neuen Themen durchs Land. Anfragen sind erwünscht ... hier die Infotexte für die neuen Themen (siehe auch www.vortragsangebote.de.vu):

Ton-Bilder-Schau

„Die Mischung macht's - erfolgreiche Strategien des Widerstandes am Beispiel der Agrogentechnik"

Seit 2004 starteten Gentechnikkonzerne und Lobbygruppen eine neue Kampagne zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen und zur Anlage von Feldern mit manipulierten Pflanzen. Ab 2005 entwickelte sich - wie schon Mitte der 90er Jahre - eine spannende Mischung des Widerstandes: Feldbefreiungen, Feldbesetzungen, Aktionen vor Konzernzentralen und -versammlungen, Recherchen hinter den Kulissen, brisante Veröffentlichungen und viele informative Veranstaltungen. Mit Erfolg: 2012 gab es kam noch Felder und die großen Konzerne kündigten ihren Abgang aus Deutschland an - und der Sommer 2013 wird wahrscheinlich ganz ohne gv-Pflanzen ablaufen. Da lohnt sich der Rückblick: Was macht solche Widerstandsstrategien aus? Und was lässt sich daraus für andere Kampagnen und Aktionen lernen - z.B. für den Widerstand gegen Atom oder Kohle, Tierfabriken oder Schlachthöfe, Nazis oder Sozialabbau, Militär oder Repression. Fotos, kurze Filme und ausgewählte Anekdoten machen die Ton-Bilder-Schau zu einer rasanten Erinnerung an vergangene Protestjahre. Dann folgen Thesen für eine entschlossenere Protestkultur auch zu anderen Themen. Am Ende besteht die Gelegenheit zur Debatte, Entwicklung eigener Ideen und für konkrete Verabredungen.

Vortrag und Diskussion „Macht macht Umwelt kaputt"

Herrschaft bedeutet die Möglichkeit, Abläufe und Verhältnisse so regeln zu können, dass andere die negativen Folgen erleiden müssen. Umweltzerstörung basiert regelmäßig auf diesem Prinzip: Industrie und ihre Staaten graben in armen Regionen nach Energiequellen und Rohstoffen, transportieren schiffeweise Nahrungsmittel oder Holz zu sich und kippen den Müll wieder in die Peripherien zurück. Städte nutzen das Umland als Baufläche, Straßentrassen oder für Müllhalden. Die Natur zählt nichts, weil die Menschen in ihr still sind oder still gehalten werden. Wer Umwelt dauerhaft schützen will, muss daher die Machtfrage stellen. Doch was geschieht tatsächlich? Umweltverbände setzen auf Staat, Umweltpolizei, Gesetze und Firmen, um die Welt grün zu halten. Diese Schüsse gehen nach hinten los - schon seit Jahrzehnten. Nötig ist eine Umweltschutzstrategie, die die Menschen ermächtigt, ihr Leben wieder selbst zu organisieren - ohne Hierarchien und Privilegien. Nur ein Umweltschutz von unten ist ein wirksamer Umweltschutz. Infoseite: www.umwelt-und-emanzipation.de.vu

Vortrag&Diskussion „Den Kopf entlasten: Kritik anti-emanzipatorischer Positionen in politischen Bewegungen"

Monsanto ist schuld. Nein, die Bilderberger. Quatsch, der Finanzkapital macht alles kaputt. Hinter allem stecken zwei Bankersfamilien. €pa wird immer mehr amerikanisiert. Geht doch gar nicht, weil Deutschland ohnehin von den USA besetzt ist. Oder gar nicht existiert ... So oder ähnlich klingen viele Erklärungsmodelle für die Ursachen empfundener Missstände. Was sie gemeinsam haben: Sie vereinfachen, verkürzen komplexe Herrschaftsanalysen und spielen mit den Mitteln des Populismus. Statt Menschen zu eigenständigem Denken und kritischem Hinterfragen anzuregen, wandeln sie Ohnmacht oder Empörung in billige Zustimmung - zwecks politischer Beeinflussung, Sammeln von AnhängerInnen und WählerInnen oder auf der Suche nach dem schnöden Mammon in Form von Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Vor allem aber können sie gefährlich sein, wenn plumpe Feindbilder und verkürzte Ursache-Wirkungsketten zu einem Hass gegen Bevölkerungsgruppen führen, denen die Schuld für das Böse auf der Welt zugeschoben wird - der Antisemitismus ist nur ein Beispiel dafür, die Folgen sind bekannt. Im Vortrag (bzw. Workshop) werden Prinzipien vereinfachter Welterklärungen benannt und dann Beispiele vorgestellt, über die jeweils auch kurze Debatten möglich sind. Abschluss ist eine 8-Punkte-Liste für skeptisches Denken. Infoseite: www.kopfentlastung.de.vu

2014: keine neuen „Gen"felder – aber die alten wirken sich weiter aus!

jb Die Bundesgenehmigungsbehörde für Versuchsfelder mit gentechnisch veränderten (gv-) Organismen hat die Zahlen für den Durchwuchs in den Jahren 2010 bis 2013 mitgeteilt. Durchwuchs bezeichnet das Wiederaufkeimen von Pflanzen, die im Vorjahr dort gesät oder eingesetzt worden waren. Es ist eine der Möglichkeiten, wie gv-Pflanzen in die Umwelt gelangen können - und die einzige, die überhaupt kontrollierbar ist. Andere, wie die Vermischung bei Transport, Verarbeitung und Lagerung, würden in der Regel mangels Untersuchungsmöglichkeiten kaum auffallen. Das gilt auch für die Auskreuzung durch Pollenflug oder Insektenbestäubung in die Umgebung eines gv-Feldes oder durch horizontalen Gentransfer, z. B. durch Bakterien über Artgrenzen hinweg.

Die Lage

Nach erbitterten Kämpfen gegen die Agrogentechnik konnten sowohl kommerzieller Anbau als auch Versuchsfelder aus Deutschland herausgedrängt werden. Da nationale Grenzen für alles durchlässig sind außer für Menschen und in Zukunft das Ausbringen von gv-Pflanzen jederzeit wieder neu beginnen kann, war der Satz „Die Gentechnik-Gegner haben gewonnen" auf www.transgen.de am 31.1.2013 ziemlich übertrieben. Dennoch bahnt sich auch für 2014 an, dass keine Felder mit gv-Pflanzen in Deutschland angelegt werden. Damit hat die bunte Mischung aus Protestformen von gentechnikfreien Regionen über Demonstrationen bis zu Feldbesetzungen und -befreiungen, Blockaden von Treffen und Recherchen hinter den Kulissen der Seilschaften zwischen Behörden, Firmen und Forschung offenbar eine beeindruckende Schlagkraft erreicht. Es war eine Protestkultur, wie sie in Deutschland leider nicht alltäglich ist. Die Firmen zogen die Konsequenzen: Große Player wanderten ab, die kleinen wurden von großen geschluckt und befinden sich in Auflösung.

Vergessene gv-Pflanzen

Wenn neue gv-Pflanzen nicht ausgebracht werden, ist das Land trotzdem nicht frei von ihnen. Denn die alten verschwinden nicht einfach so. Vielmehr ist Durchwuchs bei gv-Feldern genauso üblich wie in der Landwirtschaft insgesamt. Was üblicherweise nicht mehr bewirkt als eine optische Vervielfältigung des Anblicks von z. B. Getreidefeldern, wird bei gv-Feldern zum Problem: Die Pflanzen wachsen oft im Folgejahr, manchmal sogar weitere Jahre, selbst wenn der Versuch längst beendet ist. Vorschriften und Auflagen in den Genehmigungen sollen die Beobachtung und Nachsorge sichern. Nach den nun vorliegenden Unterlagen der Genehmigungsbehörde scheint das auch zu geschehen - zumindest auf dem Papier. Danach hat es offenbar an 9 von 40 Versuchsfeldern ein- oder mehrfach Durchwuchs gegeben:

- Auf den Feldern von Sagerheide nahe Rostock (betrieben von biovativ aus dem inzwischen für Gentechnik nicht mehr nutzbaren AgroBioTechnikum) kam es zu Durchwuchs von Weizen im Jahr 2012. 2013 soll dann nichts mehr passiert sein.
- Stark betroffen war der Schaugarten in Üplingen (Gemeinde Ausleben, Bördekreis). Hier kam es bei etlichen Feldern der Universität Rostock zu Durchwuchs, sowohl bei Weizen wie auch bei Kartoffeln. Gleiches gilt für ein Kartoffelfeld der BASF.
- Kartoffeln zeigten sich ohnehin als ziemlich durchwuchsstark. Die Erzählungen der Gentechniklobby, es gäbe bei Kartoffeln wegen derer Frostempfindlichkeit keine Durchwuchsprobleme, wurde angesichts der Funde in Üplingen, Baalberge, Gatersleben und Limburgerhof jetzt auch von offizieller Seite zu Märchen erklärt. Bemerkenswert ist dabei der Fall Gatersleben, wo Durchwuchskartoffeln nur im zweiten und sogar dritten Jahr auftraten.

Fazit

Fast ein Viertel der gv-Felder zeigte direkt auf der genutzten Fläche Durchwuchs. Aus den amtlichen Zahlen dazu ergeben sich etliche Fragen:

- Wenn, wie in einem Fall geschehen, der Durchwuchs von Kartoffeln erst im zweiten Jahr auftritt, erscheinen die vorhandenen Regelungen der Nachbeobachtung nicht ausreichend. Denn ein Jahr ohne Durchwuchs beendet den Überwachungszeitraum. So ist unklar, ob nicht auch bei anderen Feldern Durchwuchs nach einem Pausenjahr entstand.
- Durchwuchskontrollen beziehen sich überwiegend auf die Versuchsfläche selbst. Eigene Recherchen rund um Versuchsfelder ergaben aber eine erhebliche Streuung der ausgesäten Pflanzen bis mehrere Meter in umgebende Kulturen hinein. Ob es sich hier bereits um Durchwuchs aus dem Vorjahr oder Schlampigkeiten aus demselben Jahr handelte, war nicht zu klären. Für solche Verbreitung besteht aber gar keine Dokumentationspflicht.
- Durchwuchskontrollen sind bei kommerziell zugelassenen gv-Pflanzen gar nicht vorgesehen. Als 2009 der MON810 verboten wurde, hat niemand geschaut, ob solche Pflanzen neu aufliefen.

Werden weitere Beobachtungen und Dokumente einbezogen, ergibt sich ein noch fataleres Bild. So zeugten in den vergangenen Jahren immer wieder Saatgutvermischungen von der Unmöglichkeit, gv- Saatgut und gv-freies Saatgut auseinanderzuhalten. Für 2010 gibt es für den Schaugarten einen sicheren Beleg, dass auf einem mit Glyphosat behandelten Rübenfeld Rapspflanzen wuchsen. Der Vorfall wurde nie untersucht, obwohl das Auftreten offensichtlich gentechnisch veränderter Rapspflanzen einige Alarmglocken hätte läuten lassen müssen. Denn er gehörte in das Rübenfeld nicht hinein. Für ihn lag keine Genehmigung vor. Und: Ein gv-Rapsfeld hatte es an diesem Standort nie gegeben - zumindest kein legales, d. h. angemeldetes. Neben der allgemeinen Erkenntnis, dass Gentechnik nicht kontrollierbar ist, zeigt sich hier auch deutlich das Versagen der Überwachung.


2012 in Baalberge: Kartoffeldurchwuchs schon während der Vegetationsperiode (BASF-Feld)

Zusammenschau der Schreiben des BVL vom 27.11.2013 und 3.2.2014 (Originalzitate)

In den Jahren 2010 bis 2012 wurden in Deutschland 43 Freisetzungen gentechnisch veränderter Pflanzen durchgeführt (2010: 25 Freisetzungen; 2011: 15 Freisetzungen; 2012: 3 Freisetzungen). Im Jahr 2013 fand in Deutschland keine Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen statt. Die dem BVL vorliegenden Informationen über das Auftreten von Durchwuchs gentechnisch veränderter Pflanzen nach Freisetzungen entstammen den Nachkontrollberichten der Genehmigungsinhaber, die dem BVL jährlich vorzulegen sind. [...]

Nach 10 der 40 Freisetzungen, die in den Jahren 2010 und 2011 stattfanden, wurde das Auftreten von Durchwuchs festgestellt. In einem der 10 Fälle (eine Freisetzung gentechnisch veränderter Zuckerrüben) wurde der Durchwuchs darauf getestet, ob er gentechnisch verändert war. Das Ergebnis war negativ. In den übrigen 9 Fällen wurden die beobachteten Durchwuchspflanzen nicht auf die gentechnische Veränderung getestet. In diesen Fällen musste davon ausgegangen werden, dass es sich um gentechnisch veränderten Durchwuchs handelte und es wurden dementsprechende Maßnahmen getroffen. Für diese 9 Fälle liegen dem BVL im Einzelnen folgende Informationen vor:

1. Freisetzung gentechnisch veränderter Kartoffeln der BASF Plant Science GmbH (Az. 6786-01-0183) am Standort Baalberge im Jahr 2010:
   - Auftreten von Durchwuchs (50 Pflanzen) im Jahr 2011. Die Durchwuchspflanzen wurden entfernt und inaktiviert.
   - Auftreten von Durchwuchs (10 Pflanzen) im Jahr 2012. Die Durchwuchspflanzen wurden entfernt und inaktiviert.
   - Kein Auftreten von Durchwuchs im Jahr 2013.
2. Freisetzung gentechnisch veränderter Kartoffeln der BASF Plant Science GmbH (Az. 6786-01-0183) am Standort Gatersleben im Jahr 2010:
   - Kein Auftreten von Durchwuchs im Jahr 2011.
   - Auftreten von Durchwuchs (40 Pflanzen) im Jahr 2012. Die Durchwuchspflanzen wurden entfernt und inaktiviert.
   - Auftreten von Durchwuchs (6 Pflanzen) im Jahr 2013. Die Durchwuchspflanzen wurden entfernt und inaktiviert.
3. Freisetzung gentechnisch veränderter Kartoffeln der BASF Plant Science GmbH (Az. 6786-01-0183) am Standort Limburgerhof im Jahr 2010:
   - Auftreten von Durchwuchs (5 Pflanzen) im Jahr 2011. Die Durchwuchspflanzen wurden entfernt und inaktiviert.
   - Kein Auftreten von Durchwuchs im Jahr 2012.
4. Freisetzung gentechnisch veränderter Kartoffeln der BASF Plant Science GmbH (Az. 6786-01-0191) am Standort Ausleben im Jahr 2010:
   - Auftreten von Durchwuchs (8 Pflanzen) im Jahr 2011. Die Durchwuchspflanzen wurden entfernt und inaktiviert.
   - Kein Auftreten von Durchwuchs im Jahr 2012.
5. Freisetzung von gentechnisch verändertem Weizen der Universität Rostock (Az. 6786-01-0195) am Standort Ausleben im Jahr 2010:
   - Auftreten von Durchwuchs (87 Pflanzen) im Jahr 2011. Die Durchwuchspflanzen wurden mechanisch (durch Hacken) entfernt.
   - Kein Auftreten von Durchwuchs im Jahr 2012.
6. + 7. Freisetzungen gentechnisch veränderter Kartoffeln der Universität Rostock (Az. 6786-01-0199 und Az. 6786-01-0204, gemeinsame Nachkontrolle) am Standort Ausleben im Jahr 2010:
   - Auftreten von Durchwuchs (insgesamt 53 Pflanzen für beide Freisetzungen) im Jahr 2011. Die Durchwuchspflanzen wurden entfernt und thermisch bzw. mechanisch inaktiviert.
   - Kein Auftreten von Durchwuchs im Jahr 2012.
8. Freisetzung von gentechnisch verändertem Weizen der Universität Rostock (Az. 6786-01-0209) am Standort Ausleben im Jahr 2011:
   - Auftreten von Durchwuchs (230 Pflanzen) im Jahr 2012. Die Durchwuchspflanzen wurden durch Behandlung mit Roundup inaktiviert.
   - Kein Auftreten von Durchwuchs im Jahr 2013.
9. Freisetzung von gentechnisch verändertem Weizen der Universität Rostock (Az. 6786-01-0209) am Standort Thulendorf im Jahr 2011:
   - Auftreten von Durchwuchs (64 Pflanzen) im Jahr 2012. Die Durchwuchspflanzen wurden entfernt und durch Dämpfen inaktiviert.
   - Kein Auftreten von Durchwuchs im Jahr 2013.

John Bellamy Foster/Brett Clark/Richard York
Der ökologische Bruch
(211, Laika in Hamburg, 494 S., 39,90 €)
John Bellamy Foster/Fred Magdoff
Was jeder Umweltschützer über den Kapitalismus wissen muss
(2012, Laika in Hamburg, 148 S., 19,80 €)

Zwei Bücher zum Verhältnis von Umweltzerstörung und Kapitalismus - mit streng marxistischem Blickwinkel ausgelegt. Das ist zunächst angenehm, denn den Autoren ist zuzustimmen bei ihrer Analyse, dass große Teile der Umweltbewegung und des institutionellen Naturschutzes einen eingeengten Blickwinkel auf die Welt haben. Von daher ist das Vorhaben, diese Scheuklappen wegzureißen und durch einen umfassenderen Blick auf die Verhältnisse dieser Welt und damit auch die Ursachen der Umweltzerstörung zu ersetzen, zu begrüßen. Nur: Das gelingt nicht vollständig. Das erste, 2011 erschienene Buch ist eine grundlegende Darstellung der Ursachen von Umweltzerstörung, die in der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft liegen. Zwar ist ein solcher Blickwinkel verengt, weil er die Gesellschaft (wie bei strenggläubigen Marxisten oft) nur ökonomisch erklärt. Aber das ist allemal besser als die blauäugige Sichtweise vieler „Ökos", die Verbraucherverhalten oder Staatsversagen attestieren. Insofern mag das Buch bei zweierlei helfen: Umweltschützer_innen brauchbare Infos zum Wirtschaftssystem zu vermitteln - und Marxist_innen ihre blinden Flecken bei ökologischen Fragestellungen zu entfernen. Das neuere Buch hingegen bietet nicht die gleiche analytische Schärfe. Eher wächst mit jeder Seite des Lebens der Ärger, dass die Autoren den Titel nur gewählt haben, um Menschen einzufangen. Denn tatsächlich ist das Buch nichts als eine platte Werbung für orthodoxe marxistische Heilslehren. Der erhobene Zeigefinger dominiert. Am Ende folgt die platte Forderung, den Sozialismus einzuführen. Dass genau das nicht reicht, ist doch bereits bewiesen - eine Auseinandersetzung damit fehlt. Insofern die Empfehlung: Wenn, dann das erste Buch wählen. Das zweite ist ein vereinfachender Aufguss zwecks Belehrung.

Klaus Faißner
Wolfgang Löser - Der Energierebell
(2013, Leopold Stocker in Graz, 159 S., 19,90 €)

Der Autor ist bekannt für seine lesenswerten Darstellungen im Bereich Agrogentechnik und erneuerbare Energien. Daher erzeugt das neue Buch gleich hohe Erwartungen. Die erfüllt es nur teilweise. Das hat zwei Gründe. Zum einen stehen ein konkreter Hof und die dahinterstehenden Personen im Vordergrund. Daraus resultiert eine Mischung aus Fachbuch und Poesiealbum. Es ist, das ist die positive Seite, anregend und anschaulich geschrieben, kann also gut als Einstiegslektüre und Beispiel für andere Orte dienen. Zum anderen zeigt sich eine seltsame Mischung aus populistischem Ökobashing und Hinweisen auf emanzipatorische Ansätze. Warum zum Beispiel auf Seite 53 aus dem Ruf nach einem Vorrang für den Umbau der Energieversorgung eine totale Absage an das Einsparen von Energie folgt, erschließt sich nicht. Billige Glühbirnenhetze ist anschlussfähig an Verschwörungstheorien, aber für ein Plädoyer einer qualitätsvollen Energiewende gänzlich überflüssig.



Klaus Töpfer und Ranga Yogeshwar
Unsere Zukunft
(2013, dtv in München, 240 S., 9,90 €)

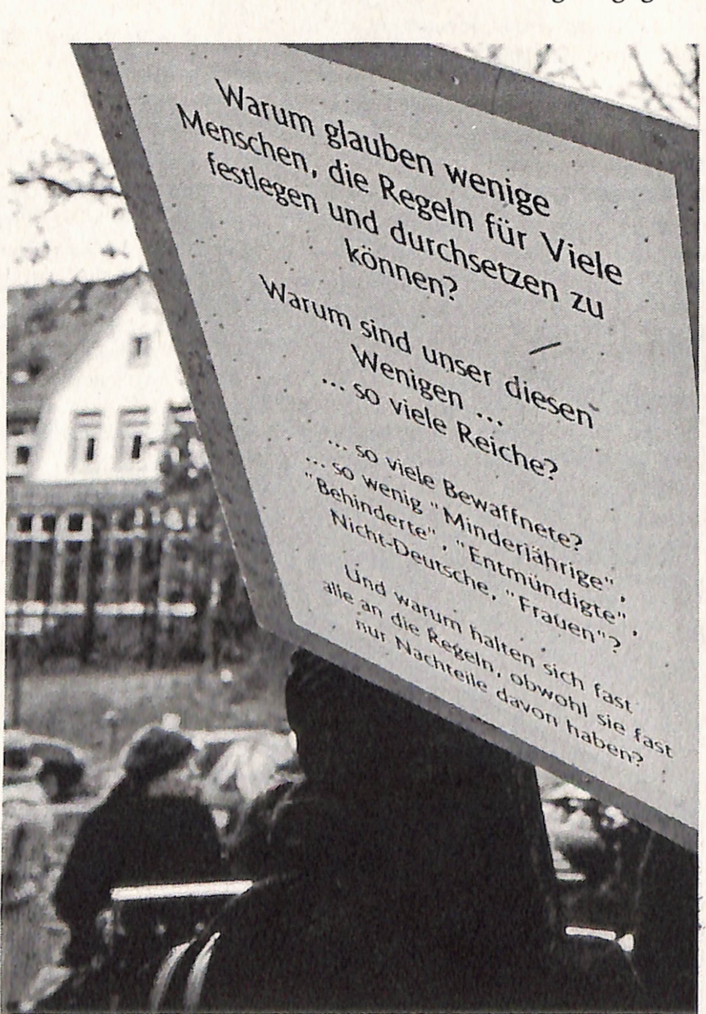
Das Buch dokumentiert ein Gespräch zwischen den beiden Männern, die auf unterschiedliche Art ihren Ruf als bekannte Umweltschützer erhielten. Töpfer war Umweltminister unter Helmut Kohl, trat damals für Atomkraft und andere Umweltsünden ein. Erst danach hievten ihn die inhaltsleeren Apparate von Umweltverbänden und -medien auf den Schild des Vordenkers. Eine Biografie als Basis-Ökoaktivist fehlt ihm ebenso wie seinem Gesprächspartner Ranga Yogeshwar, der aus der Nuklearforschung kam, am skandalträchtigen Forschungszentrum Jülich arbeitete und trotzdem binnen kurzer Zeit zu einem Vorzeige-Umweltjournalisten wurde. Die beiden reden nun also miteinander - lange und aus Anlass der Reaktorkatastrophe von Fukushima. Es ist das Gespräch über alle möglichen Fragen der Zeit. So manches davon hat durchaus Tiefe, aber immer bleibt erkennbar: Hier reden typische Öko-Führer dieser Welt. Sie haben die Probleme der Reichen. Sie haben den miserablen ökologischen Fußabdruck des mobilen Bildungsbürgertums. Und sie glauben an das Gute von oben.

Zwangspsychiatrisierung in Gießen

Willkür durch Justiz und Psychiatrie wird immer deutlicher!

Gustl Mollath war der erste Fall, der in die Medien brachte, dass in Deutschland zum einen willkürlich und zum anderen sogar aus politischen Interessen Menschen einfach hinter den Mauern und Zäunen der geschlossenen Psychiatrien landen. Seit Herbst 2013 wird nun in Gießen ein ähnlicher Fall verhandelt. Und auch hier treten immer deutlicher Ungereimtheiten zutage.

Jb Vier Monate war der Linken-Kreistagsfraktionschef Dennis Stephan weggeschlossen, wurde gegen seinen Willen behandelt, fixiert und zwangsmedikamentiert.
Das gesetzlich verbriefte Recht einer Patientenverfügung wurde ebenso mit Füßen getreten wie die bestehende Vorsorgevollmacht ignoriert. Als die ersten Medien kritisch berichteten, verhängte die Klinik in arroganter Manier eine Kontaktsperre. Peinliche formale Fehler der Psychiater brachten ihm Ende 2013 die Freiheit wieder, nachdem er die ersten Verhandlungstage im angezettelten Strafprozess gegen ihn in Handschellen betrat.
Doch spätestens die Vernehmung von Zeug_innen rund um einen Autounfall am Pfingstmontag 2013 führte zu einem ganz anderen Verdacht – nämlich dass der Fahrer des Wagens geschützt werden sollte. Denn ziemlich klar sichtbar wurde, dass dieser Dennis Stephan nicht nur überfuhr und schwer verletzte, sondern das aus Wut heraus absichtlich tat. Die Staatsanwaltschaft hatte die Ermittlungen gegen den bekannten Ex-Regionalpolitiker, der am Steuer saß, schnell beendet, nicht einmal ein Unfallgutachten anfertigen lassen und auch die Ergebnisse des Alkoholtests beim Fahrer aus der Akte genommen.



Bei der Demo

Polizeibeamt_innen, die den Linkenpolitiker einige Wochen nach dem „Unfall" verhafteten und ohne Rechtsgrundlage in die Psychiatrie steckten, waren wenige Verhandlungstage später als Zeug_innen geladen. Ihre Aussagen riefen erheblichen Unmut im Publikum hervor. Höhepunkt war die Aussage des Gießener Beamten Fett. Er wähnte sich von Beginn an auf der Jagd nach einem gefährlichen Verrückten, konnte als Grund für diese Annahme aber nur Informationen aus dem Polizeifunk benennen. Dem auf ihn nach eigener Aussage „harmlos" wirkenden, auf einer Bank sitzenden Gesuchten drohte er sofort den Einsatz von Pfefferspray an. Auch dazu konnte er auf Nachfrage keinen Grund benennen. Die Frage des Angeklagten, was dieser hätte tun können, um der Drohung zu entgehen, verstand der Polizist zunächst mehrfach nicht und antwortete dann „Nicht da sein". Auch für die Einlieferung in die Psychiatrie fiel dem Beamten kein Grund ein.

Eine Zusammenfassung der Abläufe findet ihr auch in der Jungen Welt vom 16.1.2014 (**www.jungewelt.de/2014/01-16/058.php**).

Der bisherige Verlauf führte am 28.1.2014 erstmals zu öffentlichen Protesten auf der Straße. *„Wir wollen nicht länger einfach nur fassungslos dabei sitzen"*, formulierte es eine Prozessbeobachterin. Die Vielzahl von Meldungen weiterer Personen, die über Rechtsbrüche, Schikanen und Quälereien in den geschlossenen Psychiatrien in Hessen (Haina und Gießen) und anderswo berichten, erhöhte den Wunsch, sich öffentlich zu zeigen. Der Protestzug führte durch die Stadt auf das Gelände der Vitosklinik, wo auch Dennis Stephan einige Zeit festgehalten wurde. Dass nur eine kleine Runde von Menschen das Gelände erreichte und dort mit Lautsprechern auch zu den Inhaftierten sprach, lag auch am Desinteresse bis Boykott durch etliche linke Gruppen. Zwischen dem Träger der Vitosklinik (Landeswohlfahrtsverband) und z.B. Gewerkschaften bestehen personelle Verflechtungen. Andere, z.B. marxistische Gruppen, bezeichneten solche Demos als „lächerlich". Links war aber noch nie emanzipatorisch – und vielleicht erinnerte sich manche_r auch an die Psychiatrisierungspraxis

der geliebten DDR. Die Inhaftierten der Vitosklinik, die von der autoritären Klinikleitung repressiv von jedem Kontakt zur Demonstration abgeschnitten wurden, schrieben einen anonymen Brief und bedankten sich für die Aktion (siehe **www.zwangspsychiatrie.de/2014/ 02/4119/**).

Beschreibung eines Falles aus einem auf der Demo verlesenen Brief aus der Vitos-Klinik

Gegenwärtig behauptet der ärztliche Direktor der Vitos-Klinik Dr. Müller-Isberner nun, Walter sei sichtbar psychisch krank, weil er im Februar 2013 in der Unterbringung laut „Scheiße" gerufen und im März 2013 „laut mit der Tür geknallt habe". Diese und andere Nichtigkeiten aus dem Stationsalltag von Walter zählt Dr. Müller-Isberner in einer gutachterlichen Stellungnahme vom 11.04. 2013 auf, um gegenüber dem Landgericht Marburg zu begründen, dass Walter „gefährlich" für die Allgemeinheit sei, und weiter untergebracht werden müsse. So sei Walter zwischen September 2012 und April 2013 von dem Pflegepersonal öfter „grübelnd" und „mit düsterer Miene" beobachtet worden.
Dies – so der Gutachter Dr. Müller-Isberner deute auf „Wahnvorstellungen" bei Walter hin.

Obwohl Walter sich seit dem 29.02.2012 in der Unterbringung – auch laut Klinikverlaufsbeobachtungen durch das eigens dafür geschulte Personal – weitestgehend „beanstandungsfrei" und „freundlich gegenüber Mitarbeitern und Mitpatienten" sowie friedlich verhielt, gewährt die Vitos-Klinik ihm keinerlei Lockerungen, er darf noch nicht einmal am Sport teilnehmen.

Anonymer Brief nach der Demo
(Fehler wie im Original belassen)

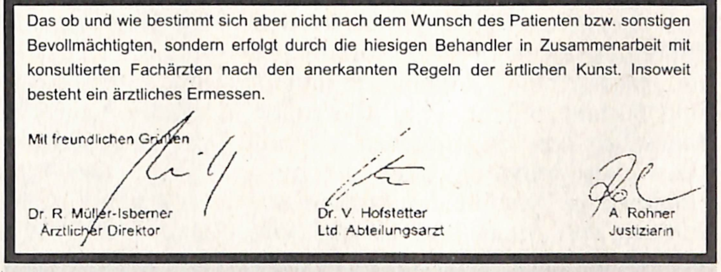
"wir sollen Ihnen aurichten Danke, ich habe Ausgang in die Stadt und ich schreibe Ihnen das im Auftrag von einigen Forensik Patienten! Ich darf meinen Freigang in die Stadt nicht gefährden und schreibe ihnen aus dem Internetcafe Marktplatz. DANKE! DANKE!! Für die Demo, die hier von der Klinik nicht gerne gesehen wurden. Ein bischen Hoffnung bekommen wir, durch Ihren Einsatz.

Wir sind nicht feige, wir werden dort drin nur tagelang fixiert und weggesperrt, falls wir nicht parieren und an einer DEmo haben wir nicht die geringst Chance teizunehmen. Sonst isoliert und zwangsgespritzt. vielen Dank für Ihren Einsatz!!
Wir durften nicht mit Ihnen in Kontakt kommen, sonst wären wir weggesperrt worden und kommen nie wieder heraus. Man unterstellt uns von Seiten der Pfleger Straftaten die wir nicht begangen haben. Wir seien agressiv oder gewalttätig. kurz vor einer Anhörung wird es hier sehr schlimm, man übt Druck auf uns aus und behauptet Dinge über uns. Hier ist es ganz schwer herauszukommen. Medikamente werden einem aufgezwungen man hat hier keine Wahl. Sie geben uns durch Ihre Aktion Hoffnung. Bitte geben Sie uns nicht auf. Wir hoffen das sie den Brief bekommen. Wir worden überwacht am Tag der Demonstration, ob wir mit Ihnen in Kontakt treten. Diejenigen die weggesperrt sind haben nichts davon erfahren. Es wurde in der Arbeitstherapie unter vorgehaltener Hand weitergegeben.

Das sollten Sie wissen, der Klinikleiter Müller Isberner sagt manchen von uns: "das Gesetz bin ich"!!! Die Leute die hier sich zu wehr setzen haben keine Chancen mehr.

Uns glaubt keiner. Sozialministerim antwortet nicht Petitionsausschuß ebenfalls nicht, denn wir gelten hier als bekloppt. Wir werden gezwungen Pillen zu fressen, ansonsten 0,0 Chancen eine Stufe zu bekommenn. Das bedeutet keine Kontakt zu anderen und keinen Hofgang. Schon gar nicht Entlassung zu denken.

Bitte geben sie uns nicht auf viele Grüße vom Maßregelvollzug und vergesst uns nicht."


Das ob und wie bestimmt sich aber nicht nach dem Wunsch des Patienten bzw. sonstigen Bevollmächtigten, sondern erfolgt durch die hiesigen Behandler in Zusammenarbeit mit konsultierten Fachärzten nach den anerkannten Regeln der ärtlichen Kunst. Insoweit besteht ein ärztliches Ermessen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. R. Müller-Isberner, Ärztlicher Direktor — Dr. V. Hofstetter, Ltd. Abteilungsarzt — A. Rohner, Justiziarin

Die Vitos GmbH zum „ob und wie" der medizinischen Behandlung

Rubrik: Knast
Artikel für diese Rubrik kannst du bis zum 16.05.14 einsenden. Beiträge von (ehemaligen) Gefangenen sind sehr willkommen. Das grüne blatt ist für Gefangene kostenlos. Falls du von interessierten Gefangenen weißt, immer her damit.
Kontakt: knast@gruenes-blatt.de

Wo Menschen, die nicht Rad im System sein können oder wollen, unter die Räder kommen:

Stationen unseres Protestganges am 28.1. durch Gießen

Psychiatrie: Wie jemand behandelt wird, bestimmen wir!

Wir bestimmen, was gut für andere Menschen ist! So sagt es der Text auf der vorherigen Seite aus einem Schreiben der Chef_innen der hessischen Zwangspsychiatrie Vitos (Eigentümer: Landeswohlfahrtsverband, der wiederum von den Städten und Kreisen getragen wird), die auch in Gießen, in ihren ummauerten Gebäuden an der Licher Straße, Menschen „behandeln". Tagelange Fixierungen, Zwangsbehandlungen mit Psychopharmaka, Isolationshaltung in Einzelräumen und Kontaktsperren zu Freund_innen und Unterstützer_innen draußen gehören zum Handwerk eines Betriebes, der sich zum Handlanger herrschender Interessen macht oder denen hilft, die ihre Eltern, Onkel oder Tanten um Haus und Erspartes bringen wollen. Ausgemerzt durch Ruhigstellung wird, was nicht zur Normalität passt. Was „norm"al ist und was nicht, ist eine Frage der Definition. Vor wenigen Jahrzehnten galt auch in diesem Land Homosexualität als „krank". Der Grat zwischen kreativer Abweichung und dem Verschwinden hinter den Mauern an der Licher Straße ist schmal. Das Genauere bestimmen Ärzt_innen, Richter_innen und Polizei.
Mehr: **www.zwangspsychiatrie.de**

Gefängnis: "Strafe ist das Unwerturteil einer Gesellschaft"

Das sagte 2006 der hessische Justizminister Jürgen Banzer. Er bewegt sich damit schon sehr nahe am Sprachstil dunkler Vergangenheit. Er sagt aber auch, worum es geht: Stra-

fe soll nicht Menschen helfen – weder den sogenannten Opfern noch den sogenannten Täter_innen. Sie alle werden in der Mühle der Justiz zerlegt, zu Objekten gemacht und sozial seziert.
Dass Strafe alles nur schlimmer macht, dürfte für alle keine Überraschung sein, die die erniedrigenden Verhältnisse hinter den Mauern und Gittern kennen. Selbstmorde, Gewalttaten und vieles mehr sind dort viel häufiger als in der übrigen Gesellschaft. Das sagen die Statistiken und der gesunde Menschenverstand. Für das spätere Leben draußen kann der Knast auch keine Besserungen bringen. Wie lässt sich Freiheit in Gefangenschaft üben? Die Absage an Gefängnisse ist aber auch ganz offiziell bestätigt. Es war eine Studie des Bundesjustizministeriums, die 2004 feststellte, dass Gefängnisse die Wahrscheinlichkeit neuer Straftaten steigern.

Aus der Bundestagsdrucksache 16/ 7967 vom 1.2.2008:
"*Nach den Ergebnissen der vom Bundesministerium der Justiz in Auftrag gegebenen Untersuchung „Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen“ (...) lag die Rückfallquote nach einer Jugendstrafe ohne Strafaussetzung zur Bewährung bei 77,8 Prozent, nach einer Jugendstrafe mit Strafaussetzung zur Bewährung bei 59,6 Prozent (...).*"

Und: Vergessen Sie, dass Knäste mit Mörder_innen und Vergewaltiger_ innen gefüllt sind. Die sitzen (soweit sie nicht in Uniform töteten) zwar auch dort, aber überwiegend bestrafen Gefängnisse Menschen, die gegen Staat, Eigentum, und die öffentliche Ordnung agierten:

"*... nur jeder vierte der in einem Baden-Württembergischen Gefängnis einsitzenden Jugendlichen ein Tötungsdelikt, eine schwere Körperverletzung oder eine Straftat begangen hatte, bei der ein Schaden von über 2500 Euro angerichtet wurde.*" (FR, 21.11.2006, S. 10)

Es besteht eine zehn Mal höhere Selbstmordrate als außerhalb des Knastes.

Jeder dritte Inhaftierte der Strafanstalt Plötzensee in Berlin sitzt dort wegen "Schwarzfahrens". Derzeit befinden sich an der Spree aus diesem Grund rund 1000 Menschen hinter schwedischen Gardinen.

Heribert Prantl brachte die Absurdität des Wegsperrens von Menschen auf einen Satz: (in der SZ, 15.5.2012)
"*Das Gefängnis ist ein gefährlicher Ort: Der Strafvollzug – so sagen das die Kriminologen – ist der Versuch, an Menschen, die man zu wenig kennt, unter Verhältnissen, die man zu wenig beherrscht, Strafen zu vollstrecken, um deren Wirkung man zu wenig weiß.*"
Mehr: **www.welt-ohne-strafe. de.vu**

Arbeit, Arbeit, Arbeit ...

Nicht nur, wo Mauern und Stacheldraht schon optisch die Gewaltverhältnisse anzeigen, herrscht Zwang. Vielmehr wird an vielen Orten durch Erziehung und Zurichtung, Belohnung und Strafe, Privilegien und Entzug von Möglichkeiten unser Leben normiert. Arbeitsagenturen und Jobcenter, Bachelor und Stundenpläne, patriarchale Rollenverteilungen und Residenzpflicht – sie alle sollen Menschen zu bestimmten Verhaltensweisen bringen, damit sie funktionieren im System der großen Maschinen von Staat und Kapital, die unablässig alles fressen, was Profit und Herrschaft dient.
Heutige Zwangssysteme kommen oft versteckt daher. Wir leben nicht in Zeiten organisierter Euthanasie, Gleichschaltung oder Schutzhaft mit Folter und Mord. Dennoch bleiben zentrale Gemeinsamkeiten autoritärer Politik bis heute gleich: Sie verkleiden die Unterdrückung von Menschen in das Gewand der Nächstenliebe. Wenn Menschen in Psychiatrien oder Gefängnissen eingemauert werden, so soll das ihnen und anderen helfen. Wenn Bomben abgeworfen werden, läuft das unter Menschenrechten. Wenn Arbeitnehmer_innen ausgebeutet werden, dient das dem Wohlstand aller. Die Zeiten und ihre Mittel ändern sich – die Propagandalügen bleiben!

Medien

In der Gießener Allgemeinen vom 21.8.2004 formulierte der Chef der Stadtredaktion der Zeitung, Guido Tamme, dass die Bänke in der Innenstadt Gießens, im besonderen die Bänke auf dem Kirchenplatz, nur bestimmten Menschen ("flanierenden Innenstadt-Passanten") zur Verfügung stehen und andere nicht auf diesen Bänken sitzen sollten. Gemeint waren insbesondere solche Menschen, die ohnehin stark sozial ausgegrenzt und oft verarmt bzw. wohnungslos sind.

Eine solche Formulierung, die öffentlich definiert, wer auf öffentlichen Bänken erwünscht ist und wer nicht, ist ein Akt sozialer Apartheid. Es gibt keine Strippenzieher_innen, die alle Medien gleichschalten. Die Redaktionen und Verleger_innen unterwerfen sich selbst den herrschenden Diskursen. Sie sind Sprachrohr des Normalen, Teil der großen Maschine.

Die Stadt und der öffentliche Raum

Guido Tamme, leitender Zeitungsmacher in Gießen, will die Bänke der Stadt für kaufkräftiges Publikum reservieren. Die Stadtoberen wollen das für die ganze Innenstadt. Durch die Gefahrenabwehrverordnung haben sie immer mehr Handlungsmöglichkeiten geschaffen, unerwünschte Personen aus der Stadt zu drängen. Alkohol darf in Gießens City nur noch allein oder zu zweit getrunken werden. Hat jemals jemand die Polizei dabei gesehen, die Glühweinstände des Weihnachtsmarktes deshalb zu attackieren?
Nein: Hier wird verschleiert Ausgrenzung betrieben. Was Tamme für die Sitzgelegenheiten vorschlug, ist längst Realität überall. Die Menschen sind nichts als Arbeitende und Konsumierende. Alles andere hat keine Lebensberechtigung.
Blick zurück: **www.abwehr-der-ordnung.de.vu**

Fiese Tricks von Polizei & Justiz

Die Verhältnisse hinter den Uniformen und Roben sind in Gießen geklärt. Federball spielen wird zu einem Anschlag auf den Innenminister. Vorlesen von Gedichten mutiert zu einem Brandanschlag – jedenfalls in den Augen derer, die unerwünschte Menschen kriminalisieren und mit Lügen überziehen. Dennis Stephan, dessen Prozess der Anlass für den heutigen Protestumzug ist, stand einer regionalen Führungsperson buchstäblich im Weg. Der überfuhr

ihn wütend mit dem Auto – und so musste Dennis Stephan mit ausgedachten Stories aus dem Verkehr gezogen werden (nicht nur wortwörtlich). Die Spielchen sind bekannt. Der Gießener Polizei ist bereits offiziell bescheinigt worden (vom OLG Frankfurt), dass sie Methoden aus dem Dritten Reich benutzt und sich Straftaten ausdenkt, um politische Gegner_innen mundtot zu machen. Das war nicht nur bei Georg Büchner so, sondern erfolgt auch heute.
Ein ganzes Buch ist gefüllt mit den Fällen – „Tatort Gutfleischstraße“. Zudem gibt es eine Ton-Bilder-Schau auf DVD dazu (beides: **www.aktionsversand.de.vu**). Mehr: **www.fiese-tricks.de.vu**



Was bleibt?

Es ist unwahrscheinlich, dass die Eliten, denen die jetzige Situation nützt, diese selbst ändern werden. Ebenso ist unwahrscheinlich, dass Appelle, Unterschriftenlisten oder das Motzen am Stammtisch helfen.

Wer eine bessere Welt will, muss dafür kämpfen. Dazu laden wir ein.

Oscar Wilde schrieb:

"Mit der autoritären Gewalt wird die Justiz verschwinden. Das wird ein großer Gewinn sein – ein Gewinn von wahrhaft unberechenbarem Wert.
Wenn man die Geschichte erforscht, nicht in den gereinigten Ausgaben, die für Volksschüler und Gymnasiasten veranstaltet sind, sondern in den echten Quellen aus der jeweiligen Zeit, dann wird man völlig von Ekel erfüllt, nicht wegen der Taten der Verbrecher, sondern wegen der Strafen, die die Guten auferlegt haben; und eine Gemeinschaft wird unendlich mehr durch das gewohnheitsmäßige Verhängen von Strafen verroht als durch das gelegentliche Vorkommen von Verbrechen.
Daraus ergibt sich von selbst, daß je mehr Strafen verhängt werden, umso mehr Verbrechen hervorgerufen werden, ..."

Rezensionen zu "Gesundheit"

Sven-David Müller

Gesundheitsrisiko Heilfasten

(2009, Schlütersche in Hannover, 96 S., 12,90 €)
Das Buch ist eine notwendige Gegendarstellung zum Klamauk um das Fasten. Präzise und anschaulich werden die gesundheitlichen Gefahren zusammengetragen sowie, sehr praktisch, Alternativen für all die benannt, die Heilfasten als Weg zum Schlank- oder Gesundwerden (bzw. -bleiben) ansehen. Ihnen sei das Buch empfohlen als Anregung - aber auch mit der Warnung, die für alle Pro-Fasten-Bücher auch gilt: Wohlbefinden und Gesundheit sind Definitionssache und hängen vor allem davon ab, wie sich ein Mensch fühlt, hängen lässt oder willensstark ist usw. Das wird im vorliegenden Buch in den Hintergrund gedrängt - schade eigentlich. Denn der wichtigste Grund gegen die Heilslehre Fasten ist, dass es alles nur Glaubensfragen sind – und sie deshalb auch wirken können wie jedes Ritual, was nutzlos wäre, wenn es nicht den eigenen Willen bestärken würde, der die eigentliche Kraft ist. Der bräuchte das Tamtam rundherum nicht. Aber es muss auch nicht schaden ...

Maximilian E. Helmholdt

Mensch, hilf Dir selbst !

(2006, R.G. Fischer in Frankfurt, 93 S., 9,90 €)
Es gibt viele Gründe, an der Schulmedizin oder zumindest ihrem Anspruch auf Wahrheit zu zweifeln. Nicht erst die Skandale um Korruption bei Organtransplantationen und Operationen zum Geldverdienen zeigten, dass unter kapitalistischen (wie unter anderen herrschaftlichen) Bedingungen alles zur Gefahr für Mensch und Umwelt wird. Doch Kritik und Gegenentwürfe brauchen trotzdem mehr als bloße Beschreibungen und Behauptungen. Das vorliegende Buch ist eine Art Zusammenfassung des "großen" Gesundheits-Konz – wenn auch (zum Glück) ohne die ständigen, vornehmlichen weiblichen Nacktbilder. Ein Buch frei von Quellen und Hinweisen, woher das dargestellte Wissen stammt, kann nur die erreichen, die glauben wollen. Skeptischen Blicken hält es so von Beginn an nicht Stand.

Thomas Szasz

Geisteskrankheit – ein moderner Mythos

(2013, Carl Auer in Heidelberg, 331 S., 44 €)
Das Werk ist die aufgefrischte, d.h. ergänzte und überarbeitete Auflage eines Klassikers, der schon 50 Jahre auf dem Buckel hat und damals den herrschenden Diskurs über die scheinbar diagnostizierbaren, d.h. "wahren Krankheiten des Geistes" in Frage stellte. Auch wenn heute so einiges neu und anders gedacht wird – der Mythos der sauberen Unterscheidbarkeit von "krank" und "gesund" lebt immer noch, wenn auch modernisiert. Dem tritt Szasz nun erneut entgegen – mit brillianter Sprache und Argumentation. Nur einen Fehler macht er: Er glaubt, dass die diskursive Steuerung des Wahrheitsregimes in der Gesellschaft, zu der der Glaube an die Einteilbarkeit von "krank" und "gesund" gehört, nur für "seinen" Bereich existiert, während es andernorts sauber zugeht. Explizit nennt Szasz die Frage der körperlichen Gesundheit und den Strafvollzug – und irrt dort, genau so, wie die irren, die Geisteskrankheit als etwas Eindeutiges annehmen.

Herbert Pelzl

Keine unnötigen Operationen!

(2008, R.G. Fischer in Frankfurt, 116 S., 10,80 €)
Das Buch listet Fälle und Gründe auf, wegen denen überflüssigerweise an Menschen herumgeschnippelt wird. Das Spektrum reicht von übertriebener Angst bei Chirurgen, die lieber einmal mehr als einmal weniger operieren (z.B bei entzündetem Blinddarm oder Rachenmandeln), bis zu überflüssigen Kaiserschnitten, u.a auf Wunsch der Patient_innen. In einem Kapitel werden Tipps gegeben, wie bei anstehenden Operationen verfahren werden kann.

Gaby Guzek

Patient in Deutschland

(2008, Humboldt in Hannover, 224 S., 14,90 €)
Ein Buch voller Zahlen und Hintergrundinformationen: Aus einer eher schulmedizinischen, aber kritischen Perspektive werden Gesundheitspolitik, Gerüchte und Nachrichten aus Arztpraxen, Krankenkassen usw. kritisch hinterfragt. Immer wieder finden sich Beispielberichte aus der Praxis in den Kapiteln – die Empörung der zitierten Betroffenen und der Buchautorin sind unübersehbar. Die Grenze des Buches ist bei der grundsätzlichen Akzeptanz von Schulmedizin und wirtschaftlicher Effizienz deutlich zu spüren. Insofern ist das Werk nur eine Teilkritik der Verhältnisse.

Sonia Mikich

Enteignet

(2013, C. Bertelsmann in München, 351 S., 9,99 €)
Bekanntheit hilft heute auch nicht mehr gegen den übermächtigen Mechanismus in dieser Gesellschaft – dem Zwang, profitabel zu sein. Die Journalistin Mikich hat das selbst erlebt, als sie im Krankenhaus zu einer bloßen Nummer wurde. Handeln und Entscheidungen der Ärzt_innen und des Personals waren von wirtschaftlicher Effizienz und von dem Streben geprägt, Behandlungen so durchzuführen, dass Geräte und Räume optimal ausgelastet sind und maximal viel Geld abgerechnet werden kann. Mikich erzählt ihre eigene Geschichte und hat dann viele weitere recherchiert. Das Buch schockiert, ist aber doch weder neu noch überraschend. Vielleicht dient es als Lektüre an manchem Krankenbett, während drumherum der Wahnsinn des Kapitalismus weitergeht. Protestlos – versteht sich.

Der GroKo-Mindestlohn zementiert den Niedriglohnsektor

Oliver Rast Die publizistischen Flaggschiffe der bundesdeutschen „Qualitätspresse" schlagzeilten jeweils differenziert: „Warnung vor Ausnahmen beim Mindestlohn", so titelte die Süddeutsche Zeitung in ihrem Aufmacher am 20.1.2014. Einen Tag später urteilte die Frankfurter Allgemeine Zeitung mit der Überschrift „Kein Mindestlohn für Azubis. Gutachten: Ausnahmen sind rechtlich möglich".

Die Presseveröffentlichungen zeigen auf, dass der im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU vereinbarte allgemeine gesetzliche Mindestlohn von 8,50 € weiterhin kontrovers nachverhandelt wird. Hintergrund dieses medialen Echos ist eine Expertise, welche der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags im Auftrag der Grünen-Arbeitsmarktexpertin Brigitte Pothmer angefertigt hat und in der es um potentielle Ausnahmeregelungen im anvisierten Mindestlohngesetz geht.

Innerhalb der linksgewerkschaftlichen, (anarcho-)syndikalistischen und unionistischen Szenerie beginnt eine Diskussion darüber, dass der Mindestlohn in seiner vorgesehenen regierungsamtlichen Ausgestaltung zu einer dauerhaften Etablierung eines Niedriglohnsektors führen muss. Dieser „Nebeneffekt" ist weder zufällig noch ungewollt ...

Unterhöhlung des Mindestlohns

Seit Beginn der Mindestlohndebatte treten die Vereinigungen aus dem Arbeitgeberlager und ihre lobbyistischen Vorfeldstrukturen in die Arena, um die Diskurshoheit zu erlangen und erweiterte Ausnahmeregelungen zu verlangen, die die Allgemeinverbindlichkeit eines Mindestlohns systematisch unterlaufen. Der gebetsmühlenartig präsentierte Vortrag von „negativen Beschäftigungseffekten" bei Einführung eines Mindestlohns von Vertreterinnen der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie findet allerdings immer weniger Zuhörerinnen, da ihnen schlicht die empirische Beweiskraft fehlt.

Die Unterhöhlung des Mindestlohns durch ein Ausnahmebündel findet bereits im GroKo-Vertrag seinen Ausdruck; ehrenamtliche Tätigkeiten, Praktikantinnen, die noch studieren, zur Schule gehen oder sich in einer Berufsausbildung befinden, sollen nicht unter diese Regelung fallen. Das Einfallstor für eine Aufweichung dieser gesetzlichen Initiative der „schwarz-roten" Lohnregulierung ist demnach weit geöffnet.
Im Vertragswerk der Großkoalitionärlnnen ist vorgesehen, dass Abstufungen nach unten beim Mindestlohngesetz bis zum 31.12.2016 „durch Tarifverträge repräsentativer Tarifpartner auf Branchenebene" möglich sein sollen und erst ab 01.01.2017 der bundesweite gesetzliche Mindestlohn „uneingeschränkt" gelten soll. Diese Tariföffnungsklausel soll für bereits abgeschlossene wie für noch abzuschließende Tarifverträge gelten. Dem GroKo-Vertrag zufolge soll erstmals zum 10.06.2017 mit Wirkung zum 01.01.2018 von einer „Kommission der Tarifpartner" die Lohnhöhe „überprüft" und „gegebenenfalls angepasst" werden.

Die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner argumentiert, Schülerinnen, Studierende und Rentnerinnen mit einem Zuverdienst seien anders zu behandeln als Arbeitnehmerinnen, die mit einer Vollzeittätigkeit ihren Lebensunterhalt bestreiten. Die Entlohnung saisonal Beschäftigter dürfte hierbei besonders strittig sein. Mit dieser „Zubrot-These" attackiert die CSU das verfassungs-

Zum Autor:

Oliver Rast ist momentan in der JVA Tegel inhaftiert. Er war in den letzten Jahren in der basisgewerkschaftlichen Bewegung engagiert und Mitglied der IWW, einer linken Arbeiter_ innenunion, um den Kämpfen von Lohnarbeitenden, Scheinselbständigen oder Erwerbslosen um ihre Würde frischen Wind zu geben.
Es liegt nahe, dass gerade dies der eigentliche Stein des Anstoßes für die staatlichen Überwachungsbehörden ist. Der Staat fürchtet derzeit nichts mehr, als dass der Widerstand gegen eine menschenfeindliche, profithungrige Wirtschaftsordnung, die er forciert, Breitenwirkung entfalten könnte.

Das Soli-Komitee für Olli ruft daher nicht nur die IWW und die FAU auf, sich hier mitangegriffen zu fühlen, sondern auch linke Gewerkschaftler aus dem klassischen Gewerkschaftsspektrum: Wenn die staatliche Repression hier Erfolg hat, werdet ihr die Nächsten sein!

Solikomitee:
solikom-olli.site36.net/
Mehr zu den Verfahren:
einstellung.so36.net/, soligruppe.blogsport.eu/tag/oliver-rast/
IWW im deutschsprachigen Raum:
www.wobblies.de/

Wer Olli schreiben möchte, schickt die Karte oder den Brief an:

Oliver Rast, z.Zt. JVA Tegel, Seidelstraße 39, 13507 Berlin

rechtlich geschützte Gleichheitsgebot, wie es seitens der parlamentarischen Linken heißt. Schützenhilfe bekommt sie in diesem Falle von den BundestagsjuristInnen, da insbesondere bei Rentnerinnen und Studierenden Ausnahmen eine „verfassungsrechtlich relevante Ungleichbehandlung darstellen" könnten. Diesen Personen kann nicht ohne weiteres der Arbeitnehmerinnen-Status verwehrt werden, weil sie ihre Arbeitskraft gegen Entgelt zur Verfügung stellen.

Gewerkschaftliche Mindestlohndebatte

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), eine Sonderorganisation der UN, formulierte bereits 1970 für ihre mehr als 180 Mitgliedsstaaten eine Absichtserklärung zur Einführung von Verfahren zur vertraglichen Festlegung von Mindestlöhnen. Diese Empfehlung, die von der Mehrheit der Staaten des hochindustrialisierten Nordens angenommen wurde, spielte offenbar für Generationen in der Schaltzentrale des DGB keine wesentliche Rolle. D.h. im Klartext, dass Frauen, Jüngere, Geringqualifizierte, Lohnabhängige ohne abgeschlossene Berufsausbildung sowie Teilzeitbeschäftigte in den von Niedriglöhnen betroffenen Branchen des Gastgewerbes, der Landwirtschaft und des (Einzel-) Handels nicht ins Blickfeld eines gesteigerten gewerkschaftlichen Engagements geraten konnten.

Eine politisch-parlamentarische Regulierung der Lohnentwicklung in der BRD galt jahrzehntelang als ein unantastbares Tabu. Selbst die sozialpartnerschaftlichen Einzelgewerkschaften, die sich unter dem Dach des DGB organisieren, widersetzten sich einer gesetzlichen Verankerung von Lohnhöhen bzw. Lohnuntergrenzen. Vorreiterin einer Popularisierung des Mindestlohns innerhalb des DGB war die Einzelgewerkschaft NGG, die für das Aushandeln der besonders prekären Beschäftigungsverhältnisse in der Hotel- und Gaststättenbranche zuständig ist. Die IG BCE und die IG Bau traten hartnäckig als innergewerkschaftliche Gegner einer solchen Minimumregelung des Arbeitsentgelts auf und bevorzugten stattdessen branchenspezifische Lösungsmodelle mit den Inhaberinnen der Produktionsmittel.

Der schwerfällige Apparat des DGB kam erst durch inneren Druck der Mitgliedsbasis und äußere Anschübe in einen zögerlichen Bewegungszustand. Letztlich konnte sich der DGB dieser gesellschaftspolitischen Debatte nicht mehr verschließen und verkündete auf dem Bundeskongress 2006 eine Initiative zur Durchsetzung eines Mindestlohns. Der damals mit 7,50 € taxierte Mindestlohn wurde auf dem DGB-Bundeskongress 2010 auf den Level von 8,50 € angehoben. Ein Level, mit dem das viel diskutierte Armutsrisiko nicht minimiert, sondern de facto zementiert wird.

Von der Kritik des Mindestlohns zur Abschaffung des Lohnsystems

Aus dem bisher Skizzierten geht hervor, dass ein Mindestlohnsatz von 8,50 € keinesfalls den Niedriglohnsektor abschafft, sondern diesen nach unten hin reguliert. Der Mindestlohn nimmt mehr den Charakter einer kargen „Fürsorgeleistung" ein, als dass er einen Mindeststandard fixiert, der Lohnabhängige vor Lohndumping und Hungerlöhnen real bewahrt. Der Mindestlohn kann zudem zu einer Art Lohnleitlinie für Tarifverhandlungen werden, nach der Löhne oberhalb dieser Marke als „zu hoch" gelten.

Wie unzureichend der geplante Mindestlohn von 8,50 € ist, zeigt allein, dass die Niedriglohngrenze nach OECD-Kriterien (Lohn unterhalb von zwei Dritteln des mittleren Einkommens) zurzeit in der BRD im europäischen Vergleich bei knapp über 9,50 € liegt. Etwa 24% der Vollzeitbeschäftigten erhält ein Salär unterhalb der OECD-Niedriglohngrenze und etwa 17% der Lohnabhängigen muss mit weniger als 8,50 € brutto in der Lohntüte auskommen, was etwa 5,6 Mio. Beschäftigte sind.

Sollten diese zur Disposition stehenden Ausnahmen bei einer Lohnuntergrenze greifen, dann wäre laut einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der DGB-nahen Hans-Böckler-Stiftung mehr als ein Drittel der im Niedriglohnbereich Beschäftigten von dem Mindestlohnkompromiss ausgeschlossen.

Die Debatte um die Lohnhöhe bewegt sich vornehmlich am unteren Ende der Lohnskala und verdeckt dabei legitime Forderungen nach einem Ausgleich des permanenten Reallohnverlustes. Einen Effekt kann die Mindestlohndebatte aber auslösen, wenn eine Kontroverse um die „Ware Arbeitskraft" insgesamt einsetzt. Die „doppeltfreien" Lohnarbeiterinnen veräußern ihre Arbeitskraft unter Marktbedingungen zum Tauschwert an die Eigentümerinnen der Produktionsmittel und erhalten für ihren Einsatz einen um den Mehrwert reduzierten Lohn. Der Ur-Konflikt zwischen Arbeit und Kapital ist auf ein Neues virulent. Die Konfliktstrategie derjenigen, die außer dem Verkauf ihrer Arbeitskraft nichts abzusetzen haben, ist klar: Dabei geht es in einem ersten Schritt um das Hochtreiben des Preises für den Verbrauch menschlicher Arbeitsleistung, um in einem zweiten Schritt eine generelle Infragestellung des kapitalistischen Lohnsystems einzuleiten.

"Im Namen des Volkes" – Teil I/2014

Solidarität mit dem sozial-politischen Gefangenen André Borris M.á Moussa Schmitz

André Moussa Ich geh ins Jahr 4 und auch dieses Jahr wird eins von Willkür und Repressalien sein! Ich kämpfe als sozial-politischer Gefangener seit Jahren für die Belange und Rechte von Gefangenen (außer den Rechten) ...und wurde dafür mit Willkür überzogen, die sich nun auf dem Höhepunkt befindet.

Das Betreuungsverfahren des AG-Krefeld (Aktenzeichen: 55 XVII - SCH - 13726) wurde auf Antrag der Anstaltsleitung eingereicht, um mich nun so „mundtot" zu bekommen. Es gibt Stimmen, die sagen, sie haben das in 30 Jahren Anti-Knast-Arbeit nicht erlebt. Selbst die, die mich unterstützen - wie „die Stimme der Gefangenen" aus Wuppertal, der Schauspieler Uwe N., um nur eine Stimme zu nennen.

Mein Widerstand wird im Jahre 2014 voll darauf ausgerichtet sein, gegen die Psychiatrisierung von Gefangenen anzugehen. Daher auch mein Solidaritätshungerstreik für den Politiker der Linken Dennis Stephan aus Gießen, den man zwangseingewiesen und nach 5 Monaten entlassen hatte (siehe junge welt 23.12.13).

Ihr arbeitet für OPEL, MIELE, HARIBO, vor allem selbst die Gewerkschaft lässt von Gefangenen Fähnchen kleben! Der DGB müsste dafür angeklagt werden von euch...

Auch um euch da draußen ein Zeichen des Widerstandes zu zeigen, habe ich einen befristeten Hungerstreik von 3 Tagen gemacht (1.1. - 3.1.2014). „Gerne" hätte ich 4 Wochen gemacht, doch da weder die Presse darüber berichtete, noch ich sonst Unterstützung erhalte, habe ich gesagt - OK - um Dennis Stephan mein Mitgefühl zu zeigen werde ich 3 Tage Hungerstreik machen, auch auf die Gefahr hin, dass man mich angeht von Seiten der Anstaltsleitung, Arzt, man wartet doch nur auf den einen bestimmten Fehler von mir, um mich richtig zu foltern! Denn Folter ist nicht nur mit körperlichen Schlägen - Nein! - gerade die Methoden des Gefängnisses, das damit beginnt, dass du nichts an extra Besuchsmöglichkeiten bekommst bis hin zu willkürlichen Maßnahmen von Seiten der Grünen...

Aber ich rufe auch auf uns zu unterstützen gegen das Abzockerunternehmen TELIO, die uns nicht nur mit absoluten marktgerechten Minutenpreisen abzocken, nein, auch erhalten wir weiterhin keine schriftlichen Belege über die Verbindungsdaten, was wieviel kostet, denn man sagt hier BRD-weit 20 Cent, ins Handynetz 70 Cent, doch beim Ausland können es je nach Land auch mal 3 Euro pro Minute sein! Gerade ausländische Gefangene, die keinen Besuch erhalten, die auf das Telefonieren angewiesen sind, sind davon betroffen und müssen von ihrem Taschengeld dann 30 € oder mehr stehen lassen, sodass sie kein Geld haben für die täglichen Dinge des Lebens, die dem Gefangenen zustehen. Denn der Knast gibt keinen Zucker, Kaffee o.ä. Getränke, von Genussmitteln allgemein nichts und das Essen - selbst bei der Tafel würde man wohl nicht mehr so viele „Besucher" täglich haben, wenn man ihnen „solch" ein Essen anbietet! (Was keine Kritik an Menschen sein soll, die zur Tafel gehen...)
Auch wünsche ich mir Solidarität zwischen den Gefangenen, denn in den letzten Jahren ist es so schlimm geworden, dass selbst Gefangene aus den Türen zu den Schließern brüllen (wenn z.b. jemand Protest macht) „haut den doch mal auf die Schnauze, damit der ruhig ist!"
Es ist unfassbar, dass Gefangene nach Grünen brüllen, um einen Gefangenen zu schlagen.
Bei den Anti-Knast-Tagen im November (15. - 17.11.13) in Bielefeld wurde wieder viel geredet - und welchen Erfolg hat es gebracht? Daher rufe ich auch euch draußen auf: Unterstützt wen ihr kennt, sucht Kontakte zu Gefangenenhilfsorganisationen. Diese haben immer Listen, wo ihr euch die eine oder andere Adresse von Gefangenen besorgen könnt (z.B. Rote Hilfe, Lichtblick - Gefangenenzeitung aus Berlin). Wir brauchen euch da draußen zum Veröffentlichen von Solidaritätsaufrufen, Texten, bei Veranstaltungen, um auf die Lage der Gefangenen aufmerksam zu machen. Denn wir leben nicht in „Hotel-Suites". Laut BILD im November 2013 haben Gefangene in Bayern ein Leben wie im Hotel (das muss man sich vorstellen, Bayern hat eines der wildesten Strafvollzugsgesetze überhaupt)! Naja, BILD eben ;-) aber leider VOLKES-Stimme!! der Idioten!
Zudem rufe ich zum Kampf der Gefangenen auf, gegen die Versklavung durch Privatunternehmen!
Wehrt euch, klagt, beschwert euch - sei es öffentlich, Presse, Justizministerium, denn ihr zahlt keinen Cent an Rentenversicherung, und glaubt mir, ihr werdet jeden Tag bereuen der euch später im Leben fehlt, macht eure Augen auf, seht doch wie die Altersarmut ansteigt in der BRD! Wollt ihr die nächsten sein? Ihr arbeitet für OPEL, MIELE, HARIBO, vor allem selbst die Gewerkschaft lässt von Gefangenen Fähnchen kleben! Der DGB müsste dafür angeklagt werden von euch, denn sie sind die Gewerkschaft, die sich gerade gegen solche Unrechte einsetzt und lässt selbst Gefangene für sich arbeiten, wo sie wissen, dass weder Löhne korrekt sind, noch Rentenbeiträge gezahlt werden.[1] Wie blind seid ihr Gefangenen eigentlich oder sagen wir es so, warum lasst ihr euch eigentlich so dressieren von diesem System, was euch nichts bietet, nur eines: „Ausbeutung", Vernichtung eurer sozialen Bindung nach draußen! Denkt

nach! Auch wenn ihr nicht aktiv seid in Sachen Politik und Sozial-Politisches, so könnt ihr dennoch einen Brief schreiben mit eurem Protest an Unternehmen, die das System der Justiz der BRD so ausnutzen.

Ich freue mich auf 2014, auf Entscheidungen in meiner Sache und auch einen Antrag auf Entlassung für den 2. März 2014!

Knastkampf ist Klassenkampf!

Auch 2014 rufe ich weiterhin zu eurer Unterstützung auf und bedanke mich bei allen, die mich bis heute unterstützen, die für mich draußen ihre Stimme einsetzen: Danke euch, Redaktion Ratgeber für Gefangene, über Uwe N. aus Wuppertal bis hin zu meinem „Mentor" Rechtsprofessor J. Feest, dem mein besonderer Dank gilt für seine tatkräftige Geduld und Unterstützung meiner Rechtssachen gegen Justiz und aber auch für meinen Solidaritätskampf für Gefangene. DANKE!!!

Und aus der ganzen Redaktion „Ratgeber für Gefangene" besonders dir, Elemer!

Schreibt mir wenn ihr wollt, ich würde mich freuen, da ich jemanden brauche, der mir hilft eine Facebookseite zu warten, meine Stimme nach draußen BRD-weit zu verbreiten, denn SOLIDARITÄT IST UNSERE WAFFE!

Euch da draußen auch viel Kraft und Geduld in eurem Kampf....

euer André Moussa...

Post an:
André Borris M.á Moussa Schmitz
Gartenstr. 1 - JVA Willich I
47877 Willich

1) Antiknasttage in Bielefeld, mit Beiträgen: **http://infoladenanschlag.wordpress.com/anti-knast-tage/**

2) "Knastprodukt des Tages: DGB-Fähnchen": **https://linksunten.indymedia.org/en/ node/84616**

"Therapieunterbringungsgesetz" – nachträgliche Sicherungsverwahrung 2.0?

Thomas Meyer-Falk Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD steht unter Ziffer 5.1:
"Zum Schutz der Bevölkerung vor höchstgefährlichen, psychisch gestörten Gewalt- und Sexualstraftätern, deren besondere Gefährlichkeit sich erst während der Strafhaft herausstellt, schaffen wir die Möglichkeit der nachträglichen Therapieunterbringung."[1]

Das bisher gültige Therapieunterbringungsgesetz (ThUG) wurde im Eilverfahren als Antwort auf mehrere Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) geschaffen. Der EGMR stellte fest, die BRD habe die Menschenrechtskonvention verletzt, als sie zum einen die nachträgliche Anordnung der Sicherungsverwahrung einführte, aber auch, als sie zum anderen rückwirkend die bis dato auf 10 Jahre begrenzte (erste) Unterbringung in der SV faktisch auf „lebenslang" verlängerte.[2]

In Folge der Urteile aus Strasbourg kamen dutzende Verwahrte auf freien Fuß. Um angesichts der Medien, die einige der Entlassenen auf Schritt und Tritt verfolgten, so dass der Mob vor deren Wohnungen aufzog (exemplarisch die Vorgänge in Insel[3]), solche Freilassungen künftig zu vereiteln, wurde vom Bundestag ein Gesetz beschlossen, welches die weitere Inhaftierung ermöglicht, sofern auf Grund eines Urteils des EGMR feststeht, dass die bisherige Inhaftierung menschenrechtswidrig ist.

Da im Zuge einer Reform zumindest teilweise die nachträgliche SV abgeschafft wurde, will nun der Gesetzgeber das ThUG ausweiten, und damit die vom EGMR für menschenrechtswidrig erklärte nachträgliche Verhängung der Sicherungsverwahrung unter neuem Namen wieder einführen.

Hiergegen formiert sich Widerstand aus der Fachwelt[4]: 39 ProfessorInnen, AnwältInnen [auch Richter und ein Staatsanwalt], SozialarbeiterInnen und ein Pfarrer lehnen mit Nachdruck diese Pläne ab. In ihrem Offenen Brief[4] bringen sie ihre zehn zentralen Kritikpunkte vor:

Die Pläne der Koalition seien unter anderem evident menschenrechtswidrig, es sei auch gar nicht möglich, zuverlässig zu entscheiden, wer tatsächlich „gefährlich" und wer „ungefährlich" sei. Die nachträgliche Unterbringung würde durch die Haft bedingte psychische Schäden durch weitere Freiheitsentziehung bestrafen, das Klima in den Gefängnissen würde sich (weiter) verschlechtern. Außerdem würden psychisch Kranke stigmatisiert, da hier ein Missbrauch der Psychiatrie erfolge, da psychische Krankheit mit Gefährlichkeit gleichgesetzt werde.

(Dieser Artikel wurde gekürzt)

Thomas Meyer-Falk
c/o JVA (Sicherungsverwahrung)
Hermann-Herder-Str. 8
D-79104 Freiburg

1) S.145 **www.tagesschau.de/inland/koalitionsvertrag136.pdf**

2) **www.abc-berlin.net/thomas-meyer-falk-urteil-zur-sicherungsverwahrung**

3) **www.abc-berlin.net/thomas-meyer-falk-hetzjagd-in-insel-sachsen-anhalt**

4)**www.strafvollzugsarchiv.de/index.php?action=archiv_beitrag&thema_id=4&beitrag_id=667&gelesen=667**

Ein Interview dazu: **www.taz.de/Sicherungsverwahrung !131306/**

Katja und Korinna Das gesellschaftlich vorherrschende Schönheitsideal ist scheiße, darüber sind sich alle einig. Demzufolge bedürfte es der näheren Betrachtung nicht – oder? *Bodies – Schlachtfelder der Schönheit*, das neue Buch der Psychotherapeutin Susie Orbach, macht das Ausmaß deutlich, das der Körperfetisch gegenwärtig erreicht hat, und führt die Notwendigkeit vor Augen, eine Debatte darüber zu forcieren. Obwohl es sich in gesellschaftskritischen Kreisen um eine Binsenweisheit handelt, dass der Körper als Arbeits- und Freizeitobjekt eine wichtige Rolle im Vergesellschaftungsprozess innehat, stehen einem beim Lesen doch regelmäßig die Haare zu Berge: Die Hälfte der jungen Koreanerinnen unterzieht sich einer Augenoperation, die das Lid westlichen Standards anpasst; ein US-Amerikaner / eine US-Amerikanerin gibt durchschnittlich fast 2$ am Tag für Diätprodukte aus; und mit 160 Milliarden Dollar Jahresumsatz schaffte es die Schönheitsindustrie 2005 immerhin auf ein Drittel des Umsatzes der Stahlindustrie. Dieses wirtschaftliche Wachstum wäre an sich nicht sehr erstaunlich, hat das Kapital doch immer großen Erfindungsreichtum bewiesen, was die Erschaffung profitabler Konsumbedürfnisse angeht. Aber diese Entwicklung ist in einem besonderen Zusammenhang zu sehen: als Ausdruck einer Vermittlung des spätkapitalistischen Subjekts zu seinem Körper, die immer konfuser und bewusstloser anmutet. Deswegen möchten wir im Folgenden Orbachs Buch besprechen – um einige Aspekte daraus für eine linke, feministische Gesellschaftskritik fruchtbar zu machen sowie Lücken in der linken Debatte aufzuzeigen.

Fat is a feminist issue

oder: ein guter Grund, Susie Orbach und die zweite Frauenbewegung in Ehren zu halten

Nach zwei früheren Büchern über Esssucht und Magersucht[1] klagt die Feministin erneut das bestehende Schönheitsideal, Körpernormierung und deren fatale Folgen vor allem für Frauen mit einer schlichten, aber prägnanten These an: Wir leben in einer »Epoche der Destabilisierung des Körpers«, in der Probleme mit dem Körper nicht allein Ausdruck und Ventil psychischer Ängste und Konflikte sind (wovon die Psychoanalyse traditionell ausgeht); sondern die Angst und Unsicherheit mit dem Körper ist selbst das Problem, und die Zahl derer, die ihren Körper nicht als zu sich zugehörig empfinden, wächst stetig. Das heißt: Die Gesellschaft – betont sei hier die Rolle der Familie als die tragende Instanz des »Verkörperungsprozesses« – strukturiert unsere Körperlichkeit auf eine krankhafte Weise, die psychische Sehnsüchte und emotionale Konflikte hervorbringt, die sich nicht allein auf somatischer Ebene äußern, sondern von vornherein auf den Körper bezogen sind. Damit droht eine selbstverständliche und stabile Körperlichkeit, in der man das eigene Selbst verorten kann, zu verschwinden. Stattdessen nehmen mehr und mehr Menschen ihren Körper als Belastung wahr und erleben ihn als nicht richtig. »Der Körper [...] verwandelt sich vom Produktionsmittel in das zu Produzierende«: Das Korrigieren und Perfektionieren des eigenen Äußeren wird zur alltäglichen Aufgabe, der Erfolg dieser Bemühungen stellt die eigene Kompetenz und Willenskraft unter Beweis. So wurde die Gestaltung des Körpers in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr der individuellen Verantwortung zugeschoben. Gesellschaftliche Anerkennung und der Wunsch dazu zu gehören stehen mit der Kompetenz, den eigenen Körper zu verändern, in enger Verbindung. So ist es längst kein Schicksal mehr, ein haariges Muttermal auf der Schulter sitzen zu haben oder stark kurzsichtig zu sein; wer hier nicht Skalpell oder Laser ihres korrektiven Amtes walten lässt, ist selber schuld und quasi asozial. Jene Form der Selbstkompetenz kooperiert hervorragend mit der neoliberalen Ideologie, derzufolge allein die eigene Leistung zählt und jeder und jede dafür die gleichen Voraussetzungen mitzubringen hat. Das Schlimme ist, dass dieser gesellschaftlich geforderte Umgang mit dem eigenen Körper – wie in kulturindustriellen Verhältnissen nun einmal üblich – sich in die individuelle Bedürfnisstruktur einfrisst. Davon ausgehend kritisiert Orbach ein gegenwärtig prominentes, postmodernes Körperverständnis für dessen illusionäres Weltbild des grenzenlosen Individualismus: Die Postmoderne reduziere den Körper auf ein beliebig bearbeitbares Konstrukt. Jede und jeder kann ihren / seinen Körper demnach so formen und verändern, wie es für sie / ihn am besten ist. Das mag in einem bestimmten Rahmen und in vielen Fällen zutreffen; aber das erforderliche Opfer ist groß. Die Verheißung von der individuellen Wahlfreiheit, die einige postmoderne Ansätze zelebrieren, »ist unzulänglich, wenn es um die Bedürfnisse des postindustriellen Körpers geht.« Orbach setzt ihm eine psychoanalytische Betrachtungsweise entgegen, die die Leser_innen daran erinnert, dass es die Spannung zwischen Indivuduum und Gesellschaft zu retten gilt durch die Stärkung des Subjekts – nicht durch seinen Zerfall in Tausende von Identitäten. Es gilt, die allgegenwärtigen Angriffe auf die innersten Strukturen des Individuums zu kritisieren – nicht, Verhältnisse zu affirmieren, in denen auch ästhetisch bislang vernachlässigte Körperteile wie das Knie einer Schönheitsoperation unterzogen werden können.

Anhand sehr rührender Beispiele wird die Reichweite deutlich, die die gesellschaftlichen Bedingungen für die Konstitution des Körperselbst haben. Extrembeispiele aus der therapeutischen Erfahrung der Autorin geben rasch zu erkennen, dass diese Extreme nur die Spitze des Eisbergs *Normalität* darstellen. Orbach berichtet von Patient_innen, die aufgrund ihrer speziellen Situation und Sozialisationserfahrungen an psychosomatischen Erkrankungen litten, etwa Wachstumsstörungen, Bulimie oder Kolitis. Allen gemeinsam war der Hass auf ihren Körper, der sich falsch anfühlte, und den sie sich in einem mehrjährigem Prozess unter therapeutische Behandlung in einen neuen Körper umschaffen mussten, der ihr eigener war.

Mit Bezug auf aktuelle Forschungen in der Entwicklungspsychologie wird verdeutlicht, wie zentral die frühkindliche Entwicklung für die Strukturierung des Körpergefühls ist und was während dieser Zeit schon alles schiefgehen kann. Kinder erfahren in ihren ersten Jahren einen komplexen Cocktail an

körperlichen Umgangsweisen vonseiten ihrer Bezugspersonen. Die Art und Weise, wie ein Baby berührt wird, ob angemessen auf seine Mimik und Gestik reagiert wird – all das formt die Körperlichkeit. Werden die Bedürfnisse des Kindes regelmäßig missachtet, empfindet das Kind nicht etwa die Eltern, sondern bald sich selbst als Problem. Es kommt zu einer inneren Spaltung, bei der es bestimmte Teile seines Selbst zurückstellt, weil sie in seiner Umgebung nicht erwünscht sind; die Konsequenz ist ein unechtes Selbst. Als entscheidend für die Entwicklung eines


Foto: Laura Lewis (cc by)

stabilen, positiven Körpergefühls sowie einer gefestigten Persönlichkeit betont Orbach z.B. genügend Berührungen, Wärme sowie ein positives Körpergefühl der Bezugspersonen. Diese Einflüsse auf körperlicher Ebene prägen zu einem entscheidenden Anteil unsere Gehirnstruktur und damit unsere Persönlichkeit.

Die Stärke des Buches liegt darin zu zeigen, dass der gesellschaftliche Mechanismus der Körpernormierung dem Individuum auf psychischer und physischer Ebene mehr und mehr Konflikte aufbürdet. Das globale Schönheitsideal, von den Massenmedien bis in den letzten Winkel der Welt getragen, setzt sich in den Bedürfnissen der Einzelnen fest. Die Frage ist aber nicht die Identität von gesellschaftlicher Norm und individueller Praxis, sondern die Verwirrung der Bedürfnisse, die sich in der gleichzeitig steigenden Vielfalt von Genussmitteln und Diätprodukten äußert. Orbach führt hier die Ausbreitung einer Snackmentalität an, deren Vertreter_innen sich, kostenintensiv und ernährungsphysiologisch zweifelaft, mittels Bio-Vollkornkeks und Smoothie durch den Arbeitstag hangeln. Eine den Bedürfnissen des Körpers angemessene Regulierung von Hunger und Sättigung sowie ein intuitiver, lustbetonter Umgang mit dem eigenen Gewicht werden durch diese Tendenzen immer schwieriger.

Die bloße Feststellung, dass das Schönheitsideal scheiße und entweder zu negieren oder subversiv zu unterlaufen ist, mag richtig sein; sie wird der Reichweite der Problematik und seinen Folgen vor allem für Frauen jedoch nicht gerecht.

Weiblichkeit und Körperlichkeit

Der Kampf, den die Mehrheit der Frauen hinsichtlich Körper und Schönheit austrägt, ist bester Beweis dafür, dass wir das Modell der patriarchalen Gesellschaft noch nicht überwunden haben, in dem Frauen nun einmal tendenziell die Arschkarte gezogen haben. Wie auch, wenn die Binarität der Geschlechter und die sexistische Ideologie konstitutiv für den Kapitalismus sind?[2]

In der kapitalistischen Moderne ist es unumgänglich, den eigenen Körper als zu beherrschenden, zu formenden sowie als gewinnbringend zu verwertenden Besitz zu betrachten; ein solches Körperverständnis geht notwendig einher mit der Herausbildung des Subjekts. Das moderne Subjekt setzt sich von frühester Kindheit an in ein verdinglichtes Verhältnis zu seinem Körper, es kann nicht ganzheitlich als Körper, Psyche und Geist gleichermaßen existieren. Der Körper, als Objekt des Geistes, wird zum Naturverhafteten, über das der Geist solcherart verfügen kann und muss, wie am besten Kapital aus ihm zu schlagen ist. Dieses gewaltvolle Körperverhältnis des Individuums aber ist gesondert bei der Konstitution von weiblichen Subjekten zu betrachten, in denen die Verdinglichung in einem noch viel konsequenteren Ausmaß vonstatten geht als in männlichen.

Das Konzept vom Menschen als Subjekt ist ursprünglich auf den Mann zugeschnitten. Trotz der mannigfaltigen Transformation der gesellschaftlichen Stellung der Frau über die Jahrhunderte hinweg, die in der westlichen Welt schließlich zur rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter geführt haben, sind die Forderungen, die das (männliche) Subjekt an den (weiblichen) Körper stellt, insgesamt nicht geringer geworden. Die Frau hat nie aufgehört, in erster Linie Körper zu sein, respektive Sexualobjekt des Mannes und Austrägerin seiner Nachkommenschaft; dies bildet die fatale Grundlage für eine besonders zwanghafte Einstellung der Frau zu ihrem Körper. Mädchen bekommen diese quasi mit der Muttermilch eingeflößt. Von kleinauf lernen sie, ihren Körper nach den Parametern der Schönheit, Schlankheit und Weiblichkeit abzurichten. Weibliche Sozialisation – sie reicht von der geringeren Stillzeit bis zum Sexismus in Spielzeuggestalt, der Barbiepuppe – vermittelt Frauen von Anbeginn, dass sie auf der Welt sind, um mithilfe ihres weiblichen Körpers zum Erfolg zu gelangen und dem Ziel, diesen zu vervollkommnen, alles andere unterzuordnen. Ihr Körper, das ist für viele Frauen: eine störrische Masse Fleisch, Haut, Haar und Knochen, aus der mit viel harter Arbeit und Selbstdisziplin eine annehmbare weibliche Identität erst zurechtgezimmert werden muss.

Der gesellschaftliche Wertmaßstab, an dem der Erfolg der einzelnen gemessen wird, bleibt dabei männlich. Er betrachtet nämlich nicht nur, ob eine Frau ordentlich Geld verdient und nebenbei Familie und Haushalt versorgt, sondern ebenso, ob sie bei diesen Tätigkeiten auch gut aussieht (und nicht etwa nach der zweiten Schwangerschaft aus dem Leim geht). So manifestiert sich im Umgang mit der eigenen Körperlichkeit die hartnäckig fortbestehende Doppelbelastung der Frau: Als kapitalistisches Subjekt muss sie nicht nur ihre Arbeitskraft zu Markte tragen, sondern auch einen ihr völlig fremden Körper.

Auf den Normierungszwang, der mit der weiblichen Identitätsbildung einhergeht, hat auch die normalerweise so

flexible Kulturindustrie keine Antwort. Sonst so phantasievoll darin, neue Produktpaletten und Lifestyleformen auf den Markt zu schmeißen, um der Illusion vom weiblichen Individualismus neue Nahrung zu geben, scheint sie für die Sphäre ›ideale Schönheit‹ weiterhin nur eine Schublade übrig zu haben: Orbach beschreibt, wie sich das Schönheitsideal der letzten Jahrzehnte stark verengt hat, sodass mittlerweile Frauen von Korea bis Nigeria mit dem Problem konfrontiert sind, dünn, großbusig, schmalnasig und langmähnig sein zu müssen. Der kulturindustrielle Erfindungsreichtum, sonst schillernd in postmoderner Wahlfreiheit, macht hier Minuspunkte gegenüber dem großen Bruder Patriarchat. Bedauerlicherweise wird dieser patriarchale Punktsieg auch von Frauen beständig reproduziert, ja das Selbstbewusstsein und die Emanzipation der Einzelnen zeigen sich gerade darin, in welchem Maße sie mit den Schönheitsanforderungen d'accord gehen. Dass die dem Ideal entsprechende, selbstbewusste Karrierefrau nicht der Emanzipation letzter Schluss, ihr sogar in mancherlei Hinsicht entgegen gesetzt ist, verbirgt der schönheitsideologische Schleier, der ins Individuum eingekehrt ist. Weibliches Selbstbewusstsein heißt deshalb auch immer permanente Selbsteinschränkung und Selbstverletzung.

Körperlichkeit und Essverhalten

Ein Bereich, in dem der Widerstreit zwischen Anpassungswunsch und Rebellion bevorzugt ausgetragen wird, ist – neben der Sexualität – das Essverhalten. Dass beide heiklen Thematiken für Frauen eng verknüpft sind, hat Susie Orbach in ihrem *Anti-Diät-Buch* von 1978 (Originaltitel: *Fat is a feminist issue*) ausführlich dargelegt.[3] Mit dem bewegungsfeministischen Furor der Siebziger stellte sie fest, »daß Eßsucht bei Frauen eine Reaktion auf ihre Stellung in der Gesellschaft ist.« Und: »Mit der Deformierung ihrer eigenen Körper [...] und der Manipulation ihrer Hungergefühle klagen Magersüchtige und Eßsüchtige den Sexismus in der Gesellschaft bitter an.« Die Formung des eigenen Körpers durch Viel- oder Wenig-Essen begriff sie als individuelle Antwort auf den gesellschaftlichen Imperativ, allzeit begehrenswert und verfügbar zu sein. In Selbst- und Gruppentherapien (als deren theoretischer Überbau das Buch entstand) versuchten sich die Teilnehmerinnen aufzuklären, welche Vorstellungen sie subjektiv mit ihrem Übergewicht verbanden. Es stellte sich heraus, dass der unbewusste Wunsch, sich hinter Fettschichten zu verbergen, in vielen Fällen mit dem Verhältnis der Einzelnen zu ihrer Sexualität zusammenhängt. So kann Dicksein verschiedenste, auch einander entgegengesetzte Konflikte kompensieren. Es kann Frauen ein Gefühl von Anerkennung und Wichtigkeit für Fähigkeiten vermitteln, die anderenfalls von ihrer sexuellen Attraktivität überschattet wären. Genauso gut kann ein dicker Körper eine Legitimation sein für das Scheitern an gesellschaftlichen Anforderungen. Bestimmte Erwartungen nicht zu erfüllen wird in diesem Fall, wiederum mit einem Mangel an Attraktivität entschuldigt. Auch als Puffer für negative, unartikuliert gebliebene Gefühle wie Frustration, Angst und Wut – die wiederum mit der oktroyierten weiblichen Rolle zusammenhängen – dient das Körperfett. Ebenso kann Untergewicht den Wunsch nach dem Erreichen der Schönheitsnorm als auch den Widerstand gegen sie ausdrücken. Dick- und Dünnsein sind zwei Seiten der gleichen Medallie – ganz zu schweigen von allen, die »Normal«-Gewicht haben und ihren stillen Kampf unsichtbar, aber unter ebenso großem Leidensdruck austragen. Die individuelle Figur ist Ausdruck des individuellen Kampfes mit der Gesellschaft. Egal, in welcher Form: Diese Art, das eigene Selbst in der Gesellschaft zu verorten, ist extrem selbstverletzend. Orbach, damals auf Pionierpfaden wandelnd, ist mit dieser Analyse auch dreißig Jahre später am Platze: Da der Zeitgeist unterdessen nach einem Dicken-Gen fahndet (der wahrscheinlich zwischen Raucher- und Schwulen-Gen zu verorten wäre) und Frauen mit BMI-Berechnungen, Diät-Ratschlägen allerorten, der medizinischen Möglichkeit zur Fettabsaugung und allgemeinem Fitnesswahnsinn belästigt. Das Körpergewicht einer Frau ist nur mehr in seltenen Fällen zufällig und gleichgültig, nicht bewusst bearbeitet und überwacht. Natürlich schlagen sich nicht bei *allen* Frauen innere Konflikte im Essverhalten nieder – und doch ist es mit Abstand die häufigste Form, wie sich die Erfahrungen weiblicher Sozialisation gegen Individuen kehren, und zwar mit weltweit steigender Tendenz. Es ist ein großer Verdienst von Susie Orbach, im gesellschaftlichen Zusammenhang herausgearbeitet zu haben, welche verheerenden lebensweltlichen Folgen die herrschenden Körperverhältnisse zeitigen.



Foto: Laura Lewis (cc by)

Auf der Suche nach der goldenen Brücke: Essverhalten und Gesellschaftskritik

Für uns ist offensichtlich, dass eine Menge Frauen ein ziemlich problematisches Verhältnis zur Nahrungsaufnahme haben, wobei die Grenze zwischen einer gewissen Vorsicht gegenüber Süßigkeiten hin zur pathologischen Essstörung fließend ist. Lebensbedrohlich mag diese Problematik nur (aber was heißt nur?) für eine Minderheit sein; für einen Großteil der jungen Frauen ist es hingegen einfach eine Alltagsselbstverständlichkeit, dem eigenen Essverhalten viel mehr Beachtung, Organisationskraft und Energie zu schenken – Kräfte, die in sinnvollere und weniger selbstangreifende Tätigkeiten fließen könnten. Diese Beobachtung deckt sich mit den Gesellschaftsanalysen der Kritischen Theorie: dass ein Zustand unauffälligen Normalseins und äußerlichen Funktionierens in vielen Lebensbereichen bereits ein neurotisch-krankhafter

ist. Weibliche Zurückhaltung beim Essen ist eine allgegenwärtige, als normal empfundene Erfahrung. Unter Gesellschaftskritikerinnen sollte dieses Thema folglich ein großes Feld der theoretischen Betrachtung und des politischen Agierens sein. Verwunderlicher Weise aber stößt man auf nichts dergleichen. Über diese Thematik scheint ein sonderbares Tabu verhängt zu sein. Stillschweigend wird davon ausgegangen, dass das gegenwärtige Schönheitsideal (zu dem immer und unabdingbar das Merkmal Schlankheit gehört) *natürlich* scheiße, patriarchal und kritisierenswert ist, dass *natürlich* eine hedonistische Einstellung zur Körperlichkeit wünschenswert ist. *Natürlich* reflektieren wir das. – Aber warum dann dieses Schweigen?

Es wäre naiv zu glauben, dass der gesellschaftliche Anspruch an den weiblichen Körper vor dem reflektierten, kritischen Individuum haltmacht. Der Mechanismus, mangelndes Selbstwertgefühl und fehlende Anerkennung über die Disziplinierung des eigenen Körpers auszugleichen, ist auch bei kritischen, linksradikalen Feministinnen anzutreffen. Die Ambition zur Kritik, der Kampf um die eigene Emanzipation und die Sehnsucht nach Autonomie können, ausgetragen über den eigenen Körper, den weiblichen Teufelskreis der Selbstkontrolle und -bestrafung auf geradezu unheimliche Weise verstärken. So wird der falsche Schein eines souveränen Umgangs auch mit dem Essen aufgebaut. Magersucht, Bulimie und Esssucht als extreme Äußerungen des Körperunbehagens sind eine weit verbreitete Art, die gesellschaftlichen Erwartungen selbstkritisch gegen sich zu richten.

Es fällt auf, dass die Essproblematik viel eher in Unterredungen mit Frauen zur Sprache kommt, die mit Feminismus und Gesellschaftskritik nichts am Hut haben und im Freundinnenkreis gern über ihre Wunschträume vom Abnehmen und von Titten und Oberschenkeln à la Hollywood disputieren. Mag diese Form der Auseinandersetzung auch wenig kritisch sein, mag sie mit dem Austausch von Rezepten und Diättipps einhergehen: Wenigstens gibt es einen Raum für die Artikulation individueller Gelüste und individuellen Leids.

Unter Szenefrauen dagegen wird so getan, als gäbe es das Phänomen Essstörungen nicht; als überschritte es die engen Grenzen der ›Political Correctness‹ (eher: Coolness), die große Unzufriedenheit mit dem eigenen Körper anzusprechen. An jener Stelle klaffen Gesellschaftskritik und Lebenswelt, die doch miteinander in Wechselbeziehung stehen sollten, abgrundtief auseinander. Der eigene kritische Anspruch erschwert es, den zwanghaften Umgang mit dem Essen im Alltag und in der politischen Diskussion zu thematisieren. Lediglich von sich selber und aus seltenen, meist sehr vertraulichen Gesprächen weiß man Dinge, die traurig stimmen und entsetzen: dass es zahlreiche Genossinnen gibt, die allabendlich im Bett sämtliche tags verzehrten Nahrungsmittelmengen Revue passieren lassen; Genossinnen, die sich auf nüchternen Magen besaufen, weil die fürs Abendbrot zugelassene Energiezufuhr für den Alkoholkonsum verplant ist; Genossinnen, die bestrebt sind, sich über ihre sexuellen Bedürfnisse Klarheit zu verschaffen und sie auszuleben, aber glauben, dazu nur im Stande makelloser Schlankheit berechtigt zu sein; Genossinnen, die *natürlich* keinen Anstoß nehmen an nicht normgerechten Körpern, aber über jeden dicken Hintern froh sind, der nicht an ihrer eigenen Rückseite sitzt. Unserer Ansicht nach gibt es zu viele Frauen, die ihren Marx und Adorno gelesen haben und deren geheime persönliche Utopie ein kalorienfreier Kommunismus ist; eine Utopie, die sie gewöhnlich für sich behalten. Man ist allein mit diesem Thema Essen, das einen derart großen Raum einnimmt. Der Kampf gegen den entfremdeten Körper, gegen verbotene Genüsse und hartnäckige Bedürfnisse, entzieht sich der gesellschaftskritischen Debatte – er bleibt Teil des Privaten, das nicht politisch ist.

Aus der Praxis wissen wir, dass die Problematik vom Essen, taucht sie doch einmal für kurze Momente aus der Versenkung auf, bei männlichen Gesprächspartnern zumeist auf herzerfrischende Naivität stößt und bei weiblichen auf Gemeinplätze, Schweigen und wenig Solidarität. Jeder und jede weiß theoretisch, dass es so etwas wie Essstörungen gibt, jede und jeder kennt vielleicht ein, zwei Personen, die ersichtlich essgestört sind, und das wird dann jeweils als sehr schlimm befunden: Aber beides gerät, verbal nicht und vielleicht nicht eimal gedanklich, in Kontakt mit der eigenen Lebensrealität.

Eine solche Identifizierung und Solidarität aber, die von dem Bewusstsein herrührte, dass hier ein großes, weit verbreitetes und verschwiegenes Problem besteht, wäre die erste Tugend, damit offener umzugehen und einander zu unterstützen. Im Wissen, dass das Thema Essen für viele, allzu viele, nicht unkompliziert ist, fordern wir: Mädchen (und Jungs), redet darüber! Uns geht es weniger um Bekenntniswut oder eine Pathologisierung der allgemeinen Leiden und Merkwürdigkeiten in Bezug auf das Thema Essen. Vielmehr wünschen wir uns eine linke, feministische Öffentlichkeit, eine Auseinandersetzung, in Lautstärke und Durchdringungskraft vergleichbar den Debatten über den Zusammenhang von Weiblichkeit, Patriarchat und Sexualität, wie sie seit den siebziger Jahren hartnäckig geführt werden. Woran liegt es, dass heutzutage jede Emanze über die Problematiken des weiblichen Sexus theoretisiert, aber fast keine über den weiblichen Umgang mit dem Essen – der doch ebenso sehr eine Konsequenz aus der allgemeinen, patriarchal-sexistischen Kackscheiße ist? Es hängt wohl damit zusammen, dass zur Zeit der zweiten Frauenbewegung, als die Sex-Debatte so überaus erfolgreich etabliert wurde, die Probleme mit Körpernormierung über Essverhalten noch weit weniger virulent waren. (Ähnlich äußert sich Orbach in *Bodies*: Das heutige Ausmaß der Trends, die sie im *Anti-Diät-Buch* erstmals beschrieb, habe sie damals nicht geahnt.)

Gesellschaftskritik ist *auch* dazu da, das eigene Leben schöner, zumindest erträglicher zu machen. Feministische Gesellschaftskritik sollte einem männlichen Wohnzimmer-Antideutschtum nicht darin nacheifern, vor einem lebensweltlich derart relevanten Thema die Augen zu verschließen.

Fat is – verdammt noch mal – a feminist issue!

Der Text erschien ursprünglich in der zweiten Ausgabe der Zeitschrift *Outside The Box* und wurde in der Reihe *Quergelesen* als Hörtext vorgetragen.
http://outside.blogsport.de
http://audioarchiv.blogsport.de/2010/12/12/fat-is-a-feminist-issue

Fußnoten

1. Das Anti-Diätbuch, Hungerstreik.
2. Vgl. ›outside the box‹, Nr. 1.
3. Am Layout der beiden Orbach'schen Werke lassen sich Anspruch und Ästhetik moderner Körperverhältnisse über die Jahrzehnte hinweg ablesen. Das Anti-Diätbuch, in Deutschland 1991 im Verlag ›Frauenoffensive‹ erschienen, besticht durch den rot unterstrichenen, bildzeitungsgroßen Titel, der den Skandal vom schlechten Bestehenden anprangert und Aufruhr verheißt. Auf dem knallpinken Cover von Bodies hingegen räkelt sich, neben englischsprachigem und que(e)r gedrucktem Titel, ein ranker Weibskörper mit abgeklebten Nippeln, die wahrscheinlich zum Nach- und Andersdenken anregen sollen.

Veganes Blutvergießen und die Weidefleisch-Fiktion

Der Text wurde auf der Homepage frieschmitz.blogsport.de erstveröffentlicht und uns freundlicherweise zur verfügung gestellt. Dort findet ihr auch mit die dazugehörigen Links und Quellen.

Friederike Schmitz *Mit einem Artikel mit dem Titel „Verursachen Vegetarier mehr Blutvergießen als Fleischesser?" hat Paläo-Esser Felix Olschewski in der Veganszene viel Wind aufgewirbelt und viel wütende Kritik geerntet. Die ist zwar grundsätzlich berechtigt, wird aber teils auch der Komplexität der Sache nicht gerecht. Hiermit versuche ich mich also an einer weiteren Replik.*

Alte Debatte

Zunächst ist zu bemerken, dass die von Olschewski vertretenen Thesen keineswegs neu sind. Bereits 2002 erschien im Journal for Agricultural and Environmental Ethics ein Artikel, in dem dafür argumentiert wurde, dass wir vor allem große Pflanzenfresser aus Weidehaltung verzehren sollten, wenn wir den geringstmöglichen Schaden für Tiere zum Ziel hätten. Die Argumente sind dieselben wie in Olschewskis Text, nur mit anderen Zahlen – weil die Getreideproduktion so viele Tiere töte, sollte man lieber Weidefleisch essen. Wenige Monate später wurde im selben Journal ein Aufsatz veröffentlicht, der einen Rechenfehler im ursprünglichen Artikel aufdeckte und mithilfe weiterer Überlegungen zum umgekehrten Schluss kam: Die fleischlose Ernährung beinhalte den geringsten Schaden für Tiere.

Wiederum pro Fleisch argumentiert Umweltaktivistin und Exveganerin Lierre Keith in ihrem Buch „The Vegetarian Myth" von 2009, das kürzlich auch auf Deutsch erschienen ist. Olschewski könnte mehrere Überlegungen von ihr übernommen haben, u.a. die von ihr gebetsmühlenartig wiederholte These, man könne sich nicht ernähren, ohne dass jemand dafür stürbe, und man solle das akzeptieren und dann aus Umwelt- und Gesundheitsgründen Fleisch essen.

Wichtige Einsichten

Ich finde es wichtig zu bemerken, dass in dieser Debatte tatsächlich ein Teil Wahrheit steckt, den VeganerInnen gern übersehen: Es gibt so gut wie kein „tierleidfreies" Essen. Tatsächlich wird in jeder Form von Landwirtschaft Tieren geschadet – mindestens dadurch, dass sie von ihrem bisherigen Lebensraum vertrieben werden, den Menschen für sich als Ackerland beanspruchen. Wenn also behauptet wird, „vegan" stünde für „tierleidfrei", dann ist das Quatsch. Das muss man anerkennen.

Lierre Keith kritisiert in ihrem Buch primär die industrielle Landwirtschaft, und auch in Olschewskis Text ist von Pestiziden etc. die Rede, die „allesamt eine schwere Belastung der Ökosysteme darstellen und direkt für den Tod von Tieren verantwortlich sind." Und es ist wahr, dass die Erzeugung von Weizen, Soja und anderen „veganen" Lebensmitteln eine ökologische und ethische Katastrophe darstellt. Keith beschreibt z.B. die Auswirkungen von Bewässerungsanlagen für Getreide- oder Reisfelder auf Flüsse und die damit verbundenen Ökosysteme. Es ist wirklich grauenhaft, was für eine Zerstörung und welches Tierleid die Erzeugung pflanzlicher Nahrungsmittel vielerorts mit sich bringt.

Vor diesem Hintergrund lautet die zweite Einsicht, die ich aus der Lektüre dieser Texte gezogen habe, dass die „Leid- und Todbilanz" eines veganen Nahrungsmittels nicht in allen Fällen besser sein muss als die entsprechende Bilanz eines unveganen Nahrungsmittels – wenn man industriell auf der einen mit ökologisch auf der anderen Seite vergleicht. Ein konventionell erzeugtes Pflanzennahrungsmittel kann im Einzelfall schlechter abschneiden als ein superduper-öko-Tierprodukt.

Daraus folgt aber meines Erachtens nicht, dass man nicht VeganerIn sein sollte. Erstens gibt „vegan" heute immer noch eine gute Daumenregel ab, wenn man die negativen Auswirkungen des eigenen Konsums möglichst klein halten will, wie ich gleich erläutern möchte. Außerdem drückt man damit auch jenseits dieser konsequentialistischen Erwägungen aus, dass man Tiere und ihre Körperflüssigkeiten nicht als Nahrungsmittel ansieht.

Allerdings sollte man sich nicht nur fragen, was aus den genannten Einsichten für den eigenen Konsum folgt, sondern darüber hinaus politisch und aktivistisch denken: Aus der Einsicht in die Schrecklichkeit der industriellen Landwirtschaft und der Tatsache, dass es so wenig wirklich gute Alternativen gibt, sollte meines Erachtens Protest und Widerstand gegen die zentralen Institutionen derselben folgen – gegen die Konzerne, die Lobbies, die Politik. Und es sollte ein Engagement für Alternativen folgen. Das ist es auch, was Olschewski, Keith, Bäuerlein und Co. konsequentermaßen folgern müssten – anstatt einen Kleinkrieg mit VeganerInnen anzuzetteln, als ob die das Kernproblem wären. Das ist mit Blick auf die eigentlich Verantwortlichen für die Misere geradezu grotesk.

Aus den genannten Einsichten folgt außerdem auch nicht, dass die ideale Landwirtschaft der Zukunft nicht vegan sein sollte. Im Gegensatz dazu ist es sehr plausibel, dass eine zukünftige biovegane Landwirtschaft, die sich ernsthaft bemüht, die Schäden für Tiere zu minimieren, in der Bilanz deutlich besser dasteht als eine Landwirtschaft mit Tiernutzung.

Leidbilanzen heute und morgen

Eine zentrale Frage ist also, wie die Bilanzen verschiedener Lebensmittel tatsächlich aussehen. Verursachen VeganerInnen mehr Blutvergießen als FleischesserInnen? Meines Erachtens muss man hierbei mindestens zwischen zwei Ebenen unterscheiden – der Betrachtung der heutigen, realen Situation einerseits und der Betrachtung einer idealisierten, möglichen, zukünftigen Landwirtschaft andererseits.

Reale Situation

Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, dass Olschewski in gewisser Hinsicht Äpfel mit Birnen vergleicht, wenn er die industrielle Produktion von Pflanzen gegen die Weidehaltung von Rindern abwägt. Er weist zwar explizit darauf hin, dass es ihm nicht um Fleisch aus Intensivtierhaltung geht; trotzdem ist sein Artikel in dieser Hinsicht irreführend. Zum Beispiel legt die Überschrift nahe, dass die Ernährung eines normalen oder durchschnittlichen Vegetariers mit der eines normalen Fleischessers verglichen würde. Bei so einem Vergleich ist

aber sonnenklar, wer gewinnt: der Veganer. Denn 99% des in Deutschland verkauften Fleischs kommt aus Massentierhaltung, d.h. von Tieren, die erstens mit Kraftfutter gefüttert werden, wodurch Ressourcen verschwendet werden, und die zweitens massiv leiden, was also zum Schaden für die Tiere in der Pflanzenlandwirtschaft hinzukommt. Bei anderen Tierprodukten sieht es ähnlich aus. Auch die als „bio" gelabelten Produkte stammen größtenteils aus Massenbetrieben, in denen hochgezüchtete Tiere mit Getreide ernährt werden.

Olschewski behauptet natürlich, solche Tierprodukte nicht zu meinen. Der Fleischesser, der zum Vergleich herangezogen werden soll, müsste also ausschließlich Weidefleisch, Weidemilch und Weideeier (?) verzehren. Es ist allerdings nicht besonders glaubwürdig, dass Olschewski selbst für eine solche Ernährung eintritt: Auf seinem Blog gibt es zum Beispiel zahlreiche Rezepte mit allerlei verschiedenen Tierprodukten, bei denen nie dazu gesagt wird, dass die aus derartiger Erzeugung stammen sollten. Woher er z.B. die Eier für das Frühstücksrührei nimmt, würde mich durchaus interessieren. Es ist übrigens ziemlich typisch für selbsternannte „Nur-Bio-FleischesserInnen", dass sie zwar ab und an solches Fleisch kaufen, faktisch aber – im Alltag, bei Freunden, im Restaurant – ständig auch Massentierhaltungsfleisch konsumieren. Diese Tierprodukte sind, wie gesagt, im Vergleich mit ALLEN veganen Produkten um ein Vielfaches zerstörerischer und grausamer.

Nehmen wir aber für den Moment den von Olschewski vorgeschlagenen Vergleich tatsächlich ernst: Verursachen (normale, heutige) VeganerInnen mehr Blutvergießen als reine WeidetieresserInnen (sofern es die gibt)?

Die Zahlenlage ist bezüglich der Opfer bei der Pflanzenproduktion einigermaßen unübersichtlich. Nach Korrektur des Rechenfehlers in dem genannten Journalartikel kommt der Autor Matheny zu dem Schluss, dass pro Proteinmenge bei Getreide weniger Tiere zuschaden kommen als bei Weidefleisch – und das bei industrieller Getreideproduktion.

Olschewski bezieht sich dagegen auf Studien aus Australien, die hier dargestellt werden. Dabei fällt auf, dass komisch gerechnet wurde. Die Rechnung stützt sich primär auf die Vergiftung von Mäusen bei „Plagen". Zunächst mal halte ich es für falsch, aus dem verlinkten Material zu Mäuseplagen zu schließen, dass alle vier Jahre auf dem gesamten bewirtschafteten Getreidefeldland 500 bis 1000 Mäuse pro Hektar auftreten. Vielmehr scheint mir da gemeint zu sein, dass es bei Plagen zu solchen Zahlen kommt; was nicht heißt, dass die überall in der Menge anzutreffen sind, weil ja die „Plagen" nie flächendeckend auftreten. Zweitens handelt es sich um Zahlen für Australien, und es ist völlig unklar, inwieweit auch anderswo derlei „Plagen" auftreten.

Auch bezüglich der Todesopfer bei Ernten und Feldarbeiten, die in der Debatte angeführt werden, gibt es höchst verschiedene Einschätzungen. Wenn hohe Zahlen an Opfern festgestellt werden, gehen diese oft auch auf Raubtiere zurück, die nach dem Mähen eines Feldes z.B. Mäuse und Kleinnager besser erwischen können. Davis, der Autor des ursprünglichen Artikels, schätzte die Gesamtzahl der Toten durch Ernteaktivitäten auf einem Hektar Land, ausgehend von Studien aus England, nur auf 15 Tiere pro Jahr – weniger als ein Sechstel der Zahl, auf die sich Olschewski beruft. Durch verschiedene Methoden, die vielerorts auch schon zum Einsatz kommen, lässt sich außerdem die Opferzahl verringern.


Quelle: Wikipedia

Es ist sicher wahr, dass in der industriellen Landwirtschaft sehr viele Tiere grausam zu Tode kommen. Wie sie allerdings im Vergleich mit der Bilanz von Weidefleisch aussieht, ist alles andere als klar. Zumal nämlich auch beim Weidefleisch eine ordentliche Bandbreite an Problemen und Schäden für Tiere auftreten, die in den Zahlen von Olschewski nicht berücksichtigt werden. Erstens bezieht er bzw. der Artikel, auf den er sich beruft, nur die direkten Tötungen von Rindern mit ein. Dabei gibt es auch bei der Weidewirtschaft zahlreiche „Kollateralschäden".

So wird z.B. für die Winterfütterung häufig Heu verwendet, das ebenfalls gemäht werden muss, wobei viele Tiere sterben – laut einer Hochrechnung der Deutschen Wildtierstiftung sind es 10 Tiere pro Hektar. Nun wäre es gut zu wissen, wieviel ein Rind isst, um über den Winter zu kommen. Hinzu kommt außerdem die „Ernte" des Strohs, mit dem der Stall ausgestattet wird. Diese Opfer werden von Olschewksi einfach unterschlagen.

Außerdem brauchen Rinder sehr viel Platz zum Weiden, der auch oft zuvor Lebensraum anderer Tiere war: In Südamerika z.B. ist die Schaffung von Weideland (neben dem Anbau von Tierfutter) ein Hauptgrund für die gigantische Vernichtung des Regenwaldes. Es ist völlig irreführend, wenn Olschewski suggeriert, dass für Weidehaltung von Rindern einfach bestehendes Grünland genutzt werde, zur Anlage von Getreide- oder Gemüsefeldern aber neues Land erschlossen und bestehende Ökosysteme zerstört würden. Beides wird sowohl auf „alten" als auch auf „neuem" Land gemacht. Allerdings ist Land u.a. deswegen knapp und es muss immer neues erschlossen werden, weil so viel Nahrungsmittel in die Fleischerzeugung fließen, aber da waren wir ja bereits.

Aus Umweltperspektive ist auch die Weidewirtschaft hoch problematisch und führt oft zur Zerstörung von Böden und Ökosystemen. Olschewski gesteht das ein, meint aber, ein gutes Management könnte das verhindern. Das mag sein, aber wie lässt sich wissen, wo es gutes Management gibt, und wie kann man Weidefleisch allgemein loben, wenn sich das nicht sicher eruieren lässt?

Zuletzt ist noch ein entscheidender Faktor, dass vielerorts zahllose Wildtiere brutal getötet werden, weil sie die Weidewirtschaft stören – in den USA tötet der sog. Wildlife Service u.a. zum Schutz der „Nutztier"-Haltung 1,5 Millionen Wildtiere pro Jahr. In Deutschland ist der Schutz von „Nutztieren" ein Hauptgrund zur Bekämpfung von Wölfen und anderen Raubtieren. Es ist also Augenwischerei, wenn man behauptet, bei der Weidewirtschaft kämen nur die direkt geschlachteten Tiere zu Schaden.

Ideale Situation

Problematisch ist es außerdem, wenn man im Hinblick auf die Erzeugung von pflanzlichen Nahrungsmitteln nur die gegenwärtig am weitesten verbreiteten Praktiken des Ackerbaus betrachtet. Eine zentrale Frage ist nämlich, ob die Opfer bei der Erzeugung von pflanzlichen Nahrungsmitteln unvermeidlich sind – ebenso unvermeidlich, wie dass Tiere sterben müssen, wenn wir Fleisch essen wollen.

Schon aus der Darstellung der Mäuse-"Plagen" geht hervor, dass die Massenvergiftung nicht das einzige Mittel zu sein scheint, mit „Plagen" umzugehen. Es werden z.B. Vorbeugungsmaßnahmen vorgeschlagen. Man kann sich auch fragen, ob nicht auch eine bereits auftretende „Plage" mit anderen Mitteln in den Griff zu kriegen ist als mit Gift. Bezüglich der Opfer bei den Ernten und Feldarbeiten gibt es ebenfalls Handlungsmöglichkeiten: Zum Beispiel existieren Geräte, die einen unangenehmen Ton von sich geben und so Tiere vom Mähdrescher fliehen lassen. Durch ganz simple Maßnahmen wie zum Beispiel das Bearbeiten des Feldes von innen nach außen anstatt umgekehrt, rettet vielen Tieren das Leben.

Die Opfer durch chemische Pestizide etc. lassen sich in der ökologischen Landwirtschaft vermeiden. Ebenso gibt es Alternativen zu Monokulturen und zerstörerischen Bewässerungssystemen. Olschewski hat natürlich Recht, wenn er die geltenden Richtlinien des ökologischen Landbaus für unzureichend hält. Trotzdem gelten die von ihm genutzten Berechnungen und der Leid/Tod-Vergleich mit Weidefleisch für diesen Bereich eben einfach nicht.

Olschewskis Fazit, man müsse akzeptiere, dass beim Essen immer jemand das Nachsehen hat, ist eine Platitüde und ebnet sämtliche Komplexitäten ein – als sei es kein Unterschied, ob man einem Vogel ein paar Beeren wegisst oder ihn erschießt. Dass Olschewski auch noch das vermeintliche Problem erwähnt, dass man einer Pflanze schade, wenn man ihre Früchte isst und die Samen dann in der Toilette wegspült, stützt außerdem die Vermutung, dass er seine Thesen komplett von Keith geklaut hat, die das auch mehrfach anführt.

Es stimmt, dass man nicht leben kann, ohne anderen zu schaden. Aber man kann es eben mehr oder weniger tun. In der bioveganen Landwirtschaft wird z.B. nach Wegen gesucht, den Schaden für Wildtiere so gering wie möglich zu halten. Da wird meines Erachtens noch einiges an Verbesserungen möglich sein – denn man muss ja sehen, dass an derlei schonenden Methoden bislang wohl kaum oder wenig geforscht wird, weil eben Tiere bislang so gut wie nichts zählen. Das muss aber nicht so sein.

Daher bin ich zuversichtlich, dass eine zukünftige biovegane Landwirtschaft auch gegenüber der bestmöglichen Weidetierhaltung in der Leid- und Todbilanz positiv abschneidet. Zeigen ließe sich das nur mit einer Menge von Daten und Berechnungen, die ich nicht leisten kann. Wenn man bedenkt, dass 70% der weltweiten Ackerflächen zur Zeit der Tierindustrie dienen, wird auch plausibel, dass es kein prinzipielles Problem darstellen kann, Menschen mit pflanzlichen Nahrungsmitteln zu versorgen. Da es nicht überall gleichermaßen fruchtbares Land gibt, werden sich gewisse Transporte nicht vermeiden lassen. Die muss es aber sowieso geben, weil sich ja ohnehin niemand nur von Tierprodukten ernähren kann.

Die ideale Landwirtschaft der Zukunft ist daher aus meiner Sicht biovegan. Damit sie sich verbreiten kann, muss noch viel getan werden – wofür man sich einsetzen sollte!

Fazit

Was den Konsum von VeganerInnen und FleischesserInnen hier und heute betrifft, so gilt: Fast alle normal verfügbaren Tierprodukte kommen aus Intensivtierhaltung; die meisten Tiere in sog. Biohaltung haben auch ein elendes Leben und werden auch mit Kraftfutter aus Getreide gefüttert. An echtes Weidefleisch zu kommen, ist eine gewisse Herausforderung und kostet entsprechend. Wenn man nur dieses Fleisch essen wollte, dann isst man schonmal mindestens im Restaurant, unterwegs und in der Kantine vegan. Die Frage ist: Wenn man daneben Aufwand und Kosten investieren will, um sich für zuhaus Weidefleisch zu besorgen – und dabei noch nachzuprüfen, ob es auch aus gutem Management stammt – dann sollte man den gleichen Aufwand und die gleichen Kosten doch besser in möglichst ökologisches Getreide und Gemüse stecken, das mit ziemlicher Sicherheit eine bessere Bilanz hat. Soll heißen: Selbst wenn Olschewski Recht hätte mit seiner Aussage „Wenn ich unbedacht vegetarische Lebensmittel wähle, sterben trotzdem mehr Tiere, als wenn ich ein wohl ausgesuchtes Schnitzel wähle", erschließt sich mir nicht, warum man das wohl ausgesuchte Schnitzel der wohl ausgesuchten Steckrübe vorziehen sollte.

Ein Hauptvorwurf an Olschewski ist ja, dass sein Beitrag von Normalo-FleischesserInnen als Vorwand genutzt wird, nichts an ihrer Lebensweise zu ändern. Genauso diese Funktion erfüllt auch Keith' Streitschrift, was schon der deutsche Titel „Ethisch essen mit Fleisch" deutlich macht – obgleich einer von Keith' Kernpunkten die Kritik an der industriellen Landwirtschaft ist. Der gegenwärtige „normale" Fleischkonsum ist aber ein Hauptmotor der industriellen Landwirtschaft und in eigentlich allen Hinsichten katastrophal. Mich würde wirklich interessieren, ob Olschewski selbst nur Tierprodukte aus Grasfütterung konsumiert – oder ob er nicht, worauf ich wetten würde, seine Überlegungen selbst als Vorwand nutzt, alle möglichen Tierprodukte zu verzehren.

Gleichzeitig denke ich auch, dass wir VeganerInnen uns nicht auf unserem vermeintlich „tierleidfreien" Konsum ausruhen sollten. Einerseits sollten wir soweit wie möglich Produkte aus industrieller Landwirtschaft vermeiden. Häufig haben wir aber gar keine wirklich gute, nämlich biovegane Variante zur Auswahl. Das ist ein Grund – neben gewichtigeren anderen – dafür, dass wir es nicht beim Anders-Konsumieren bewenden lassen sollten: Eine grundlegende Wende in der Landwirtschaft wird sich nicht durch veränderten Konsum erreichen lassen, sondern nur durch eine starke soziale Bewegung, die direkt Einfluss auf die Produktion nimmt. Deshalb gilt es, sich u.a. innerhalb der Tierbefreiungs- und der Umweltbewegung für eine andere Landwirtschaft einzusetzen sowie daneben vor Ort bereits Alternativen z.B. in Form solidarischer Landwirtschaftsgemeinschaften aufzubauen.

Auf dass wir alle in Zukunft weniger Blutvergießen verursachen!

TierrechtlerInnen blockieren Schlachtfabrik von Tönnies

Sz *Am Samstag den 14.12.2013 blockierten rund 30 TierrechtlerInnen den Megaschlachthof des Fleischriesen Tönnies Lebensmittel. Mit Sitzblockaden und Ankettungen legten sie den Betrieb des Betriebes für mehrere Stunden lahm und demonstrierten gegen die Nutzung und Ausbeutung von Tieren durch die Fleischindustrie.* Der Text wurde von der Internetplattform linksunten.indymedia übernommen.

Um 12 Uhr begann die Blockade der Aus- und Zufahrt. Kurz darauf ketteten sich einige Demonstranten an LKWs, die das Grundstück verlassen wollten. Die Blockade wurde um 19.30 Uhr von der Polizei aufgelöst und war um 20 Uhr beendet. Die Aktiven demonstrierten damit gegen die Nutzung und Ausbeutung von Tieren, die sich im Fall der Fleischproduktion besonders drastisch darstellt. Allein in diesem Schlachthof sterben jede Woche 140.000 Schweine. Insgesamt macht Tönnies mit der Tötung von 16 Millionen Schweinen und knapp 300.000 Rindern einen Jahresumsatz von etwa 5 Milliarden Euro. „Weil wir inzwischen wissen, dass Tiere empfindungsfähige Individuen sind, können wir sie nicht länger wie Objekte und Waren behandeln" begründet eine Aktivistin den Protest.

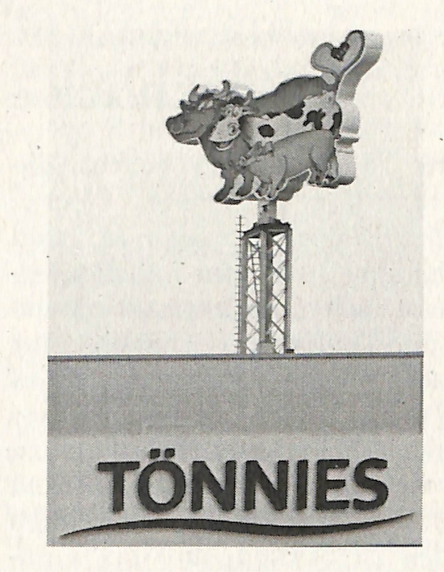
Mastschweine, egal ob in konventioneller oder biologischer Haltung, werden nach maximal sechs Monaten geschlachtet, haben jedoch eine natürliche Lebenserwartung von 15 Jahren. In dieser Zeit leben sie auf engstem Raum fern von natürlichem Licht und Boden, weshalb sie ihren Wühl- und Spielbedürfnissen nicht nachkommen können und täglich in Angst leben müssen. Auch für ihr ausgeprägtes Sozialverhalten gibt es in dieser Umgebung keine Möglichkeiten. Neben den Leiden der Tiere sprechen weitere Gründe wie Welternährungsprobleme, Ressourcenverschwendung und Umweltbelastung gegen die Fleischproduktion. Die Organisatoren kritisieren Tönnies zudem dafür, dass sie für die Ausbeutung der Tiere auch Menschen ausbeuten, indem sie die grausame und blutige Arbeit von Menschen in prekären Niedriglohnverhältnissen erledigen lassen.

Fleischindustrie im Fokus von Protesten gegen Tierausbeutung

Seit einigen Jahren hat sich der Protest gegen die Fleischindustrie intensiviert: Gegen den Neubau Hunderter Mastanlagen in Deutschland richten sich eine Vielzahl von Bürgerinitiativen, Tierschutz- und Tierbefreiungsgruppen. Kampagnen der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung wie z.B. Schlachtfabriken verhinden[1] oder Mastanlagen Widerstand[2] versuchen in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren Druck auf die Betreiber_innen aufzubauen und führten in der Vergangenheit immer auch Blockade-Aktionen durch.

Auch die Animal Liberation Front richtet sich mit direkten Aktionen gegen die Ausbeutung der Tiere durch Fleischproduzenten. So berichten nordrhein-westfälische Medien (WDR | Der Westen | Ruhrnachrichten | RP) ausführlich über einen Brandanschlag auf drei LKW des Schlachthofes Krümmel in Bochum am frühen Sonntagmorgen (15.12.). Die Fahrzeuge wurden vorab mit „Fleisch ist Mord" und „ALF", kurz für Animal Liberation Front, besprüht und brannten vollständig aus. Ein BekennerInnen-Schreiben lag bisher allerdings noch nicht vor.

[1]antiindustryfarm.blogsport.de
[2]mastanlagenwiderstand.blogsport.de



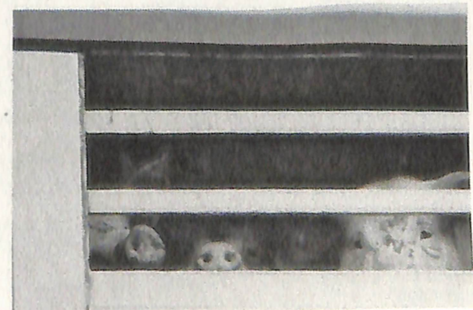












Grüne Woche demaskieren!

Vom Einstand des Aktionsbündnisses "Grüne Woche demaskieren!" auf der grünen Protest-Woche. Ein Rückblick – und der Versuch eines Ausblicks.

Nun ist sie wieder vorbei, die Internationale Grüne Woche. Zehn Tage Propaganda und Werbung für eine ausbeuterische und umweltzerstörerische (Land-)Wirtschaft haben ihr Ende gefunden. Vorerst, bis es nächstes Jahr leider weiter geht. Jetzt ist es Zeit für uns zu verschnaufen, zurück zu blicken auf das Geschehene und nach vorn zu blicken, auf das Kommende. Denn noch gilt leider: „Nach der Grünen Woche ist vor der Grünen Woche.“

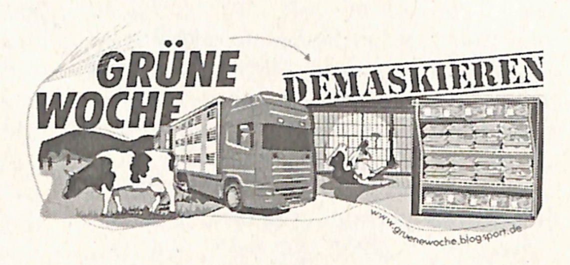
Dieses Jahr haben wir zum ersten Mal zu Protest und Widerstand gegen das vorherrschende (Land-)Wirtschaftssystem aufgerufen – ein Landwirtschaftssystem das auf die Bedürfnisse und das Wohlergehen von Mensch und Tier scheißt, die Grundlage für alles Leben auf diesem Planeten zerstört und nur am Profit für Wenige interessiert ist. An verschiedenen Aktionstagen – vor und während der Messe – haben unterschiedlichste Aktionen stattgefunden.

Was ist alles passiert?

Im Vorfeld der Messe wurden Flyer verteilt, die den originalen Grüne Woche-Flyern verblüffend ähnlich sehen, diesen aber in Wort und Bild parodieren. Durch Überhöhungen und Zuspitzungen wurde versucht, die Perversion der „Nutztierhaltung“ sichtbar zu machen und zu verdeutlichen, wie zynisch die Sprache ist, die verwendet wird, um Tierausbeutung zu legitimieren.

Am Mittwoch und Donnerstag – zwei Tage vor dem offiziellen Start der Grünen Woche – haben wir zu Online- und Telefonaktionstagen gegen die Verharmlosung der industriellen Landwirtschaft auf dem ErlebnisBauernhof und der Internationalen Grünen Woche aufgerufen.

Während der Grünen Woche wurden als groß angekündigte Mitmachaktionen Mahnwachen vor dem Nordeingang abgehalten, anlässlich des „Frische Forum Fleisch“ eine ironische „Pro-Fleisch“-Demo veranstaltet und mit einem Die-in auf die vielen Opfer der „modernen“ Landwirtschaft aufmerksam gemacht. Ergänzt wurde das Ganze durch bunte, kreative und vielfältige Kreideaktionen vor den Eingängen der Messe. Von uns entworfene Gutscheine für einmal „Selber Schlachten“ wurden während einem versteckten Theater in der S-Bahn eingesetzt. Diese Gutscheine berechtigten den Besitzer vermeintlich dazu, auf dem Erlebnis-



Bauernhof ein Tier selbst zu töten (für kleine Kinder standen demnach Zwergkaninchen zur Verfügung). Denn wer Fleisch isst, sollte wissen, wo es herkommt. ErlebnisBauernhof-Flyer, die die Diskrepanz zwischen der Realität für Milliarden von „Nutztieren“ und dem gezeigten schönen Schein auf der Messe verdeutlichten, wurden auf und vor dem Messegelände verteilt. Türanhängerflyer in der Ring-Bahn – mit der die meisten Besucher*innen zur Messe fahren – sollten ebenfalls auf die Lügenmärchen auf dem ErlebnisBauernhof aufmerksam machen.

Zu einem kreativen, vielseitigen Protest gehört aber mehr als artige, geduldete Aktionen. So haben einige Aktivist*innen bei der Eröffnung des ErlebnisBauernhofs einen Schlachttransporter besetzt, auf dem – an Zynismus kaum zu übertreffen – zu lesen war: „Wir transportieren Tierschutz“. Am darauffolgenden Tag wurde der Funkturm auf dem Messegelände erklettert und ein Transparent mit dem Spruch „Bloß nicht ge-



Transpiaktion am Werbeturm des Südeingangs

Kreidemalereien vor der Messe

Besetzung eines

nau hinsehen" entrollt. Am letzten Messewochenende wurden von einem Werbeturm vor dem Südeingang der Messe zwei Transparente mit den Sprüchen „Kapitalistische Landwirtschaft tötet" und „Fleisch ist immer Mord" entrollt.

Komplettiert wurde das Programm durch drei Abendveranstaltungen: Der Langzeitaktivist Jörg Bergstedt beteiligte sich mit zwei Informations- und Diskussionsveranstaltungen. Am Samstagabend gab es eine Lesung von und mit Hilal Sezgin, auf der ihr Buch „Artgerecht ist nur die Freiheit" vor über hundert Menschen das erste Mal der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Diese fand am selben Tag wie die „Wir haben es satt"-Demo statt und sollte die vielen, schon kritisch eingestellten, aber noch nicht vom veganen Leben überzeugten Menschen, die nach Berlin gekommen waren, anziehen. Den Abschluss der Veranstaltungen bildete ein leckerer Solibrunch der BerTA.

Was für Ziele haben wir uns gesetzt?

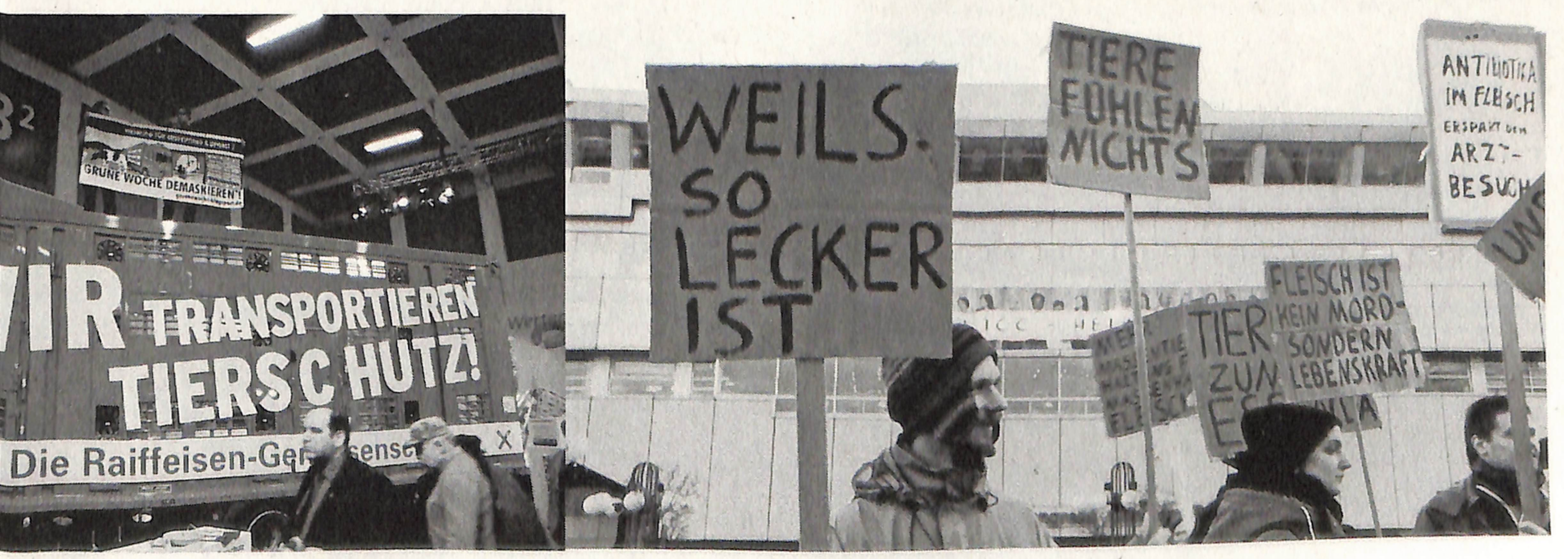
Wer hätte gedacht, dass wir so ein vielfältiges, buntes und kreatives Programm auf die Beine stellen würden? Wir sicher nicht, als wir uns im Juli zum ersten Mal zusammengesetzt haben, um über Störaktionen auf der Grünen Woche zu reden. Wir, das war eine Gruppe von fünf bis 10 tierrechtlich/vegan aktiven Menschen aus Berlin, die sich größtenteils vorher gar nicht kannten. Am Ende der Planungsphase waren wir dann schon um die 30 Menschen. Unser Ziel war es, den üblichen Geschäfts- und Propagandaablauf der Internationalen Grünen Woche öffentlich sichtbar zu stören. Dabei wollten wir die Messe-Besucher*innen erreichen, aber auch die starke überregionale Medienpräsenz nutzen, um weit über die Messe hinaus möglichst viele Gründe zu thematisieren, mit der herrschenden Form von Landwirtschaft nicht einverstanden zu sein, sich ihr in den Weg zu stellen und Alternativen aufzubauen. Denjenigen, die vom jetzigen in jeder Hinsicht ausbeuterischen System profitieren und es verteidigen, wollten wir signalisieren, dass sie dabei weder unbeobachtet noch ungestört bleiben.

Ist uns das gelungen?

Die Internationale Grüne Woche ist die weltgrößte Messe für Landwirtschaft, Ernährung und Gartenbau. Über 1.600 Aussteller*innen sind dort vertreten, mehr als 400.000 Besucher*innen waren auf der Messe. Dort den Geschäfts- und Propagandaablauf öffentlich sichtbar zu stören erscheint als ein schwieriges Unterfangen. Wie groß die Messe tatsächlich ist, ist uns auch erst bei den Vorbereitungen wirklich klar geworden. Aber genervt haben wir die Veranstalter sichtlich und man nahm uns ernst vor Ort. Die Securities wurden von Tag zu Tag und von Aktion zu Aktion grober. Die Messe lässt prüfen, ob sie gegen unser Logo und die Parodie-Flyer vorgehen kann und selbst die Polizei unterstellte uns Aktionen, von denen wir gar nichts wussten.

Wie so häufig ist es auch schwer einzuschätzen, ob und wie viele Menschen wir erreicht haben. Vor dem Start der Messe haben wir 5.000 parodierende Grüne-Woche-Flyer verteilt. Am Messegelände konnten wir nochmal 6.000 Menschen Flyer mit unseren Hintergründen in die Hand drücken, zusätzlich wurden fast 10.000 ergänzende Flyer verteilt. Eine Materialschlacht par excellence, aber bei über 400.000 Messebesucher*innen auch ein Tropfen auf dem heißen Stein. Ob die Satire der Parodie-Flyer deutlich wurde, können wir leider nicht einschätzen. Von einigen Menschen aus unserem Umfeld wurde das angezweifelt. Leider ist die „normale" Sprache, mit der die Tiernutzung legitimiert wird, schon dermaßen zynisch, dass es schwierig ist, das noch zu überzeichnen. Ob die Ironie der „Pro-Fleisch"-Demo für den durchschnittlichen Omnivoren deutlich wurde, können wir auch nicht mit Sicherheit sagen. Wir hatten allerdings vor Ort einige Gespräche mit Messebesucher*innen, die zumindest ins Grübeln kamen, ob wir das jetzt wirklich ernst meinen. Und wir hatten unseren Spaß, was zu einer guten Aktion genauso dazu gehört.

Wir hatten den Eindruck, dass das Flyern vor der Messe effektiv war. Viele Menschen lasen die Flyer und einige kamen interessiert zu unserer Mahnwache. Jedoch waren wir nicht vollständig auf die Mentalität des Messepublikums gefasst. Die Messe ist ein Ort, wo sich Jungbauern, Großbauern, Familien und eher konservativ eingestellte, nicht zum kritischen Hinterfragen neigende, Menschen tummeln. Dem entsprechend stießen wir auch auf heftige Gegenwehr. Das Messegelände ist als Ort des Protests wahrscheinlich nicht so dankbar – von den zeitweilig lebensbedrohlich niedrigen Temperaturen ganz zu schweigen.



Tiertransporters auf der Messe

ironische pro-Fleischdemo

Einige von uns haben das erste Mal an öffentlichen, illegalisierten Aktionen teilgenommen. Da war die Aufregung im Vorfeld etwas größer. Hinzu kam, dass es gerade bei der Aktion auf dem ErlebnisBauernhof noch bis kurz davor einige Unklarheiten gab. Wie kommen wir auf das Messegelände; welche Veranstaltung genau wollen wir stören; wie gehen wir vor, damit wir genügend Zeit haben, unsere Message rüber zu bringen? Im Grunde wussten wir erst am Abend vorher die Antworten auf diese Fragen. Am Ende hat jedoch fast alles gut geklappt und die Aktion konnte durchgeführt werden. Zusätzlich zu dem Transparent, das auf dem Transporter entrollt wurde, sollte eigentlich noch ein Transparent an mit Helium gefüllten Luftballons zur Decke hoch steigen. Leider ist die fragile Stangenkonstruktion unterwegs zerbrochen, so dass daraus nichts wurde. Und leider haben wir den perfekten Moment verpasst, sodass die Presse, die sich in der Halle befand, nicht wirklich auf uns aufmerksam wurde. Dafür wurden wir von den drum herum stehenden Bauern mit dem Slogan „Ihr könnt nach Hause gehen" nieder gebrüllt. Eine Reaktion auf die wir so auch nicht gefasst waren. Sie sagt aber doch viel über das Publikum auf dieser Messe aus.

Die Kletteraktion am Funkturm ist erstaunlich planmäßig und einfach über die Bühne gegangen, bis auf die Tatsache, dass einer der Aktivist*innen seine Jacke unten vergessen hatte. Aber auch hier stand eigentlich erst am Abend vorher fest, wer überhaupt klettern wird. Mit dem Wetter hatten wir riesiges Glück und so fand die Aktion bei strahlendem Sonnenschein und mäßig kalten Temperaturen statt. So war fast drei Stunden der Spruch „Bloß nicht genau hinsehen" über der Grünen Woche zu lesen. Leider wurde einer der Aktivist*innen nach der Aktion noch stundenlang von der Polizei festgehalten, um ihn trotz feststehender Personalien einer ED-Behandlung zu unterziehen. Dabei hat es sich nur um unnötige Polizeischikane gehandelt.

Und auch die letzte Kletteraktion vor dem Südeingang der Messe war erfolgreich – wenn auch von kurzer Dauer. Der Turm konnte ohne Probleme erklommen und die Transparente entrollt werden. Leider wurden wir ziemlich schnell von der Polizei gestürmt, da die Maße für das Gitter, das wir verwendeten, um die Polizei davon abzuhalten, hoch zu kommen nicht passte. Da die Aktion an dem Tag genau zur Öffnung der Messe stattfand, einer Zeit in der, der Besucher*innenstrom nicht abreißt, haben viele Menschen unsere Botschaften wahrgenommen.

Trotz einiger kleiner Enttäuschungen waren wir aber insgesamt zufrieden. Wir haben nun wertvolles Wissen über die Gegebenheiten auf der Grünen Woche die wir für das nächste Jahr nutzen können. Und es sind einige Hemmschwellen gefallen bei den Neulingen auf der Protestbühne. Leider werden wir in den kommenden Monaten mit einiger Antirepressionsarbeit konfrontiert werden.

Und das Presseecho?

Es war verhalten, aber doch sichtbar. Im Vorfeld führten wir mit zwei Zeitungen und dem freien Radiosender „Radio Blau" Interviews, die unsere Position gut wiedergaben. Leider wurde in einigen nachfolgenden Presseberichten der Inhalt unserer Kritik teilweise nicht oder falsch transportiert. Typischerweise wurde uns bspw. eine Tierschutzposition zugeschrieben, die wir zurückweisen. Wir sehen erstens das Thema Tierausbeutung nicht losgelöst von der kapitalistischen Wirtschaftsweise und den damit einhergehenden brutalen Ausbeutungsmechanismen von Mensch, Tier und Umwelt, die auf der Grünen Woche beschönigt werden. Und zweitens kritisieren wir Tierhaltung als inhärent, gewalttätig und unnötig. Wir stehen nicht für eine verbesserte Landwirtschaft mit Tieren, sondern für eine Landwirtschaft ohne Tierproduktion.

Die Störung der Eröffnung des ErlebnisBauernhofs schaffte es zwar in die Abendschau des RBB, allerdings wurde gesagt, wir seien Tierschützer, die gegen Massentierhaltung sind. Über die Kletteraktion am Funkturm wurde in einer dpa-Meldung leider berichtet, wir demonstrieren für mehr Tierschutz in der Landwirtschaft. Diese schaffte es zwar in viele Zeitungen, gab unsere Position jedoch verdreht wieder (z.B. in der taz, WELT, im Spiegel und Focus).

Einige Artikel gaben keine Falschmeldungen wieder, äußerten sich aber auch nicht inhaltlich zu uns (nd, taz). Und Topagrar berichtete sogar, dass „Tiertransport ist Mord" gebrüllt wurde.

In zwei Artikeln in der Berliner Morgenpost und im Freitag kamen jedoch unsere Positionen sehr klar und deutlich zum Ausdruck. In der Morgenpost hieß es: „Im Gegensatz zum mittlerweile etablierten Protestbünd-



u.a. mit Kreide wurde die umfangreiche Kritik an der Messe deutlich

Besetzung des Funkturms auf dem Messegelände

nis ‚Wir haben es satt!‘ gibt ‚Grüne Woche demaskieren‘ dieses Jahr sein Debüt auf der grünen Protest-Bühne. Den Aktivisten gehen die Forderungen der ‚Wir haben es satt!‘-Veranstalter nicht weit genug. Neben einer generellen Abkehr von der Tierhaltung, die das Tier zum Nutzobjekt degradiere, fordert die Gruppe ein Aufbrechen der herrschenden Marktstrukturen und nennt Alternativen.“

Und im Freitag war zu lesen: „Das Bündnis kritisiert dabei nicht nur die Lebens- und Sterbebedingungen von Tieren in der konventionellen industriellen Landwirtschaft, sondern wendet sich generell gegen jede Form von Nutztierhaltung. Tiere sind keine Ware, kein Produkt, sondern fühlende Lebewesen,‘ [...] die Bedingungen auf sogenannten Bio-Höfen seien nur marginal besser als in der Massentierhaltung. Das Bündnis lehne deshalb den Verzehr von Tieren und tierischen Produkten prinzipiell ab. Auch einer Bio-Kuh werde das Kalb weggenommen, um sie melken zu können; auch das sei Tierleid, das das Bündnis nicht akzeptiere. Tiere seien nicht dazu da, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen.“

Warum dann aber in dem Artikel zum Schluss noch mal betont werden muss, dass eine konsequente Kritik von Gewalt an Tieren als dogmatisch gilt (während es anscheinend die Forderung nach einer Beibehaltung nicht ist), erschließt sich uns nicht. Uns ist bewusst, dass wir die Welt nicht von heute auf morgen ändern und die Fleischindustrie mal eben so abschaffen können. Wenn jedoch bestimmte Probleme systemimmanent sind (Fleischproduktion bedeutet immer Instrumentalisierung, Kontrolle von Reproduktion, Gefangenhaltung und Tötung etc., auch bei „Bio-“ oder„artgerechter Haltung“), dann muss ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel her.

Vielleicht muss es erst mal darum gehen, den Begriff der Tierrechte in den Mainstreammedien zu etablieren. Dann ist schon viel erreicht.

Die dpa hat einen Rückblick der Grünen Woche geschrieben, der in ähnlicher Form in mehreren Zeitungen erschienen ist (z.B. WELT und Stern). Wir bekommen sogar etwas mehr Raum als die Wir-haben-es-satt-Demo und unsere Kritik wird richtig wiedergegeben:

„Parallel zur Messe hatten am vergangenen Samstag aber auch mehrere zehntausend Menschen in Berlin dafür demonstriert, dass Bauern und Ernährungsindustrie, Tiere und Klima besser schützen. In den Folgetagen kam es unabhängig davon auf dem Messegelände zu kleineren Protestaktionen der neuen Initiative ‚Grüne Woche demaskieren‘. Sie wirft der modernen Landwirtschaft vor, Menschen, Tiere und Umwelt auszubeuten. Bauernpräsident Rukwied lehnte einen Dialog mit diesem Teil der Kritiker, etwa über Tierhaltung, ab. Es gibt Gruppen, die das per se nicht wollen, und mit denen über eine weitere Verbesserung der Nutztierhaltung zu sprechen, macht einfach keinen Sinn‘, sagte Rukwied der Nachrichtenagentur dpa.“

Dass Herr Rukwied es für sinnlos hält, mit uns über Verbesserungen in der Tierhaltung zu reden, ist durchaus nachvollziehbar. Schade nur, dass wir nicht gefragt wurden, ob wir denn mit ihm darüber reden möchten. Wir stellen uns da zum Beispiel folgenden zusätzlichen Absatz vor:

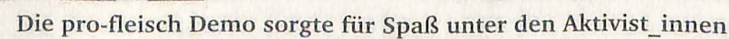
„Das Bündnis ‚Grüne Woche demaskieren!‘ lehnte einen Dialog mit diesem Teil der Agrarwirtschaft, etwa über Tierhaltung, ab. Es gibt Gruppen, die eine Abschaffung der Nutztierhaltung per se nicht wollen, und mit denen darüber zu sprechen, macht einfach keinen Sinn‘, sagte Erna Aktiv der Nachrichtenagentur dpa. Mit Organisationen wie dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), der auch zu der Großdemonstration aufgerufen hatte, wolle sie aber gerne mal sprechen, versicherte die Aktivistin.“

Fazit

Insgesamt sind wir sehr zufrieden mit unserem Einstand auf der Protestbühne. Mit vielen, bunten Aktionen konnten wir viele Menschen zum Mitmachen mobilisieren. Für nächstes Jahr wünschen wir uns noch mehr Aktionen, (auch überregional) Mitmachende und vor allem eine thematische Ausweitung der Proteste. Denn nicht nur die Tierausbeutung gilt es in der kapitalistischen Landwirtschaft zu kritisieren. Es gibt genug Anknüpfungspunkte für zahlreiche Proteste an der Grünen Woche und wir hoffen, dass sich Gentechnikgegner*innen, Umweltgruppen, solidarische Landwirt*innen, biovegane Anbauer*innen und Menschen mit noch ganz anderen Blickwinkeln uns anschließen und ihr Nichteinverständnis sichtbar machen. Der Anfang ist gemacht. Nächstes Jahr geht es weiter.

Mehr Infos zu den Hintergründen, Aktionen und viele Videos findet ihr unter: **gruenewoche.blogsport.de**




Die pro-fleisch Demo sorgte für Spaß unter den Aktivist_innen



Fleisch ist immer Mord! Grüne Woche Demaskieren!

"Tar Sands": Nachhaltige Zerstörung von Urwäldern indigener Menschen und größter

fb Die ersten drei Teile dieses Artikels gaben einen Überblick über die Tar Sands-Vorkommen und die Ölindustrie in Alberta. Weiterer Fokus waren die ökologischen Auswirkungen der Tar Sands-Industrie und die Technologie der Rohölerzeugung aus den Tar Sands von der Konditionierung bis zum Upgrading. Der letzte Artikel endete mit einer Betrachtung der Klimaauswirkungen dieser Industrie. Nun setzen wir uns mit den Abbauverfahren auseinander.

Abbau der Tar Sands

Ursprünglich war die Bergbau-Technologie zur Gewinnung der Tar Sands von Schaufelradbaggern und kilometerlangen Förderbändern geprägt, inzwischen wurden diese aber von Monsterbaggern und riesigen Trucks verdrängt. Um ein Barrel Öl aus den Tar Sands zu gewinnen, müssen 2 Tonnen Teersande abgebaggert werden - gewaltige Mengen Erz werden daher 24 Stunden am Tag, jeden Tag, das ganze Jahr über, bewegt. Dies führte zur Verwendung sehr großer Apparaturen, zuerst durch Suncor 1967, dann stieg 1978 auch Syncrude mit ein. Beide Unternehmen verwenden Maschinen, die robust genug sind, um die Teersande abbagern und kontinuierlich in Betrieb bleiben zu können und dabei dem abrasiven Gestein und extremen Klima zu trotzen.

Neben der Erzgewinnung im Tagebau, die seit den 1920ern eine zentrale Rolle für die Tar Sands-Industrie spielt, gibt es auch noch die In Situ-Verfahren, mit denen tiefer gelegene, schwerer zu erreichende Teersandvorkommen ausgebeutet.

Foto: Falk Beyer

Dieses Luftbild zeigt von Suncor genutzte Areale und versucht verschiedene Landmarken und Stopps des Ölindustrie-Touristenbusses zuzuordnen.

Hierbei wird der Rohstoff gewissermaßen aus dem Boden gepumpt - ganz so einfach ist es in der Praxis natürlich nicht.

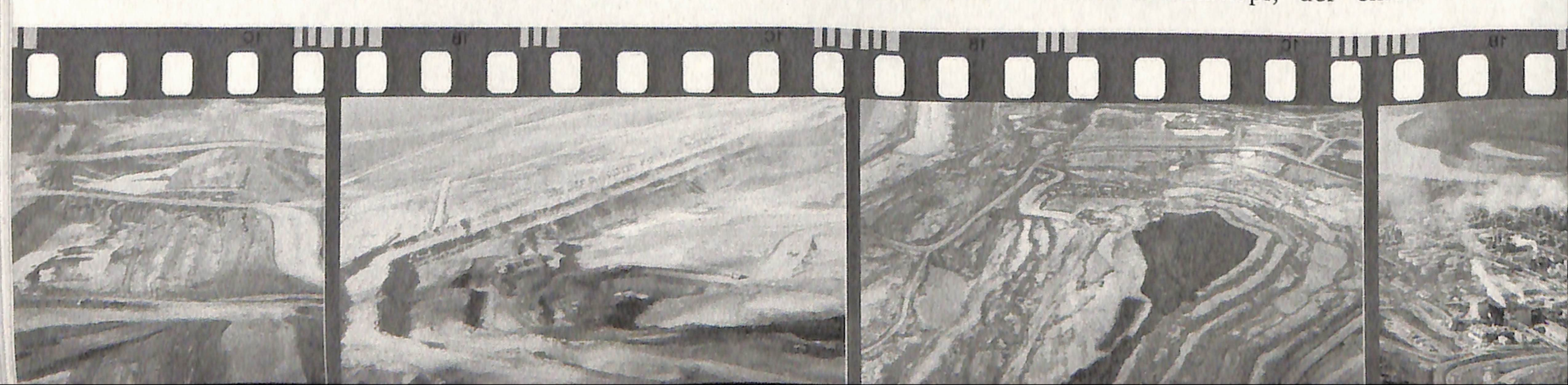
Um Bitumen produzieren zu können, bedarf es eines detallierten Wissens über Tiefe, Qualität und jegliche geologische Variationen innerhalb der Tar Sands-Lagerstätten. Das ist entscheidend für die Planung der Tagebaue oder auch In Situ-Anlagen. Hochspezialisiertes Wissen, Fertigkeiten und Techniken sind erforderlich, um zu verstehen, was in hunderten Metern Tiefe verborgen ist. Die zwei wichtigsten Methoden zur Sammlung von Informationen zur weiteren Analyse sind seismische Untersuchungen und Kernbohrungen.

Seismische Verfahren

Geophysiker*innen verwenden seismische und andere hochentwickelte Techniken, um Informationen über die geologischen Schichten zu erhalten. In seismischen Untersuchungen werden Vibrationen oder Energiewellen im Boden erzeugt, oftmals durch kleinere Explosionen. Diese Wellen werden in verschiedenen Mustern abhängig von Zusammensetzung, Lage und Form der Untergrundformation reflektiert. Diese seismischen Daten zu interpretieren ist schwierig, aber das ist die in der Ölindustrie übliche Methode, um Informationen über tief gelegene Formationen zu sammeln.

Kernbohrungen

Kernentnahmen sind ein weiteres Mittel, um etwas über tief gelegene geologische Schichten zu erfahren. In modernen Kernnahmen wird ein Hohlraum-Bohrkopf, der einen Ge-



- Fortsetzung (Teil 4) -

und Feuchtgebieten, Enteignung Einzelverursacher des Treibhauseffekts

steinskern in seinem Zentrum belässt, an einem Kernrohr befestigt. Der Kern wird entnommen und analysiert, um Informationen über die Zusammensetzung, Form und Ausrichtung der Schichten, die er durchschnitten hat, zu gewinnen. Weitere Daten können an jeder Bohrung durch die Verwendung spezialisierter Ausrüstung wie Dipmeter Advisors gesammelt werden, die Details zu den Senken und Verwerfungen der Untergrundformation bereitstellt. Gammastrahlung und Elektrische Fokussierung (FE) können zusätzliche spezialisierte Informationen über die Struktur der Lagerstätte zugänglich machen.

Themenrubrik Energie
Kontakt: energie@gruenes-blatt.de
Einsendeschluss: 11.05.2014

Thematisch passende Beiträge für diese Rubrik im nächsten grünen blatt bitte vor Einsendeschluss an uns mailen.

Wir freuen uns über Menschen, die sich an der Energierubrik beteiligen wollen!

Doch auch die Verwendung solcher Technologien hilft nicht gegen die plötzlichen Veränderungen, denen Schichtungen manchmal ohne erkennbaren Grund unterliegen. Daher sind Geolog*innen vorsichtig mit Verallgemeinerungen aus nur wenigen Bohrkerne; eine große Menge an Bohrungen ist erforderlich.

Bergbau-Geschichte

Bis in die 1930er war die Idee nach Öl unterhalb der Tar Sands-Lager zu bohren zurückgestellt worden, aber es war auch nicht immer klar, welche Bergbautechnologie die beste wäre. Manche Bergbauingenieure empfahlen die Nutzung von Eimerseilbaggern, während andere dachten, dass Löffelbagger das geeignete Mittel wären. Aber egal welche Ausrüstung gewählt wurde, meist war sie nicht stark genug, um die abrasiven Tar Sands abzubaggern. Insbesondere im Winter, wenn die Teersande steinhart gefroren sind, standen die Bergbaubetriebe vor Problemen. Daher entschieden in den 1930ern Unternehmen wie die International Bitumen Company nur noch im Sommer in Betrieb zu gehen.

Schaufelradbagger & Förderbänder

Schaufelradbagger, wie die von Suncor ursprünglich verwendeten, waren zuvor für viele Jahre im Kohletagebau im Einsatz gewesen. Spezielle Versionen dieser gewaltigen Maschinen wurden für die Tar Sands gebaut. Sie hatten enorme Abbaukapazitäten und waren durch Förderbänder verbunden. Syncrude verwendete ebenfalls Schaufelradbagger, aber nicht zum Graben. Eimerseilbagger schaufelten das Erz aus dem Boden und luden es auf einen Haufen. Ein Schaufellader brachte es dann zu einem Förderband, womit das Gestein zur Anlage transportiert wurde.

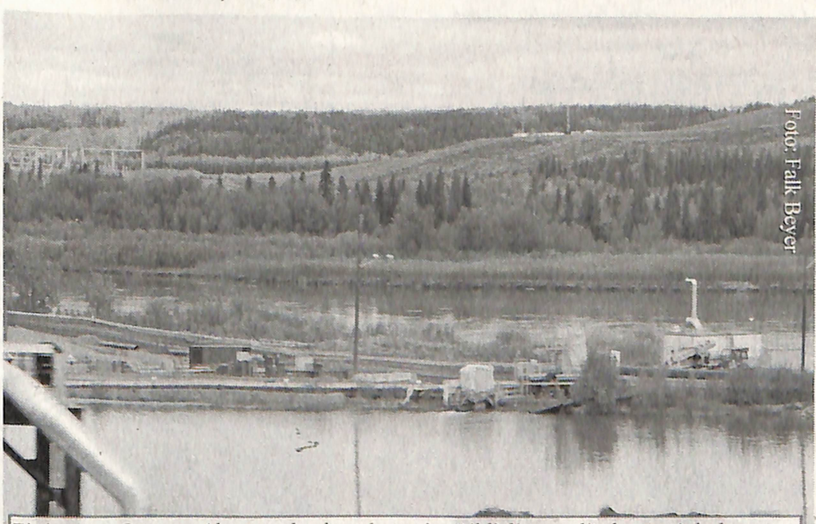
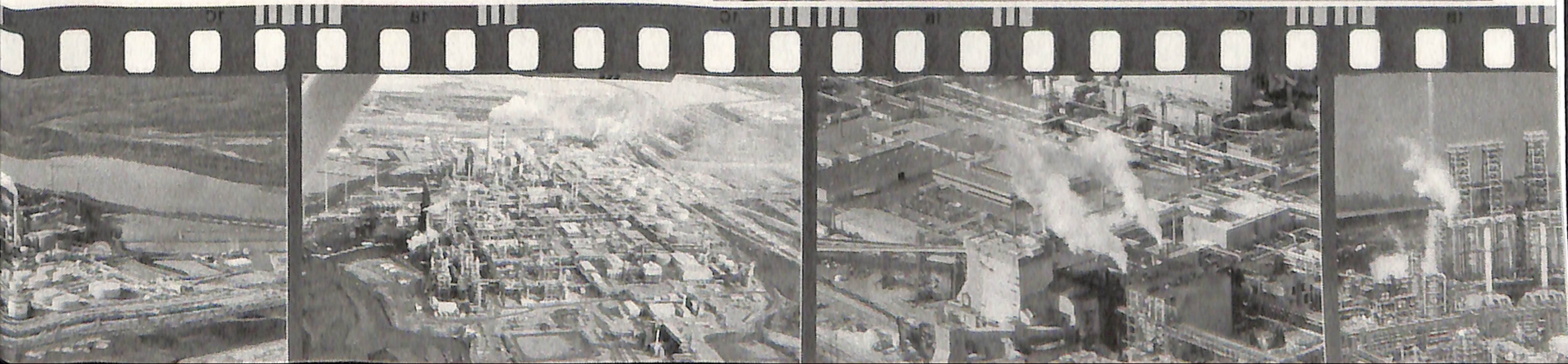


Foto: Falk Beyer

Einige von Suncors Abwasserbecken (vorn im Bild) liegen direkt am Athabasca River (dahinter) - starker Regen oder Hochwasser können leicht zum Überfluten führen.

Förderbänder sind eine anfällige Technologie: Wenn das System nur für einige Tage nicht funktionierte, musste die gesamte Anlage außer Betrieb genommen werden. Die Förderbänder wurden kontinuierlich erweitert und verlagert, um mit dem Fortschreiten des Tagebaus mitzuhalten. Ein Siebrost war am Einlauf über dem Förderband befestigt, um größere Steine auszusortieren.

Schaufelradbagger, wie sie von Suncor zwischen 1967 und 1993 benutzt



Laute Ankündigung von neuem Reaktor, Laufzeitverlängerung des alten & Sicherheitsfragen

NukeNews Das Jahr 2013 endete mit einer deutlichen Ansage des Eigentümers des AKW Krško GEN Energija, dass innerhalb von 15 Jahren in Krško ein zweiter Reaktorblock errichtet würde. Diese Ankündigung hat aber keine rechtliche Grundlage, denn offiziell wurde in Slowenien (noch) keine Entscheidung über den Bau eines zusätzlichen Blocks in Krško getroffen. Vielmehr braucht Slowenien ganz eindeutig keinen weiteren AKW-Block, denn die Energie-Szenarios, die 2011 für ein neues Energieprogramm vorbereitet wurden, zeigen, dass Slowenien auch ohne zusätzliche Atomanlagen Strom exportieren kann. Darüberhinaus ist der geplante Standort in Krško aus seismischer Sicht riskant. Im Jahre 2013 erhielt Slowenien einen Bericht von der französischen Atomsicherheitsagentur ISRN zum Thema Erdbebengefährung des Standortes Krško, worin vor signifikanten seismischen Risiken gewarnt wird. Um diesen Bericht mit IRSN-Expert*innen zu diskutieren und die Notwendigkeit einer öffentlichen Beteiligung an Atomdebatten zu unterstreichen, organisierte Focus eine internationale Koneferenz.

Greenpeace Slowenien und Focus schickten außerdem im Zusammenhang mit beschädigten Brennstäben im bestehenden Reaktor in Krško mehrere Offene Briefe an die slowenische Atomaufsichtsbehörde und weckte die Aufmerksamkeit slowenischer und kroatischer Medien für diese Problematik. Während der Betreiber versucht die Problemen des Reaktors zu lösen, versucht er gleichzeitig eine Laufzeitverlängerung von 50% zu erwirken (bis 2043, anstatt 2023). Bisher wurde in Slowenien keine öffentliche Debatte zu dieser Angelegenheit eröffnet.

http://focus.si/index.php?node=25&id=1373

wurden, waren lange Zeit ein Symbol der Tar Sands-Industrie. Sie können nur im vorderen Bereich baggern, daher arbeiten sie immer an der Front des Tagebaus. Sobald ein Abschnitt ausgebaggert war, wurde das Schaufelrad weiter bewegt. Jeder Schaufelradbagger operierte auf einer Strosse von 1.220 bis 1.525 Metern Länge und etwa 45 Metern Breite. Es dauerte etwa zwei Wochen, um sich die Strosse entlang zu arbeiten. Schaufelradbagger arbeiten kontinuierlich. Während das Rad rotiert, beißen sich die Zähne der Schaufeln in das Gestein und befördern das Erz nach hinten auf ein Förderband. Diese Maschinen baggern alles ab, was vor ihnen liegt, einschließlich Teersanden von geringer Qualität oder trockenen Sand, was dann alles zur Extraktionsanlage transportiert wurde und somit höhere Kosten verursachte.

Suncor hat seine Schaufelradbagger 1993 abgeschafft und auch Syncrude begann seine Eimerseilbagger zugunsten eines flexibleren und kosteneffektiveren Systems auszumustern: Laster und Schaufelbagger. Förderbänder sind in den Tagebauen immer noch zu sehen, aber auch sie werden Stück für Stück durch die Hydrotransport-Systeme ersetzt.

Vortragsangebot Tar Sands

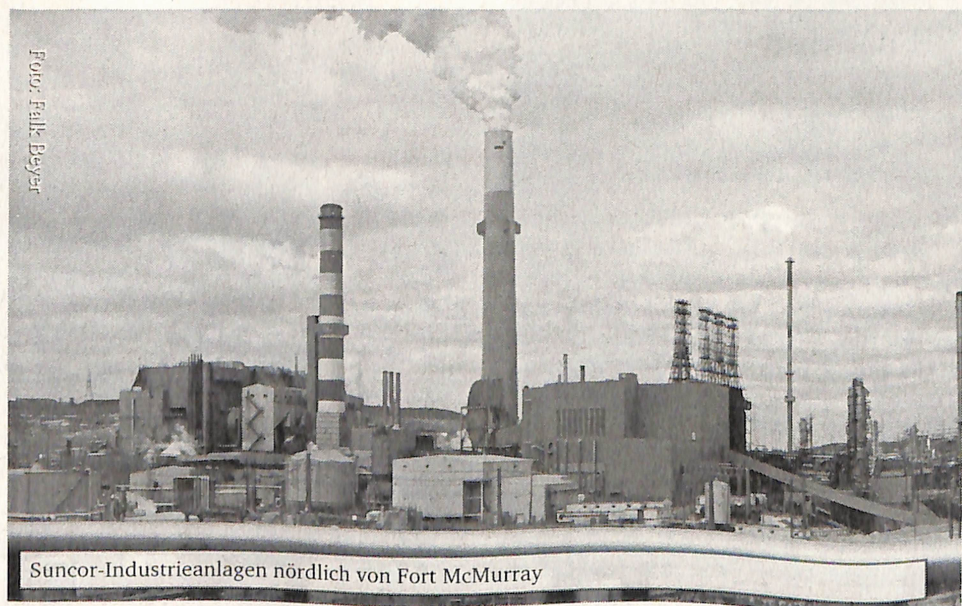
*Die Autor*in bietet Vorträge zum Thema an - basierend auf mehr als hundert Bildern, die im Zuge offener und verdeckter Recherchen in Alberta gewonnen wurde. Dutzende Interviews mit Indigenen, Wirtschaftsvertreter*innen und Menschen aus Umwelt-NGOs sind in diese Präsentation eingeflossen.*

Terminabsprachen sollten frühzeitig vorgenommen werden. Der Vortrag ist sowohl in deutscher als auch englischer Sprache möglich. Technische Voraussetzung ist insbesondere ein Beamer.

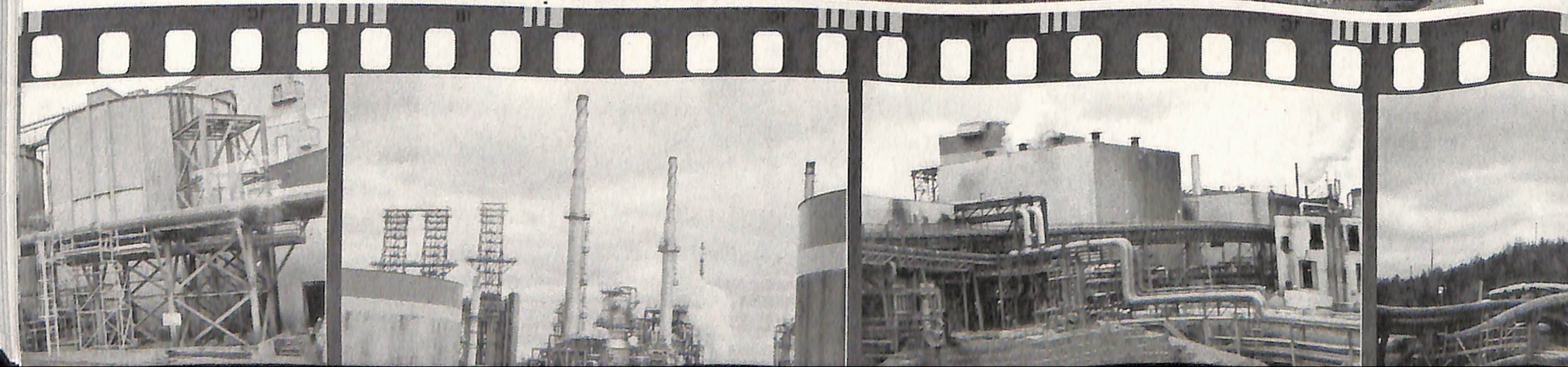
Kontakt: falk@greenkids.de

Fortsetzung folgt! Weiter geht es mit diesem Hintergrundbericht in der nächsten Ausgabe - oder, wer nicht so lange warten will, kann auf der Internetseite des grünen blatts bereits weiter lesen.

*Dieser Artikel basiert auf Vorort-Recherchen in Alberta, Interviews mit Vertreter*innen von kanadischen Umwelt-NGOs, First Nations, aus Ölindustrie und Politik sowie auf Internet-Recherchen.*


Foto: Falk Beyer

Suncor-Industrieanlagen nördlich von Fort McMurray

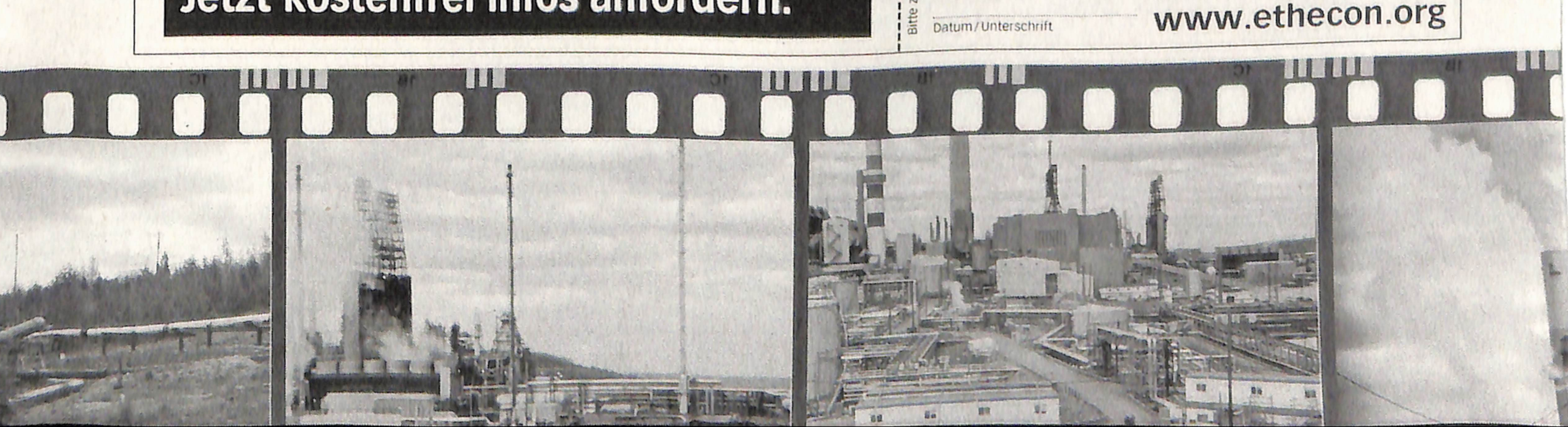


Schwierigkeiten bei Vorbereitungen zum Bau des zweiten Atomreaktors in Slowenien

NukeNews Obwohl die Mehrheit der slowenischen Bevölkerung seit vielen Jahren den Bau eines zweiten Atomreaktors in Krško ablehnt, gründete eine frühere Regierung ein halbprivates Stromversorgungsunternehmen in öffentlichem Besitz, GEN, das ein solches Projekt fördern und organisieren und die Lebenszeit des ersten Reaktors um 20 Jahre verlängern soll. Ohne Parlamentsbeschluss begann das GEN mit Forschungen und verwaltungstechnischen Vorbereitungsmaßnahmen und erteilte dem französischen Institut IRSN die Genehmigung, seismische Studien des Reaktorgeländes durchzuführen.

Das Urteil des IRSN ist jedoch nicht positiv, wie das GEN gehofft hatte. Das Institut stellt fest, seine "ernst zu nehmenden neuen Befunde erlaub[t]en es nicht, in Bezug auf die Eignung des Krško-II-Geländes für den Bau eines neuen Atomkraftwerkes positiv zu entscheiden. Das IRSN weist darauf hin, dass der Bau eines Reaktors in einer geologischen Verwerfungszone bedenklich ist. Entsprechend den Empfehlungen der IAEA (International Atomic Energy Agency) und der NRC (Nuclear Regulatory Commission) ist das IRSN der Meinung, dass das GEN in Betracht ziehen sollte, seine Strategien für das Krško-II-Projekt zu überdenken und die Möglichkeit der Suche nach einem anderen Standort genauer zu untersuchen."

Es ist unwahrscheinlich, dass es anderswo in Slowenien möglich wäre, trotz der Ergebnisse früherer öffentlicher Umfragen einen neuen Atomreaktor zu bauen. Jetzt hat das GEN das IRSN von der weiteren Teilnahme an der Untersuchung ausgeschlossen und sucht nach einem anderen Institut, das bereit ist zu bestätigen, der zurzeit geplante Standort sei nicht ungeeignet.



Fennovoima schrumpft

NukeNews Das AKW-Projekt Fennovoima sieht sich mit großen Problemen konfrontiert, da sich weitere 15 Anteilseigner zurückgezogen haben - einige vollständig, andere teilweise. Die große Überraschung für alle bestand jedoch darin, dass darunter einige große Industriekonzerne waren. Derzeit befinden sich nur 50,28% der Anteile in finnischer Hand - der Rest steht zum Verkauf.

Nach dem Rückzug von E.On hat Fennovoima den Reaktorhersteller gewechselt: Rosatom bietet nun einen 1.200-MW-Reaktor an, der im Vergleich zur ursprünglichen Planung (1.600 MW) um 25% kleiner dimensioniert ist. Rosatom plant den Kauf der ursprünglich von E.On gehaltenen Beteiligung, d.h. 34%. Nach dem Ausstieg von E.On im Jahr 2012 stehen nun weitere Anteile in Höhe von 16% zum Verkauf, jedoch haben sich bisher keine Käufer gefunden.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Fennovoima_shrinking

AKW Visaginas: Schicksal "unentschieden"

NukeNews Entgegen dem Ergebnis des Referendum vom Oktober 2012, als die Bevölkerung gegen ein neues Atomkraftwerk in Litauen gestimmt hatte, versuchen die Politiker*innen weiterhin das Projekt voranzutreiben. Die Regierung Litauens wird bald, wie in den Medien angekündigt, eine Entscheidung hinsichtlich des Schicksals des AKW Visaginas treffen. Pläne zur Diskussion der gemeinsamen Position der drei Baltischen Staaten in Hinblick auf das Projekt wurden ebenfalls verkündet. Bislang waren sowohl lettische als auch estnische Politiker*innen zurückhaltend hinsichtlich dieses Vorhabens.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Visaginas_NPP_fate_%22undecided%22,_as_politicians_ignore_the_decision_of_the_referendum

Atomnachrichten aus Finnland

NukeNews Am 13. Februar hat das finnische Wirtschaftsministerium verkündete, der Umweltbericht von Fennovoima sei fertiggestellt und für die Publikation zur öffentliche Erörterung und Kommentierung bereit. Der 264 Seiten umfassende Bericht wurde von dem Unternehmen Pöyry vorbereitet, das im Vorfeld für den Bruch europäischer Regeln zur sozialen Verantwortung von Unternehmen kritisiert wurde.

Das Wirtschaftsministerium ist die für den Prozess der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) verantwortliche Institution. Das internationale Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung nach der Espoo-Konvention wird dagegen durch das Umweltministerium vorgenommen. Die finnischen Organisationen, die Fennovoimas AKW ablehnen, hoffen, dass das internationale UVP-Verfahren kritische Einwände beisteuern wird.

Bisher scheint es mehrere Ergänzungen seitens schwedischer Organisationen zum UVP-Programm zu geben. Die wichtigste davon ist wohl die Betrachtung eines INES-7-Szenarios (Super-GAU) in der Umweltverträglichkeitsstudie. Ein weiterer wichtiger Aspekt sind die Auswirkungen von Packeis, der angeblich behandelt wird, sich tatsächlich aber auf die reine Beschreibung von Packeis beschränkt und keinerlei Analyse enthält, wie beispielsweise der Reaktor reagiert, wenn die Kühlung durch solches unterbunden wird.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Pack_ice_and_bad_engineering

Atom-Propaganda-Bus in Polen

NukeNews Ende November 2013 fuhren Atomkraft-Befürworter*innen (eine pro-Atom-Student*innen-Stiftung unter der Federführung des polnischen Wirtschaftsministeriums, gesponsort von den größten Playern im polnischen wie im globalen Atomgeschäft einschließlich Areva, EDF, Hitachi, PGE) zum wiederholten Mal einen sogenannten "Atom-Bus" entlang der Küste der nordpolnischen Regionen, um eine "Informations"-Tour zu unternehmen. Diese stoppte in mehreren Städten und Dörfern einschließlich der Standortkandidaten für das erste polnische AKW und veranstaltete Treffen an Schulen, um die Beteiligungszahlen an ihren Veranstaltungen deutlich zu erhöhen. Neben dem Darbieten der üblichen pro-Atom-Mythen und Argumente in ihren Ansprachen wurden auch einfache physikalische Experimente gezeigt, die meistens völlig ohne direkten Zusammenhang zum AKW waren und manche von ihnen sogar ohne jeden Bezug zu Phänomenen der Kernspaltung (vielleicht glücklicherweise...).

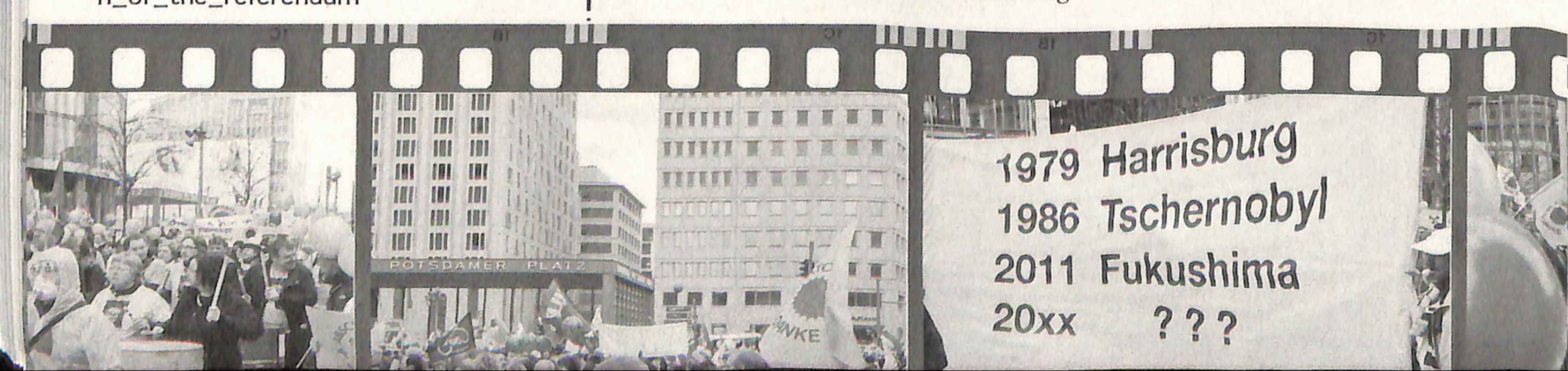
Letztes Jahr war Atomkraft-Gegner*innen des lokalen Komitees "Nie dla atomu w Lubiatowie" ("Nein zu Atomkraft in Lubiatowo") mehrfach der Zutritt zu solchen Veranstaltungen verwehrt worden, während sich die pro-Atom-Leute verbal an ihnen vergriffen:

http://www.niedlaatomuwlubiatowie.pl/atomowy-autobus-1.html

http://www.niedlaatomuwlubiatowie.pl/atomowy-autobus-2013.html

Offizielle Website der atomkraftbefürwortenden Organisatoren:

http://www.atomowyautobus.pl



UK: NDA-Konsultation zu Atommüllkippe ohne die potenziell betroffene Gemeinden

NukeNews Stop Hinkley hat am 22. Januar die Konsultationen der Nuclear Decommissioning Authority (NDA - Behörde für die Stilllegung kerntechnischer Anlagen) zu Lagerungs- und Entsorgungsplänen für mittelradioaktive Abfälle und Kernbrennstoff-Rückstände torpediert. Bisher hat sich die NDA entschieden, nur mit einer sehr begrenzten Interessengruppe, basierend auf AKW-Standorten, in Gespräche zu treten. Die Öffentlichkeit wurde in dem Stadium, als alle Optionen auf dem Tisch lagen und sie die Entscheidung über den Atommüll hätte beeinflussen können, nicht einbezogen.

Stop Hinkley möchte die Öffentlichkeit ermuntern die Vorschläge der NDA zurückzuweisen, da sie nicht in der Lage war eine vollständigen Beteiligung der Öffentlichkeit zum geeigneten Zeitpunkt zu gewährleisten. "Die NDA muss nochmal zurück ans Reißbrett, um zu verstehen, wie sie die Öffentlichkeit in Konsultationen zu gefährlichen in Großbritannien produzierten radiologischen und chemischen Abfällen einbezieht."



Widerstand gegen die polnischen AKW-Bau-Pläne

NukeNews Eine Bürger*innengruppe aus der Landgemeinde Mielno, zu der auch das Dorf Gaski gehört, das als offizieller Kandidat für den Standort des ersten polnischen AKW gehandelt wird, hat gegen die durch den obersten Verwaltungschef der Woiwodschaft Westpommern ausgestellte Standortgenehmigung des AKW Klage eingereicht. Die Genehmigung war von der Verwaltungsleitung aufrecht erhalten worden, aber die Bürger*innen wollen Beschwerde beim Verfassungsgericht Polens einlegen.

Außerdem präsentierte eine Delegation von Bürger*innen aus Mielno in einer Sitzung des Landgemeinderats ein Dokument, das die potenziellen negativen Auswirkungen eines möglichen Baus und Betriebs eines AKW auf ihre Region darstellte. In lokalen Meinungsumfragen der letzten Monate hatte sich außerdem herausgestellt, dass die Bevölkerung Mielnos für erneuerbare Energien (anstelle von Atomkraft) ist.

Mehr Abos für das grüne blatt:

✓ Damit wir das grüne blatt besser kalkulieren können und um zumindest einen Teil der Herstellungskosten zu finanzieren, suchen wir weitere AbonnentInnen. Überleg doch, ob du das grüne blatt abonnieren möchtest und frag auch andere Leute danach. Den Abo-Schnippel findest du ganz hinten im Heft.

EU-Kommission untersucht Atom-Subventionierung

NukeNews Die Europäische Kommission hat mit einer eingehenden Untersuchung begonnen, durch die festgestellt werden soll, ob Großbritanniens Pläne zum Bau und Betrieb eines neuen AKW in Hinkley Point den EU-Vorschriften zu staatlichen Beihilfen entsprechen. Insbesondere bezweifelt die Kommission, dass das Projekt unter einem echten Marktversagen leidet. Die Eröffnung einer gründlichen Untersuchung gibt interessierten Dritten die Möglichkeit, die Maßnahme zu kommentieren.

Beton - es kommt drauf an, was man draus macht!

NukeNews Das Verfahren gegen die vier Aktivist*innen, die den letzten Castor-Transport nach Gorleben im November 2011 blockierten und den Zug für 15 Stunden aufhielten, wurde eingestellt. Das Gericht bot an, dass jede*r Aktivist*in anstelle der Zahlung der geforderten Geldstrafe von je 1.100 Euro 250 Euro an den Verein "Kinder von Tschernobyl" spenden solle. Zu einer Gerichtsverhandlung kam es daraufhin nicht mehr. Die vier Aktivist*innen hatten sich mit den Armen an einer unter den Gleisen verborgenen Betonkonstruktion angekettet.

http://blockcastor.wordpress.com





AKW Belojarsk: Rosatom wusste von Kontamination

NukeNews Im Zusammenhang mit der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die Errichtung eines fünften Reaktors im nahe Jekaterinburg gelegenen AKW Belojarsk, einem Schnellen Brüter BN-1200, fanden sich in den Akten Belege dafür, dass Rosatom Kenntnis von hochgradiger radioaktiver Kontamination des Gebiets hat: Jährlich werden 90.000-100.000 Tonnen an radioaktivem Material, unter anderem mit Gehalten an Cäsium-137, in Gewässer geleitet, werden dort Teil des biologischen Kreislaufs und gelangen in den Fluss, die Fische, den Boden und das Grundwasser. Der Bericht gibt an, dass die Konzentration an Cäsium-137 im Wasser von bestimmten Brunnen mehr als zehnmal so hoch wie der in den russischen Strahlenschutzstandards (NRB-99) festgelegte sogenannte "Interventionswert" ist. Die Radioaktivität von Cäsium-137, Strontium-90 und Kobalt-60 in anderen Brunnen liegt nahe dem jeweiligen Interventionswert.

http://www.bellona.ru/articles_ru/articles_2013/plutonium-v-bolote

Rosatom praktiziert Greenwashing - RNEI und WWF Russland machen mit

NukeNews Die Atommafia in Russland wird von Umweltschutzorganisationen unterstützt: vom "Russisch-Deutschen Büro für Umweltinformation" (RNEI), einem Arm der Organisation "Deutsch-Russischer Austausch", und vom WWF Russland. Beide stellten für einen Wettbewerb um den besten umweltpolitischen Artikel oder Bericht unter Radio-, Fernseh- oder Zeitungsreporter*innen einige Preise zur Verfügung. Ausgeschrieben wurde der Wettbewerb von Rosatom, der russischen Bundesagentur für Atomenergie.

http://www.kerstinrudek.de/rosatom-praktiziert-greenwashing

Kleiner Rückblick zur finnischen A

Renaissance der Atome Proteste in F

fb Über viele Jahre wurde Finnland international als das führende Land der sogenannten "Renaissance der Atomenergie" (eine weltweit wachsende Zahl neuer Reaktorvorhaben war von der Atomlobby genutzt worden, um so zu tun als hätte diese Industrie eine blühende Zukunft) betrachtet. Das allererste EU-Reaktordesign, der Europäische Druckwasserreaktor EPR, entwickelt von der französischen Framatome (heute: Areva) und dem deutschen Siemens-Konzern, sollte als Prototyp in Olkiluoto in Finnland errichtet werden. Gleichzeitig sollte ein Endlager für hochradioaktive Abfälle, genannt Onkalo, in Angriff genommen werden (noch nicht in Betrieb). Atomkraftbefürwortende Medien und Atomlobby behaupteten die finnische Bevölkerung unterstütze diese Pläne, und für einige Jahre war es unmöglich dieses Medienbild zu korrigieren.

Vor einigen Jahrzehnten, als die ersten AKW-Standorte für vier Reaktoren in Loviisa und Olkiluoto etabliert wurden, protestierte eine starke Anti-Atom-Bewegung gegen diese Politik, die bereits einen weiteren fünften Reaktor plante. Nach der Katastrophe in Tschernobyl 1986 schien es, dass dieser neue Reaktor nicht mehr gebaut würde, und die meisten der aktiven Leute wandten sich anderen Angelegenheiten zu. Nur eine kleine Zahl von Aktivist*innen setzte ihre Kampagnen und Bildungsarbeit gegen Atomkraft fort.

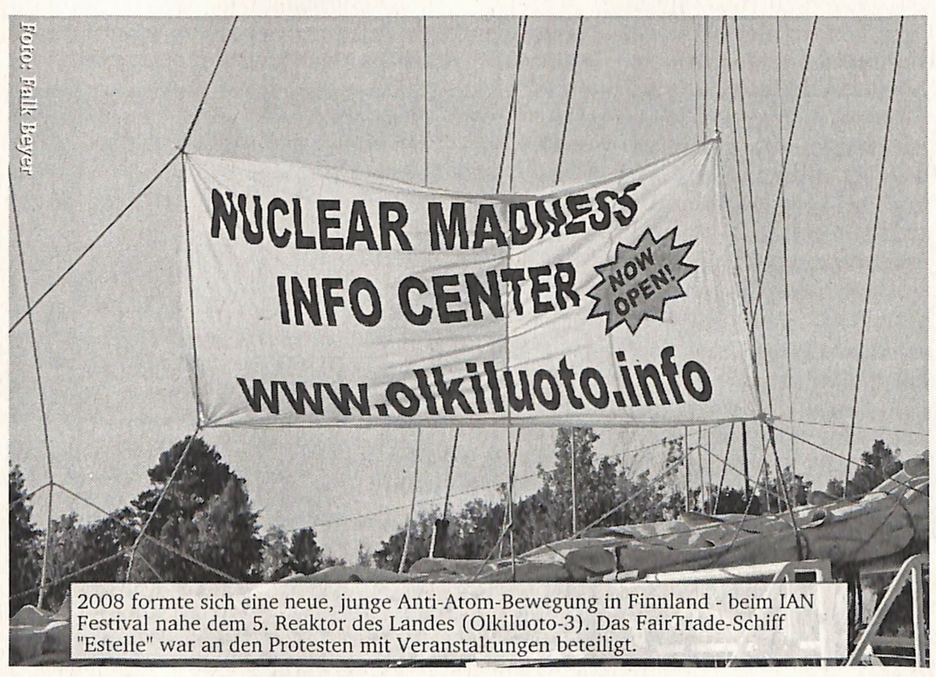
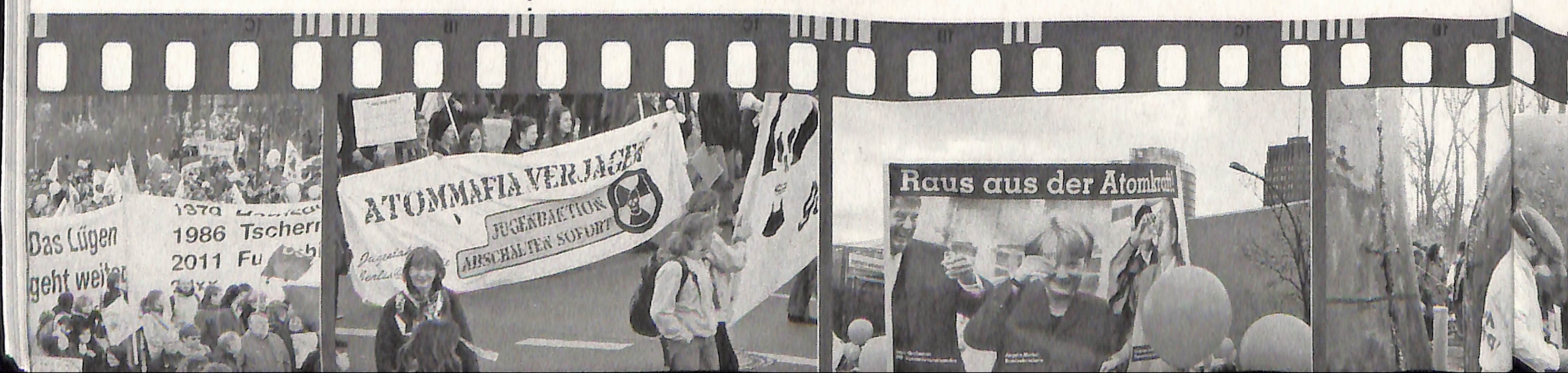


Foto: Falk Beyer

2008 formte sich eine neue, junge Anti-Atom-Bewegung in Finnland - beim IAN Festival nahe dem 5. Reaktor des Landes (Olkiluoto-3). Das FairTrade-Schiff "Estelle" war an den Protesten mit Veranstaltungen beteiligt.

Eine neue Anti-Atom-Bewegung entstand seit 2008, als das International Anti-Nuclear (IAN) Festival eine neue Generation von Aktivist*innen zusammen brachte. Seitdem wurden mehrere internationale Kampagnen, Projekte und Veranstaltungen gestartet, die überwiegend auf Olkiluoto-3



nti-Atom-Bewegung: nergie? - Anti-Atom- innland

(der schon genannte fünfte Reaktor Finnlands), Uranabbau-Vorhaben in Tervola und Ranua sowie das geplante EON-Fennovoima-AKW in Nordfinnland fokussierten.

Anfang November 2012 ereignete sich eine schwere Umweltkatastrophe in dem Nickel- und Uran-Tagebau Talvivaara. Tausende Kubikmeter toxischer und radioaktiver Abwässer wurden aufgrund einer Leckage freigesetzt. Schnell erhoben sich tausende Menschen und protestierten gegen den Uranabbau in Talvivaara und forderten die Schließung der Anlage. Eine große Zahl neuer Aktiver trat aufgrund der Talvivaara-Katastrophe der Bewegung gegen Bergbau und auch der Anti-Atom-Bewegung Finnlands bei. Innerhalb der finnischen Umweltbewegungen betrachten Viele Uran als Bergbauproblem und ein von der Atomkraft völlig abgekoppeltes Thema, wodurch es oft auch an der Vernetzung von Initiativen gegen Bergbauvorhaben, die in Finnland meist auch Uran umfassen, und Kampagnen gegen Atomkraftwerke oder Atommülllager mangelt. Im Falle der Talvivaara-Katastrophe gelang es Initiator*innen dieses Thema zu koppeln und die radioaktive Komponente der Freisetzung des giftigen Bergbau-Cocktails immer wieder anzubringen. Viele neue Initiativen wurden gestartet und es entstand eine enthusiastische Atmosphäre innerhalb der finnischen Anti-Atom-Kämpfe.

Die finnische Anti-Atom-Bewegung besteht aus vielen kleinen Aktivist*innen-Gruppen, teilweise in Austausch mit Umweltorganisationen, aber überwiegend graswurzelartig. 2010 war die öffentlich angekündigte "Olkiluoto-Blockade" das erste landesweite Zusammentreffen finnischer Anti-Atom-Aktivist*innen mit einem größeren Rahmen zur Diskussion von Strategien und um viele Aktivist*innen einmal persönlich zu treffen. Davon abgesehen finden Strategiediskussionen eher lokal statt, und in manchen Regionen wie Finnisch-Lappland (die nördliche Verwaltungsregion Finnlands) oder im dichtbesiedelten Süden stehen Gruppen in einem engeren Austausch miteinander. Spezielle Bewegungen entstanden gegen die Vielzahl neuer Uranabbau-Vorhaben und gegen die Fennovoima-AKW-Neubaupläne.

Infomaterialien
http://Material.Nuclear-Heritage.NET

Anti-Atom-Materialien aus unterschiedlichen Ländern können hier in verschiedenen Sprachen heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden.

Walkatjurra Walkabout

NukeNews Walkatjurra Walkabout ist ein Fest für Wangkatja-Land, ein Zeugnis für die Stärke einer Gemeinschaft, die über 40 Jahre lang den Uranabbau in Yeelirrie bekämpft hat. Und es ist eine Chance, zusammenzukommen, um unsere Hingabe für eine nachhaltige Zukunft ohne atomare Bedrohung miteinander zu teilen. Es ist auch eine Chance, wieder Verbindung mit der Erde aufzunehmen und die Tradition für unser Land zu marschieren neu zu beleben. Der Walkatjurra Walkabout-Marsch verläuft ohne Drogen oder Alkohol.

Der Walkatjurra Walkabout-Marsch findet vom 23. April bis zum 26. Mai 2014 statt, und wir würden Euch gern dazu einladen. "Das Marschieren für das Land hat das Ziel, die Menschen wieder mit dem Land in Kontakt zu bringen. Der Walkatjurra Walkabout-Marsch ist eine Wallfahrt über Wangkatja-Land und im Geist unserer Vorfahren, sodass wir als derzeitige Treuhänder unser Land und unsere Kultur für zukünftige Generationen schützen können.... Wir laden alle Menschen ein, von überallher, zu uns zu kommen und gemeinsam zu gehen, um eine klare Botschaft auszusenden, dass wir unsere Umwelt und unsere Heiligen Orte hier unberührt erhalten wollen". (Kado Muir, Traditioneller Landbesitzer, Yeelirrie)

Der Walkatjurra Walkabout 2013 war ein riesiger Erfolg und stärkt weiter die gemeinsame Aufgabenstellung, das Land zu schützen und den Uranabbau zu stoppen. Lasst uns diesen Druck aufrecht erhalten und das Uran unberührt - Wanti Uranium! Lasst es im Boden!



Radioaktives Grab in 1 km Entfernung von der Ostsee & 40 km von St. Petersburg

NukeNews Am Freitag, dem 7. Dezember fand im Verwaltungsgebäude von Sosnovy Bor ein öffentliches Hearing zu den vorläufigen Unterlagen für den UVP-Prozess zur "Entsorgunsstätte für radioaktive Abfälle" (PDRW) statt. Als "Grabstätte" wird eine 50 Meter dicke Lehmschicht zwischen zwei Wasserschichten angeboten. Dieser Standort befindet sich etwa 3 km von besiedeltem Gebiet entfernt (Dorf Rakopezhi), 1 km von der Ostsee und 5 km von einem Nadelwald.

Die Diskussion zu diesem Projekt läuft schon seit 2 Jahren. Unabhängige Experten, Atomwissenschaftler, VertreterInnen von öffentlichen Organisationen aus Sosnovy Bor wie auch die gesetzgebenden Versammlungen von St. Petersburg und der Region Leningrad, VertreterInnen der Kommunistischen Partei, von "gerechtes Russland" und der Partei "Yabloko" kritisieren dieses Projekt scharf.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Radioactive_Grave_In_One_Kilometer_From_The_Baltic_Sea_And_40_km_From_St._Petersburg

Filmprojekt Nuclear Lies - erfolgreiches Crowdfunding

NukeNews Der junge Filmemacher Praved Krishnapilla aus Südindien, einer Region, welche direkt durch das AKW Koodankulam betroffen ist, arbeitet an einem 60 Minuten langen Film, um die schändlichen Methoden und Lügen der Atomlobby in seinem Land und weltweit darzustellen. Innerhalb einiger Wochen und durch viel Arbeit verschiedener, vor allem österreichischer AktivistInnen (Praved lebt seit 1999 in Wien), scheint klar, dass es gelungen ist, das nötige Geld (mehr als 20.000 €) dafür zusammenzubringen.

http://www.startnext.de/en/nuclear-lies

Pandora's Promise:

Die Lügen und falschen Versprechungen der Atomlobbyist*innen

fb Alte Lügenmärchen in neuem Kleid - das könnte die Kurzbeschreibung für den Atompropaganda-Film "Pandora's Promis" (Pandoras Versprechen) sein. Angeblich erstmals sei ein hochkarätiger Dokumentarfilm publiziert worden, der Position für die Atomkraft beziehe. Neu mag das Format "Dokumentation" erscheinen, zumindest heutzutage selten, die Geschichte darin ist jedoch die selbe langweilige und falsche Story von der verheißungsvollen und letztlich doch irgendwie auch sicheren Atomenergie. Das ist in etwa dasselbe, was eine*r in nahezu jeder Atomanlage als Werbefilm vorgesetzt wird - nur dass dort nicht auf "Dokumentarfilm" gemacht wird, sondern reine Objektivität und Wissenschaftlichkeit vorgegaukelt wird.

Pandora's Promise geht die Sache anders, erfolgversprechender an: Die handvoll Protagonist*innen, die uns durch den Film begleiten, werden überwiegend als ehemalige Atomkraftgegner*innen dargestellt. Einst waren sie eisern gegen Atomkraft und für die Umwelt - jetzt haben sie aber, wer hätte das hier erwartet, endlich verstanden, dass sie ganz falsch lagen. In Wirklichkeit, so haben sie angeblich heraus gefunden, ist Atomenergie nämlich gar nicht so schlimm wie immer behauptet wird - und Solarstrom ist ja noch viel gefährlicher!

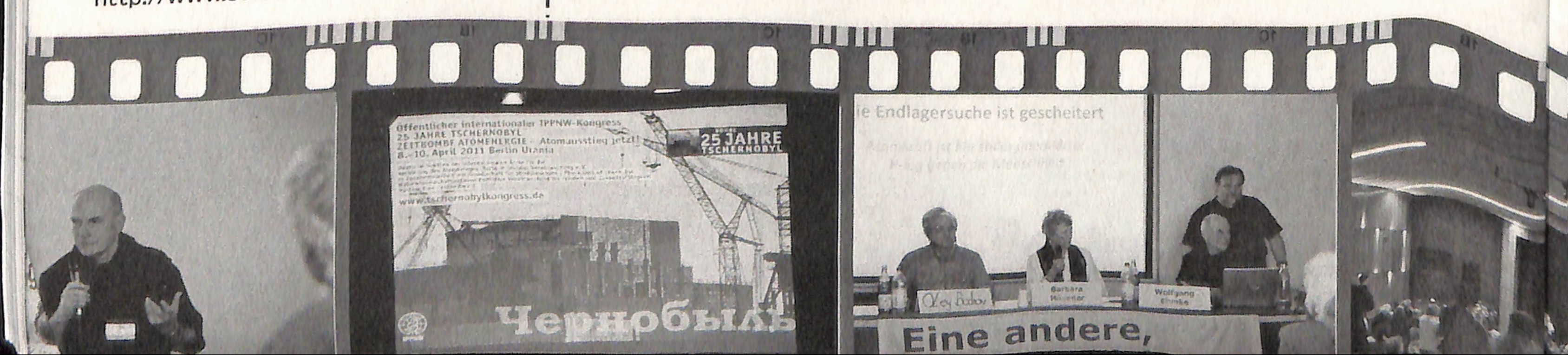
In Helsinki wurde der Dokumentarfilm am 1. Februar als Teil des DocPoint Filmfestivals erstmals einer breiten finnischen Öffentlichkeit präsentiert und zur Diskussion gestellt. Ein fragwürdiges Ereignis angesichts der massiven Atompolitik der finnischen Regierung, die in Widerspruch mit der öffentlichen Meinung steht, die Umfragen zufolge deutlich gegen neue Atomanlagen ist.

Büchse der Pandora

Der Film spielt auf den griechischen Mythos von Pandora, die von Zeus mit der "Büchse der Pandora" (eigentlich einem Krug) ausgestattet wurde, um Rache an den Menschen zu üben, nachdem Prometheus das Feuer gestohlen hatte. Das Gefäß enthielt alle Übel der Welt sowie die Hoffnung. Die Menschen sollten das Geschenk nicht öffnen, doch sie - oder Pandora selbst, das ist in der Literatur umstritten - tun es. Daraufhin entwichen alle Plagen in die Welt, und bisher unbekannte Übel wie Arbeit, Krankheit und Tod überfluteten die Erde. Bevor auch die Hoffnung freigesetzt worden wäre, wurde der Krug wieder geschlossen.

Irgendwann wurde der Deckel erneut gehoben, und schließlich entwich auch die Hoffnung. In der Literatur ist die Deutung dieser Tat umstritten. Einige meinen nachdem die Welt angesichts all der Übel ein trostloser Ort geworden sei, habe die Hoffnung das Leiden der Menschen etwas gemildert. Darauf spielt wohl auch "Pandora's Promise" an, denn im Untertitel wird diese zitiert: "At the bottom of the box she found hope".

Die gebräuchlichere Interpretation ist aber, dass die Hoffnung eine trügerische sei und in Wahrheit als "das



Anti-Atom-Infodienst

Kontakt: news@NukeNews.nuclear-heritage.net
Deadlines: 30. März 2014, 22. Juni 2014
Internet: http://NukeNews.Nuclear-Heritage.NET

*Aus dem Nuclear Heritage Network gibt es seit zwei Jahren ein mehrsprachiges Infotool für Anti-Atom-Aktivist*innen und sonstige Interessierte. Unter dem Namen "NukeNews" erscheint alle drei Monate ein Newsletter, der in derzeit sieben Sprachen (deutsch, englisch, finnisch, französisch, litauisch, russisch und tschechisch) per E-Mail verschickt und im Internet veröffentlicht wird.*

*Die NukeNews spiegeln die Aktivitäten, Themen und Kämpfe der Aktivist*innen aus dem Netzwerk wider. Die Texte werden von Menschen vor Ort geschrieben und übersetzt.*

Ihr könnt die NukeNews online in der euch liebsten Sprachversion abonnieren. Eure Unterstützung in Form von kurzen Beiträgen oder bei der Übersetzung ist sehr willkommen. Artikel sollen kurz & knapp und in englischer Sprache verfasst sein. Sie müssen eine aussagekräftige Überschrift enthalten und können per Link auf Hintergrundinformationen verweisen.

Eure Beiträge zur nächsten Ausgabe der NukeNews könnt ihr per E-Mail noch bis zum 30. März 2014 und dann wieder bis zum 22. Juni 2014 schicken.

Übelste aller Übel" anzusehen sei, weil die Menschen so in ihrem Dasein fortfahren sich immer von Neuem quälen zu lassen.

Pandoras Versprechen

Es scheint Eigenironie zu sein, dass ein Pro-Atom-Propagandafilm ausgerechnet auf diese Geschichte aus der griechischen Mythologie anspielt. Denn es fällt nicht schwer im Ausbuddeln des Urans aus dem Erdreich das Öffnen des Geschenks der Pandora zu erkennen. Einherkommend mit der Verwendung des Urans werden Atombomben entwickelt und über 2.000mal gezündet. Atomkatastrophen mit vielen Todesopfern und unzähligen Dauergeschädigten folgen 1957 in Kyshtym (Mayak, Sowjetunion), 1959 in Simi Valley (USA), 1986 in Pripyat (Tschernobyl, Sowjetunion) und 2011 in Fukushima (Japan) - um nur einige der als folgenschwersten eingestuften zu nennen. Viele tausende Uranbergarbeiter*innen werden offiziell als Opfer der Radioaktivität gehändelt, die Zerstörung der Abbaugebiete und Schädigung der zivilen dort lebenden Bevölkerung gar nicht berüchsichtigt. Und schon im Normalbetrieb werden Menschen krank - die KiKK-Studie brachte den Beweis für den Zusammenhang zwischen Nähe des Wohnortes zu einem AKW und der Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Krebserkrankungen bei Kindern.

Insofern sollte der Film eigentlich geeignet sein zu verdeutlichen, dass die Atomkraftnutzung vor allem Unheil gebracht hat. Und die Vernunft sollte sagen, dass mensch damit schleunigst aufhören müsste, um den Schaden zumindest zu begrenzen. Dennoch treiben Atomlobbyist*innen

Zwei leere Stühle - Umweltbewegung beteiligt sich nicht an Endlager-Kommission

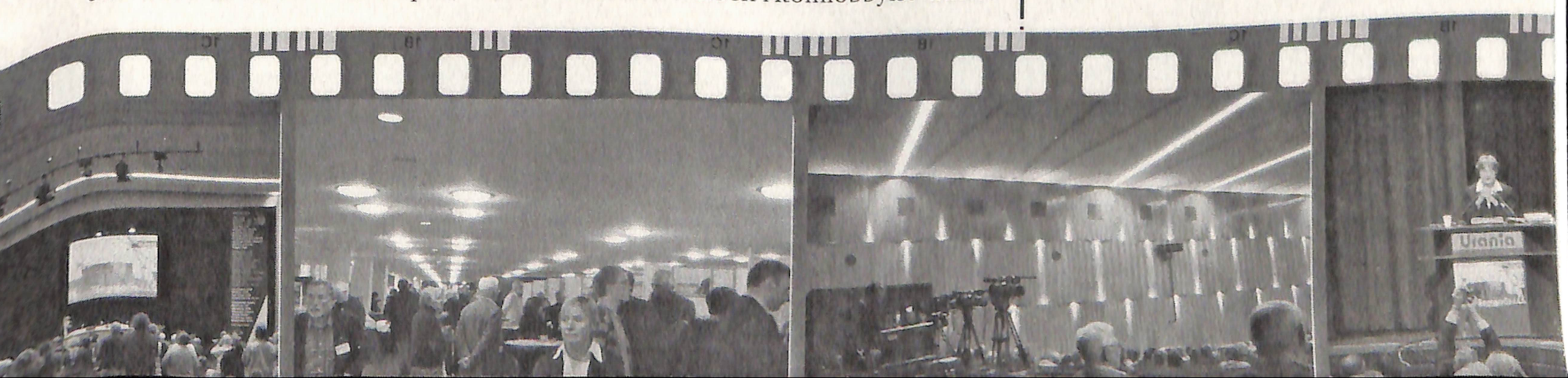
NukeNews Die deutschen Umweltschutzorganisationen und Anti-Atom-Initiativen machen nicht bei der Expertenkommission mit, die ein Endlager für Atommüll finden soll.

Die Suche nach einem Endlager verläuft nicht transparent und beinhaltet als festgelegten Standort nur Gorleben, wo schon 1,8 Milliarden Euro investiert worden sind und Infrastruktur bereits errichtet wurde: Zwischenlager, abgebrannte Brennstäbe, Pilot-Konditionierungsanlage und Polizeigebäude in der Kreisstadt stehen schon zur Verfügung. Das Gesetz trat in Kraft, ohne dass eine breite gesellschaftliche Diskussion über das Vorgehen und die Kriterien für die Jahrtausende dauernde Aufgabe der Atommüllentsorgung stattgefunden hätte.

Die Konzentration der Endlagersuche auf hochradioaktiven Abfall beschränkt den Blick auf nur etwa fünf Prozent des schädlichen Atommülls. Außerdem ist die Finanzierung des Suchverfahrens aus einem öffentlichen Fonds, der von den Kraftwerkbetreibern gespeist wird, nicht sichergestellt.

Das Gesetz zur Standortwahl ermöglicht Enteignungen und minimiert die legalen Überprüfungsmöglichkeiten, die zurzeit noch bestehen. Dazu kommt, dass die Bundesländer an Macht verlieren und statt dessen mit dem "Bundesamt für kerntechnische Entsorgung" eine neue Superbehörde entsteht, die auch in Fragen etwa des Gewässerschutzes oder des Bergrechtes weitreichende Befugnisse besitzt.

http://www.neues-deutschland.de/artikel/918909.zwei-stuehle-bleiben-vorerst-leer.html



den Bau neuer (längst veralteter) Reaktoren voran, um schnell noch zu verdienen, während das Schiff "Atomindustrie" längst sinkt. Wirtschaftlichkeit und Produktionsengpässe lassen den weltweiten Atomstromanteil immer weiter sinken - ungeachtet der vereinzelten Neubauten.

So betrachtet ist "Pandora's Promise" die Fortsetzung der gewohnten Atompropaganda auf neuem Terrain und mit modernisiertem Konzept - als Dokumentarfilm. Es wird gar nicht versucht die Gefahren und Desaster der Atomenergienutzung zu negieren, das wäre wohl auch vergebliches Bemühen. Stattdessen ist das Konzept kurz umrissen die Story einer Handvoll ehemaliger angeblicher Atomkraftgegner*innen, die einst 100%ig von dem Unheil überzeugt waren, das die Nutzung der Atomkraft mit sich bringt, sich aber glücklicherweise eines besseren haben belehren lassen. Jetzt sind die ex-Atomkraftgegner*innen heiße Verfechter*innen der Atomenergie und wollen den Zurückgebliebenen, die es noch nicht geschnallt haben, den rechten Weg weisen: Atomkraft ist zwar gefährlich, aber sie ist notwendig und immer noch besser als alle Alternativen.

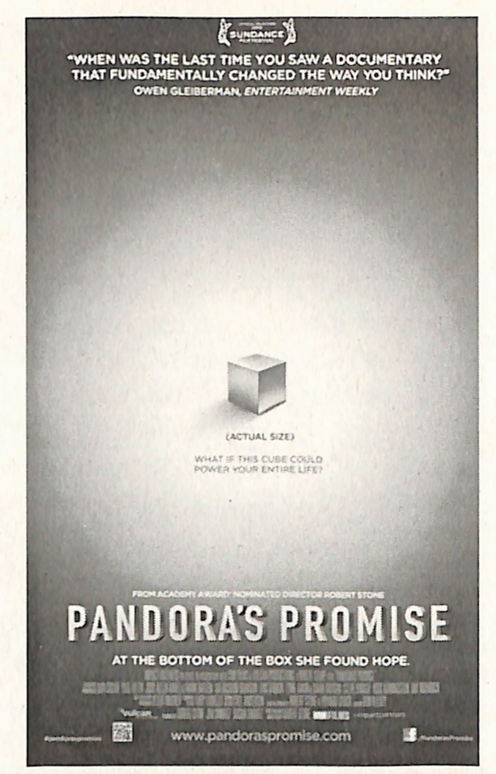
Hierzu werden uns alte Märchen der Atomindustrie von einst möglichen technischen Lösungen für den Atommüll und die Beseitigung des Unfallrisikos aufgetischt, vermengt mit altbekannten Atom-Lügen von minimalen und wenig gefährlichem Atommüll, von der Atomkraft als klimafreundliche Energiequelle oder - wohl die unverschämteste von allen - von angeblich nur etwas mehr als 50 Todesopfern der Tschernobylkatastrophe. Abgemischt wird das ganze mit einem schlechten Interviewversuch mit der international bekannten Atomkraftgegnerin Helen Caldicott, die keine Lust hatte auf die ihr im Vorbeigehen an den Kopf geworfenen pro-Atom-Provokationen zu antworten, und mit erschütternden Bildern aus Tschernobyl und Fukushima, begleitet von den arroganten Protagonist*innen, die gar keinen Grund sehen Atomkraft abzulehnen.

DocPoint Filmfestival

DocPoint wurde erstmals 2001 in Helsinki veranstaltet. Das Filmfestival hatte sich ursprünglich zum Ziel gesetzt finnische Dokumentarfilme bekannter zu machen, da diese selten in Finnlands Kinos gezeigt und im Fernsehen ausgestrahlt wurden. Damit sollten Themen und Arbeiten vor allem finnischer Filmmacher*innen stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht werden. Anders als bei vielen anderen großen Filmfestivals gibt es hier keine Restriktionen hinsichtlich der Aktualität - es können auch Dokumentarfilme gezeigt werden, die ihre Premiere längst hinter sich haben. Von Anfang an wurden auch Produktionen aus anderen Ländern ausgestrahlt, so wie es hier mit Pandora's Promise der Fall ist.

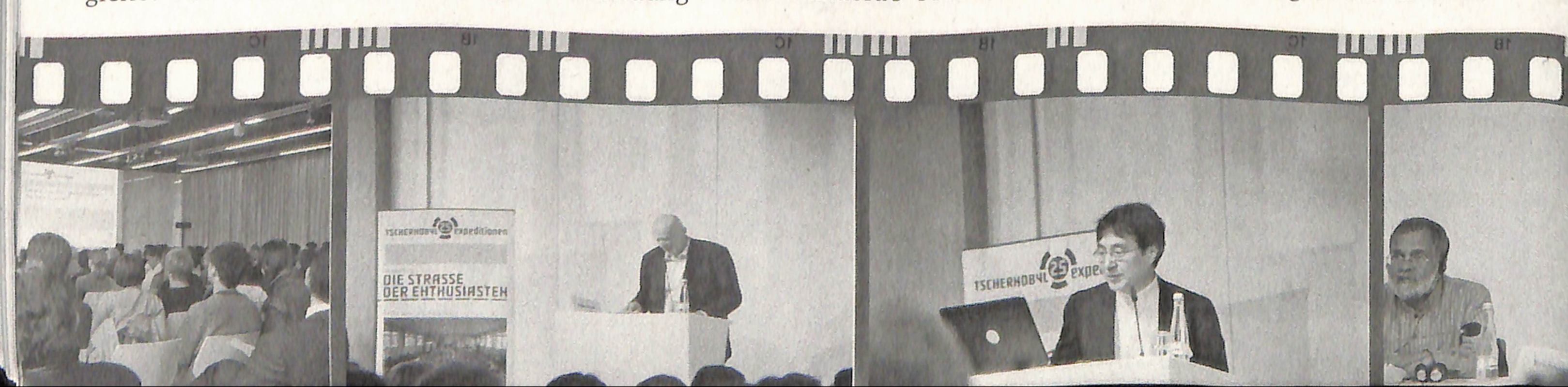
Warum lädt ein Dokumentarfilm-Festival einen Atompropaganda-Produkt ein? - Im Interview erklärte DocPoint-Intendantin Ulla Simonen, dass sie mit diesem "ersten atomkraftbefürwortenden Dokumentarfilm" eine kontroverse Diskussion starten wollte. Pandora's Promise sollte ein Gegenstück zu den üblichen kritischen Filmen bilden - insgesamt wurden fünf atomkraftbezogene Dokumentarfilme im 2014er Filmfestival präsentiert. Im Anschluss an die Vorführung von Pandora's Promise sollte im Rahmen eines "Nuclear Business Seminar" diskutiert werden - in Form einer Podiumsdiskussion mit fünf Vertreter*innen unterschiedlicher Perspektiven.

Ulla Simonen engagiert sich seit den frühen 1980ern gegen Atomenergie und hat wahrscheinlich an allen größeren Demonstrationen in Finnland teilgenommen. Die Idee den hochradioaktiven Atommüll unter der Ostsee zu verbuddeln (Onkalo - das geplante Endlager am AKW Olkiluoto) findet sie "eine fürchterliche Entscheidung". Aber Pandora's Promise



beeindruckt sie, es war der erste Dokumentarfilm, der sie zweifeln ließ und zu der Frage brachte: "Könnte Atomkraft eine bessere Lösung gegen den Klimawandel sein?". Zwei Wochen lang, nachdem sie den Film im Auswahlverfahren für das Festival angeschaut hatte, empfand sie diese Infragestellung noch als Schock - "lag ich falsch?". Der Super-GAU in Tschernobyl hatte mit den Behauptungen der finnischen Atombehörde STUK Finnland sei nicht betroffen, obwohl das Gegenteil offensichtlich war, eine tiefe Wunde hinterlassen.

In Finnland gibt es derzeit einen Diskurs mensch solle in Hinsicht auf die Atomkraft nicht schwarz/weiß denken, also nicht pro oder contra, sondern Lösungen dazwischen finden. Das führt manchmal zu so absurden Ansichten, wie sie im August letzten Jahres im ansonsten beeindruckenden CASE PYHÄJOKI Projekt von einer Referentin geäußert wurde, dass mensch nicht einfach gegen das geplante AKW in Pyhäjoki sein sollte, sondern dem Atomkonzern etwas anderes zum Profitmachen anbieten müsse. Differenzierte Diskussionen sind sicherlich Mangelware und im



Allgemeinen zu begrüßen - aber es sollte auch differenziert werden, wo sie angebracht sind, oder nur als Rechtfertigung für den herrschenden Diskurs herhalten sollen. Bei der Atomkraft muss die Abwägung zwischen theoretischen Vorteilen und dem einhergehenden Risiko zu einem entschiedenen "Nein" als Antwort führen - kein vermeintlicher Gewinn rechtfertigt die enormen Risiken und die realen Folgen dieser Technologie.

"Die Diskussionen in Finnland müssen kontroverser werden, bisher werden wesentliche Dinge nicht berührt." Simonen meint damit, warum zum Beispiel veraltete Technologie in finnischen Atomkraftwerken verbaut wird, wenn es doch dem Film zufolge seit den 1950ern bessere Atomtechnologien gegeben hätte. Ja-Nein-Debatten findet sie nicht gut. Es sollte kontrovers diskutiert werden und keine Zensur geben. Daher auch Pandora's Promise als Teil von DocPoint, wobei Simonen den Film ganz klar einordnet: Pandora's Promise ist "Propaganda".

Aber auch die Anti-Atom-Dokumentarfilme seien in dieser Hinsicht ähnlich aufgemacht: vieles wird ausgelassen, Emotionen dominieren, ausgewählte Bilder beeindrucken, obwohl sie nicht unbedingt Signifikanz haben - z.B. der Geigerzähler, der nicht fehlen darf. Ganz egal was die Aussage sein soll, er wird benutzt, um Zahlen zu zeigen und zu suggerieren das sei bedeutend. Was die Zahlen wirklich bedeuten, ihre Aussagekraft bleibt im Unklaren. So taucht dieses Stilmittel sowohl in den atomkraftkritischen Filmen als auch bei Pandora's Promise auf - mit gegenteiliger Message. "Der Dokumentarfilm ist kein gutes Format für wirklich objektive Botschaften - er funktioniert am besten durch Emotionen und arbeitet immer mit Auslassungen."

Grundstruktur des Films

Die Mehrzahl der Protagonist*innen war früher gegen die Atomkraft, wirklich überzeugte Aktivist*innen, aber sie mussten erfahren, dass alle Argumente falsch und Lügen waren. Der Film verheimlicht die Atomkatastrophen nicht, zeigt stattdessen Atomwaffeneinsätze und die Katastrophen in Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima - und stimmt zu, dass das alles nicht gut war.

Anti-Atom-Argumente wie die Probleme mit dem Atommüll oder Krebsrisiko werden erwähnt und Zitaten gegenübergestellt, die behaupten diese wären falsch: den hunderttausenden Tschernobylopfern wird die IAEA-Lüge von nur etwas über 50 Todesfällen gegenübergestellt, wobei die WHO, die diese Zahlen mitträgt, als Kronzeug*in herhalten muss, obwohl Atomkraftgegner*innen seit langem auf den IAEA-WHO-Knebelvertrag hinweisen, der es der Weltgesundheitsorganisation verbietet, ohne Zustimmung der Atompropaganda-Behörde zu strahlenbezogenen Gesundheitsaspekten zu sprechen. In Sachen Atommüll werden Areva & co. zitiert, die mit unzutreffenden Zahlen das Volumen der radioaktiven Abfälle verniedlichen.

Klima ist das Hauptargument für die Atomkraft in diesem Film - was ihn eigentlich schon diskreditieren sollte, weil längst belegt ist, dass mit der Atomstromproduktion erhebliche Treibhausgasemissionen verbunden sind und andererseits diese schwerfällige Technologie keine Chance hätte in kurzer Zeit einen relevanten Anteil an der Energieproduktion der Welt zu erreichen. Aber das wissen die meisten Menschen nicht, so entfalten die falsche Behauptung Atomkraft produziere NULL CO^2 und die Bilder eines angeblich grünem Frankreich, das durch seine 80% Atomstrom so viel umweltfreundlicher als atomkraftkritische Staaten sei, gewiss auch Wirkung.

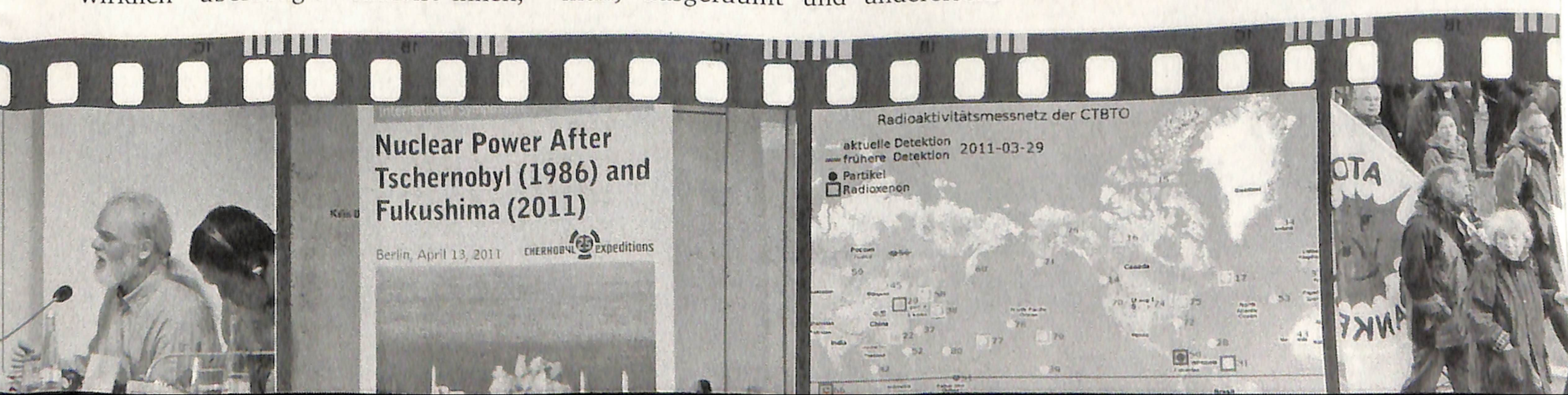
Nachdem einerseits die eigene Glaubwürdigkeit durch das Eingeständnis von Fehlern (Atombomben, Fukushima, Tschernobyl) dargestellt, Gegenargumente (Atomopfer, Atommüll) ausgeräumt und andererseits die Notwendigkeit (Klimaschutz) verdeutlicht wurde, rundet die Propaganda-Show die Vision von einer eigentlich gar nicht so schlechten Atomkraft mit veralteten Atomträumen von Brütertechnologie und Thorium-Reaktoren, die ein Ende mit Unfallgefahr und Atommüllproblem machen sollen, ab. Dass diese Technologien bereits in der Praxis gescheitert sind, und die Atomindustrie sich längst davon abgewandt hat, wird unter den Teppich gekehrt.

Schlussfolgerung

Falsche Fakten, alte Geschichten, irreführende Argumentationen. Pandora's Promise bringt nichts Neues ans Tageslicht, lediglich ein anderes Format. Fehlerhafte Messungen mit verschmutzten Geigerzählern und fehlleitende Interpretationen des Einflusses von Radioaktivität bilden den wissenschaftlichen Rahmen dieser Produktion von Robert Stone.

Es entsteht der Eindruck, dieser Film sei einzig dazu gemacht, um jegliche Leute zu diskreditieren, die immer noch gegen Atomkraft sind, indem ihre Argumente als Falschdarstellungen inszeniert und sie selbst als Ideolog*innen/Dogmat*innen mit falscher Information dargestellt werden.

Klar, es ist ein guter Ansatz kontroverse Diskussionen zu starten, Leute dazu zu bringen ihre Überzeugungen zu hinterfragen und gegensätzliche Positionen darzustellen. Ob Pandora's Promise hierzu ein geeignetes Mittel ist, bleibt fraglich. Der Dokumentarfilm baut auf Lügen und Falschdarstellungen auf, und wiederholt schlicht die Märchen, die von der Atomlobby seit Jahrzehnten herunter gebetet werden. Das ist keine gute Basis für eine fundierte Debatte, stattdessen werden die Zuschauer*innen in die Irre geführt. Was daraus folgt, kann eigentlich nur die Simulation einer sinnvollen Diskussion sein, wenn auf Lügen und veraltete Märchen gesetzt wird.



Heizkomposte als dezentrale Lösung der Energieproblematik?

kardan Energiewende selbst gemacht: Dieser Artikel behandelt Potential und Grenzen einer relativ kostengünstigen Heizmethode als dezentrale Lösung für mehr Energieautonomie. Bei der Kompostierung erzeugen Oberflächenbakterien mit Hilfe von Sonnenlicht Enzyme zum Aufspalten organischer Verbindungen wie Cellulose („Grünzeug") und Lignin (Holz). Dabei wird Wärme frei, was den Abbauprozess beschleunigt.

Wird diese Wärme gezielt mit Wasserschläuchen im Innern entzogen, kann dieser Zersetzungsprozess auf bis zu 18 Monate gestreckt werden. Martin Mollay berichtet sogar im dritten Jahr von 35°C (biomeiler.at). Bei ausreichendem Volumen kann dieser Wärmespeicher so ein Einfamilienhaus ganzjährig mit Wärme versorgen. Ein Hotel in Ottersberg bei Bremen hat damit bereits positive Erfahrungen gesammelt: 44 °C nach einer Woche Frost mit -12 °C Außentemperatur und insgesamt 4000 Euro Gaskostenersparnis im Laufe eines Jahres (native-power.de).

Durch das große Volumen ist das Innere auch bei Frost vor dem Erfrieren geschützt. Die äußeren 50 bis 70 cm dienen als Dämmung, sodass die Kompostheizung auch bei anhaltenden Frostgraden (-10 °C) pro Tag maximal 1 °C verliert und sich anschließend schnell „erholt".

Übrig bleibt je nach Materialzusammensetzung ein großer Haufen Humus für Garten und Feld — ideal für (werdende) Selbstversorger*innen und Landwirte.

Aufbautechnik

Die Form der Grundfläche ist variabel, sollte aber $10m^2$ nicht unterschreiten. Ideal sind $25m^2$ für Einfamilienhäuser und ab $50m^2$ für Industrieanlagen. Zusätzlich sollte eine Fläche zum Abladen der Biomasse und ggf. Platz zum Rangieren für einen Radlader vorhanden sein. Bei besonders engem Terrain können Hackschnitzel z.B. in Kartoffelsäcken verpackt werden.

Dem System Heizkompost ist in der Fläche keine Grenze gesetzt. Daher ist es beliebig skalierbar und kann z.B. auch in einem Gewerbegebiet errichtet werden.

Ich selbst war 2012 bei der Errichtung auf einer geneigten Anfahrt einer Druckerei in Delmenhorst dabei, wo ein Heizkompost die Betriebsheizung und Duschen unterstützt. 2013 startete ein Bauer in Holvede, nachdem er sich beim Aufbau eines Kompostes zur Beheizung von Tomatentunneln überzeugt hatte, den landwirtschaftlichen Versuch mit einer 200 m^2 Miete zur Humusproduktion.

Doch es gibt auch Einschränkungen. Sofern die Rücklauftemperatur der Heizanlage über 50 °C liegt, ist die Temperaturdifferenz zum Erwärmen des Wassers zu gering sodass u.U. im Gegenteil der Komposthaufen beheizt wird. Bei einer Rücklauftemperatur um 40 °C und darunter ist das biotechnische Heizkompostsystem sehr gut geeignet. Überschreitet die benötigte Vorlauftemperatur 50 °C, ist die Kombination z.B. mit einer Gastherme sinnvoll. Im Einzelfall kann dies durch die Anwendung der Temperaturdifferenzmethode entfallen.

offene Fragen

Neben der Platzfrage ist es aus ökologischem Blickwinkel entscheidend, woher das Material kommt. Weitere Wälder abzuholzen oder wie Jain Pain vom Unterholz zu befreien, ist m.E. nicht nur in diesen Breiten wenig wünschenswert. Es kann Sinn machen, verstärkt (Beeren-)Hecken anzupflanzen, um Felder vor Erosion zu schützen, sodass beim Beschnitt etwa alle drei Jahre eine Menge Biomasse anfällt, doch ist dies allein zur Versorgung kleinerer Gärtnereien oder Höfe mit Warmwasser nicht ausreichend.

Ich sehe großes Potential zur Effiktivierung der Energieausbeute und damit zur Senkung des Materialbedarfs durch eine stärkere Dämmung z.B. mit doppelwandigen Folien.

Die Kombination mit bestehenden Gewächshäusern erscheint ideal und es sollten Versuche unternommen werden, welche Nutzpflanzen mit dem kribbeligen Mikroklima eines holzigen Komposthaufens gut auskommen.

Durch systematische Messwerterfassung mit mehreren Sensoren im Inneren besteht die Chance, Rückschlüsse auf vorherrschende Bakterienkulturen und damit die jeweilige Kompostierungsphase zu ziehen, um die auf mikrobieller Ebene ablaufenden Prozesse besser zu verstehen und den Prozess der Heißrotte langfristig zu optimieren.

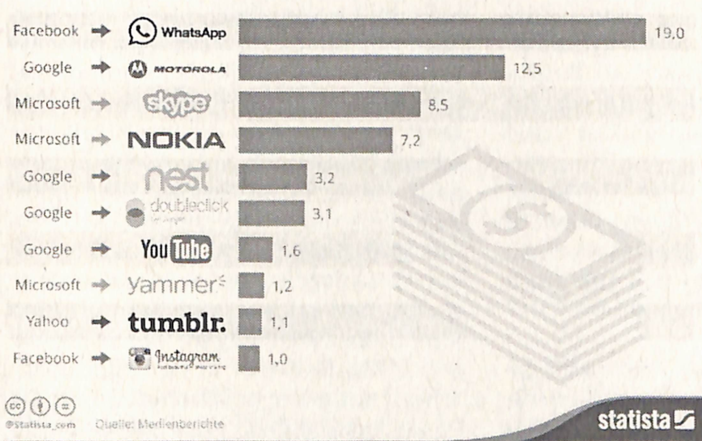
Mehr Infos auf heizkompost.info



Entweichender Wasserdampf des frischen Mist-Hackschnitzel-Gemisches beim Aufbau eines Heizkompostes in Holvede im Februar 2013. Oben: Die Folie soll die erstmals versuchsweise eingesetzte Gülle am seitlichen Entweichen hindern und zusätzlich dämmen.

Technik für sichere private Kommunikation

kardan Es bleibt kompliziert und spannend und noch immer dürfen wir fast täglich dazu lernen, was Geheimdienste können. Es ist zwar möglich, mit vernebelnden Selbstbeschwichtigungen die installierte Repressionsinfrastruktur zu ignorieren, doch die Snowden-Show hatte nicht zum Ziel, uns vor Aufregung oder Resignation zu lähmen, sondern soll unsere Energie zur Selbstorganisation freisetzen. Wer es schon immer gewusst hat, mag nun noch geduldiger erklären. Wer "keine Ahnung von Computern" hat, aufmerksam zuhören und einen Umstieg auf ein freies Betriebssystem wie z.B. Tails mit vorinstallierter Tor-Anonymisierung erwägen und sich über Browser-Fingerprinting informieren, um nicht versehentlich doch entlarvende Spuren zu hinterlassen.



Der Kauf von Whatsapp durch Facebook (s. Grafik) zeigt (mal wieder) eindrucksvoll, was Daten wert sind und warum aufstrebenden Firmen, die sichere Kommunikation versprechen, oder mit eigenen Protokollen oder militärischer Verschlüsselung locken, nicht zu trauen ist. Das meiste davon rangiert unter "Schlangenöl", also Quacksalberei.

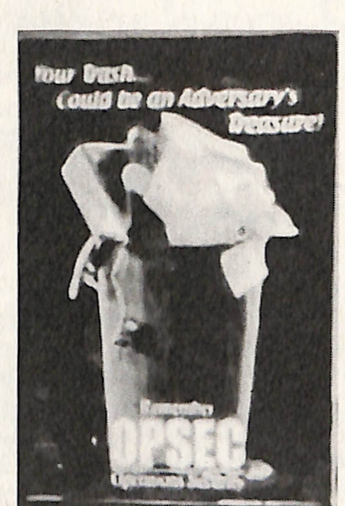
Netzwerksicherheit

Nicht erst seit der Verwandlung des Internets in ein Kriegsgebiet mit NSA-Programmen wie BULLRUN, wodurch SSL-Verschlüsselung gezielt ausgehebelt wird, hinterlassen alle (geldgebunden) Handlungen Datenspuren im Internet. Fluggastdaten werden im Klartext durch die Ozeane gepumpt und neben der "passiven" Erfassung allen Datenverkehrs wird auch aktiv in Kommunikation eingegriffen. „Quantum Insertion" heißt ein Zauberbegriff aus dem Werkzeugkasten der Fünf-Augen. Damit werden man-in-the-middle (MITM)-Angriffe automatisiert, um z.B. falsche SSL-Zertifikate unterzujubeln oder Verbindungen zu unterbrechen und damit Datenverkehr gezielt zu behindern. Auch betreiben US-Geheimdienste schon länger etliche Tor-Knoten, um das ansonsten vertrauenswürdige Anonymisierungssystem anzugreifen. In einer Veröffentlichung unter dem Titel „Trawling for Tor Hidden Services: Detection, Measurement, Deanonymization" wurde der Preis mit 11.000 USD beziffert, um über 8 Monate mit 23 gemieteten Servern genügend Knoten als "guard notes" im Tor-Netzwerk zu etablieren, um in Kombination mit einem DoS-Angriff hidden services zu deanonymisieren. Bevor ihr nun schreiend davon lauft: Das Problem wurde Ende Januar behoben und alle Betreiber von Tor-Relays sollten ein Update erwägen (siehe blog.torproject.org).

Gerätesicherheit

Alljährlich rekalibriert der Chaos Computer Club mit seinem Kongress unsere Wahrnehmungsfilter. So wurde das mental ohnehin turbulente Jahr 2013 nach Enthüllungen über Hintertüren in Routern und den meisten Mobiltelephonen gekrönt mit Vorträgen über mögliche hardware- und software-basierte Angriffe auf Laptops und deren Komponenten wie z.B. mittels Festplatten-Firmware. Es ist damit individuelle Hausaufgabe, diese versuchen zu verstehen und Konsequenzen zu ziehen.

Der naheliegende aber kostenintensive Weg, mittels freier Hardware Kontrolle über Kommunikationsgeräte zurück zu erlangen gleicht durch die benötigten hohen Stückzahlen



dem Aufstieg an einer Felswand. Mit Stückkosten von über 500 Euro und tausenden Entwicklungsstunden für Betriebssystem und Anwendungen bleiben sichere Telephone leider eine Domäne für besonders Interessierte und Betuchte.

Doch warum ist das wichtig? Wer ein iPhone oder Blackberry besitzt, hat vielleicht verfolgt, dass der Zufallszahlengenerator so manipuliert wurde, dass damit verschlüsselte Zertifikate leicht zu knacken waren. Doch neben diesen auf dem Anwendungsprozessor laufenden Programmen mit geschlossenem Quellcode, gibt es in jedem Smartphone zwei weitere unkontrollierbare Bereiche: den Baseband-Prozessor, gemeinhin bekannt als GSM-Modem, und die SIM-Karte, welche die unbemerkte Installation von Anwendungen durch Netzbetreiber selbst ermöglicht. Die beiden Hersteller für GSM-Chips, Qualcomm und Texas Instruments, bleiben proprietär, doch von einer alten nicht mehr produzierten Version, dem TI Calypso, tauchte eine Spezifikation im Internet auf, welche Harald Welte benutzte, um osmocom zu entwickeln. Mit dieser quelloffenen GSM-Implementation funktioniert u.a. das Openmoko (gta02). Der Nachfolger, openphoenux (gta04) von goldendelicous in München benutzt jedoch leider einen Chip von Qualcomm.

Fairness

Nach dem Erfolg des Fairphone sah sich Apple genötigt, lauthals Versprechungen zu machen, nun auch fair produzieren zu wollen. Allerdings bleibt abzuwarten, wie ernst das gemeint ist.

Auch Nikolaus Schaller, Entwickler und Sponsor des gta04, machte die Zusage, tiefergehende Recherchen über Produktionsbedingungen und verwendete Komponenten zu unterstützen. Alle können mithelfen beim Einholen von Informationen über Hersteller und Vertriebe und beim Verschicken von Anfragen.

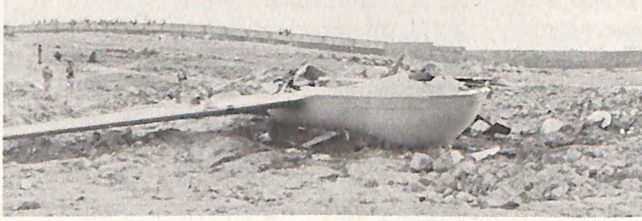
Mehr dazu auf makeitfair.org und openphoenux.org/hardware.

BND hilft CIA bei Drohnenmorden

kardan CIA verhört Asylbewerber*innen in Deutschland und BND übermittelt Mobiltelefondaten an die CIA

Die Rede ist von 150 Anlagen, welche die CIA in Deutschland laut SZ betreibe*, um in Zusammenarbeit mit der in Auflösung begriffenen Zentralstelle für Befragewissen des BND in Berlin Asylbewerber*innen zu "interviewen" und ggf. in die USA zu entführen.

Wir sind auf dem Weg zu verstehen, warum die NSA ein solches Budget zur Totalüberwachung des Internet eingeräumt wird und warum alle MigrantInnen hierzulande wie Kriminelle behandelt werden. Der Krieg gegen den Terror hat totale Ausmaße angenommen und wie in „1984" geschildert, gibt es mittlerweile zu jeder Zeit irgendwo auf der Welt ein Land, in dem unsere Waffen gerade im Einsatz sind. Nicht zuletzt zum Wohle der Wirtschaft, der Sicherheit des Volkes, oder was der Neusprechmixer eben gerade ausspuckt.

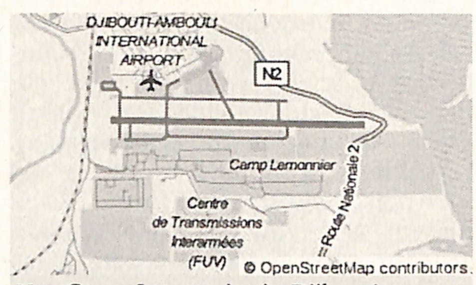


Elektronische Fehlsteuerungen führen immer wieder zu Abstürzen von Predator-Drohnen. Fernoperatoren in Nevada und New Mexico sind ratlos.

Die Trefferquote bei Drohnenangriffen liegt bei 80%, d.h. immerhin jedes fünfte der bald 5.000 Opfer ist zivil und entspricht damit nicht den Ausmerzkriterien der „signature strikes" von Obamas „disposition matrix", der geheimen "kill list" mit Zielen der nächsten Dekaden. Bei der Eröffnung des AFRICOM in Stuttgart, der US-Einsatzzentrale für den Raum Afrika, und Begrüßung des 4-Sterne-Generals Ward bat das Bundeskanzleramt, nicht so viel öffentlichen Wind zu machen, da sie eine kritische Debatte in den Medien fürchtete. Intern waren die Anwesenden der Bundeswehr allerdings mächtig stolz, nun in der ersten Liga mitspielen zu dürfen.

Auch BND-Agenten dürfen sich als Kombattanten des internationalen Terrors fühlen, denn die beachtliche Leistung ihrer Analysearbeit besteht darin, aus Millionen Mobilfunknummern die vermeintlichen schwarzen Schafe heraus zu fischen und an die CIA weiterzugeben. Doch die „deutschen Helden" (US General Marks im Irak) zieren sich ein wenig, können das Rampenlicht der Medien nicht genießen und versuchen in vorbildlicher Bescheidenheit ihre Leistung herunter zu spielen. Die übermittelten Daten seien garnicht ausreichend und dürften für Morde auch nicht verwendet werden. Geheimdienstkoordinator Pofalla wurde sogar unterstellt, die Öffentlichkeit und das Parlament hinsichtlich der NSA-Abhörproblematik belogen zu haben, obwohl BKin Merkel ihm vollstes Vertrauen zugesagt hatte (Neusprech für „such dir schon mal 'nen neuen Job").

Was ist eigentlich los? Hat nicht die Bertelsmann Stiftung / Initiative für Neue soziale Marktwirtschaft (INSM) vor ein paar Jahren zu „unverkrampftem Patriotismus" aufgerufen! Es muss doch möglich sein, Geheimdienstleistungen im Kampf für die Freiheit öffentlich zu feiern. Ich bin der Meinung, der deutsche Militär-Geheimdienstkomplex hat ein PR-Problem. Verantwortliche sind scheinbar der Meinung, dass rechtes



Von Camp Lemonnier in Djibouti starten US-Drohnenangriffe auf Somalia und Yemen in klassifizierten Operationen

Gedankengut in weiten Teilen der Bevölkerung keinen Beifall finde, sodass wichtige Details vor der Öffentlichkeit verborgen werden, wie der NSU-Prozess mit erschreckender Häufigkeit bewies.

Nicht nur die USA wird von Politikern regiert, die Krieg für eine vertretbare oder gar gute Angelegenheit halten. Rohstoffsicherung gehört auch für deutsche und europäische Politik zur Tagesordnung, seitdem die Bertelsmann-Stiftung in Form des Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), einem von Steuergeldern finanzierten Institut der Ludwig-Maximilian-Universität (LMU) in München, die BundespolitikerInnen berät. Universitäten wurden umgestaltet, um stärker von Drittmitteln, also Industrieaufträgen, abhängig zu sein. Mittlerweile wird Militärforschung an einer bedeutenden Anzahl von Hochschulen praktiziert. Doch warum wird darüber, abgesehen von Bundeswehroffizieren, die von Schule zu Schule tingeln, so wenig gesprochen? Der wirtschaftliche Süden Deutschlands lebt von Militärindustrie und ein Blick auf die Hersteller von Drohnentechnologie dokumentiert die Abhängigkeit vom Erfolg der US-amerikanischen Außenpolitik.

* **Quellen: gruenes-blatt.de/index.php/2014-01:BND-CIA-Drohnenmorde**



Auf den Militärbasen Creech und Cannon in Nevada und New Mexico werden Drohnen bei vollautomatischen Tötungen überwacht, oder ggf. mit Joystick korrigiert (rechts). Oben: Nachempfindung des CIA-Hauptquartiers aus der Serie "Intelligence".

Bild: http://www.thetruthseeker.co.uk/?p=59032

Fragen von Pussy Riot an Putin & Obama zu den Olympischen Spielen

Übersetzung von democracynow.org (kardan)

Nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis im Dezember hatten am Dienstag zwei Aktivistinnen der russischen Gruppe Pussy Riot ihr erstes öffentliches Auftreten in den USA. Nadia Tolokonnikova und Maria Alyokhina haben fast ihre gesamte zweijährige Haftstrafe für den Protest in der Orthodoxen Kathedrale gegen Vladmiir Putin abgesessen. Kurz nach ihrer Ankunft sprachen sie auf einer von Amnesty International organisierten Pressekonferenz.

AMY GOODMAN: Masha und Nadia, wilkommen in den Vereinigen Staaten. Welche Nachricht habt ihr an diesem Abend der Olympischen Spiele in Sochi für AmerikanerInnen? Falls ihr die Gelegenheit hättet, eine Frage an Präsident Obama und Präsident Putin zu richten, was würdet ihr die beiden fragen?

MARIA ALYOKHINA: Wie wir alle wissen, boykottiert die US-amerikanische Führung die Olympischen Spiele. Aber natürlich sprechen wir an dieser Stelle über die politische Führung, nicht die US-amerikanische Bevölkerung, von der während der Spiele einige in Russland sind. Also ist es wichtig, ein paar Worte an diese Menschen zu richten. Wir bitten alle US-AmerikanerInnen einen genauen Blick auf Rußland zu werfen, auf das Rußland hinter den Bildern der Olympischen Objekte und Gebäude. Diese Objekte haben keinen Bezug zu Rußland; sie sind fremd in Rußland. Das einzige, was sie mit Rußland verbindet, ist die Tatsache, dass sie mit Steuergeldern errichtet wurden, Geld das gestohlen wurde, um diese Olympischen Objekte aufzubauen.

NADIA TOLOKONNIKOVA: Hinsichtlich Präsident Obama, ist es für mich keine Frage, sondern ein Aufruf bzw. ein Appell, sich ohne Angst öffentlich zu äußern, was Sie bei den Ereignissen während ihres kommenden Besuches in Rußland fühlen. Die Frage an Vladmir Putin: Haben Sie es nicht langsam satt?

BUZZFEED REPORTER: Also ihr beiden habt als Performance-Künstlerinnen begonnen, bevor ihr zu den Aktivistinnen wurdet, die wir heute kennen. Was denkt ihr, das durch Aktivismus zu erreichen ist, das sich durch Performance-Kunst nicht erreichen lässt? Und werden wir euch jemals wieder als Künstlerinnen erleben?



NADIA TOLOKONNIKOVA: Nun, wir wurden nicht zu Aktivstinnen, wir waren immer welche. In dem Moment, als eine Person von Pussy Riot eine Strumpfmaske überzog, hat sich nichts verändert, sie hatte immer noch die Rolle einer politischen Aktivstin, einer Umweltaktivistin, und bis jetzt hat sich nichts daran geändert. Der einzige Unterschied ist, wer spricht und wie und wann wir öffentlich ohne Maske sprechen.

MARIA ALYOKHINA: Es wird Performances geben, die sowohl in Bezug zu unseren neuen Aktivitäten, als auch zu unseren früheren Aktivitäten als Pussy Riot stehen.

NADIA TOLOKONNIKOVA: Es ist absolut unmöglich, dies von uns zu trennen und ich empfinde dies jedes Mal, wenn ich gute Musik höre und sehe — z.B. The Clash.

RACHEL FELDMAN: Hier Rachel Feldman, Fox News. Was ist euer endgültiges Ziel? Habt ihr Angst, zurück ins Gefängnis zu gehen?

MARIA ALYOKHINA: Nun, wir werden immer gefragt, wie und ob wir zurück ins Gefängnis gehen, und aus irgend einem Grund denken alle, dass wir Angst davor haben müssen. Wenn eine Person im Gefängnis landet für eine Kritik der politischen Führung des eigenen Landes, demonstriert das lediglich die politische Situation in diesem Land. Also, in diesem Fall, sind wir stolz, dass wir im Gefängnis gelandet sind, dafür, dass wir unsere politischen Ansichten ausgedrückt haben und wir sehen nichts Erschreckendes daran.

NADIA TOLOKONNIKOVA: Unser Ziel ist Transparenz, Rußlands politisches System und das russische Justizvollzugssystem transparenter zu machen. Das ist komplett mit allem verbunden, was wir im Moment tun.

Nachtrag

kardan Die Olympischen Spiele wurden überschattet von blutiger Repression in der Ukraine. Nach einem Treffen zwischen Janukowitsch und Putin am 19. Februar eskalierten die seit Monaten anhalten EuroMaidan-Proteste gegen Korruption und Fremdbestimmung am 20. Februar in einem Brandanschlag auf das von der Opposition besetzte Gebäude, während Verletzte und Bewegungsunfähige darin schliefen. Obwohl die Russische Föderation für ihren Hang zur Niederschlagung von Aufständen bekannt ist, stellt sicht sie die Frage nach den NATO/EU-Interessen in der Region. Dass der Termin der Neuwahlen im Mai mit den Neuwahlen des EU-Parlaments zusammen fällt, schürt Misstrauen.



Photomontage des Unabhängigkeitsplatzes in Kiev vor Beginn der Proteste und während des blutigen Donnerstags am 20. Februar.

Die neuen Berufsrevolutionäre – Eine Kritik.

Brunnengert Der folgende Text ist eine – in meinen Augen überfällige – Polemik. Er kritisiert daher etwas, was in dieser reinen und einheitlichen Form wahrscheinlich auf keine einzelne Person zutrifft, in vielen Fällen der Realität aber erschreckend Nahe kommt.

„Berufsrevolutionäre" - das unerwartete Erbe Lenins

Von Lenin stammt die Idee einer kleinen Elite bezahlter Funktionäre, die die Arbeiter_innen organisieren und zur Revolution führen. Nicht zuletzt auch eine Frage des Bewusstseins – denn die Möglichkeit, dass sich Arbeiter_innen auch ohne die Führung von Seinesgleichen eine revolutionäre Haltung erarbeiten, hat Lenin klar verneint. Seine Bezeichnung für die so gerechtfertigte Funktionärselite: Berufsrevolutionäre.[1]

Das derselbe Begriff grob hundert Jahre später zur Selbstbezeichnung eines Teils der deutschen radikalen Umweltbewegung wurde, lässt sich auf den ersten Blick als Ironie der Geschichte abtun. Schließlich handelte es sich jetzt um Anarchos, die mutmaßlich nicht mal wussten, wie Lenin das mit den Berufsrevolutionären gemeint hatte. Jedenfalls waren sie so vernünftig, niemanden durch ihre Führung beglücken zu wollen. So weit, so gut.

Und doch findet sich auf dem zweiten Blick eine andere Parallele: Die neuen Berufsrevolutionäre (oder wie auch immer sie sich inzwischen nennen) sind Elite geblieben. Was als ihr Ideal der Selbstorganisation daherkommt, meint die Verpflichtung auf einen hoch-politisierten, dabei aber sehr gleichförmigen Lebensstil. Es gibt ziemlich viel, was es Leuten erschweren kann, diesen Lebensstil nachzuahmen: Verantwortung für Kinder, chronische Krankheiten, eine schlechte körperliche Verfassung, „zu hohe" Ansprüche an Ernährung oder Privatsphäre um nur ein paar Beispiele zu nennen.
Vor allem aber: Es gibt ziemlich viele Leute, die mit dem Bestehenden unzufrieden sind, aber trotzdem keine Lust auf ein Leben haben, das gekennzeichnet ist von Containern, Trampen, Schnorren, Leben in Projekten, ziemlich beschränkten Bildungsmöglichkeiten und dem nomadischen Immer-Weiter-Ziehen von einer Aktion zur nächsten.

In den Augen der neuen Berufsrevolutionäre sind es natürlich andere Ursachen, warum Leute sich ihnen nicht anschließen oder -falls dochhäufig nur ein paar Jahre durchhalten. Wie wir vor ein paar Jahren im Grünen Blatt lesen konnten,[2] sind diese Gründe allesamt selbstverschuldet. Konkret kommen in Frage: „Mangel an Willensstärke, [...] eingeschleifte[r] Alltagstrott (Fremdbestimmung als Routine), Angst oder Bequemlichkeit [...]."
Die alten Berufsrevolutionäre leugnen hartnäckig, dass Arbeiter_innen auch schon mal ohne ihre Führung ein revolutionäres Bewusstsein erreicht haben. Die neuen Berufsrevolutionäre leugnen ebenso hartnäckig, dass es außer Freiheitsunfähigkeit andere Gründe gibt, warum Leute nicht ihre Lebensweise und politische Praxis aufgreifen. Beide Gruppen haben sich so ganz gut in ihren elitären Ideologien eingerichtet – nur die Kommunikation mit der Außenwelt ist manchmal schwierig.

Die Lücke wo mal die Avantgarde war...

Es gibt aber noch einen großen Unterschied zwischen den beiden Konzepten. Bei Lenin sollte zwar die Masse der Bevölkerung nicht zu Berufsrevolutionären werden, diese bildeten aber eine Avantgarde, der der Rest folgen sollte. Trotz aller autoritären Vorzeichen ging es in der Praxis also um eine konkrete Umwälzung der gesamten Gesellschaft. Es ist ohne Zweifel ein Fortschritt, dass sich die neuen Berufsrevolutionäre von dieser Avantgarde-Vorstellung verabschiedet haben. Ein mindestens ebenso großer Rückschritt ist aber die im selben Zug erfolgte Beerdigung jeder gesamtgesellschaftlichen Perspektive.
Moooment mal: Wir reden hier von Anarchist_innen und die werden ja wohl eine Vorstellung haben, wie eine bessere Gesellschaft aussehen kann? Ja, aber: Diese Ideen stehen seltsam unverbunden neben ihren Aktionen. Natürlich: Die Aktionskollektive arbeiten so hierarchiearm wie möglich zusammen, Kritik wird nicht nur am konkreten Aufhänger für die Aktion formuliert etc.pp. Aber wie kann eine Strategie aussehen, über die konkreten Aktionen hinausgehend zu einer Umwälzung des gesellschaftlichen Rahmens zu kommen? Zugegeben keine einfache Frage – aber die neuen Berufsrevolutionäre versuchen meist gar nicht, sie zu beantworten. So wird etwa die Genfeldkampagne der vergangenen Jahre zur Blaupause erfolgreicher Politik schlechthin hochstilisiert. Ihre technischen Erfolge sind auch ohne Zweifel beeindruckend und erfreulich. Das eine Kampagne mit bestenfalls ein paar hundert Aktiven aber weit davon entfernt bleibt, an den sozialen Verhältnissen in diesem Land etwas grundlegendes zu ändern, wird ausgeblendet. Denn sonst würden die neuen Berufsrevolutionäre wieder darauf gestoßen werden, dass ihr Lebensstil, ihre Projekte und Aktionsformen für die meisten Menschen schlicht unattraktiv sind. Daher ist es nur logisch, dass im Grünen Blatt schon die schlichte Parole, Kämpfe „ums Ganze" zu führen, grundlegend abgelehnt wurde.[3]

...und warum das Elend der Utopien sie nicht füllen kann.

Es bleibt also eine tiefe Kluft zwischen der konkreten Praxis und der radikalen Kritik dahinter. Diese ziemlich hässliche Aussicht wird überpinselt mit so ziemlich allen Farben aus dem utopischen Tuschkasten. Ein schlechter Ersatz, denn sie teilen das Problem aller Utopien: Zum größten Teil sind sie einfach nur deprimierend. Das liegt nicht an mangelnden Qualitäten ihrer Autor_innen. Das Problem ist die

grundsätzliche Unmöglichkeit, inmitten dieser schlechten Verhältnisse das Gute schon mit einer Menge konkreter Details versehen zu beschreiben.

Ein ziemlich gutes Beispiel liefert der kürzlich im Grünen Blatt nachlesbare Versuch, die Utopie einer knastfreien Gesellschaft vorzulegen.[4] Bemerkenswert hellsichtig und reflektiert hat die Autorin selbst das Unbefriedigende der Utopie festgestellt. Die einzige emanzipative Alternative wäre hier aber eine Auseinandersetzung mit der Strategiefrage gewesen – und die ist ohne Infragestellung der neuen Berufsrevolutionäre nicht zu haben. Stattdessen legte eine Anarchistin in diesem libertär gefärbten Blatt einen Gesellschaftsentwurf vor, der in letzter Instanz auf massiver sozialer Kontrolle basierte.[5] Einfach nur deprimierend.

Leistung lohnt sich wieder. Männlichkeit auch?

Zurück zur Praxis. Da das Endziel der befreiten Gesellschaft in Himmel oder Hölle der Utopien gefangen bleibt, zählt hier nur der technische Erfolg. Also nicht die Veränderung der sozialen wie persönlichen Struktur und damit verbunden die Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern das verhinderte Genfeld, das stillgelegte Kraftwerk usw.

Solche technischen Erfolge werden weniger auf gesellschaftliche Bedingungen, als vielmehr auf den persönlichen Einsatz der Aktiven zurückgeführt. Im Stile des neoliberalen Leistungswahns wird gegen „Loser"[6] gehetzt, als könnte das die fehlende soziale Perspektive der Kämpfe ersetzen. Es werden mehr oder weniger offen Kriterien formuliert, die die Kämpfer(_innen?) erfüllen müssen, um diese Auseinandersetzungen zu gewinnen. Nochmal ein Teil des obigen Zitats aus dem Artikel von jb, was Leute von Selbstorganisation abhält: „Mangel an Willensstärke, [...] Angst oder Bequemlichkeit [...]." Das heißt dann also umgekehrt: Willensstärke, Mut und Verzicht auf Bequemlichkeit machens möglich. Der Leistungswahn mündet in die Verherrlichung harter Männlichkeit. Dies entspricht der inneren Logik der Leistungsideologie. Zum Kotzen ist es allemal!
Das übersetzt sich nicht 1:1 in die Alltagsebene. Harte Männlichkeit ist auch in den Kreisen der neuen Berufrevolutionäre (noch?) kein Konzept, mit dem Mann sich langfristig viele Freunde macht. Es hat sich unter diesen Vorzeichen aber ein latenter Anti-Feminismus breitmachen können. Auf theoretischer Ebene ist dafür der Artikel „Modernisiertes Patriarchat" wahrscheinlich das krasseste Beispiel in letzter Zeit.[7] Die eigentlich ziemlich treffende Beschreibung des Patriarchats wird grammatikalisch konsequent in der Vergangenheit geliefert, denn der Autor (!) ist sicher: Das geht zu Ende oder ist zumindest nicht mehr prägend. Was dann als aktuelles Muster von Herrschaft präsentiert wird, hat mit einem (modernisierten) Patriarchat eigentlich nichts mehr zu tun. Wer auch immer den Artikel mit einem „Stil loving feminism"-Logo illustriert hat, denkt entweder ganz schön subversiv oder hat einen verdammt schwarzen Humor.

Diese theoretische Leugnung von beinahe allgegenwärtiger Diskriminierung und Übergriffigkeiten von Männern gegen Frauen findet sich aber auch im Alltag der Szene.



Schon beinahe auf Stammtischniveau (man wird ja wohl noch sagen dürfen...) in der oben schonmal zitierten E-Mail-Debatte: „Wenn ich einer Person unanalytisches Vorgehen [...] nicht vorwerfen darf, weil sie eine Frau ist, dann ist es nicht mehr möglich, zu debattieren. Weil: Ich muss ständig darüber nachdenken, ob mein Gegenüber eine Frau ist. Anstatt sie als Mensch zu sehen."
Dieselbe vulgäre Verkürzung der queer-Theorie zum Anti-Feminismus (das Leugnen der Relevanz von Geschlechtern, während Geschlechtergewalt sich live im eigenen Umfeld abspielt) hat auch schon zum Ausbleiben von Solidarität nach Übergriffen innerhalb von Szene-Freundeskreisen geführt.

Me, myself and I bilden keine revolutionäre Bewegung!

Das Konzept der isoliert gedachten Einzelkämpfe ohne Perspektive von Umwälzungen auf einer höheren Ebene, hat eine weitere unschöne Nebenwirkung: Öffentliche Selbstinszenierung. Für manche Leute scheint das Sich-Selbst-Erleben in der Auseinandersetzung mit dem Feind oder sogar öf-

fentliche Aufmerksamkeit für die eigene Person ein zentrales Kriterium für Aktionen zu sein. Zentraler jedenfalls als ihre gesamtgesellschaftliche Wirkung. Das führt zu manchen ziemlich fragwürdigen Aktionen. Und zu einem ganzen Spektrum mindestens ebenso fragwürdiger Publikationen (Blogbeiträge, Presseartikel, Buchbeiträge, eigenständige Bücher...).

Dahinter steht zwar nicht nur und bei manchen vielleicht noch nicht mal besonders ausgeprägt der Wunsch nach Selbstdarstellung. Die meisten wollen so politische Inhalte (mit!)transportieren, und in vielen Fällen gelingt das auch. Ich behaupte aber, dass es diesen Preis nicht wert ist. So radikal die enthaltende Kritik im Detail auch manchmal (!) ist – ihrer Form nach wird sie bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Denn wie in den bürgerlichen Mediendiskursen gerne gesehen, erscheint sie als Angelegenheit einzelner Exoten. Und dementsprechend ungefährlich. Da können noch so viele noch so enthusiastische Appelle zum Selbst aktiv werden eingestreut werden – sie verpuffen ohne Konsequenz. Denn wer sich einmal in die Pose des Einzelexoten stellt oder stellen lässt, kommt da nicht mehr so schnell raus! Radikale Kritik setzt an den Lebensrealitäten konkreter Menschen an und enthält das realistische Angebot radikaler Praxis. So eine Kritik kann deshalb nur in einem kollektiven Prozess und aus einer Bewegung heraus formuliert werden. Was Einzelne aus dem Rampenlicht heraus formulieren, kann zwar einzelne Punkte richtig benennen. Unterm Strich ist und bleibt es aber bestenfalls pseudo-radikal!

Versuch eines Fazits

Dieser Artikel behauptet einen inneren Zusammenhang zwischen den beschränkten Lebens- und Aktionsformen und der fehlenden gesamtgesellschaftlichen Strategie der neuen Berufsrevolutionäre. Aus diesem grundlegenden Fehler versucht er Utopismus, Leistungsideologie, Anti-Feminismus und Selbstdarstellertum innerhalb dieses Teils der radikalen Umweltbewegung zu erklären. Wenn das stimmt, haben wir dringenden Diskussionsbedarf. Wenn nicht, auch.

[1] Wer einen starken Magen hat, kann diese Überlegungen in Lenins Schrift „Was tun?“ von 1902 nachlesen. (Auch als PDF im Netz.)

[2] Im Artikel „Was ist Selbstorganisierung?“ von jb, erschienen in der Nr 55 im Sommer 2010.

[3] Im Artikel „Konsum-Kritik-Kritik-Kritik“ von Floh, erschienen in der Nr. 59 im Frühjahr 2012. Im Artikel wird ziemlich umfangreich versucht, die Strategiefrage zu beantworten. Im Resultat wird aber doch nur die Weigerung begründet, über die Ebene einzelner Projekte hinaus zu denken.

[4] „Schöner leben ohne Knäste“ von hanna, erschienen in der Nr 62 vom Herbst 2013.

[5] „Aber wenn die [Vergewaltiger] auf Vorschläge nicht eingehen, dann gibt es Outings. Das ist schon irgendwie auch Strafe. So ganz überwunden haben wir das Konzept Strafe wohl auch noch nicht.“

[6] Zitat aus einer Diskussion, die im Mai 2013 über eine E-Mail-Liste geführt wurde.

[7] Erschienen im Grünen Blatt Nr 61 vom Sommer 2013, Autor ist jb.

Frühlingscamp im verdener Waldgarten 23.3.-2.4.

Frühlingszeit – Campzeit! Wir laden dich ein, unser Projekt kennenzulernen: Wir freuen uns über Besuch von gärtnernden Menschen aus anderen Projekten sowie von unerfahrenen Interessierten, über alt bekannte und neue Gesichter!

Außer den üblichen Pflanz-, Säh-, Sens-, Gieß- und Gehölzarbeiten ist viel Platz zum Austausch, Diskutieren, Workshops machen, Kochen und zusammen Zeit verbringen. Folgende Wünsche haben wir an die Teilis:
Melde Dich zügig und verbindlich an. Du kannst auch nur für einen Teil der Zeit teilnehmen. Sende bei Interesse unbedingt eine Telefonnummer (es gibt dann nochmal ein kurzes Telefonat zu bestimmten Orga-Details).
Wir wünschen uns eine finanzielle Beteiligung nach Selbsteinschätzung an Essenkosten (die werden niedrig sein, es gibt einiges Containertes und Gespendetes). Die Unterbringung wird in geheizten Räumen in der Nähe des Waldgartens sein (aber Du brauchst ein eigenes Fahrrad oder Auto). Wetterfeste Arbeitskleidung musst Du selbst mitbringen.
Das Camp ist ein profeministischer Schutzraum, in dem sich jede_r sicher vor Grenzverletzungen bewegen können soll. Jede_r soll hier an seinen Identitäten selbst basteln können und in keine gedrängt werden. Rumgemacker und Homophobie wären also fehl an den Plätzen. Dafür sollen alle gemeinsam Verantwortung übernehmen.

allmendeperma@web.de
oder 017 66166 8718

Mehr Abos für das grüne blatt:

✔ **Damit wir das grüne blatt besser kalkulieren können und um zumindest einen Teil der Herstellungskosten zu finanzieren, suchen wir weitere AbonnentInnen.**
Überleg doch, ob du das grüne blatt abonnieren möchtest und frag auch andere Leute danach. Den Abo-Schnippel findest du ganz hinten im Heft.

WAAht's up?

WAA **Neue Gruppe und Baustellen**

Seit September '13 wird die Werkstatt für Aktionen und Alternativen in Düren weiter betrieben von einer neuen Gruppe - inzwischen 10 Menschen, die die WAA für eine wichtige Infrastruktur des Widerstandes im Rheinland halten, und sich deshalb vorgenommen haben dort Baustellen voranzubringen, und sie wieder zu einer offenen Plattform für Projekte im Sinne von Aktionen und Alternativen zu machen.

Nun im Februar '14 können wir sagen, dass wir uns auf einem guten Weg befinden, was diese Vorhaben betrifft. Einige Räume haben wir bereits durch „kleinere Arbeiten" nutzbar(-er) machen können. So zum Beispiel das neue Büro durch Einrichtung und Ofeninstallation, die Küche durch eine Teilrenovierung und den Wohnbereich durch Aufdoppelung der Fenster. Zudem steht das „Kunstatelier" kurz vor der Einrichtung nach einer Renovierung der Zimmer. Daneben gibt es zwei große Baustellen die in Angriff genommen wurden: Eine recht große Gartenhütte und die Sanierung zweier Räume im Erdgeschoss des Haupthauses, die zu einem Café werden sollen. Weitere Baustellen sind für das Frühjahr geplant: Die Dämmung des Daches und die Installation einer Zentralheizung basierend auf einer Warm-Wasser-Solar-Anlage und einem Holzvergaser.

Offene Plattform für Aktionen und Alternativen

Der Raum der durch die Renovierungsarbeiten in der WAA geschaffen wird, soll dann im nächsten Schritt auch mit widerständigen Projekten gefüllt werden, und zwar nach dem Konzept einer offenen Projektplattform, was heißt dass die Infrastruktur zugänglich sein soll für alle Gruppen und Einzelpersonen die sie für Projektarbeit nutzen wollen unter konkreten Absprachen.

Wie der Name des Projekthauses sagt, soll ein Schwerpunkt auf Alternativen und Aktionen gesetzt sein. Alternativen meint, dass wir im Herzen des fossilen Kapitalismus - dem rheinischen Braunkohlerevier - eine klimaneutrale Utopie ein Stück weit umsetzten wollen, genauso wie emanzipatorischere Formen des Zusammenlebens. Aktionen kann sich auf vieles beziehen, zum Beispiel auf Aktionen gegen die Totalzerstörung durch die Tagebaue in der Region.

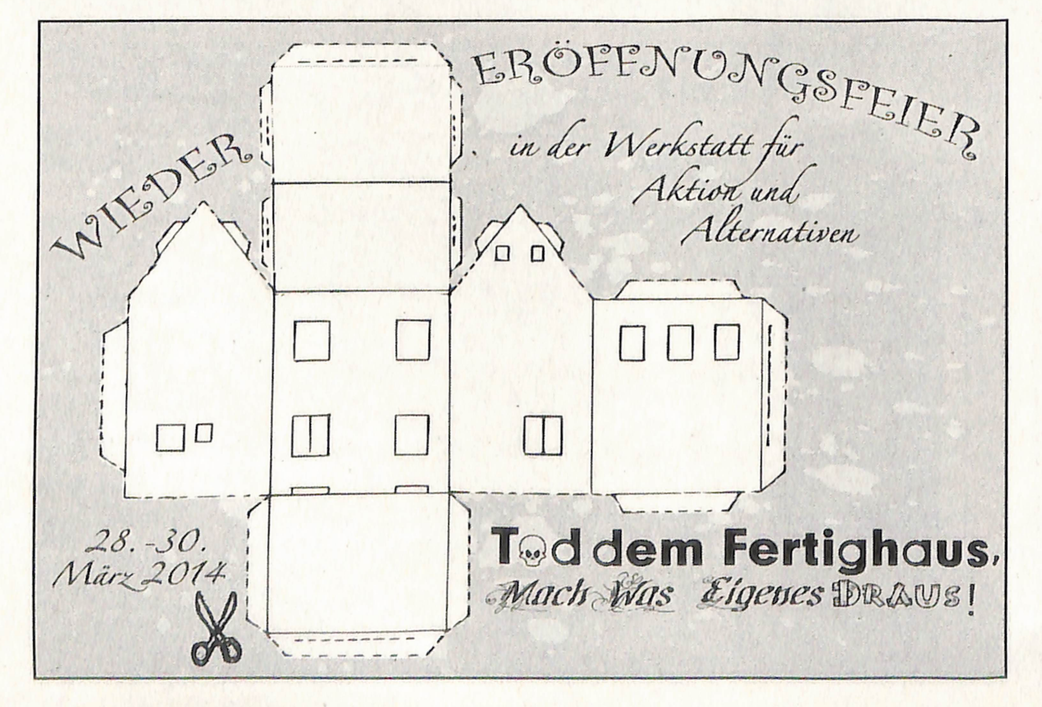
Den Winter über war die WAA keine offene Projektplattform, sondern eine offene Baustelle, da die nutzbaren Räumlichkeiten im Winter so beschränkt sind, dass beides sehr schwierig gewesen wäre. Ab dem 30. März soll die offene Nutzung wieder auf Projektarbeit erweitert werden. Das setzt für uns eine gemeinsame Auseinandersetzung mit Konzepten offener Projektplattformen voraus - und zwar mit möglichst vielen Zukünftigen Nutzer_innen um Bedürfnisse aufeinander abstimmen zu können.

Eine gemeinsame Auseinandersetzung ist für uns auch notwendig weil ein „offener Raum" als festes Konzept ein Widerspruch in sich selbst wäre. Stattdessen muss es ein flexibles Konzept bleiben, in dem die Umgangsweisen sich an den Bedürfnissen der Nutzer_innen orientieren. Wir hoffen also im Zuge der 'Wiedereröffnung der Projektplattform auf eine breite Auseinandersetzung mit diesem Thema im Umfeld der WAA.

Wiedereröffnungsfeier?

Vom 28. bis zum 30. März findet in der Werkstatt für Aktionen und Alternativen eine große Feier mit vielen Workshops, inhaltlichem und kulturellem Programm statt. Soviel steht fest. Was hingegen nicht ganz klar ist, ist das Motto dieser Feier - eigentlich als „Wiedereröffnungsfeier" gedacht, wurde dieser Begriff nun in Frage gestellt, weil die WAA ja auch den Winter über zumindestens als Baustelle offen war. Auf jeden Fall wird sie - wie schon erwähnt - anschließend wieder als Projekteplattform offen sein. Während des Wochenendes wird deshalb auch eine Auseinandersetzung mit offenen Projektplattformen inhaltlicher Schwerpunkt sein. Ausserdem stehen bisher folgende Workshops fest: „Einleitung in Medien- und Radioarbeit", „Bau eines Lehmofens", „Mosaikkunst" und ein Vortrag zu „Klima und Rüstungsindustrie". Natürlich ist Platz, dass ihr eigene Workshops anbietet. Schreibt dazu an waa@riseup.net. Schön wäre es übrigens auch, wenn ihr Bescheid sagt, falls ihr kommt, damit wir eine ungefähre Vorstellung wegen Essen und Schlafplätzen haben.

Die WAA befindet sich in Düren in der Kallsgasse 20. Wegbeschreibung gibt's auf dem Blog waa.blogsport.de genauso wie dort das aktuelle Programm für das Wochenende zu finden sein wird.





Termine und so Sachen...

23. März - 2. April, Verden: Frühlingscamp im Waldgarten
http://allmende.de.vu

28. - 30. März, Düren: Wiedereröffnungsfeier der Werkstatt für Aktion und Alternativen (WAA)
http://waa.blogsport.de/

12. April, Köln: Demonstration gegen Überwachung
http://cologne.stopwatchingus.info/

12. April, Frankfurt: Demo für Tierrechte – Frankfurt pelzfrei, 13:00 Uhr, Hauptwache
tirm.de

12./13. April, Braunschweig: Sagen, was Sache ist: Pressearbeits- & Rhetoriktraining
http://www.oekoscouts.de/pages/projekte/aktivismus-akadamie.php

12. - 25. April, Hambacher Forst: „Build Resistance" – Skill-Sharing Camp
http://hambacherforst.blogsport.de/termine/

30. April, Heidelberg, Uni-Platz: Antifaschistisches Straßenfest.
Am Vorabend des internationalen Arbeiter_innenkampftag bestimmen unter dem Motto "Fang den Schlapphut - Gegen Geheimdienste aller Couleur" Inhalte link(sradikal)er Gruppen den öffentlichen Raum in der Altstadt.

8. - 11. Mai, Rosia Montana, Rumänien: Das vierte Forum gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte
http://drittes-europäisches-forum.de/wp-content/uploads/2014/02/Einladung.pdf

6. - 8. Mai, Frankfurt: Deutsches Atomforum, Congress Messe Center: 3-Tage-Anti-Atom-Protest ++
vor dem Haupteingang / Main entrance ++ 1 Tag Anti Atom Grossdemo - Abmarsch vom Haupteingang durch ganz Frankfurt

16. Mai, 8.30 Uhr, Gießen: Hauptverhandlung gegen einen jungen Antifaschisten
wegen Teilnahme an Gegenkundgebungen gegen Nazi-Auftritte am 25.5.2013 bei in Allendorf / Lumda und Grünberg (Hessen), vor dem AG Gießen im Raum 100 Gebäude A.

21. - 27. Mai, Döbeln: grünes blatt Layout!

28. Mai - 8. Juni, Freiburg i.Br.: Das Autonome Zentrum KTS – Kulturtreff in Selbstverwaltung – wird 20 Jahre alt!
Wir wollen das Jubiläum gebührend mit euch verleben und uns in einer Kulturwoche voller Austausch, Streit und Spektakel zusammenfinden.
http://www.kts-freiburg.org

5. - 9. Juni, Döbeln: Aktionsklettertraining



https://florableibt.blogsport.de/

dr Ralf Gross ließ sich vom LKA Niedersachsen als sogenannte Vertrauensperson anwerben. Daraufhin nahm er Anfang 2012 Kontakt zu niedersächsischen Umwelt- und Tierbefreiungs-aktivist_innen auf, um die Repressionsbehörden mit Informationen aus der Bewegung zu versorgen. Im Januar 2014 wurde er öffentlich enttarnt.

ISSN 1612-2186

